

Weihnachten einstimmig, daß das gemacht werden soll, aber was geschieht? Wenig! Ich sage nicht nichts, das wäre unfair. Wenig! Nur einmal, nämlich im Juli 1976, haben wir ein Papier vorgelegt bekommen, das allerdings dann im Ausschuß wieder zurückgezogen worden ist – verständlicherweise, was ich auch begrüßt habe –, was so etwas ähnliches wie ein Schutzraumkatalog hätte werden sollen. Das, was man da drinnen gelesen hat, hat ein bißchen geschockt. Zum Beispiel Bezirk Bruck an der Mur: 21 Gemeinden – Schutzräume in sieben Gemeinden. Bezirk Deutschlandsberg: 40 Gemeinden – Schutzräume in einer Gemeinde. Bezirk Feldbach: 55 Gemeinden – Schutzräume in einer Gemeinde. Bezirk Fürstenfeld: 14 Gemeinden – Schutzräume in sieben Gemeinden interessanterweise. Graz-Umgebung: 58 Gemeinden – Schutzräume in sechs Gemeinden. Hartberg: 50 Gemeinden – null. Judenburg: 24 Gemeinden – Schutzräume in drei Gemeinden. So, meine Damen und Herren, geht es dahin. Viele Bezirke haben überhaupt keine öffentlichen Schutzräume aufzuweisen. Und Hand aufs Herz, wir haben schon bei der Kompetenzverteilung in der Bauordnung darüber geredet, wir haben natürlich in der Bauordnung die Bestimmung der Schutzräume, die überall zu machen sind. Aber Hand aufs Herz, wir wissen auch, wie diese Bestimmung exekutiert wird, zwangsläufig exekutiert wird, weil die armen Häuslbauer kein Geld haben, wie sollen sie es machen, und dann kommt logischerweise die Konsequenz, daß man dem Bürgermeister sagt, bitte, den Raum habe ich eh, ich habe zwar im Augenblick Äpfel drinnen, aber der Raum ist eh da, aber muß ich denn die teure 10.000-Schilling-Eisentüre hineinmachen? Wir wissen, daß die Exekution der Bestimmung derzeit so ist, daß wenigstens die Schanierln dafür da sein müssen, damit die Eisentüre hineingehängt werden könnte, wenn es gefährlich wird. Aber bitte, wenn es wirklich gefährlich wird, dann wird sie nicht mehr hineingehängt werden können, weil sie in dieser großen Anzahl gar nicht lieferbar sein wird von der Industrie her. Wir wissen, daß wir hier weit hinten sind. Ich möchte den Vorschlag wiederholen, den ich bereits mehrmals in diesem Haus vorgebracht habe, daß wir auch zur Belebung der Bauwirtschaft, und zwar der kleinen Baumeister, nicht der großen Konzerne, eine Sonderaktion zum Ausbau von Schutzräumen in der Steiermark machen, indem wir entweder Kredite hinunterstützen, so ein Beispiel haben wir ja schon, es muß ja nicht gleich eine Milliarde heißen, es braucht nur Schutzraummillionen heißen und was auch immer, oder auch andere Möglichkeiten machen, die es auch gibt. Es gibt zum Beispiel in einer Gemeinde probeweise den Versuch, den Banken die Gelegenheit zu geben – dort ist es die Raiffeisenbank, da wäre ich auch dafür –, den Mindestzinssatz von 8 Prozent nicht anzuwenden, und zwar nur für Kredite, die dazu geeignet sind, Schutzräume auszubauen. Das wäre doch ein Beispiel, meine Damen und Herren, und wir sollten jetzt versuchen, in dieser Frage aus dem Schlußlicht herauszukommen, weil was haben wir vom besten Einsatz, vom besten Willen der Einsatzorganisationen, vom besten Warnsystem, wenn dann, wenn gewarnt ist, es aus ist und daß dann keiner mehr Zuflucht finden kann, weil wir es verabsäumt haben, in dieser Frage wirklich vorzugehen. Ich bitte, das als positiven Beitrag zu dieser

Gruppe zu werten und genau mit dem Dank an die Einsatzorganisationen und in der Hoffnung, daß diese positiven Zielsetzungen aufgegriffen werden, kündige auch ich die Zustimmung unserer Fraktion zu diesem Kapitel an. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 18.30 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (18.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kapitel Zivilschutz, Rettungsdienst – eine Sache, die immer einstimmig und einmütig im Steiermärkischen Landtag diskutiert und beschlossen wird. Wir bereiten uns gerade auf eine Reihe von neuen Gesetzen vor, die die Einsätze und die Mittelaufbringung für das Rote Kreuz und die Bergrettung regeln sollen. Hier möchte ich ansetzen, denn ich glaube, wir sollten hier versuchen, ein einheitliches Katastrophendienstgesetz zu installieren, denn ansonsten bekommen wir an die zwölf verschiedene Gesetzesvorlagen, und was noch dazu kommt, wir verpflichten immer wieder sehr großzügig die Gemeinden zur Leistung nach der Kopfquote. Das gibt Probleme, denn gerade in kleineren Gemeinden ist es oft so, daß die Gemeinden jetzt schon bereits sehr viel Geld an Unterstützung für die Bergrettung, Feuerwehr, Lawinenwarndienst und die verschiedenen Schutzgruppen ausgeben. Mit der Reglementierung dieser Verpflichtung oder Leistung, die die Gemeinde dann einsetzen soll, könnte hier eine Änderung eintreten. Gerade beim Bergrettungsdienst fällt es mir auf, daß gerade kleine Gemeinden einen sehr regen und großen Fremdenverkehr haben, deshalb ihre Ortsstellen überdimensional ausstatten müssen vom Gerät, von den Diensthabenden her, daß es oft sehr schwierig ist, sie für die Einsätze auch freizubekommen. Hier sehe ich eine Gefahr. Denn wenn die Gemeinde dann nur nach der Kopfquote ausgibt, wird es nicht ausreichen, um die wirklichen Aufgaben, die eigentlich durch den Fremdenverkehr verursacht werden, weil dort viele Menschen hinkommen zum Schifahren, Bergsteigen und dergleichen, zu finanzieren. Ich würde mir daher wünschen und vorstellen, daß man hier die Fremdenverkehrswirtschaft, aber auch die Freizeitindustrie zur Finanzierung mit heranzieht, und nicht das gesamte Paket einfach an die Sozialversicherungen weitergibt oder eben nur das Land Steiermark hier die Finanzierung übernehmen soll. Denn ich glaube, die Freizeitindustrie hätte hier sehr wohl eine Verpflichtung, die über Werbung bestes Sportmaterial jedem, ob er damit umgehen kann oder nicht, anbietet, durch beste Ausrüstungen jedem anpreist, daß er in die Berge gehen soll, und aber dann dadurch, weil ihm die Erfahrung fehlt, wieder Einsätze unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter auslöst. Man hat sich sehr wohl und rasch in der Freizeitindustrie eine Versicherung einfallen lassen: Wenn Sie heute ein Paar Schier kaufen, dann bezahlen Sie bereits automatisch eine Diebstahls- und eine Bruchversicherung für den Schi mit. Sie bezahlen aber keine Versicherung für Bergungskosten oder für den Bruch des eigenen Beines mit. Und ich glaube, das wäre viel, viel wichtiger, daß man hier Voraussetzungen schafft, daß da auch Mittel eingebracht werden, damit unsere Rettungsorganisationen

entsprechend mit Ausrüstung ausgestattet werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Der ehrenamtliche Einsatz der Mitarbeiter in den Rettungsorganisationen steht sicherlich ohne Zweifel. Und wenn hier Forderungen erhoben werden, dann sind das ja keine Forderungen, um diese Leute zu bezahlen, sondern es geht darum, ihnen ihre eigene Ausrüstung zu ersetzen, ihnen Schulungsmöglichkeiten anzubieten und ihnen die Verdienstentgänge zu ersetzen, die sie durch Einsätze oft erleiden. Denn auf Grund der angespannten Wirtschaftslage und der Rationalität in den Betrieben ist es ja nicht mehr möglich, einen Bergrettungsdienstmann einfach von seiner Arbeit freizubekommen, und der Dienstnehmer ist aus irgendwelchen Gründen, einfach auch aus wirtschaftlichen Gründen, nicht immer bereit, auch diesen Ausfall an Arbeitsleistung dem Rettungsmann zu ersetzen, und dafür müssen die Mittel aufgebracht werden, meine Damen und Herren. Das, glaube ich, wäre wichtig für einen entsprechenden Einsatz unserer Rettungsmänner, die ja jeder selbst durch großen Idealismus dabei sind. Man kann ja unmöglich nur in beruflichen Organisationen all diese Leistungen, die von den Männern in ihrem ehrenamtlichen Einsatz erbracht werden, überhaupt erfassen. Man muß ja dazu eine eigene Einstellung haben, um immer wieder bereit zu sein, in Notsituationen unter schwierigsten Bedingungen anderen Menschen, die in Not geraten sind, beizustehen und ihnen zu helfen. In diesem Sinne möchte ich unseren Rettungsorganisationen für ihren ehrenamtlichen Einsatz danken, und ich wünsche mir, und ich hoffe es sehr, daß sie diesen auch im Dienst des Nächsten weitererkalten mögen. Danke. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.36 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (18.37 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

1200 Bergrettungsmänner in der Steiermark sind rund um die Uhr bereit, verunfallten und in Bergnot gekommenen Menschen zu helfen. Den Beweis für die Schlagkraft dieses steirischen Bergrettungsdienstes haben wir vor einigen Wochen auf dem Hochschwab erleben können. 130 Bergrettungsmänner aus verschiedenen Ortsstellen waren in ununterbrochenem Einsatz, um sieben verirrte Touristen zu finden und zu bergen. Sie haben bewiesen, daß sie in der Zusammenarbeit mit der Alpingendarmerie, mit dem Bundesheer, mit den Einsatzstaffeln der Hubschrauber ihr Bestes geben können, und haben es auch gezeigt. Ich habe einen Tag nach diesem Großeinsatz mit dem Einsatzleiter dieses Einsatzes gesprochen, und mir ist heute noch zu gut in Erinnerung, wie betroffen er gewesen ist, weil es nicht möglich gewesen ist, alle sieben Bergsteiger lebend zu bergen. Für einen Bergrettungsmann ist die Totbergung immer ein ganz harter Schlag. Meine Damen und Herren, aber dieser Einsatz hat eines auch gezeigt, daß dieser steirische Bergrettungsdienst über eine ausgezeichnete Ausbildung und auch über eine ausgezeichnete Ausrüstung verfügt. Ich weiß seit vielen Jahren, daß der heutige Landeseinsatzleiter, Landesobmann Dr. Fröhlich, besonderes Augenmerk auf diese beiden Punkte legt und auch erfolgreich ist.

Und einer von jenen, die seit vielen Jahrzehnten ganz besonders in diesem Bergrettungsdienst mitarbeiten, sitzt heute unter den Zuschauern. Es wird nie von ihm gesprochen, weil er nicht ganz vorne ist, aber sein Rat und sein Einstz waren uns immer sehr wertvoll, es ist Primar Dr. Robert Hagen. Ich freue mich, daß du heute bei dieser Sitzung dabei bist. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte auch hier sehr deutlich sagen, daß der Bergrettungsdienst in all diesen Jahren nie in einer Notsituation gewesen ist, so wie man es vor einigen Wochen lesen konnte. Das stimmt nicht. Das Land, und hier im besonderen Landeshauptmann Dr. Krainer, der ein ganz besonderes Herz für diesen Bergrettungsdienst hat, hat immer dafür gesorgt, daß die notwendigen Mittel, die gebraucht wurden, auch tatsächlich aufgebracht wurden und nachbedeckt wurden. Ich möchte daher sehr herzlich, Herr Landeshauptmann, hier danke sagen, aber du weißt es ja, weil die Rettungsmänner dir das ja bei jeder Gelegenheit auch immer sagen und auch beweisen.

Und, meine Damen und Herren, ich war ein bißchen betroffen vor einigen Wochen, als Kollege Mag. Rader mit einem Dringlichkeitsantrag dieses Bergrettungsgesetz einbringen wollte, war auch nicht bereit, da mitzugehen. Vor allem deshalb nicht bereit, weil ich wußte, daß schon lange über dieses Gesetz beraten wird, aber vor allem auch, weil ich wußte, daß die Bereitschaft der Gemeinden wohl vorhanden ist, aber daß sie ausgesprochen gehört. Und Hammer hat es vorher auch sehr deutlich gesagt: Es ist nichts einfacher, als hier irgend etwas zu beschließen, was andere letztlich zu bezahlen haben. Da muß man sich schon mehr Gedanken darüber machen. Und ich kenne auch Aussagen von Gemeinden; da gibt es auch welche, die gemeint haben: „Ja, was geht uns das an? Wir haben ja keine Berge!“ Meine Antwort war sehr leicht, weil ich nachweisen konnte, daß in allen unseren großen Unfallziffern die wenigsten dort zu Hause sind, wo die Unfälle passieren, sondern daß sie immer von woanders kommen. Und ich sage auch, man soll mit den Bergrettungsmännern kein politisches Spiel treiben. Es ist das letzte, was sie vertragen. Diese Menschen sind jeden Tag bereit, ihr Leben einzusetzen, und sie haben es immer wieder bewiesen, und mancher von ihnen ist auch nicht mehr nach Hause gekommen. Man soll sie aus dem politischen Spiel heraus lassen; man soll dieses Gesetz schaffen, aber mit Überlegung, damit es auch ein sinnvolles, geschietes Gesetz für unsere Bergrettungsmänner wird. (Allgemeiner Beifall.)

Ich wünsche den steirischen Bergrettungsmännern, daß sie wenig Einsätze haben, und ich wünsche ihnen vor allem, daß sie immer wieder gesund nach Hause kommen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 18.41 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (18.42 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Es ist eigentlich jedes Jahr so, daß die Diskussion, die gegen Ende des ersten Tages zu unseren Einsatzorganisationen geführt wird, ein versöhnliches Element der Landtagssitzungen insgesamt repräsentiert, und so ist

es erfreulicherweise heute auch. Ich freue mich darüber deshalb, weil das, was der Herr Abgeordnete Kanduth zum Schluß als ein sehr glaubwürdiger Repräsentant gesagt hat – eine der Gründerfiguren sozusagen auch des Bergrettungsdienstes in unserem Land –, so sehr stimmt, weil er es vor allem auch ganz überzeugend gesagt hat. Und es war eigentlich so, daß alle dir zugestimmt haben, und ich möchte daher zunächst den Herren Abgeordneten danken, die sich zu diesem Thema überhaupt gemeldet haben und bei denen ich annehmen darf, daß sie in diesem Geist ihren Beitrag geleistet haben. Bei unserem Feuerwehrsprecher Schrammel, der alljährlich die Gesamtsituation darlegt, bedanke ich mich ebenso sehr wie beim Vizepräsidenten des Zivilschutzverbandes Trampusch. Ich danke ihm vor allem auch, daß er im Zivilschutzverband zusammen mit dem Dozenten Probst in einer so überzeugenden Weise Führungsaufgaben wahrnimmt, und ich danke auch dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader für seine grundsätzliche Einstellung zu dieser Sache. Es ist das, was der Herr Abgeordnete Kanduth gesagt hat, im Hinblick auf die Einbringung dieses dringlichen Antrages nur durch ein Element noch zu ergänzen. Der Antrag, den Sie eingebracht haben, war der Antrag meiner Abteilung. Es ist durchaus jedem freigestellt, einen solchen Antrag als seinen einzubringen. Es ist aber durchaus nicht der Stil des Hauses gerade auch in solchen Fragen, ohne entsprechende Akkordanz in dieser Geschichte vorzugehen, und ich sage es ganz offen, es hätte Ihres Antrages nicht bedurft. Wenn Sie aber, wie Sie das heute getan haben, damit im nachhinein unterstreichen wollen, daß Sie an unserer gemeinsamen Haltung in dieser Frage mitwirken wollen, dann akzeptiere ich das, was Sie heute gesagt haben, umso mehr. Dem Herrn Abgeordneten Kurt Hammer danke ich dafür, daß er eine neue Anregung in diesem Zusammenhang gebracht hat, die durchaus diskutierenswert ist und die eben auch in diese Ausschlußverhandlungen einbezogen werden wollte. Denn das ist eben die Frage. In der historischen Entwicklung war es immerhin so, daß natürlich diese beiden Organisationen, wie eben der Bergrettungsdienst und auch das Rote Kreuz, in einer gesetzlichen Verankerung auch jene Mittel sichergestellt haben wollten, wie das wahrscheinlich auch andere gerne hätten. Daher muß man das wirklich ausdiskutieren. Ich bin aber selbstverständlich davon überzeugt, daß die Gemeinden, wenn man die Frage mit ihnen ausführlich diskutiert, sich nicht verschließen werden. Denn wir alle wissen, und vor allem auch die anwesenden hohen Feuerwehroffiziere oder auch unser Freund Primarius Hagen und der Pressereferent des Bergrettungsdienstes Helmut Mayer, daß die Gemeinden außerordentliche Leistungen erbringen, gerade auch im Hinblick auf die Unterstützung unserer Feuerwehren, aber nicht nur der Feuerwehren, und daß wir gar nie soweit sein könnten in der Entwicklung, vor allem auch der technischen Entwicklung und der Geräte, gäbe es diese enorme Anstrengung der Gemeinden auf diesem Gebiet nicht. Ich sage Ihnen ganz offen als Gemeindereferent, der Herr Kollege Gross wird das auf seiner Seite genauso bestätigen können, treten wir nicht selten auch für die Gemeinden noch in Vorlage, weil sie es zum Teil wirklich nicht haben. Das ganze wäre überhaupt nicht denkbar, und das ist das Impionierende, das man hier einmal in aller Deutlichkeit

sagen soll, nicht nur, daß diese Einsatzorganisationen Idealismus, Gemeinsamkeit, Kameradschaftlichkeit repräsentieren, sie repräsentieren vor allem auch private Initiative, Eigeninitiative. Denn die Gemeinden, das Land, der Bund mit den Katastrophenmitteln wären nicht in der Lage, das Problem auch gemeinsam zu lösen, würde es nicht auch in den Einsatzorganisationen Spendenvorgänge geben. Sie bringen einen erheblichen Teil ihrer Freizeit damit zu, neben den Einsätzen, die sie leisten, auch für diese Einsätze zu sammeln. Da kann man ruhig sagen, daß die Bevölkerung gro so modo auch gerne mittut, vor allem weil sie weiß, wohin das Geld geht, wofür es verwendet wird, weil es auch im besten Sinn des Wortes transparent ist.

Ich komme aber auch an den Ausgang meiner Überlegungen zurück und sage noch einmal: Wir werden dieses Gesetz selbstverständlich diskutieren, wir werden ganz sicherlich zu einem positiven Ergebnis kommen, aber wir werden es auch gründlich behandeln.

Ich möchte ein Zweites in diesem Zusammenhang sagen, weil Sie die Geschichte mit unseren Schutzbereichen angesprochen haben, Herr Abgeordneter. Auch da wird uns Zusätzliches einfallen müssen, denn die Untersuchungen, die derzeit mit den 260.000 Formularen laufen, die ausgesandt wurden und die zum 20. Jänner zurückkommen müßten, werden ganz sicherlich nicht ausreichen, jene Motivation herbeizuführen, die ein Optimum in dieser Hinsicht garantiert. Wir haben damals, Kollege Trampusch, unten in der Industriehalle unmittelbar nach Tschernobyl sozusagen die Gelegenheit benützt, in einer großen Veranstaltung auch mit einem Postwurf, der an einen jeden Haushalt in der Steiermark gegangen ist, dieses Problem den Menschen in einer Situation nahezubringen, in der am ehesten Verständnis dafür vorhanden sein müßte, so etwas sei nützlich. Denn es ist ja psychologisch nicht zu übersehen, daß die Schweizer nicht nur gestern etwa zu 60 Prozent eine 40-Stunden-Woche in einem Volksabstimmungsvorgang ablehnten, sondern daß sie natürlich in Angelegenheiten der Landesverteidigung oder eben auch des Zivilschutzes eine völlig andere Grundhaltung haben als wir. Vielleicht gerade beim Zivilschutz, weil sie eine völlig andere Kriegserfahrung gemacht haben als wir. Nämlich nicht in den Krieg hineingezogen worden zu sein, aber sehr wohl bedroht gewesen zu sein und darin unter Umständen auch die einzige Chance gesehen zu haben, und wir kennen die berühmte Geschichte „Der Igel“, wie Hitler gemeint hat und wie auch der deutsche Generalstab gemeint hat, er sei doch zu stachelig, um ihn zu verzehren oder auch nur in den Mund zu nehmen. Sonstige Vorteile der schweizerischen Neutralität im Krieg werden nun einmal gar nicht zur Diskussion gestellt, sind aber sicherlich auch im Spiel. Tatsache, daß dort eine völlig andere Grundeinstellung zu diesen Fragen herrscht als bei uns. Wir versuchten also – reden wir doch offen steirisch, tun wir doch nicht so, als ob das bei uns auch so wäre, es ist eben nicht so –, in der Situation zu sagen, jetzt müßten die Leute verstehen, daß es eigentlich passieren kann, und zwar nicht in der Weise, daß ohnedies alles aus ist. Das spielt ja auch in der Volkspsychologie eine Rolle in diesem Zusammenhang, daß die Leute sagen, wenn der Atomkrieg kommt, dann hilft ja das eh alles nix. (Abg.

Kammlander: „Was ja stimmt!“) Nein, stimmt eben auch nur zum Teil, sagen die Fachleute, aber die Leute empfinden es so. Es gibt sehr wohl wissenschaftliche Studien darüber, daß ein atomarer Krieg, der den Globus nicht insgesamt sozusagen betrifft, sondern in bestimmten Kontinenten oder partiell geführt würde, sehr wohl den anderen eine Chance böte, ähnlich wie bei Tschernobyl – und da ist durchaus ein Vergleich nicht unzulässig, auch wenn es ein hinkender bleibt –, nämlich für den Fall einer solchen Wolke in den Keller gegangen zu sein, wenigstens die Fenster geschlossen zu haben oder die Balken. (Abg. Kammlander: „Ihr Glaube in Gottes Ohr, Herr Landeshauptmann! Das ist nur Optimismus!“) Ja, aber umso schöner, liebe Frau Kollegin, wenn ich Ihnen optimistisch etwas sagen kann. Das ist doch auf dem Hintergrund von gestern und heute eine wichtige Feststellung, daß die Totalität, die extreme Situation, mitbedacht werden muß, aber nicht eintreten muß, und daß natürlich bei der Frage: „Was kann ich den Menschen psychologisch verständlich machen, begreifbar machen?“ der Einstieg gesucht werden muß, und der schien uns nach dieser Tschernobyl-Geschichte psychologisch eher gegeben gewesen zu sein. Ich weiß nicht, ob Sie sich nicht auch gefragt haben – ich weiß es nicht, aber ich könnte es mir vorstellen; ich will da keine Gewissenserforschung für Sie betreiben –: „Hätten wir vielleicht nicht doch die Fenster schließen sollen?“ (Abg. Kammlander: „Aber da hätte man etwas verordnen müssen, von Haus aus!“) Richtig, richtig, richtig! Genau das, ganz genau das! Daher meinten wir, das sei die Chance. Sie hat im wesentlichen nicht viel gebracht.

Der Wirklichkeitsgehalt einer solchen Vorstellung ist den Leuten offenkundig in dem Augenblick schwer nahezubringen, in dem dafür zu zahlen ist. Wir werden also diese Frage auf der Basis dieser Untersuchung weiter verfolgen, die Sie angesprochen haben und die Mitte Jänner zumindest offiziell abgeschlossen sein wird.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen: Wir sind im Verzug, trotzdem werden Sie verstehen, daß gerade auch die Anwesenheit so vieler wichtiger Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen es geraten erscheinen läßt, auch in diesem Kapitel jene Zeit zu beanspruchen, die wir für nötig halten. Sie wird in anderen Kapiteln über die Maßen beansprucht, in einem nicht unbedingt notwendigen Sinn – wir haben das heute auch erlebt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Schrammel hat im wesentlichen dargestellt, um welche besonderen Schwerpunkte es im Jahre 1989 gehen wird. Lassen Sie sich sagen, was ich Ihnen mit Freude mitteilen kann: Wir werden im Jahre 1989 durch diese weise Einführung der Feuerschutzsteuer neuerdings um 5,2 Prozent Mittel mehr zur Verfügung haben als im Jahre 1988. (Abg. Vollmann: „Wieviel ist das in Schillingen?“) Das ist von 78,3 auf 82,4 Millionen Schilling eine Erhöhung, eine bemerkenswerte Erhöhung. Und es ist ebenso bemerkenswert – der Herr Abgeordnete Trampusch hat das angesprochen –, daß wir in der Lage gewesen sind, heute die Erweiterung der Feuerwehr- und Zivilschutzschule auch anzusprechen, die wir im Sommer eröffnen konnten, und es möglich gewesen ist, dafür 56 Millionen Schilling auszugeben und in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof bei diesem Bauwerk

7 Millionen Schilling einzusparen – sozusagen eine doppelt bemerkenswerte Geschichte. Einerseits die Tatsache, daß wir in der Lage waren, diese imponierende Institution, die im Jahre 1974 für 4000 Teilnehmer ausgelegt war und wo wir bitte schön heuer 8476 Teilnehmer bei Kursen und Schulungen in einem Jahr registrieren – also für 4000 ausgelegt, mehr als doppelt so viele allein dort in Kursen und in Schulungen ausgebildet – und heuer den hunderttausendsten Kursteilnehmer überhaupt seit Fertigstellung dieser Schule ausgebildet haben, zu erweitern. Und nicht nur das, sondern daß wir in der Lage sein werden, im kommenden Jahr – und das möchte ich hier auch nicht verschweigen – für den Neubau des Landesfeuerwehrkommandos die 14 Millionen Schilling in der ersten Rate vorgesehen zu haben, so daß wir 1990 auch den Neubau des Landesfeuerwehrkommandos auf diesem Areal fertiggestellt haben werden.

Herr Landesfeuerwehrkommandant, dir und deinen beiden Stellvertretern Franz und Nagl auch in der Hinsicht ein Wort des Respekts, weil ihr lange und gut überlegt habt, und weil wir miteinander in der Lage gewesen sind, diesen Wunsch auch deshalb zu realisieren, weil wir bei der Feuerweherschule selbst so ökonomisch mit den Mitteln des Landes umgegangen sind. Ich danke euch (allgemeiner Beifall) sehr, sehr herzlich, und ich möchte Sie einladen, meine Damen und Herren, daß wir uns miteinander sowohl diese Feuerweherschule anschauen – wir werden versuchen, dafür einen Termin zu finden – wie auch die Landeswarnzentrale. Denn es ist durchaus wünschenswert, daß die Damen und Herren Abgeordneten, die die Mittel gerade auch für den Ausbau dieser so wichtigen Einsatzzentralen genehmigt haben, auch einmal selber sehen können, wie sinnvoll diese Mittel angewandt wurden und wie sehr wir hier wirklich am Damm der Zeit sind, wie sehr die Steiermark im einen und im anderen Fall österreichweit beispielgebend ist und wir tatsächlich Sinnvolles auf diesem Gebiet miteinander vollbracht haben.

Ich möchte in dem Zusammenhang Ihnen auch ein Zweites nahebringen: Sie erinnern sich an die jahrelangen Diskussionen zur Flugrettung. Ich erinnere mich, Kollege Günther Ofner, es ist, glaube ich, zwei Jahre her oder drei, als wir auch in diesem Haus über dieses Thema gesprochen haben. Ich habe mir für die heutige Debatte die Ziffern, die uns zur Verfügung stehen, geben lassen: Wir haben im Zeitraum 1. Jänner 1988 bis Ende November 1988 789 Rettungsflüge von Graz aus gegenüber 313 Einsätzen 1987, und wir haben 541 Einsätze von Aigen aus – zweiter Standort – gegenüber 287 Einsätzen im Jahre 1987 zu registrieren. Eine außerordentlich bemerkenswerte Steigerung, wobei sowohl den Piloten wie den Ärzten und den Helfern, vor allem auch wiederum des Roten Kreuzes und des Bergrettungsdienstes, aber auch unserer Feuerwehren, ein besonderer Dank zu sagen ist. Viele, viele Menschenleben sind auf diese Weise gerettet worden. Und gerade die Tatsache, daß die Ärzte an die Unfallstelle kommen, ist ganz entscheidend dafür, daß dieser so lebensgefährliche Schock im richtigen Zeitpunkt behandelt werden kann und damit auch verhindert wird, daß Menschen sozusagen ihr Leben auf diese Weise verlieren, weil sie nicht entsprechend rechtzeitig behandelt werden konnten.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluß sagen – das erlauben Sie mir an diesem Tag auch, vor allem, weil so viele unserer auch Bezirkskommandanten heute hier sind –: Wir alle gedenken von diesem Ort aus unseres Freundes „Papatschi“, des Herrn Bezirksfeuerwehrkommandanten von Fürstenfeld, der sich gesundheitlich leider in einer Situation befindet, die zu größter Besorgnis Anlaß gibt. Wir grüßen ihn von dieser Stelle aus, und wir danken ihm auch als einem jener Männer, die sich sozusagen vor Ort diesem großartigen Gedanken des Helfens, des Einsatzes für den Nächsten immer besonders verbunden gefühlt haben. In diesem Sinne danke ich Ihnen allen, daß Sie auch diesem Budgetkapitel Ihre Zustimmung gegeben haben, und wünsche, daß diese Mittel wie in den vergangenen Jahren optimal eingesetzt werden können. Einen aufrichtigen Dank und ein „Gut Heil“ vor allem auch unseren Feuerwehrkameraden. (Allgemeiner starker Beifall. – 19.04 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 1 nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat mir mitgeteilt, daß er auf das Schlußwort verzichtet.

Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Die Gruppe 1 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Emmy Göber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Göber (19.05 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 2 umfaßt die Bereiche Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und deren Unterteilungen. Im Finanz-Ausschuß wurden alle Bereiche gründlich vorbereitet und vorbesprochen. Die Einnahmen betrugen 5.391.123.000 Schilling, die Ausgaben 6.250.312.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Zustimmung. (19.06 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu teilen, und zwar sollen im ersten Teil Unterricht, Erziehung, Wissenschaft und im zweiten Teil Sport behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist traditionsgemäß nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung und Wissenschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Steiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. DDr. Steiner (19.07 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus! (Unruhe im Saal – Glockenruf des Präsidenten.)

Ich hoffe, daß jetzt Ruhe eintritt. Der ehemalige Grazer Ordinarius für Pädagogik, Univ.-Prof. Dr. Eder, schrieb 1965 ein beachtenswertes Buch mit dem Titel „Bildung und Gesellschaft“. Wir reden heute im Landtag darüber, weil Bildung und Gesellschaft eine Sache aller Menschen ist, der Lehrer, der Eltern, der Schüler

und eben der Öffentlichkeit. Die Bildungsfrage kann unter vielen Gesichtspunkten betrachtet werden, so auch von der eigentlichen Spannung, die zwischen der sich ausformenden personellen Daseinsform des jungen Menschen und der im Wandel begriffenen Gesellschaftsstruktur besteht. Wir haben es mit verschiedenen Gesellschaften zu tun. Mit einer Industriegesellschaft, einer Freizeitgesellschaft, einer Konsumgesellschaft, und wenn es so weitergeht, haben wir es auch mit einer Bildungsgesellschaft zu tun. Der Wandel – Übergang von einer statischen zu einer dynamischen, mobilen, sich immer rascher wandelnden Gesellschaft – ist ein Kennzeichen unserer Zeit. In diesen Wandel ist auch die Schule mit einbezogen. Der beispiellos schnelle Aufstieg der technischen und wirtschaftlichen Mächte, die immer augenfälliger in den Vordergrund der Menschheitsinteressen rücken, prägen und verändern die Gesellschaft und mit ihr den Menschen und seine Umwelt. Der erreichte gesellschaftliche Zustand greift tief in das Lebensschicksal und somit auch in das Bildungsschicksal der Menschen ein. Bildung ist ja mehr als die Summe von Wissen; Bildung ist Formung, Prägung des ganzen Menschen durch Mitmenschen, durch Umwelt, durch geistige Mächte, Ideologien und Strömungen. Bildung ist auch aktive Selbstbeteiligung, ist Selbstverwirklichung und Entfaltung der Anlagen. Bildung ist Formung und Prägung nach einem bestimmten Ziel, nach einem bestimmten Bild. Bildung kommt ja von Bild. Formung nach einem Ideal, nach einem Menschenbild. Nach welchem Bild? Der Christ glaubt, nach einem christlichen Menschenbild, nach dem Bild und Gleichnis Gottes. „Lasset uns den Menschen machen nach unserem Bild und Gleichnis.“ Aber auch in einer pluralistischen Gesellschaft, Herr Kollege Dr. Ficzkó. Es gibt das idealistische Menschenbild, es gibt das humboldtsche Menschenbild, das materialistische Menschenbild. Wir haben viele Menschenbilder, die heute zur Diskussion stehen. (Abg. Kammländer: „Grün ist auch dabei!“) Das grüne Menschenbild. Es gibt viele Bildungsideen, viele Vorstellungen. Aber wer wandelt wen? Die Gesellschaft die Schule oder die Schule die Gesellschaft? Weil eben die Schule eine Sache der Öffentlichkeit ist, hat Maria Theresia recht gehabt, als sie gesagt hat: Die Schule ist ein Politikum. Das ist nicht Parteipolitikum, nicht eine Sache der Interventionen, sondern die Schule ist eine Sache der Öffentlichkeit, der Eltern, der Schüler, der Lehrer, aller Leute, die sich mit der Schule beschäftigen und mit der Schule zu tun haben.

Nun will ich zu einigen Punkten der pädagogischen Markierungen kommen. Lieber Kollege Freitag: Voriges Jahr waren es 25 Jahre, daß das Schulgesetzwerk 1962 stattgefunden hat. Daher müssen wir nachdenken. Wir sind bei der 11. Schulorganisationsgesetznovelle angelangt. In diesen 25 Jahren hat viel stattgefunden. Österreich ist keine Insel der Seligen, sondern ein Land der Auseinandersetzungen, wie auch die anderen Länder, und es finden viele Reformbestrebungen statt, sie branden an Österreich heran, und wir wären schlecht beraten, würden wir uns dieser Reformbestrebungen nicht annehmen. Das Schulgesetzwerk von 1969 hat eine weltweite Auseinandersetzung ausgelöst. Damals ist Bundesminister Piffl zurückgetreten, ehrenswerterweise, weil er glaubte, das nicht verkraften zu können, aber es kam dann so, daß 1969 eine Schulreformkommission eingesetzt wurde, die sich mit

der Schulreform beschäftigen soll. Ich sage es als Lehrer so: schola est semper formante – die Schule ist immer eine reformbedürftige Sache. Sie hat keinen Stillstand. Wenn manche glauben: Heilige Ruhe – die gibt es nicht. Die gibt es nicht in der Wirtschaft, nicht in der Gesellschaft, nicht in der Schule. Wenn es in der Gesellschaft Veränderungen gibt, gibt es sie auch in der Schule. Daher hatten wir die 5. Novelle, die 7. Novelle, die neue Hauptschule, die Koedukation. Es war so, daß manche sagten, die Koedukation ist eine Fahnenfrage. Sie ist keine Fahnenfrage, und daher haben wir sie. Und dann kommt also die 8., die 9. und die 10. Novelle – ich will darüber nicht reden –, und die 11. jetzt ist die entscheidende. Sie ist heuer im Juni verabschiedet worden, die große Oberstufenreform der höheren Schule, und sie hat manches gebracht. Was war diese 17jährige Oberstufenreform? Sie hat den Staat eine Milliarde Schilling gekostet. Wenn sie nichts gebracht hätte, wäre es schade um das Geld. Aber sie hat etwas gebracht. Es sind viele Fragen herangestanden, zum Beispiel: Was soll das: Erziehung zum Wahren, Guten und Schönen? Ist das eine Leerformel, die ich selber noch von Platon erkenne, oder ist das etwa ein Erziehen zur Mündigkeit und Reife? Gibt es die Freiheit in der Wahl der Pflichtfächer? Ist nicht der Bildungskanon in Frage gestellt? Was heißt überhaupt Allgemeinbildung? Wo ist der Anfang, wo ist das Ende? Gehört EDV dazu? Oder: 333 bei Issus große Keilerei. Ist das noch Allgemeinbildung, daß man die alten Daten weiß? Wohin gehört das alles? Und da, liebe Freunde aus dem Bereich der Schule – es geht eigentlich alle an, nicht nur die Leute der Schule –, was ist überhaupt die Frage? Geht es um die Begabtenförderung? Wer sind die Begabten? Wie können wir sie erkennen? Was heißt Begabtenförderung? Was heißt überhaupt unter Umständen Elite? Brauchen wir das etwa? Die Schulen aller Kategorien stehen ständig in Diskussion, und das ist gut so. Sicher werden oft Teilfragen vor Gesamtfragen gestellt. Da gibt es Fragen: Brauchen wir noch Noten? Gibt es eine Schule ohne Noten? Informatik mit Noten oder ohne Noten? Pflichtgegenstand? Was wollen Sie mehr: Massenuniversität, Akademikerschwemme? „Leiden unsere Maturanten nicht an Mangel an Studierfähigkeit“, hör ich so oft – ich war bei Enqueten dabei –, „an psychischer Labilität oder Stabilität?“ Alle diese Fragen sind Probleme, Hohes Haus, die mir und Ihnen sehr wohl bekannt sind.

Wie steht es? Wird diesen Fragen, Anliegen und Problemen Rechnung getragen? Ich will versuchen, in aller Sachlichkeit eine Antwort zu geben, wobei ich mich auf den mir vertrauten Bereich beschränken möchte.

Erstens: Im Juni dieses Jahres wurde die 11. Schulorganisationsgesetznovelle – vielen unter 11. SCHOG-Novelle bekannt, und es gibt Leute, die sagen: „Vom SCHUG zum SCHOG, was soll uns noch mehr schrecken?“ – verabschiedet. Es ist durch Koalitionsabkommen bedingt bei den Grundformen Gymnasium, Realgymnasium, Wirtschaftskundliches Realgymnasium, Oberstufenrealgymnasium geblieben.

Zweitens: Der Individualisierung innerhalb dieser Grundformen durch alternative Pflichtgegenstände wurde Rechnung getragen.

Drittens: Zusätzliche Berücksichtigung individueller Begabungen durch Wahlpflichtfächer ist eingetreten.

Viertens: Vorteile dieser Reform – ich sage es offen hier in diesem Haus, obwohl es Bundessache ist –:

Die Schullaufbahn kann besser geplant werden. Auf der Basis einer profunden Allgemeinbildung werden den Schülern zahlreiche Möglichkeiten geboten, die den individuellen Neigungen und Begabungen entgegenkommen.

Die Arbeit in kleinen Gruppen läßt moderne Methoden des Lehrens und Lernens zu.

Fünftens: Wichtige Maßnahmen wurden durch Verhandlungen der Lehrer durchgesetzt:

Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 30 im AHS-Bereich. Das ist eine ungeheure Sache. Zustimmt im Parlament auf Verlangen der Lehrer und durch einen Entschließungsantrag der Frau Minister.

Günstige Eröffnungszahlen für alternative Pflichtgegenstände.

Kleine Gruppengrößen für Eröffnung der Wahlpflichtgegenstände. Das war ja auch die Frage: Wahlpflichtgegenstände – wann dürfen sie anfangen? Mit zehn, zwölf oder acht Schülern? Ist ermöglicht worden.

Sicherung durch zahlreiche Wahlmöglichkeiten durch den Faktor vier – das ist eine Insidersache und heißt, daß bei neun Klassen in der zehnten, elften und zwölften Schulstufe 36 verschiedene Wahlpflichtkurse möglich sind. Das ist unerhört, großartig!

Das sind epochale Ergebnisse der Schulreform, der 11. SCHOG-Novelle. Dazu kommt die Reform der Reifeprüfung, das heißt, es gibt eine schriftliche Arbeit statt einer Klausurarbeit. Das heißt, die Maturanten können sich durch eine Facharbeit bewähren, womit sie sich bereits beweisen können, daß sie hochschulreif sind. Obwohl man immer fragt: Was ist Hochschulreife? Was ist Reife für die Hochschule?

Reform: Das Wahlpflichtsystem soll einer Individualisierung des Bildungsganges Rechnung tragen. Österreich soll ein gesichertes Fundament einer Allgemeinbildung, eine neu zu definierende, eine aufgeklärte Allgemeinbildung – sprachlich, naturwissenschaftlich orientiert – gesamteuropäisch den Europäern mit in die Gemeinschaft bringen. Das Gymnasium – die allgemeinbildende höhere Schule – soll Zukunft haben. Es gilt daher, die Schüler nicht nur zu einem Faktenwissen zu führen, sondern ihnen den kreativen Umgang mit Wissen und Können zu vermitteln.

Das Gelingen der Oberstufenreform wird einzig und allein von der Tatsache abhängen – das sage ich als Lehrer –, wie weit Lehrer informiert und motiviert sind, einen neuen Lehrplan und eine neue Struktur einer Schule nicht allein vom Fachegoismus aus zu sehen, sondern auf einen Gesamtbildungsplan auszurichten. Wenn dies nicht der Fall ist, war die Milliarde umsonst investiert.

Und nun ein Wort zum Geld in der Schule: Herr Landesrat Dr. Klauser, man redet auch in der Schule von Geld. Sie haben in Ihrer Budgetrede von Geld geredet, und ich zitiere Sie jetzt: „Bei den Verhandlungen um ein neues Finanzausgleichspaktum ging es in erster Linie um die Landeslehrer. Der Bund will den Ländern mehr an Lasten überwälzen als sie zum

Tragen imstande sind. Die Länder vertreten den Standpunkt, daß hier ein gewisser Stopp, vor allem in Hinsicht auf die demographische Entwicklung, eintreten müßte. Eine Lösung der Probleme wird meines Erachtens nur durch grundlegende pädagogische Reformen zu erzielen sein.“ Soweit das Zitat des Herrn Finanzreferenten.

Herr Landesrat, ohne Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler bei Eröffnung der ersten Klasse, wie es ÖVP und SPÖ in diesem Haus beantragt haben und als Anträge einstimmig an die Bundesregierung weitergehen sollen – die Bundesregierung muß tätig werden –, gibt es keine pädagogischen Reformen. (Landesrat Dr. Klausner: „Ich verlasse mich auf den Lacina!“) Bitte, sehr gut! Aber ich halte das für eine *Conditio sine qua non* aus pädagogischem Bereich.

Diese Senkung möge nicht nur den arbeitslosen Lehrern zuliebe – zwar auch, aber nicht nur – geschehen, möge auch aus pädagogischer Notwendigkeit geschehen. Es möge überhaupt in Schulangelegenheiten den Ländern mehr Freiheit, mehr Autonomie im Sinne eines echten Föderalismus überlassen werden.

Und nun, Herr Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Du großer Föderalist des Landes! Professor Adamovich schreibt in seinem „Handbuch der Österreichischen Verfassungslehre“, sechste Auflage: „Die Zuständigkeit des Bundes in Schulangelegenheiten gemäß dem neuen Artikel 14 aus dem Jahre 1962 muß als extrem zentralistisch bezeichnet werden. Das Rechtsinstitut der paktierten Gesetzgebung nach Paragraph 42 VÜG ist weggefallen – und das ist eine Schande.“ So hat er in seinem Handbuch geschrieben. Er meint, wir sind in jeder Weise durch die Schulgesetznovelle 1962 zentralistisch ausgerichtet, und es hätten sich die Länder schon 1962 mehr melden sollen. Die Landeskompetenz ist wieder anzumelden. Wir wollen das machen. Herr Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Schilcher, du Anwalt der Landesinteressen und der Landeskompetenz in Bildungsangelegenheiten, es wäre gut so. Es heißt nämlich in der Verfassung: Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung sind nach Artikel 14 Absatz 1: Hochschulwesen, Schulorganisation, Schulerrichtung, Schulerhaltung, Schulzeit – wir haben ein Schulzeitgesetz novelliert, wir haben steirische Ferien Ende Februar bekommen, aber sonst ist das alles Bundessache.

Und nun ein Wort zur Lehrersituation – das gehört halt auch dazu –:

Mit 20. Mai 1988 haben 1311 AHS-Lehrer angesucht. Bis 1. Dezember 1988 wurden 517 Lehrer angestellt. Die Wartelisten, die im Landtag beschlossen und seit einem Jahr eingeführt wurden, verlängern sich von Jahr zu Jahr. Ich darf nur ein Beispiel bringen. Ich habe Leute, die ich befürworten möchte, Leibesübungen Mädchen zum Beispiel. 1987 waren zwei Lehrer auf der Liste. 1987 Sommer vier Lehrer, 1988 Frühjahr zehn Lehrer, 1988 Sommer 22 Lehrer. Wenn ich mich jetzt für eine einsetze und sagen muß, sie muß warten, es stehen 22 Lehrer vor ihr. Das ist halt die Warteliste, um die wir gekämpft haben. Sie ist transparent eingerichtet worden auf Wunsch aller Lehrer. Es gibt sie, so soll es sein, aber manchmal müssen unter Umständen soziale Verhältnisse übersehen werden. Die Zahl im Bereich der höheren Schule, die alten Probelehrer 141,

die neuen Unterrichtspraktikanten, da gibt es 129. Mit dem Studienjahr 1988/89 hat das neue Schulpraktikum begonnen, das Probejahr neuer Ordnung beginnt. Das heißt, ein Schulpraktikum in der Art eines Gerichtsjahres beginnt, und wir haben jetzt 129 solche Praktikanten. Zusammen werden sie im Mai die Zahl der wartenden Lehrer vermehren, die bisher 790 betragen hat. Im Pflichtschullehrerbereich haben wir 1270, die derzeit warten. Es gibt Vertragslehrer, die zurückgestellt wurden, die ausgeschieden sind, weil andere wieder zurückgekommen sind. Wir haben also wartende Lehrer. Es ist so, daß 50 Lehrer den Dienstposten nicht angenommen haben, weil ihnen aus familiären Gründen der Weg zu weit ist. Das gibt es auch. Nun gibt es auch Richtlinien für die Leiterbestellungen. Sie wurden in der neunten Sitzung des Landesschulrates für Steiermark am 23. Juni 1988 verabschiedet. Sie wurden beachtet, werden beachtet, werden angewendet. Entscheidungen in vielen Schulen sind danach getroffen worden. Ich denke an die Dreihackengasse, an das Akademische Gymnasium, an das Bundesgymnasium und Realgymnasium Mürzzuschlag, wo diese Richtlinien beachtet wurden, und auch im Pflichtschullehrerbereich. Ich gehöre, lieber Kollege Freitag, jetzt 30 Jahre dem Bezirksschulrat in Bruck an der Mur an, und da ist immer einvernehmlich alles geregelt worden, einstimmig. Es ist halt so, drei Hauptschulen gehören der ÖVP und elf Hauptschulen der SPÖ, und wir haben auch nie daran gerüttelt. (Abg. Mag. Rader: „Das ist objektiv!“) Nein, ist nicht objektiv. Das wird abgeschafft. (Abg. Mag. Rader: „Wann denn?“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nur drei Hauptschulen gehören der ÖVP an?“) Ja, nur drei. Daher gehört das in der ganzen Steiermark geregelt. Ich bin kein Provokateur, aber ich möchte sagen, Versuche einer Objektivierung sind gemacht, aber die Entscheidung der Frau Bundesminister Havlicek in Liebenau hat sehr weh getan. Das ist ein Vorgang, der nicht erfreulich ist. Ich habe das Dekret seinerzeit vom Herrn Bundesminister Dr. Sinowatz zur Ernennung bekommen, worin stand: Ich teile Ihnen mit, daß durch die Entschließung des Herrn Präsidenten, wo ich als Bundesminister Sinowatz sage, so und so. Wir warten noch ab, was der Herr Bundespräsident sagt, aber an und für sich müßte ich sagen, so ist die Entscheidung nicht erfreulich, wie sie in Moskau getroffen wurde.

Nun ein Wort zur Begabtenförderung. In den letzten Monaten ist eine wilde Diskussion im deutschen Bereich und auch in Österreich über die Frage Begabtenförderung entstanden. Es ist das Problem der Hochbegabtenförderung, der Akademikerausbildung. Ich habe vor kurzem einen Vortrag vom Rektor und Chef der Rektorenkonferenz Österreichs unter dem Titel „Massenuniversität – Akademikerschwemme – Hochbegabung ja oder nein“ gehört. Ich muß sagen, die Förderung von Begabten ist eine alte Sache. Das kennen wir schon aus China, Konfuzius hat sie schon empfohlen, Platon hat sie empfohlen, und wir müßten meinen, es gibt Hochbegabte. Aber ich sage ehrlich, wer sind die Hochbegabten? Wer entdeckt sie, wer erkennt sie und wer fördert sie? Daher gibt es nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen mehrere Begabungen. Es gibt psychomotorische, künstlerische, allgemein-intellektuelle und soziale Begabungen. Ich möchte meinen, das ist nicht selbstverständlich. In Salzburg hat es einen großen Kongreß gegeben, wo

darüber gesprochen wurde, und dabei wurde die Intelligenz auf verschiedene Weise durchleuchtet. Das heißt, es gibt auch eine motorische Intelligenz und auch eine soziale. Wir haben es uns von einem deutschen Professor sagen lassen. Es ist eine überdurchschnittliche Fähigkeit zur Kommunikation, zur Menschenbegegnung und zur Zusammenarbeit, die Fähigkeit für das Verantwortungsgefühl und soziale Fantasie und Kreativität. Diese Fähigkeiten zu erkennen, ist Aufgabe der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung. Wenn sie es noch nicht haben, sollen sie es erst erwerben. Nämlich diese Erkenntnis ist nicht selbstverständlich, lieber Kollege Ussar. Daher geht es darum, daß wir sehr früh schauen, was sind die Begabungen, was sind die Eignungen. Daher gilt die Parole „Nicht Selektion, sondern Kanalisation“ rechtzeitig und frühzeitig zur Wendung und Begabtenförderung. Daher gilt das auch für die Hochschule. Das heißt, es gilt auch, rechtzeitig zu erkennen, wo sind die Begabten, und daher gilt dies auch für die allgemeinbildende höhere Schule. Nach Paragraph 34 heißt es: Aufgabe der allgemeinbildenden höheren Schule ist es, zu einer höheren Allgemeinbildung zu führen und zur Hochschulreife. Nun ist es so, wenn die Schule diese Sache nicht erkennt, dann sollen sie rechtzeitig hinlenken. Es ist nicht so, wie der Kollege Stix, der Sprecher der Freiheitlichen, gesagt hat, es ist höchste Zeit, daß es zwischen Matura und Universität eine Zwischenschichtung gibt. Es gibt sie bereits, die vielen Kollegs an den berufsbildenden Schulen, an den HTLs die großartige berufsbildende Weiterbildung, fragen Sie am Ortweinplatz, fragen Sie in Gösting. 15 Möglichkeiten der Weiterbildung in Kollegs, bis nach Gleichenberg, wo man sagen kann, das Kolleg für Hotellerie für Maturanten à la Kießheim. Das gibt es. Es gibt die Sozialakademie. 800 Schulformen stehen in Österreich zur Wahl, hieß es im „IBF“, in diesem berühmten Magazin für Bildung. Das ABC für die berufsbildenden Schulen kennt eine ganze Palette, wo man lernen kann: Ortsbildpflege, Bebauung, Designer, Kulturtouristik.

Nun ein Wort für unsere Maturanten zur Hochschulreform. Prof. Tuppy hat recht, wenn er sagt, ich setze eine Kommission ein, und diese Kommission will die Studienzeit verkürzen, ein Baccalaureat einführen für diejenigen, die nach der Hochschule berufstätig werden wollen und dann, wie in Amerika, die wissenschaftliche Laufbahn ergreifen. Ich glaube, das ist eine gute Sache, und daß daher diese Einrichtung, lieber Kollege Dr. Ficzkó, erfolgen soll. Ich möchte nur meinen, daß das stattfindet, was der sozialistische Sprecher im Unterrichtsausschuß, Nationalrat Dr. Johann Stippl, den ich gut kenne, gesagt hat: Ich bin für Leistungen, für Prüfungen, für Anforderungen, auch wenn ich darin in meiner eigenen Partei nicht mit allem übereinstimme. Daher könnte man sagen, der Zugang zu einer höheren Schule bedarf einer Anstrengung, das heißt Zugang zu den Akademien darf nicht Zugang unter Verlust von Niveau sein, bedarf nicht allein Askese, bedarf Anstrengung. Und das möchte ich meinen. Ich habe ein Rundschreiben vom seinerzeitigen Unterrichtsminister Dr. Sinowatz gelesen, in dem er von seinen Freunden, den Eltern seiner Gesinnungsgemeinschaft, forderte: Mehr Bildungsbereitschaft, mehr Opferbereitschaft, mehr Bildungswille auch von Eltern, die die Schule oft vor der Haustüre haben. Er

bedauerte die niedrige Studentenquote in den Arbeiter- und Angestelltenkreisen seiner Parteifreunde.

Sicher haben wir es in Ballungszentren in höheren Schulen oft mit Schülern zu tun – wie der sozialistische Landesinspektor, mein guter Freund Nowotny, gesagt hat: Die Lernfähigen sind oft unwillig, und die Lernwilligen oft unfähig. Wir müßten meinen, daß von der Pädagogik her alles getan wird, daß hier keine Diskrepanzen stattfinden.

Gleich wie die aufgebrochene Diskussion über die Studiengebühren ausgeht, es muß jedem bewußt sein, daß über Studiengebühren keine für die Gesamtfinanzierung der Hochschulen nennenswerten Beträge aufgebracht werden können, ohne erneut die soziale Differenzierung auf das Bildungssystem durchschlagen zu lassen – Brünner in „Wirtschaftspolitische Blätter“ 1988, Heft 4.

Trotzdem: Die Universität darf nicht die Wärmestube der Nation für arbeitslose oder nicht studierwillige Studenten werden. Zugegeben wird, daß der freie Zugang zu den Hochschulen auch als eine der Therapien bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit angesehen wird. Aus Umfragen ist bekannt, daß 40 Prozent der Erstsemestrigen ihr Studium sofort wieder aufgeben würden, wenn sie einen zusagenden Job angeboten bekämen. Es gäbe pro Jahr 9000 Jugendarbeitslose mehr, wenn diese nicht studierten.

Und nun ein Wort, meine Damen und Herren, zum Abschluß: EG-Beitritt und Schule, da müssen wir uns auch eine Überlegung leisten. Im Zusammenhang mit der Diskussion um einen möglichen Eintritt, Beitritt, Assoziation in die EG wird die Europareife des österreichischen Schulwesens überprüft und bedacht werden.

Es ist zusätzlich zu fordern – meine Damen und Herren, ich bitte sehr, daß Sie das beachten –:

Erstens: Die Integration moderner Technologien in den Unterricht unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlich relevanten Funktionen. Die derzeitige Situation der Informatik beziehungsweise der EDV ist nicht befriedigend und vom Konzept her noch zu durchdenken und zu überlegen.

Zweitens: Der kommunikative Ansatz im Fremdsprachenunterricht ist zu intensivieren. Der Kanon der Fremdsprachen, die in der Schule gelehrt werden, ist zu erweitern. Besonders auf die Sprachen unserer östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten.

Drittens: Die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Fremdsprachenunterricht – besonders für den Gruppenunterricht – sind zu verbessern. Das heißt, Gruppenunterricht soll beginnen, wenn zehn und zwölf Schüler beginnen, und nicht, wenn 20 sind. Sonst gibt es keinen Gruppenunterricht. Das wäre eine Notwendigkeit, die ich hier feststelle.

Viertens: Aufenthalte von Schülern im fremdsprachigen Ausland unter Teilnahme am dortigen Unterricht sind rechtlich zu verbessern und unbürokratischer als bisher zu handhaben. Lieber Herr Direktor Hofrat Prof. Dr. Eichinger, du weißt das. Bisher Schüleraustausch sechs Wochen, so viele Schüler, wenn nicht, das und das. Daher, wie es der Direktor des Akademischen Gymnasiums Wilhelm gemacht hat: nach Jugoslawien, nach Ungarn, jawohl, kurzfristig ohne bürokratische

Einschaltung müßte das möglich sein. Begegnung halte ich für wichtig.

Fünftens: Die Sonderformen der allgemeinbildenden höheren Schule neben musischen und sportlichen Schwerpunkten sollen auch auf sprachlichem und technischem Gebiet erweitert werden. Unter Berücksichtigung dieser Teilaspekte und mancher Verbesserung in rechtlich-organisatorischer Hinsicht ist das österreichische Schulwesen dann europareif, wenn all das geschieht.

Unter Berücksichtigung all dieser Dinge, die ich da genannt habe, glauben wir, daß wir mit der bisherigen Schule, Herr Landeshauptmann Jungwirth, europareif sind.

Und nun ein Wort noch abschließend – wie könnte es anders sein – zur Erwachsenenbildung: Die Erwachsenenbildung – jedes Jahr wird darüber gesprochen –, Volksbildung, ist eine großartige Sache, die in der Steiermark von eigenständigen und freiwilligen Trägern der Erwachsenenbildung geleistet wird. Es gibt zehn Institutionen der KEBÖ-Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs mit den vielen Zweigstellen, und dann gibt es die Bildungshäuser St. Martin, Retzhof und wie sie alle heißen. Ich habe beim Durchsuchen des Budgetentwurfes festgestellt, Herr Landeshauptmann, daß du ungefähr 3,4 Millionen Schilling aus gibst, aber insgesamt werden für Erwachsenenbildung 30 Millionen Schilling ausgegeben, wenn alle Gruppen drankommen, die Erwachsenenbildung fördern: das WIFI, das BFI und so weiter. Diese Institutionen sind großartig tätig, seien sie alle genannt oder nicht genannt, sie arbeiten, und das Angebot ist großartig, das unseren Erwachsenen zur Verfügung steht. Noch immer sind es nur 17 Prozent der Erwachsenen, die überhaupt davon Gebrauch machen. Man könnte meinen, es könnten mehr davon Gebrauch machen. Aber es ist ein großartiges Angebot mit Schulungen, Kursen, Seminaren, die da im Rahmen der Erwachsenenbildung beansprucht werden. Es wäre höchste Zeit, daß wir uns einig werden, daß es ein Gesetz gibt – nicht nur Kulturförderung –, und zwar für Erwachsenenbildung, ein gesamtösterreichisches Erwachsenenbildungsgesetz mit Zielparagraphen, mit Vorstellungen.

Abschließend: Am Rathaus von Hamburg habe ich gelesen: „Navigare necesse est“ – Seefahrt tut not. Ich möchte schließen: Bildung, Bildung und noch einmal Bildung tut not. Mit diesem Wunsch begrüße ich Sie sehr herzlich. Danke sehr! (Allgemeiner Beifall. – 19.39 Uhr.)

Präsident Zdarsky (19.39 Uhr): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Freitag das Wort.

Abg. Freitag (19.40 Uhr): Liebe Frau Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Kollege DDr. Steiner hat jetzt rund 43 Minuten gesprochen.

Ich werde Punkt acht Uhr aufhören, und ich hoffe, daß ich in dieser mir selbst beschnittenen Zeit alles das sagen kann, was ich sagen will. Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, möchte ich schon,

bitte, ein Wort, welches ich nicht unwidersprochen hier im Raum stehen lassen möchte, sagen: Und zwar geht es um die Leiterbestellung bei der HIB Liebenau. Meine Damen und Herren, ich möchte wirklich kurz und chronologisch aufzeigen, wie das ganze vor sich gegangen ist:

Am 29. September 1987 fand in einer Dienststellenversammlung an der HIB Liebenau eine Art Urwahl statt, in der der Lehrkörper einfach versuchte, sich auf einen gemeinsamen Hauskandidaten für die Direktorenbesetzung zu einigen. Bei dieser Urwahl erhielt Dr. Ude lediglich 44 Prozent der Stimmen, während ein anderer Kollege, der eigentlich gar nicht die Absicht gehabt hatte zu kandidieren, diesen Herrn Dr. Ude ad hoc an Stimmen übertraf. Sie können sich also selbst jetzt ein Bild über den Vertrauensbeweis beziehungsweise über den Beliebtheitsgrad dieses Kandidaten machen.

Am 18. Februar 1988 fand dann dieses bekannte Hearing statt, nämlich das Hearing der offiziellen Kandidaten. Dr. Ude war, wie gesagt, als einziger Hauskandidat übriggeblieben, da der andere Kollege, der ihn also beim Hearing schon übertroffen hat, gesagt hat: „Ich suche um diese Stelle nicht an.“ Da hat es im vertraulichen Gespräch schon unter der Kollegenschaft eine Haltung gegeben, daß ein beträchtlicher Teil gemeint hat: „Wir werden wahrscheinlich ungültig wählen, weil wir dem Herrn Dr. Ude das Vertrauen nicht geben können“, beziehungsweise es war keine andere Alternative da. Und jetzt kam dann dieser Mag. Erlitz und hat auf Grund seiner überzeugenden Darstellung spontan 41 Prozent der Stimmen, während der Hauskandidat bei diesem Hearing 57 Prozent der Stimmen erhalten hat, bekommen. Ich glaube, wenn der Mag. Erlitz die gleiche Chance gehabt hätte wie der Herr Dr. Ude, dann wäre das Votum für Herrn Mag. Erlitz wahrscheinlich noch deutlicher ausgefallen. Ich weiß nur eines, daß in all den mir bekannten Schulen der Hauskandidat in der Regel zwischen 85 und 90 Prozent an Punkten erhält. Das nach außen hin nunmehr scheinbare Engagement des Lehrkörpers und der Personalvertretung für Dr. Ude beruht einzig und allein auf der Tatsache, daß Dr. Ude ein, wenn auch nur knapp, mehrheitliches Vertrauensvotum erfahren hat. Allein die Tatsache, daß Dr. Ude angeblich kein Parteibuch besitzt, läßt noch lange nicht den Schluß zu, daß er von keiner Parteilobby unterstützt wird. Die ganze Unterstützungsaktion ging in erster Linie vom Elternvereinsobmann aus, der selbst – und ich kenne ihn persönlich – ein ÖVP-Funktionär in Hausmannstätten bei Graz ist, der interessanterweise das Hearing als unakzeptabel bezeichnet hat, aber selbst bei dem Hearing gar nicht dabei war. Meine Damen und Herren! Somit kam dann das ganze in das politische Schußfeld. Ich bestreite nicht, daß der Herr Dr. Ude die administrative Fähigkeit wie auch die organisatorische Kompetenz hat – aber nur als Direktorstellvertreter, und dort ist er sicherlich der richtige Mann. Die Frau Bundesminister hat unter den drei von der Personalkommission des Bundes vorgeschlagenen Kandidaten den besten herausgesucht, und ich glaube, sie hat eine gute Wahl getroffen, und die Tatsache, daß er einer Partei angehört, darf doch bitte zu keinem Berufsverbot führen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte an das anknüpfen, was dein lieber Freund Kollege Schützenhöfer heute in der Gruppe 0 gesagt hat. Dann möchte ich mit diesem Thema schließen. Die Zugehörigkeit zu einer Partei darf kein Vorteil sein, sie darf aber bitte auch kein Nachteil sein. Und so gesehen war die Entscheidung richtig. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was verteidigst du hier?“) Ja, daß diese Moskauer Entscheidung keine glückliche Entscheidung war, das hat Kollege Dr. Steiner angeschnitten. Ich glaube, man mußte objektivitätshalber daher dies auch chronologisch aufzeigen, wie es dazu gekommen ist. (Abg. Dr. Hirschmann: „Dabei bleibt es aber trotzdem!“) Das ist eine subjektive Meinung. Aber objektiv gesehen war das eine richtige, saubere, gute Lösung, so wie ich das hier aufgezeigt habe.

Aber jetzt zu allgemeinen schulpolitischen Problemen, die uns natürlich auch hautnah in der Steiermark interessieren. Ich möchte ganz kurz auf den Herbst zurückkommen, auf den Schulbeginn 1988/89, und ich glaube, sagen zu dürfen, es war schulpolitisch ein sehr heißer Herbst. Dieser Herbst hat erstmals mit Streiks von Schülern wegen zu hoher Klassenschülerzahlen und Klassenzusammenlegungen in Grazer Volksschulen geendet.

Hier gleich zum Hauptproblem, warum es soweit gekommen ist. Auch heuer haben die Bezirksschulräte im Frühjahr vom Landesschulrat für Steiermark ein Konzept erhalten, das die Klassenbewilligung für 1988/89 enthielt. Demnach sollten an steirischen Pflichtschulen zu Schulbeginn 376 Dienstposten eingespart werden. Die Konsequenzen dieses Konzeptes wären gewesen, daß es rund 600 bis 700 Dienstposten weniger in der Steiermark gegeben hätte und daß es sogar zu Entlassungen von bereits im Dienst stehenden Lehrern gekommen wäre, neben allen anderen schulpolitischen Konsequenzen, die nicht zu begrüßen gewesen wären. Natürlich mußte ein solches Ansinnen heftigste Proteste und Widerstände bei den Lehrern, aber auch bei den Eltern und bei den Schülern erzeugen. Man war entschlossen, gemeinsam die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Ich möchte an dieser Stelle wirklich ein herzliches Dankeschön allen steirischen Elternvereinen sagen für ihre Solidarität und für ihre Unterstützung in dieser für uns sicherlich nicht sehr einfach zu lösenden Frage. Als die Wogen ganz besonders hoch gingen, erfuhr man plötzlich aus dem Unterrichtsministerium, daß es einen Antrag der Steiermärkischen Landesregierung gibt, der tatsächlich nur die Verminderung der Dienstposten um 175 vorgesehen hat. Die lapidare Begründung war, daß sich diese Reduzierung zwangsläufig aus der sinkenden Schüler- und Klassenzahl ergibt.

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß uns diese Problematik der sinkenden Klassenschülerzahlen sicher zu schaffen macht, und leider sagen alle Prognosen über die neunziger Jahre hinaus einen weiteren Einbruch bei den Geburtenraten voraus. Es wird nicht leicht sein, die damit zusammenhängenden Probleme zu meistern, haben wir heute schon in der Steiermark allein 1500 stellensuchende Lehrer. Bei dieser Gelegenheit möchte ich schon auf ein Problem hinweisen, das mich persönlich immer wieder stört und ich auch darauf angesprochen werde. Wir haben zwei pädagogische Akademien. Zu Zeiten des Lehrermangels war es sicherlich gut, viele Lehrer rasch auszubil-

den, nur, heute muß ich sagen, führen diese beiden pädagogischen Akademien sicher auch dazu, daß wir einfach leider noch viel zu viele Lehrer ausbilden. Das heißt also, es kommt auch hier zu einem Überangebot an auszubildenden Lehrern, und das ist auch der Grund, warum es allein in der Steiermark 50 Prozent von allen stellensuchenden Lehrern von ganz Österreich gibt.

Ich möchte noch mit kurzen Worten auf eine wissenschaftliche Untersuchung hinweisen, die es hier vom sozioökonomischen Entwicklungsforschungsinstitut gibt und eine fürchterliche Prognose voraussagt, daß es, wenn es so weitergeht, wenn es diese sinkenden Schülerzahlen gibt und die Weiterausbildung von Lehrern stattfindet, daß wir im Jahre 2000 5000 Lehrer im Pflichtschulbereich arbeitslos haben werden und daß 8500 Lehrer im Bereich der weiterführenden Schulen keine Anstellung finden werden. Ich habe schon im Vorjahr auf die Analyse der Altersstruktur der steirischen Pflichtschullehrer hingewiesen: 75 Prozent aller Lehrer sind unter 40 Jahre. Das heißt, daß die ausgebildeten, die jungen Lehrer auch in Zukunft nur sehr schwer eine Anstellung finden werden. Das alles zeigt, daß wir keine weiteren Verunsicherungen brauchen, die natürlich auch durch veröffentlichte Konzepte entstehen, die jeder realistischen Grundlage entbehren. Mein Appell richtet sich daher an alle Verantwortlichen hier im Land, mit dazu beizutragen, daß eine weitere Verunsicherung der steirischen Schüler, Eltern und Lehrer in Zukunft vermieden werden möge.

Meine Damen und Herren! Ich selbst bin Leiter einer kleinen dreiklassigen, niederorganisierten Schule im ländlichen Raum. Fast ein Drittel all dieser steirischen Schulen sind niederorganisiert. Das heißt, die Klassenschülerzahlen liegen hier zwischen 18 und 20 Schülern pro Klasse, und Sie können sich vorstellen, daß für die Schüler, für die Eltern wie auch für die Lehrer das Unterrichten in solchen Klassen sicherlich optimal ist. Es kann sich die Lehrkraft voll ihren pädagogischen Aufgaben widmen und kann hier vor allem schwächere Schüler individueller betreuen. Natürlich wissen das auch die Eltern in der Stadt und fragen sich, wie ist so etwas möglich, daß am Land Klassen vorhanden sind mit 12 bis 15 Schülern und in der Stadt es Klassen mit 28 und mehr Schülern gibt. Und ich betone das deswegen, weil man auch hier schon wieder eine Verunsicherung beginnt, indem man sagt, daß man sich überlegen muß, ob man diese kleinen Landschulen vielleicht doch schließen sollte und die Kinder, nachdem es ja die Schülerfreifahrten gibt, in Zentralschulen schicken sollte. Und ich muß sagen, ich werde, solange ich hier tätig bin, für diese kleinen Schulen am Land kämpfen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Denn ich bin der Meinung: Ist die Schule weg, ist auch die Kultur weg.

Ich möchte nur ein kleines Beispiel, das ich in einer österreichischen Tageszeitung gelesen habe, kurz zitieren. Und zwar hat die Überschrift gelautet: „Super!“, und ich darf das jetzt wörtlich übernehmen:

„Dieses Land ist ein Land der Superlative. Es hat die höchsten Berge, es hat die härtesten ‚K‘, die stürsten Schädel und die meisten Übernachtungen, aber auch die kleinsten Schulen. In anderen Bundesländern werden die Schüler in zentrale Schulen geführt, die Lehrer werden arbeitslos und die Schulbusunternehmer rei-

cher. Bei uns bleibt die Schule im Dorf. Die Volksschule in Boden hat sieben Kinder, die Volksschule in Heiligenkreuz hat fünf Kinder. Es ist gut, wenn Kinder gleichsam in Sichtweite ihrer Eltern unterrichtet werden, denn die Entfremdung der Menschen von der Welt beginnt ohnehin viel zu früh. Daß Kultur nicht nur auf die Städte beschränkt ist, beweisen die vielen Genies, die in den Dörfern aufwuchsen.“ Ja, ich glaube, Sie werden es schon erkannt haben – es ist das Bundesland Tirol. Und ich meine, wenn auch die Struktur in Tirol eine ganz andere ist als in unserem Land, muß doch gesagt werden, daß, wenn man Schulen erhalten will, Klassen erhalten will, man hier bei einigem guten Willen das tun kann und auch tun muß. Daher auch mein Appell hier und heute an die Schulpolitiker des Landes, sich auch verstärkt für die Probleme der niederorganisierten Schulen einzusetzen. Ich habe noch drei Minuten Zeit. Ich möchte nur auf das Bezug nehmen, was der Herr Kollege DDr. Steiner gesagt hat: Wir haben Gott sei Dank einen Konsens gefunden; die Parteien des Hohen Hauses sind durchaus einer Meinung, daß die Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 gesenkt werden sollte. Ich darf also bei der Gelegenheit nur sagen: Wenn das käme, könnten auch wir in der Steiermark auf Anhieb sofort 270 Dienstposten besetzen, weil das in etwa die Zahl der Klassen ist, die zwischen 25 und mehr Kinder beinhalten.

Ich habe auch der Einbegleitungsrede des Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Christoph Klausner sehr genau zugehört, wo er gemeint hat, daß die Finanzierung der Lehrergehälter ein großes Problem ist. Wenn hier das Land das alleine übernehmen müßte, wäre das Land überfordert. Der Bund gibt allein für die Pensionen und für die Gehälter rund fünf Milliarden Schilling aus. Trotzdem erlauben Sie mir, bitte, die Frage zu stellen – ich habe sie schon einmal im Volksbildungsausschuß gestellt –: Wir haben im vergangenen Jahr für dieses heurige Jahr eine Null-Lohnrunde beschlossen und einen Verzicht auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung für uns Mandatäre. Da hat es geheißen: Dafür werden im Jahre 1988 50 Millionen Schilling frei, die dann den Krisenregionen als sogenanntes Solidaritätsoffer zugeführt werden sollen. Ich frage hier noch einmal schlicht und einfach den zuständigen Schulpolitiker und den Landesfinanzreferenten: Wäre es nicht möglich, diese freigewordenen 50 Millionen Schilling auch für stellensuchende Lehrer im Sinne der Solidarität zur Verfügung zu stellen?

Meine Damen und Herren, ich habe noch zwei Minuten Zeit. Ich möchte wirklich zum Schluß komend sagen: Es gäbe ja noch so viel. Die Objektivierung der Leiterbestellung, die mit Mehrheitsbeschluß der ÖVP im Kollegium des Landesschulrates beschlossen wurde, wird zeigen, ob sie wirklich das Maß aller Dinge ist. Ich könnte noch etwas über die Wahl des Direktors auf Zeit sagen, aber ich habe gesagt, ich werde zu gegebener Zeit schließen.

Meine Damen und Herren, ich möchte wirklich zum Schluß allen steirischen Lehrern, die in unseren steirischen Schulen ihre pädagogische Aufgabe hervorragend erfüllen, ein herzliches Dankeschön sagen, viel Schaffenskraft, Freude und Erfolg in ihrem Beruf und alles Gute für 1989 wünschen! Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.59 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich unterbreche für heute die Spezialdebatte. Sie wird morgen pünktlich um 8.30 Uhr fortgeführt.

Erster Redner bei der morgigen Spezialdebatte ist die Frau Abgeordnete Göber.

Ich wünsche eine gute Nacht! (Unterbrechung der Sitzung um 20 Uhr – Wiederaufnahme am Dienstag, dem 6. Dezember 1988, um 8.30 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als erstem Redner erteile ich der Frau Abgeordneten Göber das Wort.

Abg. Göber: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

(Die Rede kann auf Grund von Rückkoppelungsgeräuschen aus dem Saallautsprecher nicht weiter fortgeführt werden.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten. (Unterbrechung von 8.35 Uhr bis 8.40 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Wir haben im Augenblick die Anlage ausgeschaltet, die Stenographen sind am Werk.

Die Frau Abgeordnete Göber ist am Wort.

Abg. Göber (8.41 Uhr): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, daß ein beträchtlicher Teil nach der Volksschule in Richtung Matura strömt. Schuld daran sind sicherlich nicht unsere Maturanten, schuld daran sind vielleicht wir alle, das heißt, die Eltern oder überhaupt die ältere Generation, die den einfacheren Weg gewählt hat, weil vielleicht die Schule vor der Haustür steht, und die die Kinder in die Mittelschule geschickt hat. Ich weiß schon auch und ich glaube, unsere jungen Leute haben Anrecht darauf, stolz zu sein, wenn sie die Matura geschafft haben. Jeder von uns erinnert sich vielleicht selber noch gerne an den Tag, wie glücklich man war, weil man gemeint hat, jetzt beginnt das freie Leben! Wir, glaube ich, müssen aber heute sagen: Seid stolz auf eure Matura, aber Maturanten, ihr müßt wissen, jetzt beginnt für euch erst die Berufsausbildung. Wohin führt der Weg für die Maturanten? Wieder, weil eine gewisse Gedankenlosigkeit einsetzt, entweder zum Studium oder leider Gottes sehr oft zur Arbeitslosigkeit. Wir wissen, daß rund 75 Prozent der Maturanten auf Universitäten gehen. Wir wissen auch, daß es im Jahre 1970 52.700 Studenten gegeben hat, 1988 aber schon 182.000. Rund die Hälfte davon bricht ihr Studium aber ab.

In der Steiermark gibt es rund 7000 arbeitslose Jugendliche, davon auch einen großen Teil von Maturanten. Demgegenüber ruft aber die Wirtschaft nach Fachkräften, und ich muß sagen, das fehlgeleitete Potential fehlt uns eigentlich in der Wirtschaft. Lange Zeit hat man den jungen Menschen eingeredet, das Menschsein beginnt erst bei der Matura. Dem muß nicht so sein. Es gibt auch noch andere Ausbildungswege. Wir wissen ganz genau von unseren Sprechern, wie traurig es ist, wenn die Jugendlichen zu uns

kommen und Stellen suchen. Ich glaube, wir alle müssen den Mut haben zu sagen: „Junger Mensch, wir haben keine Stelle für dich, aber wir werden uns bemühen, dir Wege zu zeigen, wie du weiterkommst, wie du einen Beruf erlernst.“ Und ich kann da eigentlich aus eigener Erfahrung sprechen. Ich ging auch einen ähnlichen Weg und stieg dann später in den Handel ein. Und ich bin stolz darauf, daß ich das gemacht habe, und ich empfinde es nicht als eine Abwertung, sondern ich fühle mich mit einem Geschäft, mit einem Unternehmen sehr verbunden und meine, daß ist für jeden Menschen eine Aufwertung. Wir alle mitsammen dürfen unserer Jugend und vor allem den Maturanten nicht das Gefühl des Scheiterns vermitteln. Ich glaube, lange genug haben wir ihnen vorgeredet, wie sie uns zuviel sind. Dem, meine ich, muß ein Ende gesetzt werden. Es ist ja sonst kein Wunder, daß sie einen Haß auf uns, einen Haß auf die Gesellschaft bekommen. Wie ich schon gestern von einem Kollegen gehört habe, auch bei uns in der Oststeiermark sind die Gruftis schon unterwegs, und das kommt ja von der Arbeitslosigkeit. Ich glaube, wir alle sind verpflichtet, der Jugend zu helfen und den Maturanten neue Wege aufzuzeigen. Auf keinen Fall dürfen wir das Schicksal der jungen Menschen noch negativ beeinflussen.

Im Wirtschaftsministerium wurde ein Versuch ins Leben gerufen, daß Maturanten Lehrberufe ergreifen können, und zwar mit verkürzter Lehrzeit. In diesem Lehrversuch sind 22 Lehrberufe enthalten. Die Lehrzeit wird um ein Jahr verkürzt. Die Maturanten sind berufsschulpflichtig. Mein Wunsch geht nun dahin, daß man die Berufsschule so gestaltet, daß auf die besondere Vorbildung der Maturanten und auch auf das Alter dieser Lehrlinge Rücksicht genommen wird. Ich meine, es läßt sich ja nicht hinwegleugnen, ohne die anderen Lehrlinge zu diffamieren: ein Maturant hat ein höheres Niveau. Ich weiß nicht, ob er nicht etwas frustriert ist, wenn er mit den sogenannten „normalen“ Lehrlingen in der gleichen Klasse sitzt und den gleichen Lehrstoff durchnehmen soll. Ich weiß schon, Maturant, Facharbeiter ist noch immer ein Imageproblem. Ich weiß nicht, warum das bei uns in Österreich so falsch geleitet wurde. Es ist sicherlich, und ich sage es noch einmal, die Gedankenlosigkeit der Eltern, aber ich muß auch dazusagen, wenn ein junger Mensch 18 Jahre alt ist, maturiert hat, dann muß er wohl auch anfangen, selbständig nachzudenken, was er unternehmen kann. In Vorarlberg zum Beispiel wird dieses Angebot von rund 80 Prozent angenommen. Das ist gewaltig. Ich meine, ein Lehrabschluß mit Matura ist ein große Chance, nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den jungen Menschen. Alle kennen wir die Zahlen, daß die Wirtschaft rund 70.000 Fachkräfte benötigt. Ich weiß schon, daß ein Maturant wahrscheinlich nicht jeden Lehrberuf gerne aufnimmt, aber auch das ist kein Malheur. Es gibt viele attraktive Sparten, wo ein Lehrling oder ein Maturant einsteigen könnte und das auch schon angenommen wird. Buchhändler, Spediteure, im Reisebüro, Optiker, Bankkaufmann und, was mir eigentlich sehr imponieren würde, der weitere Weg zum Unternehmer. Ich glaube noch immer, daß Unternehmer sein für die Jugend etwas Reizvolles ist. Ich weiß, daß die Maturanten dieses Angebot bisher noch sehr wenig angenommen haben. Vielleicht müssen wir uns eben Gedanken machen,

wie wir das attraktiver gestalten können durch eine sogenannte Maturaklasse oder einen Maturalehrgang. Ich weiß schon, daß das auch Geld kostet, aber ich glaube auch, daß das Geld dort gut investiert ist, und wenn wir uns vielleicht zwei, drei Jahre Anlaufzeit gönnen, dann können wir vielleicht den Maturanten dienen.

Darf ich Ihnen vielleicht dazu einige Lösungsansätze sagen:

Ich glaube, der Einstieg in die Wirtschaft muß für die Maturanten eben attraktiver gestaltet werden. Ob wir nicht auch flexiblere Lehrzeiten einführen könnten für die Maturanten? Im Handel wird man vielleicht weniger Lehrzeit brauchen als für eine andere Fachausbildung. Wir aus der Wirtschaft sollten nachdenken und sagen, für diesen oder jenen Facharbeiter brauchen wir die Matura als Voraussetzung. Die Lehrabschlußprüfung, ich glaube, auch da müßten Lockerungen eingesetzt werden. Es hat der junge Mensch nichts davon, und er kann es nicht verstehen, und ich kann es eigentlich auch nicht verstehen, wenn man die Lehrabschlußprüfungen nach Alter einführt. Warum können die nicht flexibler gestaltet werden und sagen, es geht nach dem Können und nicht nach dem Alter.

Zu den Maturanten möchte ich sagen: In der Bundesrepublik Deutschland steigen rund 20 Prozent der Maturanten in einen Lehrberuf ein. Bei uns sind es derzeit nur 0,6 Prozent. Es wird schon werden, aber wir müssen alles dazu beitragen. Ich glaube, die Maturantenprogramme des WIFI und auch des BFI sollten wirklich weiter unterstützt werden, denn dort finden auch die Maturanten eine gute Berufsvorbereitung. Ich meine zum Schluß der Maturantensache: Es ist alles zu unternehmen, um die Maturanten in die Wirtschaft zu holen. Wir brauchen EG-reife Mitarbeiter durch ein flexibles Bildungssystem und auch durch ein anderes Bildungsverständnis. Ich glaube, daß wir dieses Anliegen aufgreifen sollten, und ich bin auch überzeugt, daß wir es durchbringen werden, denn ich weiß, es ist auch ein großes Anliegen unserer Wirtschaftslandesrätin, und wenn sich Frauen etwas vornehmen, so bringen sie es meistens auch gut über die Runden.

Nur noch zwei, drei Gedanken zu den Lehrlingen überhaupt. Ich verstehe zwei Dinge an der normalen Lehrlingsberufsausbildung nicht ganz. Der Lehrling hat 360 Stunden Unterricht in der Schule. Daneben Freigegegenstand von Englisch, ich nehme nur ein Beispiel heraus. Dieser Freigegegenstand wird sehr wenig angenommen, und weiters kann ich nicht verstehen, warum das, was der Lehrling in der Schule freiwillig macht, wenn es über die 40-Stunden-Woche hinausgeht, dem Betrieb angerechnet werden soll. Das ist der eine Punkt, der mir nicht sehr verständlich ist. (Abg. Rainer: „Weil der Betrieb davon profitiert!“) Ich weiß schon auch, daß wir mehr Partnerschaft von der Berufsschule zur Unternehmerschaft brauchen, darüber hinaus aber auch zu den Eltern. Die duale Ausbildung ist, glaube ich, der allerbeste Weg für die Lehrlinge. Wir haben 1987 in der Steiermark 27.631 Lehrlinge, und ich bin sehr stolz darauf, daß mein Bezirk Weiz nach Graz an zweiter Stelle steht. Aus Lehrlingen, egal ob mit Matura oder von Hauptschule, Politechnikum, werden Fachkräfte und Unternehmer. Ich meine, der Lehrling muß aber auch bereit sein, selbst etwas in seine eigene Zukunft zu investieren. Ich denke da

wieder an die Fremdsprache. Das Jugendbeschäftigungsprogramm wird von 15 Millionen Schilling um eine Million Schilling auf 16 Millionen Schilling erhöht. Die Förderungsmittel für Berufsausbildungsprojekte des WIFI so wie des BFI wurden jeweils von 3 Millionen Schilling auf 5 Millionen Schilling erhöht. Ich glaube, das ist gut so.

Verehrte Damen und Herren! Wir alle haben die Pflicht, unserer Jugend eine gute Ausbildung und ihnen auch Arbeitsplätze zu geben. Wir wollen und sollen die Wege für die Jugend vorbereiten, aber annehmen und etwas daraus machen, das mußte zu jeder Zeit die Jugend selbst. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 8.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Minder.

Abg. Minder (8.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn uns die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens in unserer schnelllebigen Zeit voll bewußt wird, haben wir uns auch mit der Methodik des Lernens zu beschäftigen. Wenn wir wissen, daß Schulabgänger manchmal nicht mehr in der Lage sind, sinnerfassend zu lesen, Gedanken niederzuschreiben oder sich verständlich auszudrücken, müssen wir uns über die Ausbildung während der Schulzeit und deren Verbesserung Gedanken machen. Eine solche könnte die Intensivierung von Schulversuchen sein, wo es nicht um neue Wissensvermittlung, sondern um Übungsphasen und um die Anwendungsmöglichkeiten des Gelernten geht.

Beim Tempo der Vermehrung der lernenswerten Inhalte, beim Tempo der von anderen Instituten als der Schule angebotenen Wissensbereiche sind manche der im herkömmlichen Schul- beziehungsweise schulischen Lernsystem angebotenen eingegrenzten Fächer nicht mehr zeitgemäß. Zu schulen gilt es die Reaktionsfähigkeit innerhalb der Bildungsfaktoren, zu schulen ist die Kreativität, um mit Neuem realitätsangepaßt umgehen zu können, und es geht auch um den verantwortungsvollen Umgang mit den erlernten Inhalten.

Aus diesen Gründen muß für das schulische Lernen in vermehrtem Maß die Zusammenschau der Wissensbereiche, das Zusammenspiel der Lernbereiche berücksichtigt und in die Planung der Lerneinheiten und Lernschritte einbezogen werden.

Der Schulversuch „Lernfeld – Projektschule“, der vom Landesschulrat für Steiermark für die Hauptschulen Graz-Puntigam, Dr.-Karl-Renner Graz und die Hauptschule Eisenerz positiv beurteilt, von der Steiermärkischen Landesregierung jedoch abgelehnt wurde, wäre ein Schritt in diese Richtung gewesen. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, daß Schulversuche aus politischen Gründen abgelehnt werden, sondern es sollten gemeinsame Überlegungen angestellt, Gespräche miteinander geführt werden, um die bestmöglichen Voraussetzungen für unsere Jugend zu schaffen.

In aller Kürze möchte ich noch auf ein weiteres Projekt eingehen: Im Rahmen eines Forschungsauftrages hat es erstmals in Österreich ab dem Jahre 1984 einen Schulversuch „Philosophie für Kinder“ gegeben,

der an den Volks- und Hauptschulen Markt Hartmannsdorf und Sinabelkirchen durchgeführt wurde. „Philosophieren mit Kindern“ gilt der Förderung der Denk- und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und hat die Aufgabe, an der Neugierde und dem Wissensdurst der Schüler anzusetzen, das Fragen und Weiterfragenwollen zu wecken und sie so in ihrem Prozeß des Entdeckenlernens und des selbständigen Nachdenkens zu unterstützen.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen dieses durchgeführten Schulversuches waren in Österreich, ebenso wie die Erfahrungen im Ausland, beeindruckend. Nicht nur, daß die Kinder in Rechnen und Lesen bessere Resultate erzielten, sondern daß sie sich auch in ihrem Verhalten durch das Behandeln ethischer Fragestellungen toleranter und offener zeigten als Kinder, die nicht in diesen Unterricht einbezogen wurden. Deshalb wäre die Weiterführung dieses Schulversuches, die diesbezügliche bessere Lehrerfortbildung, die wissenschaftliche Betreuung des Projektes durch eine finanzielle Unterstützung des Landes Steiermark zum Wohle unserer Kinder wünschenswert. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 8.56 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (8.57 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich wäre auf Grund der Stimmung geneigt, genau das fortzusetzen, was zu Beginn des heutigen Morgens hier in den Reden zur Schulpolitik angefangen hat, jene stille, leise, sanfte Übereinstimmung, die vorspiegelt, als wäre es eine Entwicklung, die man sich nicht besser vorstellen könnte, wenn ich nicht, meine Damen und Herren, heute früh pflichtgemäß die Worte meines Präsidenten gelesen hätte, der gestern gesagt hat, wie ich nachgelesen habe: „Das Schrecklichste für die Entwicklung dieses Landtages ist, daß man, wenn man so zuhört, den Eindruck kriegen könnte, es wäre alles a Nudel, a Teig!“ – wenn ich das steirisch sagen kann, ich kann das nicht so gut, aber der Herr Präsident hat das wahrscheinlich besser gemacht – (Abg. Dr. Dorfer: „Dazu muß man ein Steirer sein!“), und daher sollten auch in diesem Haus die unterschiedlichen Standpunkte deutlicher, schärfer, erkennbarer zutage treten. Jetzt ist natürlich das Problem – und das haben heute alle Medien, sofern sie sich überhaupt noch für das Haus interessieren, berichtet –, daß Sie im Augenblick nach zwei Jahren großer Koalition auf Bundesebene beginnen, sie wieder durchzuorganisieren, und zwar bis zur letzten Putzfrau herunter. Bis zum Landtag und bis zum Grazer Gemeinderat sind Sie schon gekommen, da ist die Übereinstimmung eine perfekte. Daher müssen diese unterschiedlichen Standpunkte zwangsläufig verwischt werden, und so können sie in diesem Haus überhaupt nicht auftauchen. Und wenn ich die Frau Kollegin Kammlander wäre, die ja jetzt Gott sei Dank doch gekommen ist und manchmal versucht, pointierter zu werden, dann wäre diese ganze Geschichte überhaupt endgültig langweilig geworden. Ja, meine Damen und Herren, aber – es war ja nicht immer so, wie wir gestern während der Generaldebatte bereden konnten – im Schulbereich allerdings –, das ist ja eine der berühmten Zwei-Drittel-Materien, das

heißt, der eine kann ohne den anderen nichts tun – hat der Proporz überlebt, und zwar jegliche Regierungsform. Er hat bei der großen Koalition begonnen, hat die Alleinregierung der ÖVP genauso überlebt wie er die Alleinregierung der SPÖ überlebt hat, wie er die kleine Koalition überlebt hat und wie er jetzt wieder aufatmet und in Ruhe in der neuerlichen großen Koalition weiterleben kann.

Und ich muß mich übrigens entschuldigen: Ich habe gestern von dieser Stelle aus gesagt, daß die Sozialisten sich immer sehr offen und ehrlich – ich habe da den früheren Abgeordneten und nunmehrigen Landesrat Dr. Klauser zitiert – zum Proporz bekannt haben, mit einer etwas skurrilen Begründung, aber immerhin mit der Begründung, daß selbst in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung – ich habe sie in der Geschwindigkeit nicht nachlesen können – gestanden sei, daß Regieren in Übereinstimmung mit den Regierten stattzufinden hat; daher haben die Roten Posten zu haben, wenn die Schwarzen auch die Mehrheit haben. Aber jedenfalls, wie auch immer, die Sozialisten haben sich zum Proporz bekannt, und ich habe gestern den Schluß gezogen, daß die ÖVP den Proporz zwar organisiert durchgeführt hat, aber ihn in der Öffentlichkeit immer bestritten hat. Ich entschuldige mich für diese Äußerung. Sie war falsch, es gibt eine Ausnahme – eine zwar nur, aber es gibt eine Ausnahme: Der Herr Kollege Dr. Steiner hat gestern abend anscheinend unter diesem Eindruck hier von dieser Stelle aus ganz offen unter detaillierter Erläuterung seines Bezirkes zugegeben, daß es den Proporz im Schuldirektorenbereich gibt. Ich habe das sehr genau registriert. Er hat gestern hier zugegeben, daß es in dem von ihm kontrollierten Bezirk elf Direktoren gibt – wenn ich das richtig sehe –, davon gehören acht den Sozialisten und drei der ÖVP, das heißt, wenn ein „sozialistischer“ Direktorenposten frei wird, dann sagt die ÖVP: „Bitte, wir haben keine gescheiten Leute, die gescheiten Leute sind nur von den Sozialisten“, und daher nominiert nur die ÖVP. (Abg. Dr. Lopatka: „Das hat er nicht gesagt, das ist eine Unterstellung!“) Laß den Schützenhöfer, der kennt sich beim Proporz aus. (Abg. Schützenhöfer: „Die FPÖ, wann immer sie zum personalpolitischen Futtertrog gekommen ist – siehe Grazer Bürgermeister und so weiter –, hat sie herausgeschöpft, mehr als jede andere Partei!“)

Lieber Herr Kollege Schützenhöfer, da halte ich es lieber mit dem Kollegen Dr. Dorfer. Er hat vollkommen recht: (Abg. Dr. Dorfer: „Als die Freiheitlichen zum Zuge gekommen sind, war es am ärgsten!“) Gibst du dem Dr. Dorfer auch recht? Wart ein bißchen, dann gebe ich dem Dr. Dorfer recht, denn er hat vollkommen recht: Jedesmal, wenn eine Situation entstanden ist, wo der fixe Proporz zwischen ÖVP und SPÖ nicht funktioniert hat, sind die gescheiten Leute zum Zug gekommen, und ich gebe zu, die waren in Mehrheit von uns. Das ist halt so, lieber Herr Kollege, in diesen Situationen. (Abg. Schützenhöfer: „Soll ich dir vorlesen, wie das gewesen ist, als Frischenschlager Verteidigungsminister war?“) Also lieber Kollege Schützenhöfer! (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader!“) Ich danke, Herr Präsident! Wir beide, Kollege Schützenhöfer, sind an sich zu jung – du noch ein bißchen jünger als ich –, um sich aus eigener Erfahrung daran zurückzuerinnern. (Abg. Schützen-

höfer: „Daran erinnere ich mich sehr gut!“) Woran? (Abg. Schützenhöfer: „An den Frischenschlager und seine Parteipolitik erinnere ich mich noch sehr gut!“) Ich rede vom wirklichen Proporz, Kollege Schützenhöfer. Wir beide können uns im Detail persönlich nicht erinnern, aber wir haben es nachlesen können und haben alle politische Vorfahren, wo wir uns erkundigen können. Die wirkliche Verpolitisierung des Bundesheeres, wenn du es schon anschneidest, ist von einem Herrn durchgeführt worden, der Prader geheißen hat, der vom berühmten Niederösterreich gekommen ist, wo diese Vorbildung in der parteipolitischen Machtpolitik zum Exzeß durchgeführt worden ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Was hat Prader mit der Schulpolitik zu tun?“) Ich weiß, das gefällt dir nicht. Das ist das Thema des Schützenhöfer. Ich gehe nur höflicherweise auf das Thema des Schützenhöfer ein. Und es wird jetzt von einem anderen Niederösterreicher fortgesetzt. Das mußt du den Schützenhöfer fragen, das war sein Vorschlag. Er hat den Proporz mit einer Leidenschaft bekämpft, das ist ihm nicht gelungen. (Abg. Pinegger: „Der Peter hat dem Proporz mit Leidenschaft gehuldigt. Da hat es Handel und Händel gegeben!“) Lieber Herr Direktor, ich sage Direktor, damit keiner sagen kann, das hat mit Schulpolitik nichts zu tun. Weißt du, wie mir der Proporz vorkommt? Er kommt mir vor wie ein schwerer Eichenschrank. Seinerzeit sind drei Herren höheren Alters zusammengesessen und haben sich darüber unterhalten, wie sich das Alter bei ihnen auswirkt. Der eine sagte: Gottes Willen, ich bin früher wie ein Windhund gerannt, jetzt kann ich das halt nimmer so. Der nächste hat gesagt: Ich war früher so frisch und jung, und jetzt bin ich auch schon alt und müd geworden. Nur der dritte hat gesagt, und so kommt ihr mir vor: Ich bin genauso stark wie vor 30 Jahren. Da fragen die anderen: Wie funktioniert das? Da sagt er: Es ist ganz einfach. Ich habe vor 30 Jahren versucht, einen alten Eichenschrank von der Wand wegzurücken. Das ist mir nicht gelungen. Gestern habe ich es wieder probiert, und es ist mir auch nicht gelungen, daher bin ich genauso stark wie vor 30 Jahren. So kommt ihr mir vor, wenn ihr über die Abschaffung des Proporz redet, verehrter Herr Direktor. (Abg. Pinegger: „Spiritismus ist das!“) Das ist nicht Spiritismus, das ist Realität. (Abg. Schützenhöfer: „Soll ich dir die Liste vorlesen der FPÖ-Entscheidungen des Frischenschlager? Verschiedene Fälle habe ich aufgeschrieben!“) Deine Schmach kenne ich alle auf der Liste; darauf sind Weihnachtsgedichte für deinen Buben. (Abg. Schützenhöfer: „Soll ich dir die Liste vorlesen, wie es ist, wenn jemand zur Personalpolitik Stellung nimmt, der von der Materie keine Ahnung hat?“) Ich weiß, Kollege Schützenhöfer, du bist Experte im Proporz. (Abg. Schützenhöfer: „Ich bin nicht Experte!“) Ich habe auch nicht die Absicht, von dir zu lernen in Proporzdingen. (Abg. Schützenhöfer: „In der Zeit, in der ihr Regierungsverantwortung getragen habt, habt ihr eine Parteipolitik eingenommen, wie vorher und nachher nie!“) Ich weiß schon, wir sind schon wieder beim Militär. Bitte um Entschuldigung! Es ist sein Thema. Der Kollege Schützenhöfer weiß nämlich ganz genau, daß es schrecklich sein muß, wenn das Bundesheer von A bis Z total schwarz organisiert ist und plötzlich nicht mehr nur Schwarze da sind. Das kann nur schrecklich sein. Lieber Kollege, sei froh, daß zwischendurch ein bißchen aufgelockert

wurde. In der Zwischenzeit habt ihr ohnehin alles wieder rückgängig gemacht. Das wird derart durchorganisiert, daß ich nur lachen muß. Ich bekomme dauernd Mitteilungen vom Herrn Minister, was jetzt wieder an Weisungen zurückgenommen wurde, damit nur ja wieder Schwarze dort landen, wo sie früher waren. Genauso ist es bei den Schulen. (Abg. Schützenhöfer: „Mein Gott, erinnere dich, wie das bei den Kasernen gewesen ist, wo eine Sekretärin nur angestellt werden konnte, wenn sie einen Brief der FPÖ gehabt hat, und zwar vom Parteisekretär der FPÖ. Sie mußte Mitglied der FPÖ sein! Also, hören Sie auf damit, ich lasse mir solche Schwätzereien nicht gefallen!“) Den Brief mußt du mir erst zeigen, und wenn ich nicht so ein höflicher Mensch wäre, würde ich sagen, was richtig ist. Die Tatsache, daß ich einen Brief geschrieben habe, daß jemand der FPÖ beitreten soll, ist eine Lüge, lieber Herr Kollege! Das sage ich ganz bewußt. (Abg. Schützenhöfer: „Ich habe den Brief da, wo drinnensteht: ... der Ortspartei sekretär wird Sie besuchen.“) Dann zeige ihn doch her. Wo ist er denn? Wo ist der Brief? Du hast ihn nicht, das ist die Realität! Jetzt schaut er weg, weil er zugibt, daß es ihn in Wahrheit nicht gibt. So, jetzt können wir endlich über die Schulen weitermachen.

Jetzt zurück zur Schule und zum Kollegen DDr. Steiner. Der ist viel ehrlicher als du. (Abg. Schützenhöfer: „Ohne daß sich diese Dame damals um die Unterstützung der FPÖ – ich sage den Namen nicht, er liegt hier vor – beim Landwehrstammregiment 52 in Feldbach, ohne daß sie sich jemals um eine Unterstützung bei der FPÖ oder einer anderen Partei bemüht hat, erhielt sie vom Herrn Abgeordneten Mag. Ludwig Rader ein Glückwunschschreiben und die Zusage, daß er, Rader, sich auch weiterhin um sie bemühen werde. In der Folge hat ein freizeitlicher Funktionär dieses Mädchen in der Privatwohnung aufgesucht, um einen Beitritt zur FPÖ zu erwirken!“) Jetzt sage bitte, wer das geschrieben hat. Wer hat das geschrieben, Herr Schützenhöfer? (Abg. Schützenhöfer: „Es ärgert mich nur die Doppelzüngigkeit!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Der Heiligenschein paßt nicht!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind gut, sie beleben die Stimmung, aber der Herr Abgeordnete Mag. Rader ist am Wort!“) Nachdem der Herr Schützenhöfer nicht sagt, wer das geschrieben hat, kann ich es Ihnen sagen: Die ÖVP-interne Mitgliederzeitung, und sie hat zugeben müssen, daß diese Meldung falsch ist. Das ist die nüchterne Realität. Aber bitte, du lebst davon, Falschmeldungen zu verbreiten. (Abg. Schützenhöfer: „Das stimmt überhaupt nicht! Wenn wir solche Sachen aufzeigen, dann stimmen sie, das könnt ihr mir glauben!“)

Darf ich jetzt zur Schule zurückkommen. Der Kollege Steiner ist viel ehrlicher als du. Er behauptet auch von internen Mitgliederzeitungen nichts Falsches im Gegensatz zu dir. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Er hat dich jetzt erwischt!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Sie reden über Ehrlichkeit, Sie mit Ihren Praktiken! Lacina hat gestern im ‚Club 2‘ einiges dargelegt!“) Ich kann verstehen, warum der Kollege Dr. Hirschmann jetzt so bleich wird, wenn Sie das anschneiden. Ich würde eher ruhig sein! (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist eine Ungeheuerlichkeit, was Sie hier sagen. Ich bin jederzeit bereit, zum Unterschied von Ihnen, die Parteifinzen

der steirischen Volkspartei öffentlich darzulegen. Ich halte es für eine Ungeheuerlichkeit, daß Sie sich hierherstellen, den Moralapostel apostrophieren, dabei geht es in keiner Partei so zu, wie in der Ihren und unter Ihrer Obhut. – Beifall bei der ÖVP. – Sie haben sich gestern hierhergestellt und einen Kollegen apostrophiert, daß er einen schlechten Beitrag für das demokratische Bewußtsein für die jungen Leute geleistet habe. Herr Mag. Rader, was Sie machen, ist tagtäglich der Nachweis der Doppelzüngigkeit und scheinheiligen Moral!“) Warum die Aufregung? (Abg. Dr. Hirschmann: „Weil jetzt Schluß sein muß mit der ständigen Heruntermacherei und Pauschalverdächtigung. Wir können jederzeit öffentlich darstellen, was wir in unserer Partei tun und machen. Bei Ihnen ist das offenbar ganz anders. Das ist ungeheuerlich, und wir werden darauf noch zurückkommen!“) Nachdem die nervösen Parteisekretäre jetzt auch ausgeredet haben, kommen wir wieder zurück zur Schule. (Abg. Trampusch: „Ich bin nicht nervös!“) Alle sind nicht nervös, okay! (Abg. Dr. Hirschmann: „Sie haben keinen Grund zum Lachen! Nur halte ich nichts davon, wenn man in der Öffentlichkeit solche Dinge herunterspult!“) Dürfen wir jetzt zur Schule zurückkommen? (Abg. Dr. Hirschmann: „Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, auf diese Doppelzüngigkeit. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn Sie das nächste Mal nicht mehr hier sitzen werden!“) Ja, dann sagen Sie Ihrem Herrn Dr. Lopatka, daß er sich solche Zwischenrufe schenken soll. Sind wir uns einig? (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident: „Herr Abgeordneter Mag. Rader, Sie sind am Wort!“) Danke schön, ich bitte um Entschuldigung, ich habe den Eindruck gehabt, der Kollege Dr. Hirschmann ist am Wort. (Präsident: „Gehen Sie nicht auf jeden Zwischenruf ein!“) Herr Präsident, ich werde mich Ihren Empfehlungen unterwerfen. Ich habe gedacht, den Versuch zu unternehmen, jene Lebendigkeit, die Sie gestern gewünscht haben, leise voranzubringen.

Aber bitte schön, meine verehrten Damen und Herren, gehen wir zurück zur Schule: Also bitte herzlich, da können Sie mir weder Doppel- noch Dreifachzüngigkeit vorwerfen, weil wir damit wirklich absolut nichts zu tun haben. Und Sie wissen ganz genau – und jetzt zitiere ich Sie, Herr Kollege Dr. Hirschmann, weil ich Ihren Fernsehauftritt sehr genau verfolgt habe –, daß ja in Wahrheit das, was sich in Liebenau abgespielt hat – ich glaube, der Herr Kollege Freitag ist gestern logischerweise aus anderer Sicht darauf eingegangen – (Abg. Freitag: „Aus korrekter Sicht!“), ja um Gottes Willen kein Einzelfall ist. Und es ist auch gar nicht richtig, daß das Parteibuch entscheidet – nein, schon lange nicht mehr! Es gibt nämlich für ein und denselben Posten ganz einfach zu viele Bewerber desselben Parteibuches, so daß Sie unter Ihren eigenen Parteibuchmitgliedern entscheiden müssen. In der Zwischenzeit entscheidet ja, lieber Herr Kollege Freitag, nicht mehr die Frage, welches Parteibuch man hat, sondern ob man sich in dieser Partei noch zusätzlich über die Maßen politisch betätigt, wie der Gemeinderat Erlitz in Frohnleiten, der jetzt Direktor in Liebenau geworden ist. Jetzt unterstelle ich einmal, daß er möglicherweise tatsächlich der Bessere gewesen wäre – ich will mich da überhaupt nicht einmischen –, aber glauben Sie denn wirklich, daß die jungen Menschen, denen das vorexerziert wird, denen in den Schulen

Demokratie erläutert werden soll, nach Möglichkeit in der Praxis, was diese jungen Menschen eigentlich jetzt von dieser Demokratie halten müssen, wenn nach einer derartigen Diskussion – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die Schüler verlassen den Zuschauerraum bei deiner Rede! Sie halten nichts davon!“) Hättest du zwischendurch reden sollen? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ja, das wäre besser gewesen!“) Okay, dann sag bitte dem Herrn Klassenvorstand, wann du redest; vielleicht kommt er dann wieder. Wir werden ja sehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie in der eigenen Partei vertreibst du auch hier die Jugend!“) Da müßte der Herr Kollege Dr. Lopatka eigentlich froh sein, weil da müßte er einen irrsinnigen Zuwachs haben. Nur sehe ich, dem ist nicht so! (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin nicht froh!“) Dem ist nicht so, Herr Kollege!

Die Problematik ist, lieber Herr Kollege Freitag, daß genau durch solche Entscheidungen – ich will jetzt gar nicht den Gang aufwärmen – die Leute ja tatsächlich endgültig frustriert sein müssen. Zuerst eine relativ breite Diskussion – das ist in Ordnung – unter den Lehrern, unter den Eltern herbeizuführen, was auch immer; dann entwickelt sich daraus eine Meinung, und schlußendlich dann, bitte, solange eigene Kommissionen einzusetzen, bis man eine gefunden hat, die das entscheidet, was man gerne haben will, lieber Herr Kollege Freitag, das ist genau das, was das Zeichen wieder ins Gegenteil umwertet. Und das ist die Problematik, meine lieben Freunde. (Abg. Freitag: „Lieber Kollege Mag. Rader, kannst du mir bitte erklären, was bei dieser Vorgangsweise undemokratisch war, wenn die Frau Minister aus dem Dreivorschlag den ihrer Meinung nach Qualifiziertesten genommen hat?“) Habe ich gesagt, daß es undemokratisch war? Jede Vorgangsweise kann demokratisch aufgebaut werden. Aber sie war psychologisch das schlechteste, was man tun kann. Denn was ist denn herausgekommen? Herausgekommen ist, daß schlußendlich die Frau Bundesminister eine eigene Kommission eingesetzt hat, die das herausgebracht hat, was sie gerne hat hören wollen. Das ist die nüchterne Realität, Kollege Freitag, und da kann das formaldemokratisch stimmen so viel es will. Alle Dinge funktionieren formaldemokratisch, nur inhaltlich, dem Geist der Demokratie, hat es in keiner Weise entsprochen. Wobei jetzt überhaupt die Frage ist, ob die Vorgangsweise, die jetzt gewählt worden ist, dazu führt, daß die Besten ausgewählt werden können. Das ist die offene Frage. Nur darf man nicht soweit gehen, daß man sagt: Bitte, ich mach' jetzt eine breite Demokratisierungswelle, nur, wenn etwas anderes herauskommt, was ich für richtig halte, dann drehe ich das wieder um. Das ist das falsche, meine verehrten Damen und Herren. Und das ist ja nicht das einzige, und ich brauche gar nicht zu zitieren, was es da gibt: „Überall Parteienstreit“, „Schulleiterparteienstreit“, „Schulleiterparteienstreit“. Ich verstehe ja nur eines nicht: Da haben wir versucht, in den Resolutionsanträgen diesmal wiederum ein Objektivierungssystem einzuführen. Sie stimmen nicht mit, und Sie selber haben eigentlich, wenn ich Ihre Berichterstattungen nachlese, das, was bis jetzt an Versuchen der Objektivierung der Bestellung eingeleitet worden ist, als pseudodemokratisch und scheindemokratisch abgelehnt. „Schulleiterbestellung – Kritik an neuem Modell“, „Direktorenbestellung nur scheindemokratisiert“. Warum gehen wir es nicht wirklich einmal

gemeinsam an und versuchen, das gemeinsam zu machen? Warum halten Sie sich wieder zurück? Weil Sie sich ganz einfach an Ihre Parteienvereinbarungen gebunden fühlen, und wenn, dann das nur gemeinsam machen, und so, daß genau das herauskommt, was Sie wieder haben möchten, meine verehrten Damen und Herren. Und da gebe ich ja der Frau Kollegin Göber völlig recht, die sich hier mit den Bildungsidealen beschäftigt hat. Das ist schon vollkommen richtig, nur, wir sind in der Zwischenzeit ja soweit, daß die Bildungsideale dem eigentlichen, dem nüchternen Utilitätsprinzip unterworfen werden. Wir bilden uns ja nicht mehr, wir bilden unsere Kinder nicht mehr, sondern wir machen reine Ausbildung – auch an den Hochschulen –, die nur dazu dienen soll, hintennach einen Posten zu kriegen. Und wir sind in der Zwischenzeit soweit, daß wir sagen: Wer diese Ausbildung absolviert hat, hat daher den Posten zu kriegen, der dieser Ausbildung entspricht. Es ist ja an sich undenkbar, daß in der Zwischenzeit die Lehrer kommen und sagen: Wir haben uns ausgebildet, daher habt Ihr Lehrerstellen zu schaffen. Ich würde es ja noch einsehen, wenn die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen nur den pädagogischen Prinzipien entspräche. Aber dem ist ja nicht so, sondern in Wahrheit steht dahinter, daß man versuchen muß, möglichst viele Lehrer unterzubringen. Und das soll man, wenn, dann offen sagen. Aber pädagogische Prinzipien vorzuschieben und eigentlich nur Lehrerstellen schaffen müssen mit der Herunterreduzierung der Klassenschülerhöchstzahlen ist eine höchst bedenkliche Vorgangsweise, zumal wir ja auf der anderen Seite draufkommen, daß die Finanzmittel dafür nicht mehr vorhanden sind. Weder dort, wo die Lehrer bezahlt werden müssen, noch dort in den Gemeinden, wo der Schulraum ausgestattet werden muß. Das ist auch eine Doppeltzungigkeit, und das ist auch eine Diskussion, die an den tatsächlichen Inhalten vorbeigeht.

Meine Damen und Herren, jene Flexibilität, die die Frau Kollegin Göber angesprochen hat, haben wir ja leider nicht nur in der Ausbildung nicht – und da nützt das flexibelste Ausbildungssystem nichts, wenn die Leute die Flexibilität nicht haben, unterschiedliche Entwicklungen zu nehmen, und wenn die Leute auch die örtliche Flexibilität nicht haben. Daher kann die EG zum Beispiel, die auch die Frau Kollegin Göber angesprochen hat, eine große Chance für gut gebildete und gut ausgebildete Leute sein. Aber wenn sie die Flexibilität nicht haben, sich örtlich zu verändern, dann wird uns das in Wahrheit nichts nutzen. Mir ist noch immer in schrecklicher Erinnerung dieser mißlungene Versuch in der Obersteiermark, zwischen Judenburg und Knittelfeld Arbeitnehmer zu transferieren, weil das firmenmäßig zum damaligen Zeitpunkt ganz einfach optimal war, wo man auch Pendelzüge zur Verfügung gestellt hat und wo dann schlußendlich nicht einmal zwischen Judenburg und Knittelfeld jene Flexibilität erreichbar war, die man heute erhofft, in ganz Europa herbeizuführen. Das ist die Problematik, und da nützt uns das flexibelste Ausbildungssystem nichts, wenn die Bereitschaft, unterschiedliche Ausbildungen zu nehmen, nicht gegeben ist.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, ein paar Sätze, weil ich annehme, daß es heute wohl auch diskutiert werden wird, zu unserer Wissenschaftsent-

wicklung. Meine Damen und Herren, wir haben uns über Jahre hinweg bei den Budgetdebatten über die Fragen der Forschungsgesellschaft Joanneum unterhalten. Ich möchte jetzt im Detail nicht auf die Fortentwicklung eingehen. Aber ist es nicht auch ein Symptom, daß der wissenschaftliche Leiter der Forschungsgesellschaft Joanneum relativ rasch das Handtuch geworfen hat, weil er mit den neuen Strukturen ganz einfach nicht zu Rande gekommen ist, und zwar eine Struktur, die auch parteipolitisch durchorganisiert war, in verschiedenen Größenordnungen, aber nach einem fixen Schlüssel. Ist es nicht ein typisches Zeichen, daß auch hier zwar die Besten innerhalb der Fraktionen, lieber Herr Kollege, ausgewählt werden, aber immerhin nach einem Parteiproporzschlüssel, der ein System bringt, mit dem freie Wissenschaftler ganz einfach nicht zu Rande kommen. Sollte man nicht darüber nachdenken, ob dieses System, das dazu geschaffen worden ist, und was der Kaufpreis logischerweise war für eine stärkere Bundesbeteiligung? Ich weiß das schon, daß Sie jahrelang darum gerungen haben, damals, wo das Wissenschaftsministerium noch in der Hand eines sozialistischen Ideologen, nämlich des Herrn Fischer, gelegen hat, daß damals logischerweise gesagt wurde: Mitbestimmung, Miteinschau, Mitkontrolle oder wie immer man es nennen will in der Forschungsgesellschaft, ergibt höhere Bundesmittel. Aber glauben Sie nicht, daß Sie dadurch ein System geschaffen haben, mit dem wirkliche Wissenschaftler in Wahrheit nicht zu Rande kommen? Ich gebe das wirklich zu bedenken, ohne auf diese Auseinandersetzung noch einmal einzugehen. (Abg. Kohlhammer: „Das glauben wir nicht, Herr Kollege, ich kann Sie beruhigen!“) Du bist beruhigt, weil euer Einschaurecht ist damit sichergestellt! Aber ob es deshalb besser geworden ist, das ist keine Frage. Ich will in diese Diskussion deshalb nicht tiefer einsteigen, weil ich zugebe, daß es gescheitert ist, daß in diesem Bereich Ruhe herrscht. Deshalb steige ich nicht tiefer ein. Aber ich gebe in aller Ruhe zu bedenken, daß man dieses System ernsthaft überdenken sollte, nicht nur im Wissenschaftsbereich, sondern auch im Schulleiterbereich, und daß man von den Ankündigungen, wir werden alles Mögliche tun, aber wir kommen halt leider nicht weiter, wegkommen sollte. (Abg. Kohlhammer: „Überdenken? Vorschläge mußt du bringen, wie man das besser machen kann! Konkrete Vorschläge für bessere Modelle!“) Das, lieber Herr Kollege Kohlhammer, habe ich von diesem Pult aus mehrmals getan. Ich habe es euch auch zukommen lassen, aber ich verstehe schon, daß das Modell, das ihr gewählt habt, für euch beide das bessere war. Ob es für die Wissenschaft das bessere war, das wird sich leider Gottes erst herausstellen, und ich befürchte, es gibt bereits negative Anzeichen. (Beifall bei der FPÖ. – 9.24 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (9.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe heute erstmals die Gelegenheit, im Rahmen der Diskussion zum Landesvoranschlag 1989 zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissen-

schaft, zu einigen mir wichtig erscheinenden Problemen Stellung zu nehmen. Ich bin zwar bereits seit dem Jahre 1970 Gemeinderat der Stadt Leoben und seit 1977 Kulturstadtrat. Ich habe bei den Budgeterstellung der Gemeinde mitgewirkt, weiß aber, daß dort der kleinere Rahmen war und hier über größere Beträge entschieden wird. In letzter Konsequenz geht es aber bei der Budgeterstellung immer darum, daß zum Wohle der Bevölkerung das Optimale getan wird. Ich bin dem Herrn Hofrat DDr. Steiner sehr dankbar, daß er gestern einen historischen Überblick über die Schulentwicklung gegeben hat. Denn alle, die über Schule reden, und es redet jeder über die Schule, weil jeder damit befaßt ist, befassen sich eigentlich nicht mit der Schulgeschichte. Wenn Herr DDr. Steiner gesagt hat, daß 1962 mit den großen Parteien ein großes Schulgesetzwerk geschaffen wurde, so gebe ich ihm vollkommen recht, denn das Reichsvolksschulgesetz war ja 1869 bereits in Kraft getreten, und dann bis 1962 wurde nach 100 Jahren endlich auf dem Schulsektor mit den beiden großen Parteien ein großartiges Schulwerk geschaffen. Das möchte ich hier unterstreichen, was du, Herr Hofrat, gestern gesagt hast.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, zu einigen Schulfragen Stellung zu nehmen. Der Herr Landesfinanzreferent Landesrat Dr. Christoph Klausner hat in seiner Budgetrede festgestellt, ich zitiere: „... daß eine gute Ausbildung auch in Zukunft die beste Investition sein wird. Höhere Bildung wird demnach einen höheren Zugang am Arbeitsmarkt bilden.“ Diese heute einen Gemeinplatz bildende Aussage wird von der Statistik untermauert. Hier möchte ich zur Frau Kollegin Göber sagen, wenn man diese Statistik anschaut: Im Jahr 1987 waren etwa 47 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen bloß Pflichtschulabgänger, 36,2 Prozent Arbeitslose hatten eine abgeschlossene Lehre, nur 6 Prozent der Arbeitslosen waren dem Bereich von Absolventen höherer und mittlerer Schulen zuzurechnen. Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, hören Sie genau zu: nur 2 Prozent kamen aus den Akademikern. Allein diese Situation zeigt uns, daß heute mit der besten Bildung die besten Voraussetzungen auch für eine berufliche Zukunft gelegt werden. Vergessen wir bei aller Diskussion über Proporz oder Nichtproporz nicht darauf, daß es um die Kinder geht, um die Kinder unseres Landes, denen 10.000 Lehrer in unserer Steiermark täglich eine ausreichende Ausbildung vermitteln, und reden wir auch davon, und nicht immer von den drei Fällen, die hier hochgespielt werden. Es ist hier der Platz, den Tausenden Lehrern, die ihre Pflicht erfüllen, einmal herzlich zu danken. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Wir alle wissen, daß zum Schulbeginn dieses Jahres einige Schwierigkeiten im steirischen Schulwesen aufgetreten sind. Wir alle wissen, daß sich die Rechtsabteilung 13 ganz besonders bemüht hat, hier größere Härten zu vermeiden. Ich würde aber bitten, wenn wir in Zukunft diese schwierige Situation, die sich immer wieder vor allem daraus ergibt, daß bereits bestehende Klassen aufgelöst werden, wie mein Kollege Freitag das gestern schon gesagt hat, daß wir gewisse Voraussetzungen schaffen, daß das nicht mehr stattfindet. Ich würde den Hohen Landtag ersuchen, daß wir für das kommende Schuljahr festlegen, daß einmal bewilligte

Klassen nicht mehr aufgelöst werden können. Hier kommt, wie Herr Hofrat DDr. Steiner auch angeführt hat, eine Gleichstellung mit der AHS einmal in Betracht, daß einfach, wenn die Klassen bewilligt sind, erst wieder aufgelöst wird, wenn die Zahlen bei zwei Klassen unter 28 und bei drei Klassen unter 42 sinken. Ich glaube, daß hier eine Gerechtigkeit nach dem Gleichheitsgrundsatz hergestellt werden muß und daß hier der Bund in der Richtung wirksam werden muß. Um in Zukunft diese Situation zu verhindern, wäre es sehr wichtig, daß wir diese Probleme noch vor dem Beginn des nächsten Schuljahres lösen.

Nun aber auch zu einem Problem, weil immer gesagt wird, es geht hier nur um Lehrerposten. „Nur“ Lehrerposten möchte ich nicht sagen. (Abg. Mag. Rader: „Auch!“) Das unterstreiche ich, Kollege Mag. Rader. Aber eines möchte ich einmal ganz klipp und klar sagen: Wenn wir uns die Situation ansehen, zum Beispiel wie es im Bundesland Wien ist, wenn wir ab fünf Klassen die Leiter freistellen, daß hier über 200 Dienstposten geschaffen werden. Wenn wir zum Beispiel hier im Landtag den Antrag gestellt haben, die Klassenzahl auf 25 zu senken, daß hier wieder über 200 Posten kommen, wenn wir diese Dinge durchdenken und durchführen, so geht es darum, daß wir dem Motto: „Jedem einen sicheren Arbeitsplatz“ Rechnung tragen und hier auch erreichen, daß ganz einfach unsere Schüler eine bessere Betreuung, ein besseres pädagogisches Klima und bessere Förderungsmöglichkeiten haben. (Abg. Mag. Rader: „Wer zahlt das, Herr Kollege?“) Herr Kollege Mag. Rader, Bildung kostet auch Geld, und ich war immer der Ansicht, auch in der Gemeinde muß Geld für Kultur da sein. (Abg. Mag. Rader: „Alles kostet Geld!“) Alles kostet Geld, aber es ist bestens für unsere Jugend angelegt. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL.)

Ich darf noch eines sagen. Wer sich in der Schulstube auskennt und jetzt sieht, daß in Normalklassen auch behinderte Kinder aufgenommen werden konnten, bei geringeren Schülerzahlen, sieht, was hier auch auf diesem Gebiet geleistet wird. Hier wird viel zu wenig darüber gesprochen, was in den Schulstuben echt geschieht, weil immer nur andere Momente in den Vordergrund gestellt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ein Beitrag zur sogenannten „Beiwagerlaktion“, die immer negativ betrachtet wurde. Sie wissen, es war im Rahmen der „Aktion 8000“ möglich, Lehrerinnen und Lehrer, die noch keine Anstellung hatten, hier in Klassen unterzubringen. Mit geringer Bezahlung, aber sie hatten den pädagogischen Kontakt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Aktion wieder gemacht werden könnte, weil damit auch wieder viele Kolleginnen und Kollegen, die fertig sind, den Kontakt zum Schulalltag halten können.

Nun noch einige Dinge, die mich auch im Rahmen der Jugendarbeit besonders bewegen. Erst am vergangenen Freitag war der Herr Landesjugendreferent Dr. Rajakovics im Jugendwarterraum in Leoben. Deswegen, weil dort die 20. Leobener Jugendtage abgehalten wurden. Ich darf Ihnen sagen, sehr geehrte Damen und Herren, daß unsere Jugendleiter in der ganzen Steiermark wirklich unendlich viel in ihrer Freizeit leisten, daß ganz einfach junge Menschen bereit sind, in ihrer Freizeit für andere da zu sein, für

die Demokratie etwas zu tun, denn wir alle wissen, daß gerade in Jugendverbänden Toleranz und das Rücksichtnehmen auf den anderen besonders geübt wird, und ich darf Ihnen sagen, daß dort ein Bericht gegeben werden konnte, daß in 20 Leobener Jugendtagen 47.502 Besucher begrüßt werden konnten und 218 Jugendverbände sich präsentiert haben. Ich glaube, daß auch hier das Geld sehr gut angelegt ist, weil ganz einfach in der ganzen Steiermark vom Landesjugendreferat aus wirklich eine echte Betreuung durchgeführt wird.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, noch kurz zur Montanuniversität Leoben. Ich habe immer die Möglichkeit, bei Veranstaltungen der Montanuniversität in Leoben teilzunehmen. Es ist ganz besonders erfreulich, daß Studierende aus der ganzen Welt eigentlich an dieser Universität ihr Studium absolvieren, und der Rektor der Montanuniversität Dr. Jeglitsch sagt immer wieder dort, daß es auch heute noch möglich ist, daß diese Studierenden nach der Absolvierung auch eine Stelle bekommen. Ich möchte nebenbei bemerken, auch der jetzige Minister Streicher hat sein Studium an der Universität in Leoben absolviert, und es erscheint mir nun ganz wichtig, daß diese Universität, die gerade im Hinblick auf Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung für unseren Raum sehr wichtig ist. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ist das der Streicher, der die Geschwindigkeitsbeschränkung in Tirol aufgehoben hat?“) Ich weiß, Sie waren voriges Jahr mit dem Herrn Abgeordneten Kirner oben – ich habe das auch nachgesehen –, aber Sie werden selber dort gesehen haben, was an dieser Universität geschieht, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber: Daß dort aus der ganzen Welt Studierende kommen und daß hier im Sinne der Völkerverbindung mehr getan wird als bei 15 oder 20 anderen Kongressen. Ich glaube, das muß man auch einmal hier sagen.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich glaube also, daß es wichtig ist, daß diese Universität auch in Zukunft ganz besonders gefördert wird, und ich darf Ihnen sagen: Wenn man sagt „fördern“, muß man auch selber etwas tun, und auch die Stadt Leoben hat hier bereits 16.564 Quadratmeter an Grund bereitgestellt. Ich glaube, daß das auch eine aner kennenswerte Tat ist, und ich bitte Sie nur, wenn nun die Leobener Universität in zwei Jahren dann das 150jährige Jubiläum feiert, so ersuche ich die Steiermärkische Landesregierung, gerade im Hinblick auch auf dieses Jubiläum alles erdenklich Mögliche zu tun, um gerade diese wichtige Universität in diesem Wirtschaftsraum besonders zu fördern.

Ich möchte hier mit der Frau Landesrat Klasnic schließen: Ich bin auch der Ansicht, nicht in der Problemregion, nicht in der Krisenregion, sondern in der Zukunftsregion Obersteiermark. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 9.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer (9.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist unbestritten, daß für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes es sehr wesentlich ist, wie gut oder weniger gut es uns gelingt, eine fachlich

attraktive Ausbildung unserer Facharbeiter oder besser gesagt der fachlich ausgebildeten Mitarbeiter in der gesamten Wirtschaft sicherzustellen. Es ist in diesem Bereich einfach notwendig, Anreize zu setzen, daß junge Menschen wieder mehr als bisher Facharbeiter, fachlich ausgebildete Mitarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft werden wollen. Dazu gehört – und das hat meine Vorrednerin Frau Emmi Göber in anderem Zusammenhang schon erwähnt – ganz einfach auch, daß die Imageverbesserung für diese Berufswahl sukzessive vor sich geht und daß auch das Prestigedenken ein wenig aufhört. So etwa die Meinung, die ja landauf, landab noch vorhanden ist: Wer studiert hat, ist was Besseres, wer studiert, wird dann mehr bezahlt bekommen – wenn er gut ist; selbstverständlich gilt das nach wie vor. Aber wenn er gut ist, hat er als Facharbeiter, womöglich dann als Unternehmer, die Chance, wenn er Spitzenleistung erbringen kann, noch viel, viel mehr als ein Studierter auch zu verdienen. Und das muß man den jungen Leuten immer wieder sagen, um auch in diesen Bereich einzusteigen.

Wichtig ist, meine Damen und Herren, daß die Lehrlingshaltung nicht erschwert, sondern gefördert wird, und wichtig ist – wie gesagt –, daß das Lehrlings-Sein prestigeträchtiger und attraktiver wird. Es ist auch notwendig, daß wir mehr Berufsinformationsveranstaltungen machen. Wir tun es teilweise über die Handelskammer, zum anderen Teil über die Volkswirtschaftliche Gesellschaft, und fest steht für uns, daß die geplante Verlängerung der Unterrichtszeit in der Berufsschule die Zeit der praktischen Ausbildung jedenfalls verkürzt, daß die Lehrlingsentschädigung selbstverständlich auch für die Zeit in der Berufsschule bezahlt werden muß, daß insgesamt damit der Effekt gegeben ist, daß Lehrlingshaltung noch teurer wird. Dazu kommt der Zeitausgleich, der von den Betrieben gewährt werden muß, und das ganze erschwert den Betrieben die Möglichkeit, Lehrlinge einzustellen. Ich nenne hier nur wenige Ziffern:

Die Arbeitskostenentwicklung von 1981 bis 1987 ist bei uns generell um 37,6 Prozent gestiegen, in der Bundesrepublik Deutschland um 30,5 Prozent, in Italien um 25 Prozent, im in dieser Zeit sozialistisch regierten Spanien um 24 Prozent, in Frankreich – auch in dieser Zeit sozialistisch regiert – um 12 Prozent, im sozialistischen Schweden um 0,6 Prozent und in Belgien ein Minus von 0,1 Prozent. Bei uns also die Steigerung der Arbeitskostenentwicklung von 1981 bis 1987 um 37,6 Prozent. Das muß man sich auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die 35-Stunden-Woche immer wieder vor Augen halten, weil es nicht darum geht, jemandem etwas nicht zu gönnen, sondern darum, daß unsere Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt.

Ziel der Lehrlingsausbildung muß primär das praktische Erlernen des Berufes sein, meine Damen und Herren. Es kann nicht Aufgabe der Berufsschule primär sein, Allgemeinbildung zu vermitteln. Dazu kommt, daß die Lehrlinge meistens praktische Begabungen haben und weniger theoretische Lernfächer sehr gern haben beziehungsweise sich dazu eignen. Im übrigen ist dazu die Pflichtschule da und ist dazu die AHS da. Ausgenommen, würde ich sagen, Fremdsprachenkenntnisse, die wir für viele Bereiche unserer

Wirtschaft in Zukunft im Zusammenhang mit der Internationalisierung unserer Wirtschaft dringend brauchen werden.

Im großen und ganzen hat die Steiermark zweifellos ein durchaus vorbildliches Berufsschulsystem. Aber nichts ist so gut, daß es nicht besser werden könnte, und hier glaube ich, daß die Verbesserung des Berufsschulunterrichtes nicht primär quantitativ, das heißt, durch die Verlängerung der Unterrichtszeit, sondern primär wohl qualitativ erfolgen muß, das heißt, durch Führung eines konsequent vereinfachten Unterrichts, durch Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahlen, durch Führung von Leistungsgruppen, um Spitzenleistungen gedeihen und wachsen zu lassen, und durch entsprechende Ausstattung der schulischen Funktionsräume mit dem jeweiligen technischen Höchststand. Das ist für eine Wirtschaft, die international anerkannt und wettbewerbsfähig bleiben will, einfach notwendig.

Ich habe in diesem Zusammenhang, Frau Landesrat Klasnic, eine Bitte, und zwar, daß der Bau der Abbindehalle für die Zimmerer an der Landesberufsschule in Murau möglichst umgehend in Angriff genommen und auch zu Ende geführt wird. Es besteht hier schon ein gewisser Unmut, weil diese Landesaufgabe, wie überhaupt bei Landesberufsschulen, zum Teil schon die Zimmererinnung der Handelskammer erfüllt hat, das heißt, sie hat auf ihre Kosten das Grundstück gekauft und dem Land zur Verfügung gestellt. Es ist sehr erfreulich und anerkennenswert, daß Frau Landesrat Klasnic vor kurzem den Turnsaalbau bei den zehn Grazer Berufsschulen und in Bad Gleichenberg in die Wege leiten konnte und daß damit zu rechnen ist, daß diese Turnsaalbauten auch bald fertig sein werden.

Eines, meine Damen und Herren, steht noch fest: Die Lehrlingszahlen gehen zurück, zum einen, weil einfach die Geburtenzahlen rückläufig sind – ich erwähne, daß es 1963 in der Steiermark 23.354 Geburten gegeben hat, das heißt Lehrbeginn 1978 eine Höchstzahl auch an Lehrlingen, 1973 nur mehr 16.019 Geburten, also ein Minus von 30 Prozent an Geburten innerhalb von zehn Jahren, und 1987 zurück auf 13.098 Geburten. Das heißt, daß wir im Jahre 2002 sicher noch wesentlich weniger junge Menschen, die in das Wirtschaftsleben eintreten, haben werden.

Zweitens gehen die Lehrlingszahlen zurück, weil einfach das Image, das Prestige, die Einkommenserwartung bei Lehrlingen geringer ist als beim AHS-Schüler oder gar beim Hochschüler. Folge dieser Entwicklung ist zweifellos die Gefahr eines künftigen Facharbeitermangels, eine Gefahr, die eine große Gefahr für die gesamte Wirtschaft auch in unserer Steiermark ist.

Und für die Steiermark ist besonders wichtig, wie schon die Frau Abgeordnete Göber darauf hinwies, daß auch AHS-Maturanten einen erleichterten – ich betone „einen erleichterten“ – Zugang zur fachlichen Ausbildung für einen gewerblichen Beruf bekommen, das heißt, eine verkürzte und auf berufsfachliche Fragen konzentrierte Ausbildungsmöglichkeit. Hier, glaube ich, müssen wir noch einiges, auch vom Land Steiermark her, dazutun.

In den steirischen Berufsschulen waren im Schuljahr 1987/88 28.000 Berufsschüler, davon mit angeschlosse-

nem Internat 19.456 und in den Handelskammerinternaten 16.475. Die Berufsschulen können das Sinken dieser Berufsschülerzahlen durchaus verkraften, weil es hier eine Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahlen gibt, weil eine Leistungsgruppenentwicklung mehr Raum braucht, aber im Internatsbereich bestehen diese Möglichkeiten nicht.

Schon 1990, also in zwei Jahren, wird es um 2456 Lehrlinge weniger geben als heuer. Das heißt, daß die Internate vor allem nur teilweise ausgelastet sein werden, daß die Internatskostenbeiträge insgesamt in der Summe sinken, weil eine dauernde Erhöhung so, daß es kostendeckend ist, einfach nicht möglich ist und weil die Fixkosten der Internatsführung praktisch gleich bleiben, ob da um einige Prozente mehr oder weniger Lehrlinge drinnen sind. Ein Trend, den es seit Jahren gibt und den wir bei einer wirtschaftlichen Führung der Internate, insbesondere auch in der Handelskammer, zu spüren bekommen. Besonders schwierig wird es bei den kaufmännischen Berufsschulen sein in Graz, Voitsberg, Hartberg, Feldbach und Bad Radkersburg, aber auch bei den Kleidermachern, den Bäckern und Fleischern in Gleinstätten. Die Finanzierbarkeit der Internate könnte, wenn es so weitergeht, in eine Krise geraten. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir es uns in der Handelskammer nicht so leicht machen, daß wir uns sagen, was wir machen ist Pflichtaufgabe des Landes, wir müssen es nicht, wir geben die Internatsführung dem Land zurück. Wir wissen, das Land bestätigt uns das immer wieder, daß wir die Internate um vieles wirtschaftlicher führen, als es das Land führen könnte, aber zu überlegen, Frau Landesrat Klasnic, ist sicher, ob es nicht möglich wäre, eine kaufmännische Berufsschule in Graz aufzulösen und diese Schüler auswärtigen Berufsschulen, insbesondere im Handelsbereich, zuzuweisen, um dort die Internate in Zukunft entsprechend auszulasten. Zu überlegen ist weiters, ob es nicht möglich wäre, mindestens eine Klasse von der Fremdenverkehrslandesberufsschule in Bad Gleichenberg nach Aigen im Ennstal zu verlegen, weil dort die nötige Unterbringungsmöglichkeit der Lehrlinge gegeben ist, während Bad Gleichenberg nach wie vor fast aus allen Nähten platzt.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich wohl feststellen, daß ein gutes und zeitgemäß funktionierendes modernes Berufsschulwesen die beste Wirtschaftsförderung ist. Investitionen in die Ausbildung unserer Facharbeiter beziehungsweise der fachlich geschulten Mitarbeiter in den gewerblichen Betrieben sind nun einmal der sicherste Garant dafür, daß unsere Wirtschaft in möglichst allen Bereichen europareif wird und, soweit sie es schon ist, auch das ist ja teilweise der Fall, auch europareif bleibt. (Beifall bei der ÖVP. – 9.45 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reicher.

Abg. Reicher (9.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich habe mir heute vorgenommen, zu einem Thema zu sprechen, wo ich glaube, daß dies in diesem Haus sehr selten oder überhaupt noch nicht geschehen ist. Es betrifft in der Gruppe 2 einen der letzten Posten im

Ansatz, und zwar sind das die Jugendherbergen und die Jugendheime beziehungsweise die Förderung dieser Heime, die von Jugendherbergsverbänden und dem Jugendherbergsring verwaltet werden. Ich möchte mich hier aber vorerst herzlich bedanken bei dem zuständigen Herbergswerk und Jugendherbergsverband. Diese zwei Verbände betreiben übergeordnet über den Jugendherbergsring diese Jugendherbergen. Damit sind wir schon bei der Gründung und Teilung und dem Aufbau dieser Organisation. Ich möchte mich sehr herzlich bei unserem Finanzreferenten Dr. Klausner sowie Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth bedanken für die Aufstockung der Mittel, die im letzten Voranschlag von 820.000 Schilling direkt konzentriert für das Haus und das Jugendgästehaus Graz vorgesehen wurden. Wenn ich der Zeit voraus bin, dann möchte ich nur wissen, wie bisher die Budgetierung von deiner Art gesehen wird. Wenn ich nämlich in das Budget hineinschaue, ist im Jahre 1987 ein bestimmter Betrag, und im Jahre 1988 sind es zumindest 50.000 Schilling weniger gewesen, und im Voranschlag diese 820.000 Schilling. Ich finde, daß das ein positiver Ansatz ist für die Bewerksstellung der Aufgaben des Jugendherbergsverbandes und des Herbergsringes. Ich möchte nur kurz darauf eingehen, wann die Trennung stattgefunden hat. Der Jugendherbergsverband und das Jugendherbergswerk wurden 1950 getrennt und mit den Grundsätzen über den Jugendherbergsring, der 1953 als Dachorganisation gegründet wurde. Grundsätzlich war hier die Situation, daß man damit gemeinsam gegenseitige Anerkennung und gemeinsames Auftreten nach außen hin bewerkstelligt, um die Interessen dieser beiden Verbände auch finanzieller Art gemeinsam für die Zukunft bewältigen zu können. Die letzte Entwicklung dahin gehend waren dann auch gemeinsame Bauten, wie beispielsweise dieses Jugendgästehaus in Graz, wo hier die Mittel bereitgestellt wurden.

Ich möchte vielleicht zum zweiten Punkt den Stellenwert der Jugendherbergen im steirischen Fremdenverkehr darstellen; vielleicht auch nicht ganz uninteressant für unsere Referentin und Landesrat. Wir haben ein Anteil an Nächtigungszahlen in diesen einzelnen Orten, wie in Bad Aussee zum Beispiel von 7,5 Prozent, in Mariazell von 10 Prozent, in Neuberg an der Mürz von 11,5 Prozent, in Schladming von 7 Prozent, in Graz von 5,5 Prozent beziehungsweise hat der Herbergsring einen Anteil in der Steiermark von 135.000 Nächtigungen. Das sind 1,6 Prozent. Wobei ich bei der Gelegenheit auch den Bürgermeistern, wo unsere Standorte liegen, sehr herzlich danke für die Zusammenarbeit, die dort besteht. Wir versuchen, auch mit eigener Werbetätigkeit im In- und Ausland speziell bei Schulen, Vereinen und Sportorganisationen für unsere Häuser zu werben. Der Stellenwert der Jugendherbergen für unseren Fremdenverkehr ist auch für die Zukunft maßgebend. Denn der derzeitige Jugendentourist von heute ist wahrscheinlich der Gast von morgen. Wir versuchen, gerade den bundesdeutschen Raum zu erfassen beziehungsweise Universitäten, Schulen, Betriebsorganisationen zu erfassen. Diese Jugendlichen sind unsere Gäste, und wir werden auch für den inländischen Jugendlichen über die Schullandwochen und über die Schulschikurse und Schulsportwochen werben und sind auch Partner mit der Schule. Es wurde hier schon einmal positiv erwähnt von einem

ÖVP-Abgeordneten, daß unsere Schullandwochen im Inland, in Österreich, in der Steiermark sein sollen. Wir tragen in die Richtung einen Beitrag dazu, daß hier dieser Fremdenverkehrsaufbau von der Jugend für die Zukunft über unsere Jugendherbergen im bescheidenen Maß sehr wesentlich dazu beiträgt, Dinge zu setzen. Um dem Stellenwert dieses Jugendtourismus gerecht werden zu können, wird es notwendig sein, die Herbergen natürlich auch zu sanieren, Kategorien zu schaffen, die das Interesse der Jugendlichen, auch in Jugendherbergen zu übernachten, für die Zukunft forciert. Ich glaube, daß es notwendig sein wird, durch Investitionen, es ist schon teilweise geschehen, die sich nicht mit den betriebswirtschaftlichen Mitteln, die erwirtschaftet werden, immer errechnen lassen, sondern wir sind eben Subventionsträger über den Bundesjugendring und das Land. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, in Zukunft gemeinsam hier über die einzelnen Verbandsträger und Geschäftsführer eine Budgetsituation zu schaffen, die in den nächsten Jahren in der Budgetpost eine bestimmte Summe beinhaltet, um diesen Aufgaben gerecht werden zu können. Wenn es uns gemeinsam ermöglicht wird, hier von der finanziellen Seite diese Budgetposten zu erhöhen, um eben diese Investitionen zu tätigen, dann glaube ich, daß in dieser Sparte, einer kleinen Sparte des steirischen Fremdenverkehrs, die Möglichkeit günstiger Jugend- und Schüleraufenthalte im eigenen Land für die Zukunft gesichert ist. In diesem Sinne ersuche ich vielleicht hier gleich an dieser Stelle, gemeinsame Gespräche zu führen, um diese Sparte erhalten zu können. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 9.53 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (9.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestern und heute wurde vieles über Schule, ihre Organisation und ihre Auswirkungen auf die Umgebung gesagt. Zum inneren Dreieck der Schule gehören neben Schülern und Lehrern auch Eltern. Ich möchte einige Gedanken zum Lehrer sagen, weil ich selbst auch aus diesem Stand komme.

Seit Jahrzehnten bemüht man sich um eine kinderfreundliche Schulpädagogik, Lehrpläne werden durchforstet, die Unterrichtsmethodik wird verändert, und der Erfolg aller Bemühungen ist ein mäßiger. Die Lehrerausbildung ist im großen und ganzen gesehen die gleiche geblieben. Der Absolvent einer AHS besucht aus innerer Neigung, gelegentlich auch, weil ihm sonst nicht viel einfällt, die Pädagogische Akademie. Nur die Ferien sind dazwischen, um vom Schülerstatus in den Lehrersstatus zu gelangen. Der Junglehrer hat nie etwas anderes an sich erlebt, außer Schule. Natürlich kann er auch aus dem heraus Schlüsse ziehen und Konsequenzen setzen, auf Grund seiner persönlich erlebten und bewerteten Lehrer.

Reinhard Tausch, Professor für Pädagogik und Psychologie in der Bundesrepublik Deutschland, arbeitete in einer wissenschaftlichen Untersuchung folgende Zusammenhänge heraus:

Es zeigte sich, wo Lehrer ein hohes Maß an Einfühlung, an Achtung und Echtheit aufwiesen, waren die

Leistungen der Schüler besser als dort, wo Lehrer diese Qualitäten nur durchschnittlich oder gering aufwiesen. Diese Lehrer standen nicht unbedingt im Vordergrund, sie dirigierte weniger an ihren Schülern, sie teilten aber mehr Materialien aus und gaben viele Anregungen und Hinweise zur Erleichterung des Lernens. Mit anderen Worten: Lehrer mit diesen Qualitäten sahen sich als Helfer der Schüler. Der Lehrer, der sich einfühlt, erfährt die Freude und die Langeweile oder auch das Unverständnis, das vom Schüler kommt. Er muß von der Welt der Kinder ausgehen, um sein oder besser das Wissen zu vermitteln.

Der Respekt, die Achtung vor dem Kind läßt sich ebenfalls nicht mit Worten lehren, hier müssen Taten folgen. Jeder Schüler spürt, ob er als Mensch von seinem Lehrer angenommen wird, mit seinen Fehlern und mit seinen Nachlässigkeiten und mit seinen Fähigkeiten und Qualitäten – die auch jeder Schüler besitzt! Die Echtheit und das Echtsein des Lehrers ist ein weiteres besonderes erzieherisches Mittel, vor allem wenn es um Konfliktlösungssituationen geht. Nicht das Abkoppeln des Berufes vom Leben ist zielführend, sondern deren Vereinigung. Wenn nun neben der didaktischen und methodischen Ausbildung auch die Persönlichkeitsbildung für den Lehrer im hohen Maße weitergeführt wird, werden wir wieder bessere Erfolge in den Schulen für unsere Kinder aufweisen.

Leider ist es gegenwärtig oft so, daß diese drei Bereiche völlig ausgeschlossen sind, der Lehrer zum Unterricht an die Schule kommt, dort von kaum jemandem wirklich gekannt wird, nach seiner beruflichen Tätigkeit wie aus einem Büro weggeht und fort ist. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, daß der Lehrer im Dorf eine zentrale, anerkannte Persönlichkeit war. Er mußte genau diese Eigenschaften entwickeln und leben, um glaubwürdig zu sein.

Natürlich will ich nicht sagen, jeder Lehrer der Gegenwart muß Chorleiter oder Standesbeamter sein, aber der Lehrer wird glaubwürdiger und vertrauter, wenn er sich zum Wohle der Gemeinschaft einbringt und sich nicht zurückzieht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß wohl, daß mit dieser Überlegung nicht die Situation der arbeitslosen Lehrer verbessert werden kann, ich bin aber davon überzeugt, daß junge Kolleginnen und junge Kollegen motiviert werden sollten, über ihre Lehrerausbildung hinaus eine Arbeit anzunehmen, daraus zu lernen und diese Erfahrungen im hoffentlich zukünftigen Lehrerdasein anzuwenden. Wenn gestern davon gesprochen wurde, daß noch so viele Studierende an den Pädagogischen Akademien sind, dann ist es unsere Aufgabe, diesen jungen Leuten zu sagen: Ihr habt damit eine gute Ausbildung, setzt sie als Persönlichkeitsbildung ein und versucht, damit andere, neue Wege zu gehen als unbedingt nur den klassischen Lehrerberuf. Hier gilt, wie heute und gestern schon mehrmals wiederholt: Sehen wir in allen Schwierigkeiten Möglichkeiten, und nicht in allen Möglichkeiten Schwierigkeiten! (Beifall bei der ÖVP. – 10.00 Uhr.)

Präsident Zdarsky (10.00 Uhr): Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer (10.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Natürlich bin auch ich als Abgeordneter, der sich hier hinstellt, nicht ganz unbeeindruckt von der Überschrift in der „Kleinen Zeitung“: „Alles nur a Nudel und a Teig.“ Ich glaube selbst, daß es vielleicht gar nicht so sehr daran liegt, was hier gesagt wird, weil ich habe in meiner 14jährigen Zugehörigkeit schon einiges Gescheites gehört, ab und zu vielleicht auch gesagt, das Problem – glaube ich – liegt mehr in dem Mangel, daß unsere Umsetzungskraft hier etwas zu bescheiden ist. Jedenfalls will ich in diesem Beitrag wieder einen Gedanken liefern und hoffe, daß er vielleicht einmal transportiert und umgesetzt wird.

Mein Thema, wenn Sie wollen: „Sorgen – Facharbeitermangel – Maturanten ohne Berufschancen.“

Die Frau Kollegin Göber hat ja schon geworben, daß Maturanten in das Berufsleben insofern eingeführt werden, als sie nachträglich manuelle Berufe erlernen sollen. Es ist ein möglicher Weg, es ist sogar ein guter Weg, wenn ich daran denke, daß es viele neue Berufsparten gibt, wo nicht der herkömmliche Facharbeiter eingesetzt wird, wo es sehr wohl aber auf die Fachkenntnisse ankommt. So gibt es bei uns im BFI-Bildungshaus Deutschlandsberg die Einladung, daß Maturanten, speziell jene – und hier sind die Burschen etwas im Vorzug –, die das Bundesheer hinter sich haben, dann in einem Ausbildungsweg von einem Jahr „Ausbildung zum Facharbeiter“ diesen Weg wählen. Und er wird angenommen; leider zuwenig von Maturanten nach meinem Geschmack. Es werden in einem Jahr – ich betone das, weil ich vielleicht später noch einmal darauf zurückkomme – die Kenntnisse vermittelt, und die Leute können dann ins Berufsleben einsteigen, zum Beispiel für dispositive Arbeiten für Einkaufsagenden, für Verkaufsagenden, in Lagerbereichen eingesetzt werden, wo eben beides, nämlich einerseits eine bessere Allgemeinbildung und andererseits Fachkenntnisse, notwendig ist.

Also durchaus eine interessante Zielrichtung. Nur, der Facharbeiter, den der Herr Kollege Dr. Dorfer angesprochen hat, den werden wir über diesen Weg nicht ausbilden. Das muß uns bewußt sein. Hier wurde auch der Zustand einmal mehr vom Kollegen Dr. Dorfer bejammert – hätte ich bald gesagt –, daß wir dem Facharbeitermangel entgegensehen, nur, konkrete Lösungsvorschläge habe ich von ihm leider auch wieder vermisst. (Abg. Dr. Dorfer: „Du hast schlecht zugehört!“) Er hat weder die Bezahlung angesprochen, er hat zwar von Spitzenkräften gesprochen, die in der Wirtschaft gut verdienen können, aber im übrigen brauchen wir uns nur die Statistiken anzusehen, wie Facharbeiter entlohnt werden, und solange das Lohnniveau so ist, wird sich das Image auch nicht bessern.

Die Ausbildungsform an und für sich: Die derzeitige Ausbildung, vor allem im Gewerbe – wir brauchen uns da nichts vorzumachen –, hat das Image: Hier werden billige Hilfskräfte eingesetzt oder die Leute als billige Hilfskräfte verwendet. Insgesamt konnte ich nur hören, die Lehrlingsausbildung sei in Ordnung. Es sei buchstäblich ein Wunder, warum diese Form nicht besser angenommen wird. Ich bekenne mich zur dualen Ausbildungsform, ich finde es wirklich wichtig und gescheit, wenn die jungen Leute während der Ausbildung auch ihr theoretisches Können in der Praxis

umsetzen können. Ich bestätige auch sicher, daß es Betriebe gibt, die vorbildlich ausbilden und die man natürlich herzeigen kann, selbstverständlich. Aber auf der anderen Seite gibt es auch Umfrageergebnisse, ich kann sie wegen meiner Redezeit nicht darstellen, aber ich habe sie hier dabei, ich durfte sie schon einmal hier ausbreiten, und habe weitere zur Hand, es ist nichts Schönes, was man daraus liest. Jedenfalls haben wir einen Umstand, nämlich diese Lehrlingsausbildung ist nicht durchlässig, das heißt, wer diesen Weg wählt, der steht nach der Lehre praktisch an. Theoretisch ist es zwar so, daß es einen Ausbildungsweg hin zur Matura gibt, aber die Praxis zeigt, daß er nicht angenommen wird.

Ich möchte hier einen Ausbildungsversuch deponieren. Ich beschäftige mich seit 20 Jahren mit der Lehrlingsausbildung beziehungsweise seit 1977 mit der zwischenbetrieblichen Form als Modell im Bildungshaus in Deutschlandsberg, und ich bilde mir ein, einen Vorschlag machen zu können. Ich weiß schon, daß er für verschiedene Ohren sehr problematisch ist, aber ich möchte ihn trotzdem deponieren, weil ich glaube, daß wir hier Lösungsvorschläge einbringen sollen. Ich ziehe an die Möglichkeit Paragraph 30 Berufsausbildungsgesetz, nach dem „selbständige Ausbildungseinrichtungen“ geführt werden können – eine bestehende gesetzliche Möglichkeit. Einem Ausbildungsträger müßte vom Handelsministerium zugestanden werden, daß, ohne einen Lehrvertrag abzuschließen, ein Ausbildungsverhältnis eingegangen wird. Die Zeit könnte mit der derzeitigen Lehrzeit durchaus ident sein. Ich würde vorschlagen, diese Ausbildungszeit dann zu teilen, und zwar 50 Prozent in eine schulische Unterweisung in Theorie und Praxis. In dieser Zeit würde, weil kein Lehrverhältnis besteht, eine Einordnung der Auszubildenden in die Kategorie Schüler erfolgen. Es würde also keine Lehrlingsentschädigung gezahlt werden. Die Ausbildungskosten für diesen Teil A soll natürlich die öffentliche Hand tragen. Ausbildungsteil B: 50 Prozent Ausbildungszeit, Üben der theoretisch und praktisch erworbenen Kenntnisse in einem oder mehreren Betrieben. In dieser Zeit Einordnung – wenn Sie wollen – als Arbeitnehmer. Das bedeutet Entschädigungszahlung durch den Betrieb, aber nur für die Zeit, in der er im Betrieb ist. Meine Damen und Herren! Vorteile: Dieses Modell ist finanzierbar im Gegensatz zu allen überbetrieblichen Ausbildungsversuchen. Dieses Modell bringt durch die Teilung Kontinuität im Betrieb und im Schulbetrieb, und vor allem durch diese Aufwertung der Ausbildungszeit auf 50 Prozent würde ein Beitrag zur Durchlässigkeit dieses Ausbildungsweges organisiert werden. Damit würde dieser Ausbildungsweg attraktiver werden. Das heißt, höherbegabte Pflichtschulabgänger würden eher geneigt sein, diesen Weg anzunehmen, und der Wirtschaft würden noch qualifiziertere Facharbeiter zur Verfügung stehen. Wenn ich an einen qualifizierten Facharbeiter denke, dann denke ich an programmierbare Werkzeugmaschinen, an Elektrotechniker, Elektroniker, die ihr Leben lang lernen müssen, ich denke auch durchaus an Tischler, die komplette Aufgaben übernehmen sollen und können. Eine Lösung, die leider bisher weder die begeisterte Zustimmung der Interessensvertreter der Arbeitgeber, noch der der Arbeitnehmer gefunden hat. Es liegt auf der Hand. Negative Vorhaltungen gibt es natürlich in

die Richtung, den Lehrlingen wird die halbe Lehrlingsentschädigung weggenommen, beziehungsweise das bestehende System wird überhaupt einmal in Frage gestellt. Positive Aspekte, die ich jedenfalls sehe, sind so zu sehen, daß Schülern beziehungsweise jungen Leuten, die eine mittlere und höhere Schule wählen, ein Weg aufgezeigt würde, auf dem sie die halbe Zeit ihrer Ausbildung plötzlich eine Entschädigung bekommen. Bitte, vergessen Sie nicht, daß diese jungen Leute bisher ohne jede Entschädigung ihren Ausbildungsweg beschreiten. Weiters können Begabungen besser umgesetzt werden. Das heißt, das Image würde vielleicht wieder steigen, und letztlich würde dieser Ausbildungsweg entsprechend durchlässig werden. In erster Linie sehe ich hier die Durchlässigkeit im Ausbildungssystem, und ich will dafür werben, daß wir so einen Ausbildungsversuch irgendwo in der Steiermark starten beziehungsweise dafür werben, daß sich jene Kolleginnen und Kollegen, jene Regierungsmitglieder, die darauf Einfluß haben, diesen nehmen, daß wir den Zustand nicht nur bejammern, sondern ganz konkret wieder einmal etwas dafür tun. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.10 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Purr hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (10.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema Facharbeitermangel wurde heute eigentlich schon einige Male behandelt. Es ist aber auch ein Zeichen dafür, daß es wirklich etwas ganz Aktuelles ist, was unsere Wirtschaft betrifft. Es gibt aber auch noch ein zweites Wort, das uns in den Ohren liegt und das uns immer wieder in den Medien begegnet, nämlich der Mangel an Unternehmen. Es gibt zu wenige, die bereit sind, Unternehmer zu werden. Es ist eine Tatsache, daß wir Ende des Jahres 1987 in der Steiermark lediglich 27.600 Lehrlinge hatten. Das bedeutet eine Abnahme innerhalb eines Jahres von ganzen 8 Prozent. Sprunghaft nehmen die Zahlen an den Polytechnischen Lehrgängen ab. Es werden weniger Schüler. Die Hauptschulen, vor allem in der Stadt Graz und in anderen Städten unseres Landes, leiden am Nichtvorhandensein von Schülern. Die städtischen Schulen werden zu Restschulen degradiert. Die Lehrlingsanzahl an den Berufsschulen nimmt ebenso ab und löst auch dort gewisse neue Rentabilitätsschwierigkeiten aus. Ich stelle an Sie die Frage: Glauben Sie eigentlich, ist es die Geburtenziffer allein, die daran schuld ist, sind es wirklich die sinkenden Geburtenraten, daß wir dort und da zu wenige Schüler haben, gerade in diesen von mir erwähnten Schulen? Denn an den höheren berufsbildenden Schulen einerseits, aber auch an den Gymnasien andererseits mangelt es ja an Schülern erfreulicherweise nicht. Meine Damen und Herren! Ich glaube, das hängt sehr wohl von der Bildungspolitik ab. Die Bildungspolitik, die bei uns in Österreich seit grob 20 Jahren gemacht wird, wirkt sich für die Wirtschaft eigentlich zu einer Bildungskatastrophe aus, ohne daß ich das hier übertreiben möchte. Zwei Jahrzehnte hindurch bemüht man sich, um einen Begriff unter die Haut der Menschen zu bringen, der Chancengleichheit heißt. Vom Klang her, vom Sinn dieses Begriffes her ist er auf alle Fälle zu bejahen.

Dieses Ideal gilt es natürlich anzustreben. Aber was ist aus dieser Maßnahme geworden? Wie sieht es tatsächlich aus? Vielen wird eine höhere Bildung vermittelt, ohne Rücksicht darauf, ob sie das einerseits überhaupt wollen und andererseits die Voraussetzungen mitbringen, ob sie dafür eine Begabung haben. Wenn Norbert Leser in seinem Buch „Sozialismus – Salz der Gesellschaft“ schreibt: „Hier hat das Salz in der Bildungspolitik tüchtig ausgegeben“; ich glaube, es war etwas zuviel davon. Denn im Klartext heißt das: Wer ein Gymnasium besucht, wird auch maturieren, wer ein Gymnasium besucht, wird auch studieren, und wer nur die Hauptschule besucht und eventuell dann eine Lehre macht, der steht dann auf der sozialen Leiter eigentlich an unterster Stelle.

Erfreulicherweise schlagen sich da die höheren berufsbildenden Schulen wirklich gut, nehmen einen enormen Stellenwert ein, vor allem haben sie sich zur Aufgabe gestellt, die Leute in wirtschaftlichen Bereichen vorzuschulen und auf das spätere Leben, auf die Betätigung in der Wirtschaft, vorzubereiten.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, eines gilt: Je mehr Gymnasiasten es gibt, umso mehr wollen natürlich dann auch studieren. Denn – und das haben wir wirklich zustande gebracht – die praktischen und die manuellen Fähigkeiten haben überhaupt keinen Stellenwert, zählen nichts, sind einfach Null. Es gibt hier einige Privatschulen in Österreich – also im ganzen Bundesgebiet –, die hier einen erfolgreichen, zukunftsversprechenden Weg beschreiten, die es den Besuchern dieser Schule ermöglichen, eine Matura abzulegen, aber auch gleichzeitig eine Gesellenprüfung zu machen. Das ist natürlich viel zuwenig bekannt, viele wissen von diesen Schulen überhaupt nichts, und dennoch kann man aber sagen: All jene, die eine solche Schule besucht haben, beschreiten wirklich einen erfolgversprechenden Weg.

Die Studentenzahl in der Steiermark steigt in diesem Jahr 1988 auf 30.000 Studenten an. Demgegenüber – das muß ich hervorheben – steigt die Anzahl der offenen Stellen in der Wirtschaft im letzten Jahr allein um 20 Prozent an. Ich darf vielleicht noch in diesem Zusammenhang eine andere Zahl hervorheben: Lehrlinge im ersten Lehrjahr hat es im Jahr 1980 noch 61.000 gegeben. 1995 werden es etwa 33.000 sein, vorausgesetzt, daß diese Tendenz anhält. Und ich sage es hier sehr deutlich und halte es hier mit meinem Kollegen Steiner: Die Universitäten können doch nicht, bitte, eine Pufferzone und ein Warteraum für jene sein, die eigentlich einerseits unentschlossen sind, irgendetwas zu unternehmen, oder andererseits überhaupt keine Studierwilligkeit zeigen. Ich weiß sehr wohl, daß es provokant ist, auf einen besonderen Umstand hinzuweisen, aber unternehme diesen Versuch dennoch: Wäre es nicht ein Vorschlag, daß man allen Männern, die wehrpflichtig sind, empfiehlt, nach der Matura zuerst das Bundesheer zu absolvieren und dann erst an die Hochschule zu gehen? Denn es ergibt sich daraus für die Studenten eine gewisse Erfahrungszeit, eine gewisse Reifezeit. Man meint es ihnen ja bitte im wahrsten Sinne des Wortes gut, denn sie haben Zeit, sich etwas zu überlegen. Darüber hinaus würden wir damit ganz wesentlich den Andrang an die Universitäten entlasten, denn warum soll ein österreichischer Staatsbürger denn nicht, bitte, zuerst einmal auch

seine Pflicht erfüllen, bevor er alle möglichen Rechte als Staatsbürger in Anspruch nimmt, und darüber hinaus würden wir wahrscheinlich auch der Wirtschaft einen guten Dienst erweisen, weil im Laufe dieser Zeit natürlich die jungen Menschen auf die Idee kommen, daß sie vielleicht eine ganz besondere Eignung für diesen einen oder anderen Beruf mitbringen. Und dazu kommt noch etwas: Es ist das auch, glaube ich, ein wesentlicher Wert in unserer Gesellschaft: Dieser Erfahrungswert sollte bei keinem jungen Menschen vermißt werden. Aber, meine Damen und Herren, all das, was sich in den letzten Jahren auf diesem Gebiet der Bildungspolitik ereignet hat, entspricht einer rücksichtslosen und vordergründigen Arbeit oder einem rücksichtslosen und vordergründigen Buhlen um die Wähler. Ergebnis ist das, was herausgekommen ist.

Meine Damen und Herren, wir stellen dazu unabdingbare Forderungen, und ich freue mich eigentlich auch, daß der Herr Abgeordnete Kohlhammer hier einen Weg aufgezeigt hat, der zumindest mir vom Hören her einmal finanzierbar erscheint und vor allem irgendwo neue Wege beschreitet. Dennoch aber muß es unsere Forderung sein, daß die Ausbildungspläne neue Inhalte bekommen. Wir können doch nicht ständig nach demselben Muster etwas varierend vorgehen und im großen und ganzen doch das gleiche bringen wie vor 20 Jahren. Außerdem soll die verkürzte Lehrzeit für die Maturanten unbedingt forciert werden. Wenn ein Maturant sich entschließt, in einen Beruf einzutreten, muß er die Möglichkeit haben, über die verkürzte Lehrzeit in diesen Beruf hineinzufinden. In Deutschland hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. 80 Prozent der befragten Unternehmer haben gesagt: „Wir sind mit diesen Maturanten, die in einen Beruf einsteigen wollen, wirklich zufrieden, sie bewähren sich bestens, und wir spüren vor allem, daß hier etwas nachwächst.“

In der Steiermark gibt es natürlich für einige Berufe bereits diese Möglichkeit, die auch genutzt wurde, aber ich sage hier, es ist beschämend, wie wenige Maturanten bereit gewesen sind, diesen Berufsweg zu beschreiten. Im letzten Jahr 1987 waren es ganze neun, nämlich ein Elektromechaniker, ein Konditor, ein Damenkleidermacher, zwei Tischler, ein Optiker, ein Kfz-Mechaniker und ich glaube ein Berufskraftfahrer. Das ist eigentlich alles, was wir auf diesem Gebiet zu vermelden haben, das ist alles, was wir in diesem Zusammenhang aufzeigen können. Wir sind aber nicht ganz schuldlos in dieser Sache – alle Vertreter politischer Parteien –, wir sind ja auch in den letzten Jahren mit der Sinngebung des Begriffes „Arbeit“ furchtbar umgegangen. Jeder hat es möglichst gemieden, das Wort „Arbeit“ beim Namen zu nennen. Man hat vom Dienstnehmer gesprochen, man hat vom Beschäftigten gesprochen, vom Arbeitnehmer gesprochen, und bestenfalls dann, wenn es nicht mehr anders gegangen ist, hat man von Arbeit gesprochen. Und man hat sich auch auf diesem Gebiet wiederum nur im Interesse des Buhlens um Wählerstimmen bemüht – entsetzlich! Was ist vordergründig? Ja, kürzere Arbeitszeit, das wäre das Wichtigste, das gilt es anzustreben, aber bessere Arbeitsausbildung, bessere Bedingungen zu schaffen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten in den Betrieben, kooperativ – ja, davon redet heute ebenfalls noch niemand, obwohl wir längst keine Fachkräfte

mehr herausbekommen, zumindest nicht in diesem Maße, wie sie von der Wirtschaft gefordert werden. Und obwohl wir auf der anderen Seite, wie bereits von mir erwähnt, so viele Studenten haben, die im großen und ganzen deshalb studieren, weil sie nicht wissen, was sie einmal machen werden. Es muß eine weitere Forderung sein, daß dieses duale Ausbildungsprinzip attraktiver gestaltet wird. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß jemand, der zuerst in den Beruf eintritt, auch dann noch die Möglichkeit hat zu maturieren, dann eventuell nachher zu studieren. Das muß doch alles drinnen sein, denn dann fällt die Entscheidung, daß er eventuell tagtäglich nicht mehr im praktischen Beruf steht, daß er sich besser für andere Dinge eignet, oder er kommt mit einer entsprechenden Ausbildung in diesen Beruf, verbleibt dort und wird auch dort bestimmt seinen Erfolg haben. Die Berufsbilder sind der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Es sind absolut neue Lehrberufe, attraktive Lehrberufe zu schaffen. Diese Liste müßte auch einmal entrümpelt werden. Ich sage das deshalb, weil von dieser Bildungspolitik nur immer in einem anderen Zusammenhang gesprochen wird, nur nicht in jenem, der eigentlich dem Menschen dienlich ist und der letztendlich aber auch die Basis dafür bildet, daß wir dann wieder Unternehmer finden und daß wir dann auch genügend Facharbeiter bekommen. Vor allem darf ich auch eines sagen: Wir müssen die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft auf alle Fälle in Gemeinsamkeit mehr hervorheben. Wovon schreiben denn die Zeitungen, wovon wird denn berichtet, wenn ein großer Betrieb wo eröffnet wird? Daß es aber ganze Regionen in der Steiermark gibt, die kraft des Vorhandenseins mittelständischer Betriebe eine großartige Leistung erbringen, das geht dort unter. Ich weiß es schon, es sind meistens nicht die Betriebe kleiner und mittlerer Prägung, die sich die Inserate leisten können. Deshalb werden sie möglicherweise auch nicht gewürdigt. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang das wirklich hervorheben. Dann gibt es auch sofort Politiker bestimmter Schattierungen, die dann noch von dem kleinen Betrieb sprechen, mit dem nicht viel ist, der nur vier, fünf Beschäftigte hat, das ist ein Greißler, und das ist ein kleiner Betrieb, der für uns keine wesentliche Bedeutung hat, weil Bedeutung für uns haben nur die riesigen Betriebe. Ich kann mir vorstellen, daß dann niemand bereit ist, dieses Image auf sich zu nehmen, ein „Kleiner“ zu sein. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das sind nicht wir! Wir sind für kleine, eigenständige Einheiten!“) Dann habe ich eine Bitte, lieber Freund: Mach du den Anfang und zeige es deinen Leuten vor. Ich kenne von deiner Gruppierung keinen einzigen, der erfolgreich einen mittelständischen Betrieb führt. Wenn du mir den nennst, den möchte ich kennenlernen.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch noch sagen: Die Freiräume der Wirtschaft müssen auch erhalten bleiben und nicht durch eine Klimastörung und nicht durch eine Beeinflussung von außen irgendwie noch beeinträchtigt werden. Lassen Sie mich das bitte ausführen. Es ist ein Schlagwort für Sie. Aber in den Bezirken draußen passiert ja alles mögliche. Da gibt es Gruppierungen, leider auch von der sozialistischen Partei, die sich ein paar Intellektuelle, ein paar gescheite Leute halten, dem ist nichts hinzuzufügen, aber die gehen bei verschiedenen Anliegen so vor, daß

sie wirklich ganze wirtschaftliche Strukturen, wenn es nach ihrem Sinn geht, zerstören. Ich habe dieses Erlebnis erst vor kurzem in unserem Bezirk Deutschlandsberg gehabt, möchte mich aber dabei nicht länger aufhalten und nicht weitere Ausführungen treffen. (Abg. Gennaro: „Du mußt das schon konkretisieren!“) Jedenfalls, Herr Kollege, das Unternehmerbild kann ruhig hervorgehoben werden. Man kann ruhig das Positive hervorheben, sowie es selbstverständlich ist, daß wir auch bei der politischen Arbeit das Positive hervorheben. Wir alle beschäftigen uns ja auch nicht mit all dem, was Negatives passiert, und auch nicht mit jenen Politikern, die negative Arbeit leisten, die es leider auch gibt. Infolgedessen sollten wir es auch bei den Unternehmern so halten, daß wir ihnen diesen Stellenwert geben, den sie auch verdienen. Denn Erfolge in der Wirtschaft werden nicht durch die Politiker erbracht, sondern durch die Betriebe und durch ihre Mitarbeiter. In diesem Sinne darf ich bitten, allen Bemühungen um eine Änderung in der Bildungspolitik die Unterstützung zu geben. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 10.27 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Vorerst letzter Debattenredner zum Unterricht ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (10.28 Uhr. – Abg. Gennaro: „Herr Kollege, ich halte Ihnen die Uhr hin, damit Sie kein Problem mit der Zeit mehr haben!“) Das ist nett, Herr Gennaro! Ich habe gestern mein Wort gegeben, nur fünf Minuten zu reden, und ich bin zu meinem Wort gestanden, und ich werde mir heute herausnehmen, zehn Minuten zu reden, Herr Gennaro, wenn es Ihnen angenehm ist. Ich glaube, das Thema Wissenschaft und Unterricht ist so wichtig, daß auch wir Grüne doch im Hohen Landtag Sie zehn Minuten mit dem Thema – wie man merkt – belasten werden. Ich merke immer mehr, daß die Reizschwelle sehr gering ist, vor allem beim Herrn Gennaro und beim Herrn Dr. Lopatka, aber das ist eben Sache des persönlichen Bio- oder Ökorythmus. Ich selbst war fünf Jahre Hochschulassistent und habe miterlebt, wie die Hochschule, die Wissenschaft, die freie Meinungsäußerung verpolitisiert wurden. Es war damals das bekannte UOG – Universitätsverwaltungsgesetz –, wie man diesen Blödsinn genannt hat, heute nennt man es AUST, damit man wieder einen neuen Namen erfunden hat, weil dieses UOG sich gerade in der Anfangsphase als Rohrkrepierer erwiesen hat, und habe miterlebt, wie die Hochschule, der Boden der Wissenschaft, der freien Meinungsäußerung in der Besetzungspolitik verpolitisiert wurde. Ich habe es selbst miterlebt, ich war damals Assistentenvertreter, wie gute Leute durch politische Intrigen einfach nicht zum Zug gekommen sind. Ich habe es selbst miterlebt, wie weit diese Parteipolitik, die Mechanismen der Macht, und nur dort, wo Macht ist, ist auch Machtmißbrauch, auch an der Hochschule Fuß gefaßt haben. Ich habe daher Sorge, daß das sich nicht auch hier im Landtag fortsetzt, und der Beweis war ja gestern, wie der Herr Präsident sagt: Schluß, gegen jede Geschäftsordnung, daß dann jeder schreibt: Der Herr Präsident hat der Rede einen Schluß gesetzt. Das ist auch eine Unterdrückung, ist gegen jegliche Geschäftsordnung

der freien Meinungsäußerung hier im Hohen Haus. Das wollte ich nur dazu sagen, weil wir gerade beim Thema sind.

Was betrifft heute die jungen ausgebildeten Menschen, sprich jene, die pädagogisch im Lehrberuf ausgebildet wurden, die bereit sind, hier Arbeit – wie der Herr Kollege Purr gesagt hat – zu leisten, mit unseren jungen Menschen, wie sie es gelernt haben. Hier gibt es zwei grundsätzliche Fragestellungen: Erstens: Der Dienstposten im Lehrberuf. Hier dreht sich alles – und ich finde es auch sehr gut – um die Senkung der Schülerzahlen, vor allem auch in den Kindergärten. Es ist nicht notwendig, daß eine Kindergärtnerin früher 30, jetzt 25 Kleinstkinder – mit drei Jahren ist ein Kind für mich noch ein Kleinstkind – in der Gruppe haben muß, damit das Land eine zweite halbe Kindergärtnerin dazuzahlt. Hier bin ich für eine Senkung der Kinderzahl auf zehn. Wir wissen alle, daß gerade die Kleinstkinder eine besondere pädagogische Betreuung, direkt eine Fürsorge brauchen, gerade in dieser Zeit, wo sehr viele Familien Doppelberufe haben, in der Zeit, wo der Kindergarten größtenteils für manche nur mehr als Aufbewahrungsstelle für die Kinder verwendet wird.

Zweitens: Wie kommt es zur Auswahl der Leiter beziehungsweise Direktorenposten? Das ist ein leidiges Kapitel, wo jeder, der ein bißchen hineingeschnuppert hat, weiß, es kommt zur sogenannten öffentlichen Ausschreibung, und tatsächlich, bevor diese stattfindet, ist bei den Parteien, sprich bei den Parteigremien, schon ausgehandelt, wer welchen Dienstposten nach dem Proporz bekommt. Man weiß genau, das ist eine rote Schule, das ist eine schwarze Schule. Zur Zeit des Herrn Steger hat man noch versucht, blaue Schulen zu bekommen. Das ist Gott sei Dank heute nicht mehr, und daher ist dieser Machtmißbrauch, wo praktisch die Auswahl mehr nach parteipolitischen statt nach den örtlichen Gegebenheiten erfolgt, einfach falsch. Daher tendieren wir dahin, daß es doch vermehrt zu einer direkten Demokratie in diesen Schulen, diesen pädagogischen Erziehungsstätten kommt. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Die gibt es ja!“) Die gibt es ja, nur, wenn man da hört und überall sieht, daß der Herr Minister oder der Herr Politiker soundso anders entschieden hat, dann sieht man ja, daß der Machtmißbrauch da ist. Und wenn wir das schon akzeptieren müssen – wir sind ja keine Phantasten, daß wir sagen, wir können das heutige politische System, Herr DDr. Steiner, ändern. Ich anerkenne Ihre Leistung, ich erkenne auch, daß Sie das wollen. Zwischen wollen und können ist aber immer ein Unterschied, das eine ist die Theorie, das andere ist die Praxis. Daher wollen wir, daß man diese Mechanismen möglichst so abkürzt, daß man sagt: Na gut, wenn das schon heute praktisch so ist, gegen alle gutgemeinten Vorsätze Ihrer Partei und Ihrer Partei, weil einfach überall das Machtbedürfnis da ist, dann muß man das halt auch so machen, daß man wenigstens diese Spitzenposten alle vier Jahre öffentlich ausschreibt. Der kann's ja wieder werden. Wenn er gut ist, wird er es auch wieder werden. Aber ich bin nicht bereit, hier etwas zu unterstützen, daß eine politisch gesetzte Nieme – die meistens Gott sei Dank nur Ausnahmen sind, aber für den Schulkörper, den es betrifft, ist das arg genug – den Schulkörper dann bis zum Pensionsalter – 20, 30 Jahre – an der

Nase herumführt. Das ist zu lange und zuviel. Daher öffentliche Ausschreibungen. Außerdem muß man neuen politischen Gremien – nicht parteipolitischen – die Möglichkeit geben: War das eine politische Fehlentscheidung, ja oder nein? Es gibt da Leute, die politisch gewählt werden und gut sind. Daher das Instrument, die Möglichkeit, alle vier Jahre diese Posten neu auszuschreiben. Denn das ist auch heute bereits auf den Hochschulen notwendig. Ich kenne Hochschulbesetzungen, das sind Leute in Graz, in der Steiermark, die bestqualifiziert sind. Man holt sich dort einen und da einen und dort einen, wie es halt den Herren – in dem Fall eh mit Ihnen als ÖVPLer, Sie kennen ja, wie die roten Minister à la Firnberg und so weiter schon angefangen haben, hier die Posten zu besetzen – gefällt. Es sind hier eben Machtmechanismen, und auf der Hochschule ist es ja besonders bedenklich, wenn auf der Hochschule die Politik Fuß faßt. Daher die ganz klare Forderung, bei der Auswahl dieser Posten alle fünf Jahre ausschreiben. Sie müssen ja auch als Politiker alle fünf Jahre bestehen, bitte. Sie werden ja auch immer wieder von Ihren Wählern ausgewählt. Stimmt's oder habe ich recht? Daher auch das bei den Posten, wo die öffentliche Hand die alleinige Entscheidung hat. Öffentliche Hand bedeutet in dem Fall die Parteipolitiker. Das ist eben so. Wir werden das auch in der kurzen Zeit nicht so bald ändern.

Was sehr positiv ist, das sind die Wartelisten. Nur wieder diese ganze Diskussion mit Datenschutz und so weiter, das geht ja vorbei. Einer, der heute auf einen Posten wartet, was soll der auf den Datenschutz reflektieren? Der ist froh, wenn er einen Arbeitsplatz bekommt. Eine Transparenz muß sein, damit dieses Instrument, das hier praktisch auch im Landesdienst Fuß gefaßt hat – das ist ja an und für sich genau das gleiche Modell, das unter Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba wenigstens einmal forciert wurde, was sehr positiv war –, auch in den pädagogischen Fächern voll zum Tragen kommt. Es ist eben alles öffentliches Geld, und das muß auch fürsorglich und sinngemäß gebraucht werden und in keinem Fall mißbraucht werden.

Die Hochschule hat ja sowieso Probleme, und zwar die Kürzung der Förderungsmittel – Sie wissen das genau. Heute sind die Hochschulprofessoren in einer Lage, daß sie eigentlich schon gar keine seriöse Wissenschaft und Forschung mehr machen können, weil alles in die Verwaltung hineingeht – es wird ja wirklich alles nur mehr verwaltet –, und es ist auch nicht einzusehen, daß auf der Hochschule auch in einem Gremium zu einem Drittel das nichtwissenschaftliche Personal bis zur Putzfrau mitentscheidet, was mit welchem Geld auf der Hochschule gemacht wird. Hochschule ist ein eigener Boden, ich würde nicht sagen, ein elitärer Boden, aber die Freiheit der Wissenschaft und Forschung muß eben gewahrt werden.

Was uns Grüne sehr, sehr trifft, sind Kürzungen im Lehrplan. Sie kennen alle Biologie: wird gekürzt. Letztendlich kommen ein paar Lehrer zu mir: „Die Biologie wird gekürzt.“ So viele arbeitslose Biologielehrer, die keine Arbeit haben, die Ausbildung haben und an keinen Dienstposten herankommen, und auf der anderen Seite reden wir heute von Ökologie, der Lorenz mit seinen Grauenten (Abg. Gennaro: „Das hat

aber mit der Schule nichts zu tun!“), von Prägung, daß man die Kinder auch richtig prägt, in eine gewisse biologische, ökologische Phase langsam hineinbringt, die Kinder unsere wichtigste Aufgabe sind – die sogenannten Nichtwähler, wie ich schon einmal gesagt habe –, und da wird dann bei der Biologie gekürzt, bei Leibesübungen gekürzt, wo gerade auch eine gewisse körperliche – Entschuldigung, aber ich stehe da immer so bucklig, wegen dem blöden Mikrophon – Haltung etwas wert sein sollte und eine innere körperliche Einstellung. (Abg. Gennaro: „Zehn Minuten sind um!“)

Daher glaube ich, daß man hier dem Unterricht und der Wissenschaft nichts Gutes tut – der Gennaro sagt schon: „Zehn Minuten!“ Wart noch ein bisserl, für Dich lege ich heute noch etwas dazu – (Abg. Gennaro: „Eine Minute bekommst du noch dazu!“), wenn man gerade dort, wo wir seit Jahren reden, wo heute die Politiker auch sagen, wir Grüne sind nützliche Idioten oder Gedankenbringer und uns streicheln und sagen: „Sie sind ja notwendig, nur im Parlament brauchen wir sie nicht.“ – es ist ja so –, daß man gerade dort bei der Pädagogik zum Kürzen anfängt. Das sind Dinge, die wir einfach, was den Unterricht betrifft, nicht akzeptieren können und daher auch eine Resolution beziehungsweise hier im Hohen Landtag, daß gerade auf dem Gebiet dazugelegt wird, nicht gekürzt, sondern dazugelegt wird!

Was, glaube ich, ein Vorschlag wäre, den Sie aufgreifen sollten – Herr Gennaro, Sie haben noch immer fünf Minuten dort; jedesmal, wenn Sie sie zeigen, habe ich wieder neue fünf Minuten, es hilft nichts, zeigen Sie sie nicht so oft her –: Gerade dort, wo man Menschen, die pädagogisch ausgebildet sind, helfen könnte, helfen sollte – jetzt fängt der Harntodt auch schon an – zu unserem allgemeinen Vorteil, sollte man sie auch in der Erwachsenenbildung einsetzen.

Wir haben hier im Landtag, im Hohen Haus, wie man das so schön nennt, ein Abfallbewirtschaftungsgesetz beschlossen. Wir haben die Mülltrennung beschlossen, daß die Menschen pädagogisch geschult werden, daß den Menschen das nahegebracht wird. Wer ist denn besser geeignet, als junge engagierte Kräfte, die bereit sind, nicht nur in den Schulen die Kinder zu unterrichten, sondern auch die Menschen in der Erwachsenenbildung. Ich finde, es wäre nicht schlecht, und es würde keinem ein Stein aus der Krone fallen, wenn man sagt: In der Zeit, wo er vielleicht in ein oder zwei Jahren in der Schule einen Arbeitsplatz bekommt, soll er einmal ein, zwei Jahre die Gemeinde kennenlernen, die Haushalte kennenlernen, vor allem die Einstellung der Familien kennenlernen. Da hat er einen wesentlich besseren Bezug, auch pädagogisch, zu den Kindern. Dann weiß er, was die Kinder unter Umständen miterleben, welche Probleme die zu Hause haben, und es wäre nicht schlecht, wenn man diese Menschen mit öffentlichem Geld, genauso mit dem gleichen Gehalt nach der Dienstpragmatik wie im Lehrberuf, in der Erwachsenenbildung einsetzt. Menschen, die Erwachsene schulen, Abfall zu vermeiden, mit Wasser sorgsam umzugehen, den Kindern nicht nur einen Computer zu kaufen oder einen Fernseher, daß sie nur vor dem Fernsehkasten sitzen, sondern sie pädagogisch schulen, daß sie mit den Kindern hinaus in die Ökolo-

gie gehen, in die Natur, daß sie mehr hinauskommen, wenn schon die Leibesübungen gekürzt werden, daß die Eltern den Kindern sozusagen diesen Naturkreislauf, dieses Wunder der Schöpfung nahebringen, wenn schon die Biologiestunden gekürzt werden. Das wäre das, was wir uns vorstellen, daß man nicht nur sagt, die Kinder müssen geschult werden, sondern – und da zähle ich mich dazu, man kann nie auslernen, jeder von uns muß dazulernen – daß wir auch als Erwachsene die ganz vornehme Aufgabe haben, uns immer wieder weiterzubilden, daß wir endlich einmal kapieren, daß diese Schöpfung etwas ganz Komplexes ist. Nur über die Schöpfung kommt man zu etwas Höherem und sagt: Da gibt es etwas Höheres, einen, der das gemacht hat, denn das ist ja wirklich ein Wunderwerk! Genau das wollen wir! Daher ist es nicht notwendig, daß wir in der Steiermark so viele junge engagierte, ausgebildete Lehrer haben, Kindergärtnerinnen, die zu keinem Arbeitsplatz kommen und dann irgendwo mit einem Arbeitslosengeld und zum Schluß da in der Messe Würstel verkaufen müssen. Das ist nicht in Ordnung; und das ist die Aufgabe der politischen Kräfte, hier auf dem Unterrichtssektor, auf dem Sektor der Wissenschaft und natürlich auch der Forschung gewisse Maßstäbe zu setzen.

Damit habe ich den Wunsch der Herren Gennaro und Harntodt nicht erfüllt und überzogen. Danke! (10.43 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Klasnic. Ich erteile es ihr.

Landesrat Klasnic (10.44 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Als verantwortliche Referentin für das steirische Berufsschulwesen – ich möchte sagen, das ist ein besonders inhaltsvoller Bereich in meinem Ressort – danke ich allen Rednern, weil ich davon überzeugt bin, daß es ihnen ein Anliegen war, zur Bildungspolitik zu sprechen; und weil sie auch erkannt haben, daß es um die Zukunft unseres Landes geht. Das Wort „Wirtschaft“ war bei allen Reden vertreten. Ich möchte es zusammenfassen und sagen, die Wirtschaft und all das, was sie braucht, beginnt nicht erst in der Werkstätte oder in der Halle, Wirtschaft beginnt in der Schulklasse und im Elternhaus. Das Bekenntnis zum Lehrling, welches hier ausgesprochen wurde, und zur Jugendbeschäftigung beschäftigt uns auch als politisch Verantwortliche täglich, weil Jugendarbeitslosigkeit ein Thema ist, das zum Handeln auffordert; und daß wir aufgerufen sind, alles zu unternehmen, daß wir unsere nächste Generation gut vorbereiten und ihnen das mitgeben, was sie für ihr künftiges Leben in Gesellschaft und Beruf brauchen.

Weil ich das Wort „Jugendbeschäftigung“ gesagt habe, möchte ich auch vom Jugendbeschäftigungsprogramm sagen, daß es gelingt, in gemeinsamer Arbeit mit der Arbeitsmarktwirtschaft zahlreiche Projekte in diesem Land zu gestalten und gemeinsam zu verantworten, und es ist gut, und ich bin sehr froh, daß es möglich war, diese Budgetpost von 15 auf 16 Millionen Schilling aufzustocken. Die Zahlen, wie viele Berufsschulen und Berufsschüler wir im Lande haben, sind einige Male heute ausgesprochen worden. Es hat sich auch einiges in diesem Land im vergangenen Jahr geän-

dert. Es wurden zum Beispiel in der Berufsschule des Werkes Donawitz diese Berufsschüler und auch ihre Lehrer in die Landesberufsschulen integriert und finden jetzt dort sozusagen ihre Ausbildung, und ich hoffe, daß es ein guter gemeinsamer Weg ist. Ich möchte aber auch bei dieser Debatte unsere zirka 600 Berufsschullehrer ansprechen, die weit über das Maß hinaus ihrer Verantwortung gerecht werden. Natürlich gibt es auch in diesem sowie in allen Lebensbereichen besonders Qualifizierte, besonders Eifrige und besonders Verantwortliche und auch andere. Aber ich möchte all jenen, die sich diesen Beruf gewählt haben und die ihn ausfüllen, wirklich für ihre Leistung danken. Mein Dank gilt natürlich auch der Abteilung mit Herrn Hofrat Frisee an der Spitze, allen Lehrern und allen, die in den Werkstätten mitarbeiten. Wir haben auch einen Psychologen, einer ist viel zu wenig, der Herr Dr. Wölfl, für unsere Berufsschulen im Lande, und gemeinsam mit der Gesellschaft für den steirischen Gesundheitsschutz mit Frau Dr. Lindi Kalnoky wird im Berufsschulbereich auch mit den jungen Menschen über Leben, über Werte und über Ziele gesprochen, das heißt, es wird ihnen auch in der Freizeit ein Programm angeboten.

Zum Herrn Abgeordneten Reicher hätte ich sehr gerne viel gesagt, weil ich auch um die Bedeutung der Jugendherbergen am heutigen Tag und vor allem auch für die Zukunft weiß. Es gehört in das Ressort meines Kollegen Prof. Jungwirth, und der wird sicher dazu reden. Ich bedanke mich auch bei allen, die Anregungen gemacht haben, und ganz besonders bei der Handelskammer Steiermark, weil es wird besonders in dieser Zusammenarbeit für unsere Schüler sehr viel geschaffen, auch in den Internaten. Wir könnten es als Land allein nicht bewältigen. Ich weiß um die Anliegen der Abbundhalle Murau, um Sankt Peter und Bad Gleichenberg, Gleinstätten, die Liste wäre fortzusetzen. Ich glaube, daß wir es gemeinsam anpacken sollten und daß wir einfach gut weiterarbeiten müssen für unsere Jugend. Es wird uns vieles gelingen. Es sind auch Vorschläge gekommen, ich nehme zum Beispiel den Herrn Kollegen Kohlhammer. Er hat von einem neuen Modell der Lehrlingsausbildung gesprochen. Ich füge dem noch hinzu, daß wir auch in der Erwachsenenbildung, wo schon sehr viel in unserem Land geschieht, und gerade heute am Nachmittag können wir wieder eine Preisverleihung – Hochschule Innovationspreis – machen, daß wir in diesen Bildungsbereichen unsere Modelle weiter ausarbeiten sollten und gemeinsam überlegen. Ich bin sehr gerne bereit, für solche Gespräche auch zur Verfügung zu stehen, daß wir sagen, was wollen wir gemeinsam. Der Herr Kollege Purr hat es auch angeschnitten, wie er gesagt hat, manches könnte man verbessern, Berufsbilder sollte man schaffen. Es wird uns gelingen. Zum Herrn Dr. Korber möchte ich nur sagen, ich habe mich gefreut, daß er ein solches Bekenntnis zur Möglichkeit der Schule und des Lehrers ausgesprochen hat. Unsere Kinder haben aus unserem Nahbereich ja auch in vielen Bereichen dieselbe Schule besucht, und wir wissen, wovon wir reden. Wie schaut es aus, wie sollte die Zukunft sein? Für mich als Referentin gerade im Wirtschaftsbereich steht an erster Stelle Bildung, Fortbildung, Ausbildung, und zwar von den frühesten Möglichkeiten an. Es beginnt schon im Kindergarten, den Kindern irgendwo klarzumachen, was Wirtschaft,

was Berufsleben bedeuten kann. Es beginnt im Elternhaus, und ein besonderer Wert wird von mir jenen Verantwortungsträgern im Pflichtschulbereich, und ich spreche hier insbesondere von der Volksschule, zugemessen. Eine Herausforderung für die Wirtschaftsförderung ist das Bildungsprogramm, das wir uns gestellt haben, und ich glaube, daß es uns gelingen muß, dem entgegenzuwirken, von dem wir reden müssen, nämlich, daß es in der Steiermark 7000 junge Menschen unter 25 Jahren gibt, die auf Arbeitsuche sind. Wir wissen, daß Maturanten- und Akademikerarbeitslosigkeit ein Problem sind. Wir wissen aber auch, daß die Universitäten überfüllt sind, und es wurde heute hier angesprochen, wie viele dann ihr Studium wieder abbrechen. 39 Prozent der Studenten sagen aber, sie würden nicht studieren, wenn sie einen entsprechenden Arbeitsplatz bekämen. Auf der anderen Seite wissen wir, daß die Anzahl der Lehrlinge sinkt. In Österreich haben wir zur Zeit 10.000 gemeldete Lehrstellen und 6000 Interessenten dafür. Die Wirtschaft – und auch das ist heute einige Male gesagt worden – sucht qualifizierte Fachkräfte, die wir dort und da in verschiedenen Regionen nicht im ausreichenden Maße haben. Da muß man nachdenken, was können wir tun, was soll geschehen? Ich glaube wir sollten, so wie wir es bisher gehalten haben und auch noch verstärkt, in die Zukunft investieren. Das heißt, der Ausbildung unserer steirischen Jugend das größte Augenmerk schenken. Wir müssen Eltern, Schüler und Lehrer über die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Zukunft informieren. Wir müssen die Berufschancen und die Ausbildungsmöglichkeiten aufzeigen, ja wir müssen sie verbessern. Wenn das Wort „Arbeit“ so in Frage gestellt wurde, dann glaube ich, daß man die Attraktivität des Facharbeiterberufes durch eine Weiterentwicklung des dualen Prinzips steigern muß. Ich möchte es schon aussprechen, weil es für mich ein besonderes Erlebnis war, ich konnte stellvertretend für jene Lehrlinge, die im Jahre 1987 die Gesellenprüfung abgelegt haben, 334 jungen Menschen in diesem Land eine Urkunde überreichen, daß sie mit Auszeichnung abgeschlossen haben. Das heißt, in unserem Lande sind die jungen Menschen auch bereit, etwas zu tun. Was können wir aber noch tun? Maturanten muß der Einstieg in die Wirtschaft ermöglicht werden. Wir von den steirischen Berufsschulen – und das ist gut vorbereitet und gut abgesprochen – werden ab dem Schuljahr 1989 Maturantenklassen für 22 Lehrberufe anbieten, Klassen, das heißt im Jahrgang die Maturanten, wenn sich genügend ausbilden lassen wollen, sie in eine Gruppe zusammenzufassen, und dadurch kann man sie auch stärker fördern und fordern. Die Frau Abgeordnete Göber hat das ausgesprochen. Wo ist der Unterschied? In der Bundesrepublik Deutschland besuchen 20 Prozent der Maturanten im Anschluß noch eine Lehrausbildung. Das heißt, sie gehen in den Beruf und besuchen eine Berufsschule. In Österreich sind es 0,6 Prozent. Das muß ja eine Ursache haben, da muß man dagegen etwas unternehmen, und das ist unsere Aufgabe, das heißt, wir schaffen Maturantenklassen.

Das Bildungssystem soll als Ganzes flexibel werden, und man sollte sich vom Maturanten zum Facharbeiter ausbilden können, aber man sollte auch die Möglichkeit haben und sie nutzen, vom Facharbeiter zum Maturanten. Und hier gleich auch eine Bitte an den Landesschulrat – und wir werden es auch mit einem

Antrag begründen –: In den allgemeinbildenden höheren Schulen ist es möglich, über Verordnung einen Sprachenaustausch durchzuführen, in den berufsbildenden höheren Schulen ist es noch nicht möglich. Das wäre ein Vorschlag und würde eigentlich keine neue finanzielle Belastung sein.

Es wird bei uns auch schon versucht, einen neuen Weg zu gehen: Denken wir an das Gewerbe-BORG in Radkersburg. Wird vom Land getragen, wird vom Land erhalten. Leider konnten wir das Unterrichtsministerium zur Unterstützung nicht gewinnen. Die einzelnen Kollegs, die wir im ganzen Lande haben, sind immer wieder eine erfreuliche Bereicherung, nämlich der Berufsausbildung. Man kommt zur Zeugnisverleihung hin, und es müssen sich die jungen Menschen schon oft frei nehmen, daß sie diesen Nachmittag noch haben, das heißt, sie haben schon ihren Weg in den Beruf gefunden.

Wir müssen uns aber auch selbst – und ich sage das jetzt für die Wirtschaft – viel stärker in der Schule präsentieren, das heißt, wir müssen als Unternehmer mit den Schülern und den Lehrern reden, wir müssen aber auch die Lehrer in die Wirtschaft integrieren und ihnen zeigen, was geschieht. Solche Modelle gibt es schon.

Ich glaube auch, daß wir ein Zweites überdenken sollten; und damit möchte ich die Brücke zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth bauen. Ich war in der vergangenen Woche bei einer großen Veranstaltung von Lehrern, die darüber gesprochen haben, wie es weitergehen soll, ob man nicht doch nachdenkt über eine Einstiegsqualifikation zwischen Hauptschule und Mittelschule, nämlich in diesem Alter, weil wir damit vielleicht im Bildungsprofil des gesamten Lebenslaufes eines jungen Menschen doch einige Veränderungen rechtzeitig erkennen könnten, weil nur Nachhilfeunterricht und nur durchstoppeln kann ja auch nicht das Ziel sein. Unsere Aufgabe ist es, vorzubereiten, daß es Arbeitsmöglichkeit gibt, daß Arbeitsfähigkeit vorhanden ist und daß es ein gutes Fundament gibt für die jungen Menschen in unserem Land.

In diesem Zusammenhang danke ich für die gute Zusammenarbeit und ersuche auch im kommenden Jahr, daß wir einiges von dem, was wir uns vornehmen und was auch heute hier angesprochen wurde, umsetzen können. Es liegt an uns, wir müssen es nur machen. (Allgemeiner Beifall. – 10.55 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Schlußredner zu diesem Teil der Gruppe 2 ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (10.56 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Am Ende dieser Gruppe war es in vergangenen Jahren immer wiederum üblich, über Schüler- und Kinderstatistiken zu sprechen. Ich erspare uns das in diesem Jahr, weil in der Öffentlichkeit diese Zahlen oft genug abgespult worden sind und weil wir die Gesamtdiagnose alle miteinander sehr gut kennen: Wir haben wenig Kinder in Österreich, wir haben zuwenig Kinder. Wenn die Geburtentendenzen so weitergehen, wie sie bisher vorliegen, liegt es völlig klar auf der

Hand, daß Österreich ein starkes Einwandererland werden wird. Die Bewegung hat schon begonnen. Einwanderung geschieht immer von den ärmeren Ländern zu den reichen Ländern, das heißt konkret, sie wird zunehmen aus Südeuropa, sie wird zunehmen aus Osteuropa, sie wird zunehmen aus dem Vorderen Orient. Und vielleicht werden wir in ein paar Jahren hier im Landtag beieinandersitzen und über die Probleme sprechen, die in unseren Kindergärten und in unseren Schulen auftauchen, weil es die Frage zu lösen gilt, wie lernen Kinder aus verschiedenen Sprachfamilien, aus verschiedenen Kulturkreisen, miteinander auszukommen und miteinander zu lernen. Das ist die Entwicklung, die vor der Tür steht, auf die wir uns auch schon geistig einstellen müssen. Deswegen also nun nicht zusätzlich eine Statistik, sie ist uns bekannt.

Wir haben auch – und ich komme auf ein paar konkrete Wortmeldungen zurück – vor ein paar Monaten in einer sehr ungunstigen Weise diese ganze Problematik mit den Lehrerdienstposten auszufeuchten gehabt, die ja aus diesem Krampf heraus entstanden ist: so wenig Schüler und so viele Lehrer. Es hat monatelang zwischen uns, zwischen der Steiermark, und dem Ministerium draußen in Wien Gefechte gegeben, und wir haben am Schluß eine bestmögliche Lösung für unser Land, für unsere Kinder und unsere Schulen gefunden. Wir haben dabei immer wiederum kritisiert, daß die Vorbereitung auf die Dienstpostenpläne des jeweils nächsten Schuljahres von Wien aus nicht richtig eingeleitet wird, nämlich daß Richtlinien im Februar herauskommen, die ins Land hereinkommen und im ganzen Land größte Unsicherheit schaffen, weil diese Richtlinien einfach nicht stimmen. Sie sind veraltet, sie stimmen mit den Fakten und mit den Tatsachen eines Landes von einer Topographie wie der Steiermark nicht überein, und sie stimmen auch nicht mit den Schulgesetzen überein. Diese Richtlinien haben beispielsweise nicht berücksichtigt, daß die Klassenschülerhöchstzahlen von 36 auf 30 reduziert worden sind. Ja natürlich kann dann der Dienstpostenplan nicht mehr stimmen.

Wir haben aber, meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht doch einen Durchbruch erzielt, und ich melde Hoffnung für das nächste Schuljahr an, für 1989/90. Ich kann berichten, daß nach langen Vorverhandlungen die Landeshauptleutekonferenz am 25. November beschlossen hat, mit der Bundesregierung ein Übereinkommen abzuschließen, eine sogenannte Paragraph-15-a-Vereinbarung, in der unter anderem auch die Frage der Dienstpostenpläne an den Pflichtschulen verankert worden ist und ein besseres Vorgehen für die Zukunft vorgesehen wird. Es heißt nämlich, daß diese Richtlinien unter Bedachtnahme auf die bestehenden gesetzlichen Grundlagen in Zukunft laufend überprüft und erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den Ländern rechtzeitig angepaßt werden. Das war genau unsere Bitte und Forderung an das Unterrichtsministerium. Jetzt ist diese Forderung durch.

Und es ist auch noch ein zweiter Wunsch hier Realität geworden, nämlich daß sich der Bund verpflichtet, jeweils bis 31. August mitzuteilen, ob er die Dienstpostenpläne genehmigt oder nicht. Bisher war es so, daß man mit Schulbeginn noch nicht recht gewußt hat: Kommt jetzt die endgültige Zustimmung aus Wien oder kommt sie nicht, obwohl der Unterricht schon

begonnen hatte. Diese Frist 31. August war eine Wunschfrist, und sie ist jetzt also durchgegangen. So glaube ich, daß wir zwar keine Wunder erleben werden, weil die Zahlen, die Statistiken so schlecht sind, aber es wird wenigstens in einer vernünftigeren Weise vorgegangen werden können, so daß man also im Laufe des nächsten Frühjahrs rechtzeitig sehen kann, wie es mit den Dienstpostenplänen ab dem Herbst 1989 aussieht.

Ich möchte ausdrücklich danken: Es haben sich zwei führende Beamte des Landes in einer Kommission, die wirklich monatelang mit dem Bund – zwischen Bund und Bundesländern – verhandelt hat, wirklich sehr, sehr stark für uns und natürlich auch für andere Bundesländer eingesetzt und sind mit unseren Auffassungen eben auch – wie ich es gerade gesagt habe – durchgekommen. Es sind das die Vorstände der Finanz- und der Schulabteilung, Hofrat Dr. Kriegseisen und Hofrat Urabic. Sie haben sehr viele schwierige Verhandlungsstunden in Wien hinter sich gebracht. Ihnen gebührt unser Dank für die Vorbereitung dieser Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern.

Zu einem anderen Punkt: Die Frage der Direktorenbestellungen ist immer wiederum anvisiert worden. Sie wissen, meine Damen und Herren, wir sind das erste Bundesland in Österreich, das ab diesem Herbst versucht, mit Anhörungsverfahren vor der Bestellung von Direktoren Lehrer, Eltern und auch Schüler einzubeziehen und ihre Vorschläge einzuholen, vor der endgültigen Entscheidung im Kollegium des Landesschulrates. Wir haben noch keine Erfahrungen, wir müssen sie abwarten, wir werden sehen, wie die Dinge laufen. Es gibt gewisse Stimmen, die meinen, es werden dadurch die sogenannten Hausberufungen noch stärker werden, daß also Damen und Herren von den Kollegen in ihrer eigenen Schule besonders favorisiert werden und besonders stark unterstützt werden. Wir können es noch nicht sagen, aber es ist gut, daß wir ein solches zusätzliches Instrument geschaffen haben, um die bestmögliche Lösung zu finden. Der Beste, die Beste soll es werden. Ich glaube, es sind auch die Diskussionen rund um den Proporz doch zu einem gewissen Teil heiße Luft, wenn Sie diesen Gesichtspunkt nicht berücksichtigen. Wenn man manchen Gegnern der bestehenden Regelungen zuhört, dann müßte man ja meinen, daß es reihenweise in der Steiermark Schuldirektoren und -direktorinnen gibt, die völlig unfähige Nullen sind und nur auf Grund irgend eines Bücherls irgend eine Stellung bekommen haben. Wenn man dann nachfragt: Wen meinen Sie, wo ist ein Unfähiger oder eine Unfähige eingesetzt worden, dann bekommt man meist sehr wenig Namen. Ich behaupte, daß wir sehr viele, sehr gute Schuldirektoren und -direktorinnen in der Steiermark haben, die ihre Arbeit ausgezeichnet machen. Wenn wir in der Lage sind, das Bestellungssystem und den Modus noch zu verbessern, und das sind wir angegangen, dann soll es allen nur recht sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu der Bestellung in Liebenau sagen. Ich kenne mich dort zufällig aus, weil das meine Stammanstalt ist, und muß noch etwas ergänzen zu dem, was der Herr Abgeordnete Freitag gestern recht ausführlich berichtet hat. Es gibt eine Ausschreibung für diesen Posten, der ja direkt vom Ministerium besetzt wird. Der Lan-

dessschulrat hat hier keinerlei Einflußmöglichkeit. In dieser Ausschreibung steht schwarz auf weiß, daß der zukünftige Leiter dieser Anstalt auch Erfahrungen haben muß im Betrieb, in der Praxis einer Internatschule. Das ist Anstellungsbedingung. Ich kann nur schlicht und einfach sagen: Der parteifreie Kandidat Dr. Ude, der schon lange Zeit an der Schule unten wirkt, hat diese Erfahrung und hat diese Praxis und erfüllt dieses Anstellungserfordernis. Der Parteifreund, den die Frau Minister in Moskau zum voraussichtlichen neuen Direktor in Liebenau erkürt hat, hat sie nicht. Das muß man noch ergänzen zu den Informationen über die Vorgänge rund um die Schule. (Abg. Gennaro: „Man kann eine Ausschreibung auch auf eine Person zuschneiden!“) Der Schelm spricht, wie er denkt, Herr Abgeordneter. Ich nehme an, Sie würden es so tun. (Abg. Gennaro: „Das ist alles schon dagewesen!“) Das Ministerium schreibt aus und bestellt, nicht der Landesschulrat! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du, Gennaro, gehörst einmal fachlich unterrichtet!“ – Abg. Gennaro: „Wenn die Gescheiten so ausschauen wie du, bleibe ich lieber dumm!“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Höre einmal dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zu, Gennaro!“) Danke für Ihre konstruktive Unterstützung, Herr Dr. Korber.

Ich gehe im Hinblick auf die vorgerückte Zeit noch auf einen einzigen Punkt ein, der auch in der Diskussion sehr stark unterstrichen wurde, nämlich auf die Problematik hier Schule, dort Arbeitsmarkt, hier zu viele Maturanten, dort zu wenig Facharbeiter, Reparaturversuche, über Kollegs, über Kurzausbildungen, über Lehrlingsausbildungen für Maturanten die Dinge einigermaßen zu reparieren. Man hätte vor zehn, 15 Jahren, ich habe damals schon im Landtag darüber gesprochen, sich wesentlich stärker auf die Schule der 15- bis 18jährigen konzentrieren – meine ich – und dort das Bildungsangebot stärker auffächern müssen, um nicht diese Überzahl von AHS-Maturanten zu produzieren. Das ist aber passiert, daher muß vieles repariert werden, und da ist einiges im Gange, wir haben davon gehört. Man muß diese Versuche voll unterstützen. Man muß aber auch darauf hinweisen, daß in der Schule der 10- bis 14jährigen, Hauptschule und Unterstufe der AHS, manches im argen liegt, und zwar speziell im städtischen Raum, speziell bei uns in der Steiermark in Graz. Die Unterstufen der höheren Schulen ersticken vor Schülern. Die Hauptschulen rinnen aus und werden tatsächlich sogenannte Restschulen. Das ist sehr schlimm. Das ist eine Fehlentwicklung besonders auch deswegen, weil die österreichische Hauptschule ein sehr guter Schultyp ist, der sich international sehen lassen kann und der den verschiedenen Begabungen der Kinder wirklich auch entgegenkommt. Aber dort, wo das Angebot, wie in der Großstadt, der AHS voll daliegt, gibt es oft falsche Prestigeeinstellungen der Eltern und andere Fehlinformationen, die diesen übergroßen Zug „weg von der Hauptschule“ unterstützen, und das ist nicht gut. Das muß uns besorgt machen, weil die Dinge so nicht richtig laufen. Es gibt daher immer mehr die Diskussion, wie man hier besser im Sinne der Kinder und der Jugendlichen die Schülerströme lenkt und leitet. Wie kommt man zu zusätzlichen Selektionen, ohne deswegen die alten Aufnahmeprüfungen unter den 10- bis 14jährigen wieder einzuführen? Das ist eine sehr wich-

tige Frage, die nicht nur Lehrer betrifft, nicht nur die Schule, sondern wirklich auch die Welt des Berufs und damit die Zukunft der Jugend sehr stark angeht. Diese Frage ist eine Frage, die zu Recht von der Frau Landesrat Klasnic und von mehreren Damen und Herren aus dem Hause angeschnitten worden ist. Wir werden uns damit sehr beschäftigen müssen.

Ein letztes Wort zum Ausklang dieser Gruppe, um nicht nur bei der Schule zu bleiben, um nicht nur von Intellekt und Ratio gesprochen zu haben. Wir haben in dieser Gruppe auch das Landesjugendreferat. Das Landesjugendreferat bereitet für das kommende Jahr eine sehr große Veranstaltung vor. Eine Veranstaltung, die durch die Bundesländer rotiert und überhaupt nur jedes dritte Jahr stattfindet, nämlich das große Bundesjugendsingen. Unterschätzen wir ein so großes Treffen nicht, meine Damen und Herren! Es werden da über 2000 junge Menschen aus ganz Österreich zusammenkommen, die besten Chöre aus allen Bundesländern. Sie werden froh und heiter singen, und das Erlebnis des gemeinsamen Singens ist ein beglückendes Erlebnis für den jungen Menschen, und es sind alle arm, die es nicht erlebt haben. In der Schule kommt es sehr oft zu kurz, weil wir die Schule eben sehr auf Ratio und Intellekt angelegt haben. Zum ganzen Menschen gehört aber seine Emotion, die künstlerische, die kreative, die musische, die musikalische Emotion ist eine ungemein bereichernde Kraft im jungen Menschen. Sie wird angesprochen durch dieses Bundesjugendsingen. Wir werden ein steirisches Landesjugendsingen vorschalten. Wir gehen mit den regionalen Finalbewerben, um das so zu nennen, hinaus in die Bezirke. In voller Absicht. Für den Norden spielt sich das in Leoben ab, für die Oststeiermark in Hartberg, für den Süden in Leibnitz und für den Westen in Bärnbach. Dann wird im Juni das große österreichische Finale hier in Graz über die Bühne gehen. Es wird ein großes Treffen sein, und die Vorbereitungen dafür sind im Landesjugendreferat im vollen Gange.

Ich möchte danken allen meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 13, Landesjugendreferat, der Rechtsabteilung 6, in meinem Büro, die von dieser Gruppe 2 betroffen sind, möchte danken unzähligen Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Lehrern, Jugenderziehern, Erwachsenenbildnern, die in der Steiermark wiederum tätig gewesen sind in diesem Jahr 1988, und wünsche ihnen allen, uns allen, ein gutes Jahr 1989 für unsere steirische Jugend. (Allgemeiner Beifall. – 11.12 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer (11.13 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wohl kaum irgendwo sind die Stimmungsschwankungen größer und sprunghafter als im Sport. Siege werden weit über ihren sportlichen Wert hochgelobt, Sieger wie Übermenschen, ja fast wie Götter behandelt. Wenn sie diese Siege nicht mehr bringen, werden sie ausgepiffen und vergessen. Es ist daher verlockend, hier zu Manipulationen zu greifen. Es ist längst kein Geheimnis, daß Sportler durch Medikamente zur Höchstleistung gebracht werden; obwohl die gesund-

heitliche Gefahr bekannt ist, scheint es nicht möglich zu sein, diese gefährliche Entwicklung einzustellen. Korrekturen von sportlichen Leistungen, die im nachhinein erfolgen, sind sportlich zu begrüßen, ändern an der Tatsache aber nur wenig und rücken den fairen, sportlich disziplinierten Wettkampf immer wieder in ein schlechtes Licht. Besonders die Wettkämpfe von Seoul sind uns hier noch in bester Erinnerung. In diesem Klima der Emotion und Manipulation sollen sich junge Menschen behaupten und den richtigen Weg zum Sport finden. Wir müssen die Stellung des Sportes deshalb in unserer Gesellschaft neu überdenken. Junge Sportler dürfen bei ihrem sportlichen Aufbau und Leistungswillen nicht unter dem Druck der Erfüllung eines Arbeitsvertrages stehen, obwohl ich mich durchaus zum Profisport bekenne, dessen wichtigste Aufgabe ist, durch sportliche Leistungen möglichst viel Geld zu verdienen.

Mit dem neuen steirischen Sportgesetz, so hoffe ich, haben wir einen ersten Schritt in Richtung der Förderung der Amateursportler getan. (Unruhe im Saal – Glockenruf des Präsidenten.) Noch ist die Zeit zu kurz, um die praktischen Auswirkungen dieses Gesetzes genauer zu kennen. Ich möchte jedoch feststellen, daß wir mit unseren spezifischen Ausbildungszentren in der Steiermark, in Schladming und in Eisenerz, einen erfolgreichen Weg eingeschlagen haben. Es ist daher unbedingt notwendig, diese zu erhalten und weiter auszubauen. Wir hoffen nur, daß mit der Mietrechtsänderung nicht eine weitere Gefährdung im Sport eintritt, weil Sportstätten dann nicht mehr dem besonderen Kündigungsschutz im Mietrecht unterliegen werden. Eine Reparatur dieses Gesetzes wäre hier von größter Dringlichkeit.

Meine Damen und Herren, der Mensch, seine Gesundheit und die Freude zur sportlichen Leistung müssen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 11.15 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren!

Wenn Sport auch etwas sehr Lebendiges ist, so bitte ich trotzdem, wenn der Debattenredner am Pult ist, um etwas mehr Ruhe.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer das Wort.

Abg. Dr. Dorfer (11.16 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Bekanntlich ist mit 1. September dieses Jahres das neue Sportgesetz für die Steiermark in Kraft getreten. Es ist, wie ich glaube, ein gutes Sportgesetz geworden, ein Sportgesetz, das der veränderten auch sportlichen Situation, insbesondere der sportorganisatorischen Situation, Rechnung trägt und das – und das ist nicht unwichtig – dank des Verhandlungsgeschickes unseres Sportlandesrates Dipl.-Ing. Hasiba in diesem Hohen Haus einstimmig beschlossen werden konnte.

Die vorrangigen Ziele dieses Gesetzes konnten bereits in Angriff genommen werden, und ich erwähne hier nur als besondere Zielsetzung das Ziel „Sport für jedermann“, das heißt Förderung des Breitensportes für jung und alt genauso wie für gesunde und behinderte Menschen.

Schließlich ist im Aufbau und im wesentlichen schon fertig das Landessportbüro, das für die Betreuung der über 2000 steirischen Sportvereine, aber auch der vorhandenen Dachverbände und der Fachverbände bestens – wie ich hoffe – arbeiten wird. Und was mein besonderes Anliegen in der Zielsetzung dieses neuen steirischen Sportgesetzes ist, ist die Notwendigkeit, daß auch in Zukunft eine gezielte Förderung des Leistungs- und Spitzensportes in der Steiermark sichergestellt ist, das heißt, eine individuelle gezielte Förderung begabter und leistungswilliger Spitzensportler. Sie sind nun einmal das Aushängeschild für die Steiermark schlechthin. Das ist aber auch für die Entwicklung unserer steirischen Wirtschaft von eminenter Bedeutung. Der Werbeeffect von Spitzensportlern für steirische Produkte, für die Steiermark insgesamt, auch für den steirischen Fremdenverkehr, ist von unbezahlbarer und größter Bedeutung. Wir sind uns darüber im klaren, daß dazu Geld und wieder Geld notwendig ist, finanzielle Hilfen für diese Spitzensportler, aber was auch notwendig ist, ist eine noch bessere sportmedizinische Betreuung und erforderlichenfalls auch die Unterstützung dieser Spitzensportler in ihrem beruflichen Fortkommen, das heißt, wenn sie einen Arbeitsplatz suchen. Und es trifft sich glücklich, daß unser Sportlandesrat zugleich auch der Personalreferent in der Steiermärkischen Landesregierung ist, und ich darf dich, lieber Herr Landesrat, bitten, auch in dieser Funktion Spitzensportlern, wenn notwendig und wenn es Spitzensportler sind, bei der Arbeitsplatzsuche an die Hand zu gehen.

Schließlich wird es auch notwendig sein, Leistungszentren des Sports in der Steiermark noch mehr als bisher zu fördern, und alle müssen wir alles daransetzen, daß immer wieder internationale Sportveranstaltungen in die Steiermark kommen, weil sie ein unbezahlbarer Werbefaktor für unser Land sind. Meine abschließende Bitte an Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba ist, daß die Sportförderung auch in Zukunft – und hier bin ich sicher, daß das klappen wird, gerade bei ihm – in Kooperation mit den großen Dachverbänden, aber auch mit den Fachverbänden des steirischen Sports erfolgt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.20 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Erhart hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart (11.21 Uhr): Werter Herr ..., Frau Präsident – da steht „Herr“ auf meinem Zettel, Entschuldigung Frau Präsident! (Abg. Weilharter: „Lasse dich nicht aus der Ruhe bringen!“) Sie gestatten, Herr Kollge, daß ich mir die Anrede aufschreibe zum Einstieg.

Unsere Frau Präsident, glaube ich, hat überhaupt keine Gefahr, daß wir sie mit „Herr“ anreden, da gibt es überhaupt kein Problem. Es steht sogar in meiner Rede „Herr“ in Klammer und „Frau“ in Klammer.

Sehr verehrte Damen und Herren, es freut mich ganz besonders, daß ich jetzt kurz vor dem Mittagessen noch ein bißchen zu Ihrer Erheiterung beitragen konnte. Das habe ich sehr gerne getan, und genauso gerne habe ich mich zu diesem Kapitel „Sport“ deswegen gemeldet, nicht, weil ich selber so ein Sportbegeisterter bin (Abg. Mag. Rader: „Du schaust schon so sportlich aus!“),

sondern weil ich glaube, daß auch einmal der Motorsport – und als Anrainer zum Österreichring fühle ich mich dazu berufen – angeschnitten werden soll.

Vorweg einmal die Feststellung, daß ich der Meinung bin, daß der Motorsport auf Grund der Entwicklung der Technik sicherlich auch ein berechtigter Sport ist, wenn es auch gewisse, so wie in jeder anderen Sportart auch, Auswüchse gegeben hat, das ein Sport ist, der zumindest ein technisches Können, Präzision, Disziplin und auch Mut – das muß man dazusagen – sicherlich voraussetzt und auch die Frage der Gefährlichkeit relativ zu sehen ist. Denn, meine Damen und Herren, es gibt auch viele andere gefährliche Sportarten, ich denke an das Bergsteigen, und ich glaube, daß es niemandem einfallen würde, das Bergsteigen zu verbieten, nur weil es bedauerlicherweise auch tödliche Bergunfälle gegeben hat. Ich denke an tödliche Schwimm- und Badeunfälle, ich denke zum Beispiel an Folgeschäden beim Boxsport und so weiter. Ich glaube, man kann es nicht so sehen, daß wir sagen, diesen Sport lehnen wir ab, den verbieten wir, sondern es muß Aufgabe sein, für mehr Sicherheit zu sorgen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Was den Rennsport betrifft, ist gerade beim Ö-Ring – der Kollege Grillitsch nickt zustimmend – viel geschehen in punkto Sicherheit. Wir selbst haben hier große Ausgaben beschlossen, um die Sicherheit am Österreichring zu heben. Aber wenn es schon am Österreichring zur Zeit keinen Formel-I-Rennfahrer gibt, der im Kreis fährt, so ist es doch gelungen, daß wir, die uns um die Region und die Zukunft des Österreichringes Sorgen machen, im Kreis laufen. 1987 wurde der Grand Prix nicht auf den Kalender gesetzt, da die Strecke angeblich den Bestimmungen der FISA nicht entsprochen hat und darauf auch Herr Ecclestone gesagt hat, daß er aus diesem Grund den Grand Prix in Österreich nicht fahren kann. Bekanntlich hat daraufhin das Land der Gesellschaft einen Betrag von 32 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, um die Rennstrecke entsprechend zu adaptieren.

Die Arbeiten wurden rechtzeitig fertig, und im Herbst dieses Jahres wurde die Strecke von der FISA abgenommen. Das Ergebnis war positiv, und der Optimismus kannte keine Grenzen. Dies, bis der neue Grand-Prix-Kalender für 1989 bekanntgegeben wurde. Der Österreichring schien wieder nicht auf. Laut den Auskünften der FISA und des Herrn Ecclestone war bedauerlicherweise kein Termin mehr frei. Man sagte aber, daß der Österreichring als erster Ersatztermin festgelegt wurde, und sollte eine Veranstaltung aus dem Kalender gestrichen werden, würde der Österreichring automatisch als Veranstalter berücksichtigt werden. Gutgläubige gaben sich auch damit zufrieden und hofften auf den Ausfall eines anderen Veranstalters. Dieser Fall ist nunmehr eingetreten; Detroit scheint nicht mehr im Kalender auf.

Nunmehr hat sich auch Bundesminister Streicher der Sache angenommen und über Vermittlung von Herrn Lauda Gespräche mit Herrn Ecclestone vereinbart. Der in der Presse groß angekündigte Termin wurde von Herrn Ecclestone nicht wahrgenommen. Aus dem Hintergrund ist bereits zu vernehmen, daß Herr Ecclestone nicht daran interessiert ist, den Grand Prix in Österreich zu fahren, wenn es ihm möglich wäre, den Ersatz für Detroit in den USA zu finden. Diesbezügliche

Angebote an die FOCA liegen angeblich vor, es ist daher wiederum höchst unwahrscheinlich, daß es 1989 einen Österreich-Grand-Prix geben wird. Es ist offensichtlich so, daß jemand, der gute Referenzen hinsichtlich seines Bekanntenkreises mitbringen kann, noch lange nicht deswegen als seriöser Vertragspartner dasteht. Ob Herr Ecclestone seit dem Vorjahr generelle politische Probleme mit Österreich hat, die sich seit einigen Jahren allgemein immer wieder manifestiert haben, oder ob es ihm nur darum geht, wiederum mehr Geld für sie zu lukrieren, kann nicht beurteilt werden. Jedenfalls war die sogenannte Rettung des Grand Prix lediglich eine, die über einen Wahltermin hinausgegangen ist, und der Vertrag, der mit Herrn Ecclestone geschlossen wurde, ist offensichtlich nicht durchzusetzen. Dieser Vertrag wurde ja im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes von einer Rechtsanwältin erstellt, die mittlerweile im Grazer Gemeinderat sitzt. Ich habe noch nichts gehört, daß man Herrn Ecclestone auf dem Rechtsweg zur Abhaltung des Grand Prix angehalten hat. (Abg. Grillitsch: „Siebenmal waren sie dort, du nur einmal!“) Du hast mich deswegen nur einmal dort gesehen, weil du nur einmal dort warst. Es ist nicht entscheidend, wer dort alles sitzt. Es geht um die 150.000, die dorthin kommen. Ob wir beide dort dabei sind, Freund Grillitsch, ist nicht entscheidend. Aber zu deiner Beruhigung: ich war sehr oft dort, sogar als dieser Unfall passierte – da warst du nicht da –, der Grund war für die Verbreiterung. Nachdem ich annehme, daß dieser Österreichring nicht nur dazu geschaffen wurde, damit ein paar Formel-I-Fahrer sich das Vergnügen des Im-Kreis-Fahrens geben, sondern um eine Investition mit regionalwirtschaftlichem Hauptzweck zu tätigen, scheint es mir notwendig, Wege zu suchen, die unabhängig von der Abhaltung des Grand Prix den regionalwirtschaftlichen Aspekt des Österreichrings wahren. Ich glaube daher, daß man ehestens sämtliche Möglichkeiten der Nutzung dieses Ringes diskutieren und zu einem mittelfristigen Konzept kommen sollte, das den Österreichring als Infrastruktureinrichtung für die gesamte Region nutzt und aus dem eine Umwegrentabilität zugunsten der Region Aichfeld Murboden hervorkommt. Ein derartiger Weg scheint mir die einzige mögliche seriöse Rettung des Österreichringes zu sein, wobei wir uns durchaus auch von Illusionen dann verabschieden müssen, wenn sich herausstellt, daß eine sinnvolle Nutzung nicht möglich ist. Ich halte aber diesen Weg noch immer für besser, als ein jährliches Theater mit einem unseriösen Partner. Das bisher wichtigste Standbein der Ö-Ring-Veranstaltungen, der Formel-I-Grand-Prix, wurde uns nicht nur derzeit entzogen, sondern scheint auch für die Zukunft ein wackeliges Standbein zu bleiben. Ohne diesen Grand Prix aber stehen die derzeitigen Aktivitäten auf dem Ö-Ring in keinem Verhältnis zu den bisherigen Gesamtinvestitionen in Höhe von Hunderten Millionen öffentlicher Mittel. Überlegungen für eine intensivere Nutzung sind daher geboten sowohl aus dem wirtschaftlichen Interesse der Region als auch im Sinne einer wirtschaftlichen Nutzung öffentlicher Mittel.

Als Kenner der örtlichen Verhältnisse weiß man, daß auf den vorhandenen Anlagen durchaus die Voraussetzungen und Möglichkeiten gegeben sind, in Ergänzung zu den Motorsportveranstaltungen auch andere alternative Aktivitäten auf dem Ö-Ring zu setzen. Ich

erinnere dabei nur an viele erfolgreiche Radsportveranstaltungen, wie zum Beispiel eine Etappe der Österreichrundfahrt, ich erinnere an viele gelungene Schilanglaufveranstaltungen, und ich möchte erwähnen, daß auch im Zuge der Erziehung zur Verkehrssicherheit Schleuderkurse und dergleichen am Ö-Ring veranstaltet wurden, ebenso wäre er auch als Fremdenverkehrsattraktion sicher noch besser zu verwerten. Solche Aktivitäten würden auch den Sorgen aller Umweltbewegten Rechnung tragen. Wenn es gelänge, die nicht nur für solche Veranstaltungen erforderlichen Sportler- und Besucherunterkünfte beim Ö-Ring zu errichten, wäre das ein großer Gewinn nicht nur für den Ö-Ring, sondern für die ganze Region. Für diese unsere Region wäre alles wichtig, was dazu beitragen würde, den Ö-Ring permanent, also ganzjährig, zu nutzen. (Beifall bei der SPÖ. – 11.32 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky (11.32 Uhr): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (11.33 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermark ist sicherlich ein sehr vielfältiges Land mit verschiedenartigen Strukturen und Landschaften. Genauso schaut es in der sportlichen Landschaft innerhalb der Steiermark aus. Das beweisen Namen und Sportarten, so wie viele Hunderte Sportvereine. Ich darf nur ein paar Beispiele zitieren, nämlich Heli Höflehner im Alpinsport, Thomas Muster im Tennissport, Walter Schachner im Fußball, Christine Strahalm im Schießsport, Siegi Tockner bei der Biathleten oder Judith Draxler im Wassersport. Diese Liste von Namen und Sportarten ließe sich noch beliebig lange fortsetzen. Die Vereinsvielfalt, vom Flugsport über alle Sportarten, die zu Land ausgetragen werden, bis hin zu den Wassersportarten, beweist die Sportvielfalt innerhalb der Steiermark. Täglich und vor allem an Wochenenden, also meist in der Freizeit, werden Zigtausende Veranstaltungen sportlicher Natur durchgeführt und Aktivitäten gesetzt, Tausende Stunden freiwilliger Leistungen und Tausende Stunden von ehrenamtlichen Funktionären in den Vereinen bei den Veranstaltungen.

Hohes Haus, erlauben Sie mir, daß ich hier von dieser Stelle aus namens meiner Fraktion allen Sportlern und allen Aktivisten in den ehrenamtlichen Sportvereinen unseren Dank abstatte.

In jüngster Zeit aber hat eine Sportart die Steiermark, ja, ich meine ganz Österreich, beschäftigt, nämlich die Formel I, der Grand Prix. Neben der Tatsache, daß ein Österreicher, Gerhard Berger, als einziger Aktivsportler in diesem Bereich Österreich in diesem Bewerb vertritt, hat die Steiermark als einziges Bundesland eine dementsprechende Sportstätte, nämlich den Österreichring.

Meine Damen und Herren, wir Steirer sind stolz darauf, daß aber eine derartige Sportstätte Geld kostet, ist – glaube ich – allen in diesem Haus bewußt. Dieses Hohe Haus hat ja im Vorjahr eine Mittelzuführung in der Höhe von rund 32 Millionen Schilling beschlossen, um Maßnahmen am Österreichring zu setzen, Sanierungsmaßnahmen zu treffen, aber vor allem, um einen Grand Prix und vor allem diese hochwertige Veranstal-

tung zu halten. Diese Mittelzuführung wird laut einer Studie von Dozent Rüschi sowie durch den gesamten Österreichring mit seinen über 80 Veranstaltungen innerhalb eines Jahres bestätigt. Dieser Österreichring weist eine hohe Umwegrentabilität auf. Ein Schilling Einsatz am Österreichring bringt neun Schilling Einnahmen. Dies, meine Damen und Herren des Hohen Hauses (Abg. Kammlander: „Das glaubst du aber selber nicht!“), ist dreimal so hoch wie die gelungene und durchaus positive Veranstaltung der alpinen WM in Schladming. Die Voraussetzung aber, daß diese Studie stimmt, ist, daß eine Formel-I-Veranstaltung, nämlich ein Grand Prix, stattfindet.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist vermutlich eine Rechnung ohne Wirt gemacht worden (Abg. Mag. Rader: „Ohne Wirt geht gar nichts!“), da Ihr Freund, Herr Landeshauptmann, Mister Ecclestone, andere Freundschaften – mir verständlicherweise – und andere Sportstätten – mir unverständlicherweise – leider bevorzugt. Ich darf daher Sie, Herr Landeshauptmann, ersuchen, daß Sie nicht wie in der Vergangenheit über die Medien den Steirern Trost aussprechen, um die Bevölkerung im Raum Aichfeld, rund um den Grand Prix, bei Laune zu halten, und nicht, wie es in den Medien von Ihrem Büro angekündigt worden ist, daß Sie laufend Telefonate und Kontakte mit Herrn Ecclestone führen. Eine Zeitung hat das ja sehr treffend formuliert: „Um seinen Freund, den Formel-I-Veranstalter Bernie Ecclestone, bei der Stange und den Österreich-Grand-Prix für Zeltweg halten zu können, wozu ein Beamter in den letzten Jahren alle nur erdenklichen Mittel einsetzte, dazu war sein Atem eindeutig zu kurz.“

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir sollten aber nicht in die Vergangenheit verfallen, was diesen Grand Prix, den Österreichring, betrifft. Eine echte Chance, glaube ich, ist in jüngster Zeit aufgekommen, nämlich, als am 1. Dezember dieses Jahres eine Zeitung mit Schlagzeilen verkündet hat: „Der Kurier des Grand-Prix-Zaren, Mag. Peter Soche vom ÖAMTC, kommt als Ecclestones Bote zu Landeshauptmann Krainer nach Graz.“ In diesem Bericht werden einige Dinge wiedergegeben, die hinlänglich bekannt sind. Wesentlich scheint mir aber, daß auch die Forderungen von seitens des Herrn Ecclestone hier kundgetan werden. Es geht um die Erneuerung der Pachtverträge, Ecclestone meint, man sollte über die Steuerbereiche reden, bis hin zur Exekutive, und am Schluß wird noch angeführt: „Unter anderem müßte man über die Öffnung des Militärflughafens in Zeltweg reden.“

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Diese Meldung bedeutet, daß Herr Ecclestone seine Vorstellungen klar formuliert hat und wir darüber sehr ernstlich reden sollten, um wieder diesen sportlichen Bewerb mit dieser großen wirtschaftlichen Bedeutung auf den Österreichring zu bekommen. Die Forderung, daß der Militärflughafen für eine derartige Veranstaltung geöffnet wird, dürfte wohl die geringste sein. Nur, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß der Herr Landeshauptmann seine unglückliche Drakenpolitik ändert, um mit Minister Lichal (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Was soll diese billige Polemik?!) über diese Entscheidung zu reden, nämlich über die Öffnung des Flughafens, dies muß der Herr Dr. Krainer selbst tun. Damit würden Sie, Herr Landeshauptmann,

einen Beitrag für den Sport für die Steiermark und für ganz Österreich (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Darf ich mich zu Wort melden?“) leisten. (11.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (11.41 Uhr): Ich bin durch eine wichtige Konferenz aufgehalten gewesen und werde um 11.50 Uhr vom Bundeskanzleramt angerufen, ich werde Ihnen aber gerne daher kurz eine Antwort vorher geben.

Der Herr Abgeordnete Erhart, dessen letztes Wort ich in dieser Causa auch gehört habe, hat vermutlich eine Position eingenommen, wie er sie schon das letzte Mal bei seiner Anfrage eingenommen hat – ich nehme an. Wir haben inzwischen ein Gespräch eben mit dem Herrn Minister Streicher gehabt, der auch in dieser Frage angesprochen wurde. Und ich sage Ihnen eines ganz nüchtern, das, was ich das letzte Mal in der Anfragebeantwortung schon ausgeführt habe: Die Rechnung für den Herrn Ecclestone wird stimmen, und dann wird er kommen, oder sie wird nicht stimmen, und dann wird er nicht kommen. Und alles andere ist reine Illusion. Der Vertrag, der mit ihm gemacht wurde, hat in einer Zeit, in der die Rechnung offenkundig gestimmt hat, seinen Sinn gehabt und bis zu dem Zeitpunkt, da er wollte, seinen Sinn gehabt und ab dem Zeitpunkt, da er nicht will, keinen Sinn. Denn er ist so abgefaßt, daß er in jedem Fall – so wie er gehandelt hat – auch rechtlich gedeckt ist. Das ist die Situation, und da soll man nicht primitiv herumpolemisieren, sondern soll schauen, daß die Möglichkeit besteht, zu einer schlußendlich sinnvollen Vereinbarung zu kommen. Ob es dazu kommt, ist eine Sache der Verhandlungen, die laufen und die zum Teil jetzt auch der Verkehrsminister führt. Wenn es dazu kommt, dann können Sie mit Sicherheit annehmen, daß die Bedingungen, die er stellt, andere sein werden als die, die er bisher gestellt hat. Das wollte ich Ihnen gerne sagen. Ich muß, wie gesagt, noch einmal weg, ich komme dann wieder zurück. Wenn der Kollege Mag. Rader in der Sache mich noch interviewen will, kann er das gerne auch tun. Ich komme gleich zurück. (Beifall bei der ÖVP. – 11.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Kollege Mag. Rader, ich werde warten, bis der Herr Landeshauptmann zurück ist.

Abg. Mag. Rader: Es ist eine Entgegnung.

Präsident Dr. Kalnoky: Sie können ein Wort einwenden, aber bitte keine Rede! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Eigentlich bin ich als nächster Redner am Wort!“)

Abg. Mag. Rader (11.44 Uhr): Ich habe nur eine Frage, und ich hoffe, daß der Herr Landeshauptmann das beantworten wird. Das ist keine Frage, was er gesagt hat: Wenn die Rechnung stimmt, wird der Ecclestone kommen. Nur, bitte schön, vielleicht kann er auch die Frage beantworten, wie wir sicher sind, daß wir nicht wieder 30 Millionen Schilling investieren und nächstes Jahr die Rechnung für den Ecclestone wieder nicht stimmt und er wieder nicht kommt. Das ist ja die wirkliche Frage. (11.45 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Danke, die Frage ist damit gestellt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (11.46 Uhr): Wir müssen uns schon ein bißchen an die Geschäftsordnung halten, bitte. Ich war der nächste Redner! (Abg. Rainer: „Das muß genau du sagen! Darauf haben wir gewartet!“) Ich habe heute schon gesagt, daß die Geschäftsordnung gestern vom Herrn Präsidenten selbst mit Füßen getreten wurde. Und jetzt muß ich sagen, ich bin der nächste, und die Geschäftsordnung werden wir einhalten.

Was den Sport betrifft: Ich gebe dem Kollegen Hammer vollkommen recht. Es werden heute die Sieger als Übermenschen in den Medien der Öffentlichkeit sozusagen offeriert, und das ist sicher eine rein mediale, journalistische Seite, die wir auch nicht ändern werden. Der Sieger ist der Sieger, und der Zweite ist nur der Zweite, obwohl er vielleicht solche Leistungen bringt. Daß die Nichtsieger ausgepiffen werden, das ist uns auch bekannt, daß der Sport heute, was man unter Sport versteht, Dimensionen annimmt, die ähnlich sind wie im alten Rom. Gladiatorenkämpfe, wo der Nero den Besiegten den Löwen zum Fraß vorwarf. Heute wird er halt über die Medien als Versager hingestellt. Ist auch nicht viel besser. Es sind schon dieses Brot und Spiele, panem et circenses, etwa gleichgeblieben. Was aber den Weg im Sport, in der Leibeserziehung sein sollte, ist sicher ein Weg, der in den Breitensport gehen sollte. Wir kennen also die Qualifizierung Spitzensport, Leistungssport, Breitensport. Ich persönlich weiß auch, nachdem ich sehr lange mit dem Sport direkt verbunden war und es heute noch immer bin, daß heute die Sportler durch die Medizinverschreiber mit der Pharma wissenschaftlich bis zum körperlichen Ruin getrieben werden. Das geht soweit, daß sich diese Anabolika heute erweisen, daß sie in relativ kurzen Jahren zu Prostata und allen anderen Dingen führen, aber nicht zu einem gesunden Körper, was eigentlich der Sinn der sportlichen Betätigung sein sollte. Ich glaube, wir wissen das relativ konkret, und daher: was kann man politisch tun, um diesen Breitensport zu forcieren, wobei daraus sicher ein Leistungssport entstehen kann? Aber ein Spitzensport, um mit den Weltgladiatoren aus Ost und West zu konkurrieren, das finde ich schlechthin als Wahnsinn. Ich kann mir vorstellen, daß lokal irgendwo Leistungssport betrieben wird, weil eben Sport auch zur Leistung anregt und ein Messen von Leistungen unter gleichen Bedingungen untereinander nichts Schlechtes ist. Das hat es immer gegeben und wird es auch hoffentlich weiter geben. Was aber heute auf den Sport kommt, ist das Großangebot des sogenannten Freizeitsportes. Menschen, die jahrelang, jahrzehntelang nicht gewußt haben, wie man Sport schreibt, kommen jetzt einfach auf die Idee, beziehungsweise auf Grund ihrer Probleme, die sie körperlich haben, Übergewicht, der Arzt sagt, machen Sie ein bißchen Bewegung, gehen Sie an die frische Luft, versuchen Sie, ein bißchen Fitmach-mit zu machen, und diesen Menschen sollten wir helfen und ihnen die Möglichkeit geben, Versäumtes hier nachzuholen und das, was sie als Kinder durch falsche Erziehung, falsche Pädagogik versäumt haben,

das Bewegungsgefühl, die Freude an jeglicher Bewegung, nachträglich offerieren. Daher sind diese Möglichkeiten des Spitzensports von Fitmärschen über gemeinsame Radtouren, wo die Menschen Radwege kennenlernen, wo sie vielleicht einmal privat mit den Kindern fahren, sehr positiv, und das gehört mit allen Regeln der Kunst unterstützt. Daß das dann bei jungen Leuten ein Leistungsstreben ist, ist etwas, was an und für sich klar ist. Der Sport aber soll nicht nur gesunden Menschen die Möglichkeit bieten, sondern auch Behinderten, Menschen, die im Berufsleben voll ihre Frau, ihren Mann stellen. Ich kenne zum Beispiel hier in Graz eine Rechtsanwältin, sie hat seit Jahren ein Büro, ist eine Steuerzahlerin, sie hat vier, fünf Rechtspraktikanten, die wirklich gut ausgebildet werden, ich kenne selbst ein paar davon, diese Frau ist gehbehindert und an den Rollstuhl gebunden. Sie bringt aber eine volle Arbeitsleistung und schwimmt so gerne, weil sie nicht gehen kann. Das ist ihre einzige Möglichkeit. Da ist sie gezwungen, jedesmal nach Baden zu fahren. Bei jeder Witterung. Mit dem Zug fährt sie so schwer, und daher fährt diese Frau oft allein mit dem Auto. Die Frau würde so gerne in Waltersdorf schwimmen und in Waltersdorf – der Herr Landesrat Gruber hat es gesagt, er wird es noch durchsetzen, er hat es nicht durchsetzen können, es ist auch heute noch nicht geschehen – und zwar Seilringe zu installieren, wie in jedem Turnsaal, man macht einen Gurt, daß man dem Menschen ins Wasser helfen kann. Das ist bis heute nicht geschehen. Wir reden hier von Leistungssport, von Spitzensport, vom Österreichring, von den Boliden, jeder wartet, bis einer explodiert, denn dann wird es richtig lustig, aber hier behinderten Menschen zu helfen, ist seit zwei Jahren, das war eine meiner ersten Anfragen im Landtag, nicht gelungen, in Waltersdorf – Kostenpunkt 50.000 Schilling, wir haben das Angebot eingeholt – das zu installieren, damit Behinderte unter gesunden Menschen sein können. Warum sollen sie ausgeschlossen werden von Einrichtungen, die mit viel Steuergeld sogar zweimal gebaut wurden, weil es zum ersten Mal abgebrannt ist? Ich werde in der nächsten Landtagssitzung wieder den Antrag stellen und ersuche den neuen Landesrat Tschernitz, daß er der Sache nachgeht. Es darf nicht sein, daß irgend ein paar Leute bei der Waltersdorfer Geschichte sagen, die Gesunden regen sich auf, wenn da Behinderte schwimmen. Ja, wo kommen wir denn da hin! Die kann doch nichts dafür, daß sie eine Querschnittslähmung hat durch eine Kinderlähmung. Wer kann denn da etwas dafür, das ist ein Schicksalsschlag! Diese Argumentation ist nicht nur dumm, sondern auch falsch, und ich akzeptiere sie nicht. Ich hoffe, daß wir da zu einer Lösung kommen. Was sind 50.000 Schilling für die behinderten Menschen in Graz, wenn es darum geht, diese Strecke um ein bis zwei Fahrstunden zu verkürzen.

Das zum Sport und zu den behinderten Menschen, weil das heute hier angeschnitten wurde. Wenn man heute im Landtag sagt, die ÖVP-Riege sei Schnellschwimmer, und Spitzensportler in der Steiermark machen die beste Fremdenverkehrs- und Gästewerbung, dann würde ich das voll unterstützen. Man müßte nur den Gästen sagen, in was ihr so gut seid, wo seid ihr Schnellschwimmer, im 100 Meter Brust oder im Rückenkräulen. Das müßte man den Leuten auch sagen, wenn sie zu uns in die Steiermark kommen und

von dieser Werbeaktion der Schnellschwimmer in der Steiermark Gebrauch machen. Denn eine Werbung muß man auch verpacken, verkaufen, muß man detaillierter in das eingehen. Die ÖVP-Schnellschwimmer, Spitzensportler in der Steiermark, das ist sozusagen sehr positiv, und da werden sicher sehr viel Gäste davon Gebrauch machen.

Was der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer gesagt hat, das möchte ich voll unterstützen. Es ist einfach im Sport, in der Möglichkeit des Freizeitangebotes auch für die Wirtschaft eine große Möglichkeit, und wir werden durch die Arbeitszeitverkürzung, die notgedrungen kommen wird, weil uns die Maschinen sukzessive, diese Technokratisierung immer weiter entlasten werden, und daher muß man den Menschen auch die Möglichkeit geben, von einem Freizeitsport Gebrauch zu machen. Da ist eine große Möglichkeit für die Wirtschaft und zur Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze.

Was hier zum Minister Streicher gesagt wird und zum Österreichring: Ich behaupte glattweg, daß der Minister Streicher für uns kein Renommee ist. Er ist einer, der in einer gewissen Art überheblich ist und einen Beschluß der Landesregierung in Krisengebieten – das ganze Inntal, wo der Wald stirbt, wo die Luftverseuchung so arg ist, daß dort bäuerliche Existenzen gefährdet sind, wo der Schadstoffausstoß so groß ist –, einen Beschluß der Niederösterreichischen Landesregierung aufgehoben hat, und zwar den Beschluß, in diesen Bereichen die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80/100 Stundenkilometer zu senken. Da sieht man, daß dieser Minister Streicher bestenfalls ein Mann der Öllobby ist. Was Öllobby ist, weiß eh ein jeder: Das sind Leute, die andere Technologien – (Abg. Kohlhammer: „Ist das eine sportliche Disziplin?“) Öllobby ist eine sportliche Disziplin, das heißt, mit dem schmierigen Öl schmierige Geschäfte machen – das ist Öllobby – und Alternativenenergien, wie zum Beispiel Projekte in Hartberg und andere, mit einem niedrigen Ölpreis zur richtigen Zeit wieder umbringen zu wollen. Das ist ein Sport, und darum sind wir beim richtigen Thema. Das ist der Sport mit dem schmierigen Element, diese Schmiermittel und was man alles so nennt. Und da gehört sicher der Streicher dazu und ist ein Spezialist. Daß der Streicher den Österreichring sozusagen politisch auch retten will und da in der Steiermark den zweiten politischen Retter, den Landeshauptmann, noch austricksen und überrunden will, das ist ja für uns Outsider köstlich zu beobachten, und wir wären eigentlich froh, wenn beide da politisch sozusagen auf die „Schnauze“ fallen, wenn man das so vorlaut steirisch nennt.

Für uns ist der Österreichring eher ein Negativbeispiel in einer Zeit, wo man von Geschwindigkeitsbeschränkung spricht, weil ein Auto einfach von 80 bis 130 Stundenkilometer einen doppelten Schadstoffausstoß hat, vor allem an Stickoxiden. Wir wissen, daß Stickoxide mit der Sonne – wir wollen ja alle die Sonne – in sogenannte Photooxydantien übergehen und diese Photooxydantien die Ursache sind, um das Immunsystem des steirischen Waldes und überhaupt der Wälder – wir nennen es Waldkrebs – immer wieder zu untergraben. Vielleicht haben wir als Abgeordnete Immunität, aber der Wald hat leider keine Immunität. Das natürliche Immunsystem des Waldes

muß erhalten werden, weil er kann nicht sagen: „Ich bin sowieso immun.“

Man muß diese Geschichte „Österreichring“ sicher von zwei Seiten sehen. Wenn der Kollege Weilharter da mit Fanfarengeräusch von der Kollegin Kammlander für den Österreichring spricht – na ja, er als obersteirischer Politiker sieht nur die vordergründigen wirtschaftlichen Interessen und sagt: „Aus einem Schilling mache ich neun Schilling.“ Wir sagen aber: Wenn dieser Österreichring einmal auf die Schnauze fällt und man sagt: Jetzt gehen wir einmal zu einer ernsthaften Vorbildwirkung gegen diesen Geschwindigkeitswahnsinn – (Der Herr Abgeordnete Zellnig hält eine Uhr in die Höhe.) Jetzt fängst du auch mit dem Zettel an. Du mußt das grün eintragen, auf Rot reagiere ich nicht. Du mußt das Kastl grün anmalen.

Also, wenn wir jetzt beim Geschwindigkeitswahnsinn sind: In Zeiten wie diesen, wo jeder von Einbremsung, von Selbstauflegung redet, dann ist das eine schlechte Vorbildwirkung, und wir sagen, diese schlechte Vorbildwirkung hat Negativfolgen. Daher sagen wir: Kein Österreichring ist plus 20 Schilling für unsere steirische Wirtschaft. Wobei diese Wirtschaft natürlich Fremdenverkehrswirtschaft ist, Erholungswirtschaft. Wir sehen das halt einfach, wie man manches anders sehen kann – (Abg. Weilharter: „Verkehrt!“) er sagt verkehrt –, von einer anderen Seite. Ob das jetzt verkehrt ist oder nicht, das wird die Zukunft zeigen. Gerade du, wo oben in der Region Aichfeld-Murboden schon Ansichtskarten ausgeteilt werden, wo in Rot, nein in Schwarz – (Abg. Gennaro: „Jetzt ist die Uhr grün!“) für mich schwarz – die Immissionsgrenzen eingetragen sind, wo man genau sieht, wo der Wald praktisch rettungslos geschädigt ist, wo der Verbund, bitte, schon Wälder aufkauft, nur damit er den Schaden an die Bauern nicht bezahlen muß – also das siehst du von einer verkehrten Seite. Er sieht es von der richtigen Seite, und ich sage immer wieder: Die Natur hat eiserne, eherne Gesetze, und auf Dauer macht Fehler sicher nur der Mensch. Und wir zwei werden vielleicht noch in dieser Periode darüber reden, weil in der nächsten Periode, wie der Lopatka gesagt hat und wie der Herr Zankl schreibt, haben wir ja eh keine Chance mehr. Aber ich habe das Glück, ich habe zwei Perioden: die erste und die letzte. Daher möchte ich den Zwischenraum auch optimal nutzen.

Wir sind also bei der Ehrlichkeit, und man sollte einmal den Spitzensport und das ganze, was sich da in Seoul abgespielt hat, auch von der Sicht der Ehrlichkeit betrachten. Im Endeffekt zahlt der Sportler drauf. Daß hier eine Pharmaindustrie dahintersteckt, daß hier Ärzte den Sportlern kleine Pillen geben und die oft gar nicht wissen, was sie da schlucken, das sollte man auch sagen: Und man sollte daher, wenn schon solche Dinge passieren, sagen: Es sind ja im Grunde genommen alle Sportler, die in der Aufbauphase das verwenden. Nur, die einen setzen im richtigen Moment ab, daß es halt gerade bei dem Test nicht nachweisbar ist, wie ja die Ostblockländer dressiert sind – die sind ja perfektioniert, die machen das wahrscheinlich auf die Stunde genau –, und im Westen, die halt mehr an die Privatwirtschaft gebunden sind, sind sie nicht so staatlich gelenkt. Aber hier einen Sportler auf Lebenszeit zu sperren, zeigt, daß die Ehrlichkeit fehlt. Ich kann mir vorstellen, wenn man sagt: „Ein Jahr, damit du deinen

Körper wieder entgiftest“, aber, bitte, nicht auf Lebenszeit, weil jeder weiß, daß ein Spitzensportler vom Adrenalinausstoß derart getrimmt ist, daß das für den ja menschlich eine Katastrophe ist. Man soll überall auch da die Verwarnung einsetzen. Bei uns gibt es ja auch die Glocke, also einmal läuten, zweimal läuten und dreimal läuten, und nicht solche Sportler auf Lebenszeit disqualifizieren und öffentlich und medial kaputt machen. Kurz – ich wollte eigentlich den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer noch ansprechen. (Abg. Kanduth: „Bitte zum Schluß kommen!“) Zielsprint, okay, machen wir einen Zielsprint. Der Herr Landeshauptmann ist nicht da. Frau Präsidentin, wenn der Herr Landeshauptmann da ist, darf ich mich noch einmal melden? Ja, so wie der Rader? Nur eine Anfrage. (Präsident Dr. Kalnoky: „Das kommt darauf an, wie kurz Sie sich halten!“) Gut, dann werde ich mich jetzt kurz halten.

Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer versucht natürlich, für diesen Gladiatorensport sein ganzes persönliches Image einzusetzen. Das ist politisch legitim, wir sagen, daß es der verkehrte Weg ist. Ich bin der Ansicht, daß der Ecclestone genau das macht, was jeder Sklavenhändler macht: Er verkauft seine Sklaven zum besten Preis – das war immer so –, und die Sklaven sind ja die heutigen Gladiatoren; die spielen auch mit Tod und Leben. Sie werden zwar gut bezahlt, aber sie sind alle miteinander die Sklaven eines Herrn Ecclestone, und das ist der Sklaventreiber. Vor so einem Sklaventreiber würde ich in einer freien Demokratie nicht auf den Knien herumrutschen. Danke. (12.01 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (12.02 Uhr): Meine Motoren laufen schon, und ich bin auch schon lange in der Startgrube gestanden. Eine späte Rechtfertigung ist heute vom Herrn Landeshauptmann gekommen. Seine Sätze: „Der Herr Ecclestone macht entweder Geschäfte mit der Steiermark oder nicht.“ Ich komme mir jetzt vor wie das „Orakel von Delphi“, weil ich ähnliche Aussagen schon voriges Jahr getroffen habe. Wenn der Herr Kollege Erhart sagt: „Gutgläubig wie wir waren“, meine ich auch, „gutgläubig“ ist noch das beste, was Sie dazu sagen können.

Ich habe zwei Anfragen eingebracht, eine an die Frau Landesrat Klasnic und eine an den Herrn Landesrat Dr. Klausner, in denen ich Aufklärung über den Österreichring verlangt habe, die lauten: Wie hoch war das Defizit der Österreichring-Ges. m. b. H. in den Geschäftsjahren 1986 und 1987? Es wird genau darauf eingegangen, ich habe eine genaue Aufstellung auch im Zusammenhang mit den Investitionen für die Rennstrecke und für das Pressezentrum bekommen.

Erstens einmal wurden die Erlöse aus dem Verkauf der ÖDK-Aktien dafür verwendet, und es sind jetzt insgesamt 22 Millionen Schilling für Arbeiten an der Rennstrecke und 10 Millionen Schilling für das Fahrerlager und das Pressezentrum samt Gastronomie. Dazu muß ich sagen, daß der Österreichring zum Teil ein gemeinnütziger Verein ist, der die sportlichen Aktivitäten betreibt, und für den anderen Bereich gibt es inzwischen eine gewerberechtliche Bewilligung,

wobei ich in Frage stellen möchte, was dort „Gemeinnütziges“ passiert.

Zum Defizit die Antwort: „Hier kann ich Ihnen mitteilen, daß der Jahresverlust im Jahre 1986 1,73 Millionen Schilling und im Jahre 1987 rund 1,2 Millionen Schilling betragen hat.“ (Abg. Weilharter: „Falsche Rechnung – Umwegsrentabilität!“) Die Umwegsrentabilität, Herr Kollege Weilharter, auf die komme ich noch gerne zurück. Über die Höhe des Defizits in den Jahren 1988 und 1989 kann der Herr Landesrat zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen machen. Das Land deckt demnach am Österreichring die Kosten sämtlicher Investitionen und den jeweils zwischen einer Million und 2 Millionen Schilling liegenden laufenden Abgang. Ich habe auch gefragt, ob so etwas wie eine negative Umwegsrentabilitätsstudie gemacht worden ist, weil eben der Grand Prix ausgefallen ist. Da habe ich die Antwort bekommen: Nein! Weiters wörtlich Landesrat Dr. Klauser: „Hinsichtlich möglicher Alternativen zur Dauersubventionierung des Österreichrings darf ich Ihnen mitteilen, daß seitens der Steiermärkischen Landesholding die Möglichkeit eines Abbruches wirtschaftlich untersucht wurde und sich die Kosten eines Abbruches nach den Aussagen der Steiermärkischen Landesholding als exorbitant hoch herausgestellt haben.“ (Abg. Erhart: „Deswegen muß man etwas anders machen!“) Dieser Abbruch ist ja eigentlich von niemandem verlangt worden, auch nicht von mir, auch wenn es irgendwann einmal falsch in einer Zeitung gestanden ist. Ich meine, daß dort, wo sich der Österreichring befindet, ein qualitativ sehr hochstehendes Siedlungsgebiet ist. (Abg. Erhart: „Der Ring war aber zuerst, und dann haben alle hingebaut!“) Ja, der Ring war zuerst, und darum haben sich Leute angesiedelt. Jetzt ist der Ring nicht in der Form ausgelastet, jetzt könnte man aus dem Ring sehr wohl ein Siedlungsgebiet machen, sehr wohl auch die Boxenstraße als Restaurant einbeziehen oder Einkaufszentrum oder was auch immer. Es spricht nichts dagegen, diesen Österreichring so wie er ist zu belassen, nur daß halt keine Autos mehr darauf fahren. Es ist ein wunderbares aufgeschlossenes Siedlungsgebiet. Ich weiß, daß natürlich daraus keine Geschäfte zu machen sind in der Form, wie es unter dem Grand Prix möglich war. Das ist mir klar. (Abg. Weilharter: „Was ist Schlechtes an einem Geschäft?“) Aber dazu kommt, daß die Grundstücke ja den Bauern gehören und nur von der Landesholding gepachtet wurden und daß dort langlaufende Pachtverträge bestehen und daß das Problem in erster Linie vom Land gesehen wird: Wie kommen wir aus den Pachtverträgen wieder heraus. Die zweite Angriffslinie: der Herr Minister Streicher sollte sich in erster Linie um den öffentlichen Verkehr auch in der Steiermark kümmern, das heißt, die Bahn soll sein Anliegen sein, und der Österreichring nur eines unter vielen. Daß es da sofort telefonische Kontakte gibt, wenn es um den Österreichring geht, zeigt mir auch wieder einmal, wie unwichtig auf der einen Seite die Eisenbahn ist. (Abg. Gennaro: „Es ist schon beides wichtig!“) Das ist Demagogie. Der Landeshauptmann und der Verkehrsminister setzen sich in erster Linie für den Straßenbau ein und für all das, was mit der Straße zusammenhängt, und erst in letzter Linie für die Schoberpaßstrecke und alles andere. (Abg. Kanduth: „Ich kann nicht ableiten, wenn ich mich für eine Sache einsetze, gegen die andere zu

sein!“ – Abg. Erhart: „Von einem Konzept ‚Die neue Bahn‘ haben Sie noch nichts gehört!“) Ich habe schon sehr viel über die „neue Bahn“ gehört. Sie werden dann zur Bahn meine Wortmeldung zur Gruppe 6 hören. Es ist eine mittlere Katastrophe, was sich da in der Steiermark anbahnt. Zum letzten: Das Werfen von Ölsackerln, hat der Herr Landeshauptmann zwar letztes Mal auch eingewendet, ist ein Grund, warum der Herr Ecclestone nicht kommt. Ich glaube, dem Herrn Ecclestone ist es vollkommen egal, wie auch dem Herrn Landeshauptmann solche Drohungen egal gewesen wären, wenn er nur weiterhin da gestartet wäre. Es ist weder von mir jemals in diese Richtung etwas vorgeschlagen worden, noch hat es jemand echt geplant. Das einzige, was ich gemacht habe, war damals beim Österreichring, beim Start vor dem Grand Prix, daß ich mit dem Bezirkshauptmann gesprochen und gemeint habe, daß die Anrainer und alle, die dort wohnen, auch Nachbarschaftsrechte haben. (Abg. Grilitsch: „Dann müßt ihr vorher die Rennbahn sperren!“) Wir haben gar nichts gesperrt! Wir waren fünf Personen oben, haben dem Bezirkshauptmann unsere Gründe dargelegt, daß wir meinen, daß der Österreichring kein Verein ist, sondern auch eine betriebliche Bewilligung braucht, wie jeder andere Betrieb auch, und damit bestimmte Zeiten einhalten muß, denn da geht es um den Lärm. Die fahren in der Nacht und testen ihre Autos in der Nacht rundherum im Siedlungsgebiet, weil sie auf der Rennstrecke nicht fahren können, weil sie Angst haben, daß Öl auf die Strecke kommt. So schaut es wirklich aus. Wir haben überhaupt keine einzige Aktion gemacht, die in irgendeiner Weise den Herrn Ecclestone abhalten könnte, da zu starten. Danke. (12.08 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (12.09 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Über den Sport ist in diesem Jahr ausführlicher als in anderen Jahren gesprochen worden. Erstens im Zusammenhang mit der von Ihnen vorgenommenen Beschlußfassung über das neue Sportgesetz, und zweitens in Verbindung mit der Bewerbung für eine nordische WM in unserem Bundesland im Jahre 1995 oder 1997. Ich kann mich daher darauf beschränken, Ihnen zu sagen, wie der rechtliche Vollzug des Sportgesetzes, der vom Zeitplan her einen vorgeschriebenen Ablauf hat, aussehen wird. Es wird sich im Jänner der neue Landessportrat konstituieren. Seine Hauptaufgabe ist es, neben den im Gesetz vorgesehenen Aufgaben vor allem als Impulsgeber für den steirischen Sport zu wirken. Es wird das Landessportbüro beim Amt der Landesregierung demnächst in seiner neuen Zusammensetzung auch fertig und funktionsfähig sein. Der Bogen der Aufgaben spannt sich von der Betreuung der über 2000 steirischen Sportvereine, über die Betreuung der Gemeinden, der Fach- und Dachverbände und schließlich auch die Betreuung von Einzelpersonen im Sport, hier vor allem in den Bereichen des Hochleistungssports. Wichtig ist es in dem Zusammenhang auch, daß derjenige, der sich um eine Förderung beim Land bewirbt, weiß, an wen beziehungsweise wohin er sich wenden kann und daß er nicht von einer

Stelle zur anderen geschickt wird. Ich habe daher vorgesorgt, daß auch künftig die Administration der Förderungen beim Landessportbüro sein wird. Es wird in etwa im ersten Vierteljahr des nächsten Jahres eine komplette administrative Einheit gegeben sein.

Vor kurzem war es möglich, ein steirisches Spitzensportförderungsmodell der Öffentlichkeit vorzustellen. Es ist das ein Versuch, aussichtsreichen Spitzensportarten und vor allem auch einzelnen Personen oder Mannschaften in unserem Land eine gezielte Hilfe zu geben. Eine Beurteilungskommission wird dafür eingerichtet. Das Institut für Sportwissenschaften gehört dieser Kommission an. Auch die Wissenschaft gehört gefragt, da gerade im universitären Bereich große Erfahrungen gesammelt werden und viele Sportwissenschaftler ausgebildet werden. Weiters wird das Land, und wenn es sich um einen Sportler oder um einen Förderungswunsch handelt, der in der Stadt Graz beheimatet ist, auch die Stadt Graz einen Vertreter in die Beurteilungskommission entsenden. Weiters gehören der Kommission an: ein Vertreter der Sportmedizin sowie ein Vertreter jenes Fachverbandes, dem der Antragsteller angehört. Es sind bis jetzt 18 solche Ansuchen eingelangt. Das ist relativ viel in der kurzen Zeit. Es wird gar nicht so einfach sein, gerecht zu prüfen, wem tatsächlich eine Förderung zu gewähren sein wird. Denn so sehr wir alle vom Freizeitsport und vom Breitensport angetan sind und sagen, daß der Sport den Menschen Freude machen soll und daß der Seniorensport so sehr zunimmt, so sehr sind wir alle trotzdem, wenn wir ehrlich sind, glücklich, wenn die Österreicher Medaillen machen. Spitzensportler müssen jahrelang schwerstens für den Erfolg arbeiten und sich ebenso quälen, wie etwa ein Schwimmer, der sich acht Stunden am Tag beim Training im Wasser befinden muß.

Ich möchte daher abschließend sagen, daß der Sport eine jener Materien in unserer Zeit ist, die zwar sehr, sehr viele Menschen bewegen, aber die ungeheuer unterschiedlich beurteilt werden. Ich habe das schon am Beispiel des Freizeitsportlers und des Hochleistungssportlers und der Medaillensüchtigen versucht aufzuzeigen. Es gibt aber da noch verschiedene andere Aspekte, wie zum Beispiel, daß man sich früher über die Profisportler entweder abschätzig oder auch neidisch, aber jedenfalls nicht immer positiv geäußert hat. Heute nehmen schon große Gruppen von Profisportlern an Olympischen Spielen teil. Das ist eben ihr Job, das ist ihr Beruf. Die heutige Leistungsdichte und das erforderliche Trainingspensum führen dazu, daß manche Sportarten überhaupt nicht mehr neben einem Beruf betrieben werden können.

Es kommt auch noch dazu, daß die Sportmedizin bei uns noch nicht den Stellenwert hat, der ihr eigentlich gebührt, denn vom Orthopäden über den Internisten bis zum Psychologen werden alle einmal von den Hochleistungssportlern gebraucht. Und wenn man dann hört, daß ein Mediziner das Doping kontrolliert, und wenn man dann liest, daß etwa, wie im Fall der deutschen Hochleistungssportlerin Birgit Pressl, die da im Vorjahr verstorben ist, daß ein Berufskollege einen anderen Mediziner schwerstens attackiert, weil dieser angeblich Dopingmittel verschreibt, damit überhaupt Hochleistungen erbracht werden können, dann weiß

man, wieviel in diesem großen Bereich Sport in unserer Zeit in Bewegung ist, und auch, wieviel Unsicherheiten es gibt.

Wir haben ja auch wahnsinnig viele Beobachtungssportler – wie ich sie nenne –, die selber überhaupt keinen Sport betreiben, aber durchaus theoretische Experten für vieles sind. Wenn man sagt, der Sport ist gesund, dann kann man genauso sagen, er ist oft auch sehr gefährlich, wenn nämlich zum Beispiel der falsche Mensch mit der falschen Konstitution und den falschen Anlagen die falsche Sportart betreibt.

Daher ist es, glaube ich, wenn ich jetzt zu unserem Landesbudget für den Sport zurückkehre, einfach notwendig gewesen, auch dieses Gesetz als einen Ordnungsfaktor, der die möglichen Förderungen in die richtigen Bahnen lenkt, was ohnedies immer wieder auch mit viel Arbeit und Gewissenserforschung verbunden ist, zu sehen. Daher möchte ich am Schluß sagen, daß auch finanziell sehr viel geschehen ist. Daß viel zu wenig Geld für den Sport vorhanden ist, kann man sehr leicht behaupten. Das im Budget ausgewiesene Sportbudget kommt dem steirischen Sport zugute, aber auch andere Mittel, die zum Beispiel Herr Landeshauptmann Dr. Krainer als auch sein Stellvertreter Hans Gross dem Sport in großzügigster Weise über die Gemeinden, über Schulen, Turnsäle, Mehrzwecksäle, Schwimmbäder und ähnliches zur Verfügung stellen. Ich habe mir die Mühe gemacht zu erheben, welche Mittel in den Jahren von 1980 bis 1987, einschließlich der Sonderförderungen, die Sportbudgets der jeweiligen Jahre, Bedarfszuweisungsmittel von Landeshauptmann Dr. Krainer und Landeshauptmannstellvertreter Gross sowie auch Mittel für die Schihauptschule Schladming und ähnliches, dem Sport zur Verfügung gestellt wurden. Es ist dies ein Betrag von über einer Milliarde Schilling, der in diesem Zeitraum in den steirischen Sport investiert wurde. Ich glaube, man muß diese Förderungen einmal erwähnen. Vergleiche mit den anderen Bundesländern ergeben oft kein richtiges Bild. Ich möchte mich dafür bei beiden Herren auch sehr herzlich bedanken und bei Ihnen nochmals für die einstimmige Beschlußfassung des Gesetzes. (Allgemeiner Beifall. – 12.19 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 2 vor. Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Abg. Göber: Ich stelle den Antrag, über diese Gruppe 2 abzustimmen.

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 2 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Ich komme zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gerhard Hirschmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Hirschmann (12.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 3 umfaßt das Kapitel „Kunst, Kultur und Kultus“, wurde ausführlich im Finanz-Ausschuß bera-

ten und beschlossen. Der Voranschlag umfaßt Einnahmen in der Höhe von 20,604.000 Schilling, und die Ausgaben umfassen 452,910.000 Schilling.

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (12.22 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wir haben im heurigen „steirischen herbst“ die Diskussionen um die Klangskulptur von Bill Fontana und um das Mahnmal am Eisernen Tor erlebt, leider auch die fehlende Bereitschaft der politisch Verantwortlichen, sich mit dem Unmut auseinanderzusetzen. Picasso sagte: „Kunst ist immer auch eine Art Aufruhr“, also muß Kunst auch eine Provokation sein. Hilmar Hoffmann aus der Bundesrepublik schreibt in seinem Buch „Kultur für morgen“: „Der Diskurs kann nur dann als öffentlich demokratischer bezeichnet werden, wenn alle dazugehören können, und nur so ist langfristig dem häufig beklagten Mangel an geistiger Neugier entgegenzuwirken.“ Ich meine, daß mit der passiven Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses fast ausschließlich durch das Fernsehen sehr viele Menschen verlernt haben, sich aktiv am Kulturleben zu beteiligen. Das Interesse dieser Menschen kann zwar durch die Medienpräsenz einiger weniger Kulturschaffender – ich denke da an Peymann, Thomas Bernhard, Hrdlicka – geweckt werden, schafft aber, so wie wir das in den letzten Monaten erlebt haben, neue Vorurteile. Plötzlich wird die Verschwendung von Steuergeldern beklagt, und die Rufe nach Verbot und Vernichtung lassen nichts Gutes ahnen. Hier wird es an den Kulturverantwortlichen auch hier in der Steiermark liegen, wie sie diesen Prozeß gestalten. Gelingt es ihnen, das kulturelle Interesse auch im Alltag zu wecken, die kurzfristige Unruhestiftung, die jetzt im „steirischen herbst“ passiert ist, weiterzuführen in eine ganzjährige kreative Vielfalt, dann wäre diese Art Kulturarbeit nicht umsonst gewesen. Ich glaube, wenn man einmal jährlich ein paar Wochen hier Avantgarde spielt, dann ist das zu wenig. Der Rest, was in der Steiermark passiert, wie wir auch im Budget sehen können, ist vielfach nur Reproduktion. „Styriarte“ in Ehren, 6 Millionen Schilling stehen im Budgetvoranschlag; 96.000 Schilling werden nur für Privattheater veranschlagt und bloß 22.000 Schilling jährlich für die Förderung der Kunstpflege in den Gemeinden. Ich weiß, daß vieles auch in den Musikschulen stattfindet, aber trotzdem glaube ich, daß darüber hinaus sehr wenig passiert. Das heißt, der Großteil der 453 Millionen Schilling im Kulturbudget wird für museale traditionelle Kulturangebote verwendet. Man darf sich dann nicht wundern, wenn daneben spontane und abstrakte Kreativität stagniert oder wirklich verkümmert. Wenn „Kultur nicht nur Überbau, sondern Basis menschlicher Tätigkeit sein soll“ – das ist auch ein Zitat –, brauchen wir mehr als elitäre und arrogante Kulturfunktionäre. Ich möchte Ihnen ein eigenes Beispiel erzählen. Vor Jahren, als ich mich noch in meiner Freizeit mit Erwachsenenbildung beschäftigt habe, bekam ich eine Einladung vom Intendanten des „steirischen herbstes“, zur Regionalisierung der Kulturarbeit eine Idee aus Bruck an der Mur vorzustellen. Hier in diesem Rittersaal sind wir dann alle aus der Steiermark

gekommen, und jede Gruppe für sich hat ihr Modell oder ihr Projekt präsentiert. Es hat sich damals auch um eine Art Klangskulptur gehandelt mit elektronischer Ton-ausstrahlung und auch sehr viel Beteiligung von Menschen aus der Stadt Bruck. Die Reaktion war erschütternd negativ. Für den Herrn Vujica hat es damals geheißen, das klingt sehr nach „Linz“. Ich habe im ersten Moment „links“ verstanden und habe nicht gewußt, was er jetzt meint. Er hat gemeint die Linzer „Ars Elektronica“. Er hat gemeint, so etwas Elektronisches gibt es schon in Linz, so etwas brauchen wir nicht in Bruck, und noch dazu von vier Brucker Kreativen. Das ist für ihn eigentlich in die Richtung provienzieller Kunst. Für Herrn Vujica ist alles, was aus Amerika oder ich weiß nicht woher kommt, wahrscheinlich viel wichtiger, aber vor allem teurer. Unser Projekt hat nämlich nur 15.000 Schilling gekostet und hätte sich an einem Freitagnachmittag abgespielt und wäre dann an einem Abend über ganz Bruck ausgestrahlt worden. Auf jeden Fall hat mich das heuer sehr erinnert, wie ich Bill Fontanas Töne gehört habe. Es waren zwar wohlklingende Töne, unsere wären eher elektronisch und nicht so angenehm gewesen, aber immerhin hätte sich eine halbe Stadt daran beteiligt. Ich meine eben, daß auch in den Regionen keine bequeme und angepaßte Kunst gepflegt werden sollte, vor allem nicht nur in Richtung Musik, sondern auch in Richtung Darstellung und Malanimation. Ich möchte sie auch nicht allein von oben verordnet bekommen durch den „steirischen herbst“, der sich fast ausschließlich in Graz abspielt, mit den paar Ausnahmen im Mürztal oben und, glaube ich, in Deutschlandsberg. Ob in den Schulen und Initiativen, in Vereinen und Galerien wirklich die Freiheit der Kunst erlebt oder gezeigt wird, hängt auch von der Offenheit und der Toleranz der Kulturpolitiker ab. Ich glaube, daß genau in diesem Bereich etwas fehlt, auch manchmal in den Schulen bei den Kunsterziehern. Ich habe auch schon erlebt, daß sie genau bewerten, was für sie schön und gut ist, wenn Kinder malen, sehr kleine Kinder schon, und ich glaube, daß dort schon der erste Knacks passiert. Danke. (Beifall bei der VGÖ/AL. – 12.27 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl (12.28 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Landesvoranschlag 1989 sieht eine Erhöhung der Ausgaben für die Gruppe Kunst, Kultur und Kultus von 415 Millionen Schilling auf 453 Millionen Schilling vor. Dies entspricht einer Erhöhung um mehr als 9 Prozent und zeigt den hohen Stellenwert der Kultur im Gesamtbudget. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, bin ich nicht nur am kulturellen Geschehen interessiert, sondern auch an einer wirtschaftlichen Führung unserer Kulturbetriebe. Dies setzt einerseits voraus, daß die öffentliche Hand die erforderlichen budgetären Mittel zur Verfügung stellt, andererseits darf man aber auch erwarten, daß die kulturellen Institutionen das zur Verfügung gestellte Geld sparsam einsetzen. Dies ist leider oft nicht der Fall.

Vor wenigen Wochen hat der Theater-Ausschuß für die Vereinigten Bühnen alle notwendigen finanziellen Maßnahmen getroffen, die einen geordneten Spiel-

betrieb in der Zukunft sicherstellen. Das Land Steiermark und die Stadt Graz haben sich dankenswerterweise verpflichtet, die gesamten Betriebsabgänge bis Ende der Spielzeit 1989/90 abzudecken, so daß die neue Theaterleitung unter Intendant Dr. Brunner die Vereinigten Bühnen schuldenfrei übernehmen wird. Ich bin optimistisch, daß es ab Herbst 1990 auch eine kaufmännisch verantwortungsbewußte Führung unserer Theater geben wird. Mit der Bestellung eines neuen Schauspielers werden die Weichen endgültig für die neue Ära gestellt sein.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich darauf hingewiesen, daß die Organisation des Kartenverkaufs – derzeit eine Schwachstelle – durch eine EDV-Unterstützung für die Vereinigten Bühnen und hoffentlich auch für andere Kulturinstitutionen im Interesse des Publikums verbessert werden muß. Der neue Verwaltungsdirektor wird voraussichtlich im Herbst 1990 ein derartiges System der Öffentlichkeit vorstellen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein grundsätzliches Thema eingehen, das den gesamten Kulturbereich betrifft, nämlich das Marketing. Die Werbung ist derzeit ein Stiefkind des Kulturbereiches. Das richtige Verkaufen von Kultur – im positivsten Sinne gemeint – ist eine zwingende Notwendigkeit. Graz und die Steiermark haben eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen und Initiativen, aber wenig Koordination, kein professionelles Marketing und ein unterdotiertes Werbebudget. Öffentliche Kultur braucht zur Rechtfertigung der Subventionen und finanziellen Aufwendungen das Interesse der Bevölkerung und damit deren breite Information. Das gilt auch für unser ehrwürdiges Landesmuseum Joanneum, mit über 75 Millionen Schilling die zweitgrößte Budgetpost der Gruppe 3. Trotz ehrlicher Bemühungen ist es dem ältesten öffentlichen Museum und zugleich dem größten und bedeutendsten Landesmuseum in Österreich nicht gelungen, sich in Graz und der Steiermark den Rang zu erobern, der ihm gebührt. In internationalen Fachkreisen hoch angesehen und geschätzt, ist das Joanneum in seiner Bedeutung für unser Forschungs- und Bildungswesen nur einer relativ kleinen Schicht der steirischen Bevölkerung bekannt. Um ein Beispiel herauszugreifen: wer weiß schon, daß die Abteilung Geologie seit 150 Jahren alle Bodenuntersuchungen in der Steiermark registriert, die zirka 130.000 Laufmeter Bohrkerne aufbewahrt und auf Wunsch Interessenten zur Verfügung stellt? Diesen Unterlagen kommt bei der Erkundung und Beurteilung von Mülldeponien in der heutigen Zeit eine besondere Bedeutung zu. Von den 16 Abteilungen des Joanneums hat lediglich das Zeughaus einen geschlossenen Bestand, einen Bestand, der sich nicht verändert. Die Bestände aller anderen Abteilungen vermehren sich laufend weiter, im besonderen trifft das für die naturwissenschaftlichen Abteilungen, die Neue Galerie, die Abteilung für Kunstgewerbe und das Volkskundemuseum zu. Die bestehende extreme Raumnot dieser Abteilungen ist so groß, daß sie bereits heute ihren statutenmäßigen Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nachkommen können. Sie zwingt zu nicht vertretbaren Improvisationen und Provisorien, die vielfach zu einer Gefährdung der Sammlungen durch Umwelteinflüsse, Einbruch, Diebstahl, boshafte Sachbeschädigung und vor allem aber durch Feuer führt.

All das Gesagte trifft im gleichen Ausmaß auch für die Landesbibliothek zu, wobei die Feuergefahr hier in einem noch weit höheren Maß gegeben ist. Es wäre gut, wenn der Landesrechnungshof sich speziell des Problems der Sicherheit und Beständeerhaltung beim Landesmuseum und der Landesbibliothek in naher Zukunft annehmen würde.

Die Raumsituation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr dramatisch; daran kann weder ein Dachausbau in der Raubergasse noch eine bescheidene Erweiterung der Neuen Galerie grundsätzlich etwas ändern. Ein Neubau im Pfauengarten wird dem Ausstellungsbetrieb zugute kommen und der Neuen Galerie die Möglichkeit geben, endlich auch der modernen Kunst eine Bleibe zu geben. Eine nennenswerte Raumentlastung für das Joanneum als Ganzes wird er nicht bringen.

Vor über einem Jahr habe ich von dieser Stelle aus bereits auf die dringende notwendige zukunftsorientierte Raumbeschaffung hingewiesen und den Vorschlag des Direktors des Joanneums aufgegriffen, unter dem Joanneumgarten einen mehrstöckigen Tiefspeicher zu schaffen. Zwischen den Gebäuden Raubergasse und Neutorgasse ideal gelegen, wäre er geeignet für Studiensammlungen, Depots und die Ausdehnungsmöglichkeit für die Landesbibliothek. Das Sicherheitsproblem im Katastrophenfall wäre dadurch auch weitgehend gelöst.

Abschließend wiederhole ich daher meine seinerzeitige Forderung nach einer raschen Generalplanung zur Lösung des Raumproblems des Landesmuseums Joanneum und der Landesbibliothek. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 12.35 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ficzkó. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ficzkó (12.36 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe eine Reihe von Materialien vorbereitet. Ob ich die alle brauchen werde, wird auch von Ihnen abhängen.

Für Kulturpolitik, glaube ich, ist sicher immer wenig Geld da, wie übrigens für alle anderen Politikbereiche auch, und das in der ganzen Welt. Zu erklären, warum das so ist, obwohl Teile der Welt in Geld schwimmen, ist eine eigene Sache. Aber schon auf Grund dieser finanziellen Situation trifft, glaube ich, eine der Begriffsbestimmungen für Politik, nämlich die Kunst des Möglichen, sicher in keinem Bereich so exakt zu wie gerade bei der Kulturpolitik. Wir sind also gezwungen, wenn wir an dieses finanzielle Vermögen herankommen wollen, auch darüber nachzudenken, wie wir unser Durchsetzungsvermögen erhöhen. Wir sind natürlich auch aufgefordert, nicht nur darüber nachzudenken, wie wir an die für die Kulturpolitik notwendigen Beiträge herankommen – eine existentielle Notwendigkeit –, sondern angesichts der momentanen gesellschaftlichen Situation natürlich auch darüber nachzudenken, welche Beiträge Kulturpolitik leisten kann, ja leisten muß.

Ich möchte heute versuchen, einige kulturpolitische Positionen zu verdeutlichen, zu hinterfragen, zum Beispiel auf ihre Funktion auf Grund der momentanen

gesellschaftlichen Realitäten, kulturpolitische Erklärungen auf ihre Übereinstimmung mit kulturpolitischem Handeln zu überprüfen, also auf die mögliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hinzuweisen. Ich sehe also meine Aufgabe heute nicht darin, mögliche Auffassungsunterschiede als eh nicht so groß darzustellen oder gar zu verwischen, ich habe eher die Absicht, im Hinblick auf die für unsere Demokratie so notwendigen öffentlichen Diskurse die Unterschiede zuzuspitzen; dies an Hand von ein oder zwei für die Steiermark kulturpolitisch bedeutsamen Ereignissen.

An den Beginn meiner Ausführungen möchte ich deshalb aber eine Kürzestanalyse – aus meiner Sicht – des gesellschaftlichen Ist-Zustandes stellen. Es ist, glaube ich, Allgemeingut, daß wir in einer Welt der gesellschaftlichen, technologischen Umbrüche leben, wie die einen meinen, oder in einer Welt der Wende, wie andere meinen. Zwischenbemerkung: Ich glaube, daß es leider nicht Allgemeingut ist, daß diese so oft proklamierte Wende eigentlich nur der hilflose Versuch ist, auf die mit den Umbrüchen verbundenen Probleme entsprechend zu reagieren. Vielen ist inzwischen aber klar, daß wir es mit einer völlig neuen Qualität der Probleme zu tun haben. Das ließe sich sehr leicht und sehr deutlich an verschiedenen Bereichen, wie der Umweltprobleme zum Beispiel, zeigen oder an der Diskussion um das Problem der Friedenssicherung, natürlich aber auch an den arbeitsmarktpolitischen Problemen. Gerade die Frage der Arbeitszeit ist, glaube ich, kein rein arbeitsmarktpolitisches Problem, sondern in hohem Maße ein kulturpolitisches. Ich denke oft, daß der politische Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung wahrscheinlich auch deshalb so groß ist, weil erstmals die bisher allgemein gebilligte Trias, nämlich acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Freizeit, verändert werden soll. Erstmals, nicht nur in der jüngeren Geschichte, soll nämlich für die arbeitenden Menschen das Verhältnis zugunsten der frei verfügbaren Zeit verschoben werden. Vielleicht geht da die Angst um, daß dann die arbeitenden Menschen eher auf jene dummen Gedanken kommen, die für sie doch die richtigen sein könnten. Sie könnten draufkommen, daß der Müßiggang nicht aller Laster Anfang ist, sondern im Gegenteil ein Vorstoß zu humaner Selbstbestimmung ist, was Paul Lafargue, einen Schwiegersohn von Karl Marx, einmal zur provokant formulierten Forderung nach dem „Recht auf Faulheit“ veranlaßt hat. Ein Gegenargument ist ja bekannt: Die Leute wissen eh mit ihrer Freizeit nichts anzufangen, statt ein Buch zu lesen – immerhin liest noch jeder dritte in Österreich kein Buch –, gehen sie eh nur pfuschen – gut. Ich meine, daß Kultur nicht dazu degradiert werden darf, bloße Kompensation gegenüber den Bedrängnissen und Mühseligkeiten des Alltags zu sein. Ein Großteil vor allem der sogenannten neuen Medien nützt aber diese neuen Zeiträume konsequent. Sie stoßen mit Programmkonzeptionen vor, die alles andere als humane Selbstbestimmung fördern. Gerade deshalb, meine ich, muß Kulturpolitik einen Beitrag leisten, massiv entgegenzuwirken, einer mit großem Aufwand und fast könnte man meinen systematisch geplanten betriebenen kulturellen Verblödung, politischen Entmündigung, meinestwegen auch Förderung eines gesellschaftlichen Versteinerungsprozesses.

Sie werden verstehen, daß ich an dieser Stelle der Verlockung widerstehe, auch im Hinblick auf die Abmachung bezüglich der Redezeit, alle möglichen Facetten des Kulturbegriffes genau auszuleuchten. Aber welchem Verständnis von Kultur ich mich verpflichtet fühle, möchte ich schon deutlich machen ohne langwierige Definitionsversuche. Ich fühle mich einem Kulturverständnis verpflichtet, das sich bezieht auf die Entwicklung kritischen Bewußtseins, die Förderung emanzipatorischer Prozesse, wenn Sie so wollen, die Entwicklung politischer – nicht nur politischer – Kreativität, die Ausprägung politischer Urteilsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft, die Entwicklung solidarischer Lebensformen, die Entwicklung von Fähigkeiten, aus historischen Erkenntnissen heraus Strategien für die Zukunftsbewältigung zu entwickeln. Ich fühle mich also einer Kulturarbeit verpflichtet, die einen Beitrag zur qualitativen Verbesserung der den Alltag bestimmenden Strukturen leistet, oder, um mit Rudolf Kirchschläger zu sprechen, einer Kulturpolitik, die tendentiell Vermenschlichung bedeutet, die also Partei ergreift. Deswegen gehöre ich auch nicht zu jenen, die Kulturschaffende oder Künstler nur für nützlich halten, wenn sie sich vor einen oft nur wahl-taktischen politischen Karren spannen lassen. Natürlich gehöre ich aber schon gar nicht zu jenen, die Kunst um der Kunst willen betreiben. Ich stimme aber schon überein mit Albert Camus, der meint, daß ein Künstler, der seinen Platz auf der Galeere Gesellschaft eingenommen hat, sich in eine Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber begibt, einer Verpflichtung nämlich, der Gesellschaft auch bei der Meisterung ihrer Krisen zu helfen. Ich meine also, daß Kulturpolitik die Aufgabe hat mitzuwirken, jene Phantasien zu entwickeln, jene geistige und moralische, also kulturelle Vorstellungskraft zu entwickeln, die wir benötigen, um auf die nahezu unvorstellbaren technologischen, gesellschaftlichen Umwälzungen entsprechend vorbereitet zu sein.

Noch einmal, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen: Es kann nicht darum gehen, mit allen alten Traditionen zu brechen – gerade als Sozialist sage ich das sehr bewußt –, weil keine Generation das Recht hat, ihre Maßstäbe als die einzig wirklichen anzulegen. Natürlich auch nicht die Generation vor uns. Die Kulturpolitik in einem demokratischen Gemeinwesen hat daher auch die Pflicht, meine ich, akute Ansätze, neue Ansätze von Kunst und Kultur zu entwickeln, zu fördern, Prioritäten zugunsten einer kulturellen Animation zu setzen. Ich glaube, das hat auch Hanns Koren gemeint, wenn er gesagt hat: Tradition ist für uns kein Ziel, sondern der Ausgangspunkt. Da ist in der Steiermark – muß ich sagen – wirklich Bemerkenswertes passiert, auch wenn ich glaube, daß das Verhältnis zwischen einer fast ausschließlich repräsentativen, restaurativen Hochkultur und einer Volkskultur beziehungsweise Kultur für alle noch immer zu unausgewogen ist – um es vorsichtig zu formulieren –, daß wir vom Zustand, wo sich Volkskultur und Hochkultur vereinigen, Lichtjahre entfernt sind, was mich auch ermutigt, die in manchen Ohren vielleicht ketzerisch klingende Forderung nach einem Abbau des bestehenden Übergewichts konservierender, reproduzierender, musealer Kultur zu erheben. (Abg. Kamm-lander: „Schau, schau, wie sich die Worte gleichen!“) Jetzt gleicht es sich nicht mehr ganz. Es ist klar, daß die „Styriarte“ oder das jüngste Kind, die Sommerakade-

mie, die Forderung nicht gerade ungerechtfertigt werden lassen. Überhaupt, wie ich meine, daß kulturelle Aktivitäten als Füller von Sommerlöchern spätestens dann zu bedenken geben, wenn es dadurch neu aufgerissene, diesmal aber finanzielle Löcher, wie zum Beispiel bei der „Styriarte“, zu stopfen gibt.

Ich möchte aber ein steirisches kulturelles Großereignis als Beispiel herausgreifen und daran demonstrieren, daß dieses Festival prinzipiell in der Lage ist, einen entscheidenden Beitrag zur kulturellen Animation und damit auch zur Kultivierung der politischen Auseinandersetzung zu leisten. Eine Momentaufnahme freilich kann das nur sein, die aber auch die eingangs erwähnte Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei den in erster Linie verantwortlichen Politikern hervortreten läßt, daß nämlich die Sonntagsreden mit den Wochentagshandlungen oft nicht übereinstimmen. So eine Momentaufnahme, Bestandsaufnahme, möchte ich an Hand der Ereignisse rund um den „steirischen herbst“ machen. Zu kritisieren ist nicht in erster Linie das Aufgeführte, wenn auch einiges dabei eher hilflos gewirkt hat bis hin zu peinlich, wenn ich an das Programmheft zu den „Grüßen aus Theresienstadt“ denke, aber vielleicht hängt das mit einer allgemeinen Leitungskrise auch im Rahmen des Schauspielhauses zusammen. Aber ich meine die Haltung einiger Politiker, die offensichtlich Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen haben. Der „steirische herbst“ muß mutig bleiben, hat Herr Landesrat Prof. Jungwirth einmal formuliert. Das hätte ich mir auch in diesen Situationen, auf die ich eingehen werde, gewünscht. Die „Bezugspunkte“, damit bin ich mitten drinnen, waren ein Lehrstück dafür, was unter Kunst im öffentlichen Raum eigentlich zu verstehen ist. Es war einfach phantastisch, meiner Meinung nach, zu beobachten, mit welcher Kraft, die sie aus einer längst verdrängt geglaubten Vergangenheit bezogen hat, zu einer Auseinandersetzung mit gegenwärtigen und wahrscheinlich auch zukünftigen Problemen gezwungen wurde. Der Vorwurf, der auch da und dort aufgenommen ist, daß der bloß ästhetisierende Symbolismus nicht geeignet sei, existenzielle Debatten zu führen, kann die Bedeutung dieser Projekte nicht mindern. Aber als genau das zu passieren begann, was bei solchen Projekten auch passieren soll, nämlich eine öffentliche Auseinandersetzung, da fehlte nicht nur der so nötige politische Punch, sondern überhaupt die in dieser Situation nötigen verantwortlichen Politiker. Schon als Worte fielen wie Verschwörung des Weltjudentums, Argumente, die auch aus einer Auseinandersetzung um ein rundes Jahr davor noch gut in den Ohren klingen, hätte es eigentlich einer klaren Aussage bedurft. Da hätte man die Diskussion nicht auf einer Ebene dahinplätschern lassen dürfen, auf der sich die Äußerungen bewegen zwischen der Frage, ob das überhaupt Kunst sei, und der Feststellung, daß die, die dagegen sind, ohnehin lauter Nazis seien. Spätestens als der locker dahingesagte Wunsch eines Passanten bekanntgeworden ist: „alles warm abtragen“, hätte es einer klaren Parteinahme bedurft. Da stand nämlich nicht mehr die Kunst im öffentlichen Raum zur Debatte, sondern da stand bereits der verwahrloste Zustand der öffentlichen Diskussion am Pranger. Aber sogar, als Grazer Künstler diesen Anschlag gegen die Kunst zu Recht als bedrohlichen Anschlag gegen die Demokratie aufzeigten, war kein einziger der in die-

sem Land in erster Linie kulturpolitisch Verantwortlichen zur Stelle, außer einigen Spitzenpolitikern aus der Fraktion der Sozialistischen Partei. (Abg. Kammlander: „Na, na, so allein wart ihr auch nicht!“) Bitte, Frau Kammlander war dabei, Entschuldigung! Die Worte anderer Mitglieder aus anderen Parteien habe ich in dieser Situation vermißt. Ich bin weit davon entfernt, die Menschen, die sich gegen diese sogenannte Siegestsäule gewehrt haben, in ein faschistisches Eck zu drängen, und ich bin noch weiter davon entfernt, all die Politiker, die sich in dieser Situation nicht gemeldet haben, ebenfalls in dieses Eck zu drängen. Aber sie haben in einem entscheidenden Augenblick vergessen, einen Beitrag zu leisten zur Kultivierung der politischen Auseinandersetzung, einen Beitrag zu der so notwendig verstärkten Demokratisierung der Auseinandersetzung. Sie haben einfach vergessen, ein Zeichen zu setzen, daß ihnen dieses Mahnmal gegen die Pest des 20. Jahrhunderts mindestens gleich wichtig ist, wie das Mahnmal gegen die Pest vor mehreren Jahrhunderten. Da klangen die Worte erst Tage danach, sicher wohlbedacht gesetzt, zum Beispiel wie „von einem befruchtenden Spannungsverhältnis von definiert konservativen, aber auch avantgardistischen und progressiven Strömungen“, wohl eher zynisch. Die Worte, daß es eine Daueraufgabe steirischer Politik sei, die Gegensätzlichkeiten in einem schöpferischen Spannungsverhältnis zu integrieren, wären – so meinte ich, wie sie vom Herrn Landeshauptmann gesprochen wurden – an diesen brandheißen Tagen von Graz einzulösen gewesen, und nicht Wochen danach. Sich ständig als ungemein handlungsfähig präsentierende Politiker haben sich meiner Meinung nach in dieser Situation, in diesem Zeitpunkt als Sprechautomaten entlarven lassen. Angekündigt hatte sich diese kulturpolitische Kapitulation ja schon bei der Klangskulptur von Bill Fontana. Anstatt diese von vielen nicht gerade als angenehm empfundene Konfliktsituation zu nützen und zu zeigen, daß es klare Vorstellungen darüber gibt, wie eine demokratische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zu führen sei, haben Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, jene unterstützt, die das eben erst zart hervorsproßende Pflänzchen einer kulturpolitischen Auseinandersetzung gestutzt haben. Sie haben die Chance vertan, das verbal verbrieftte Recht auf Freiheit der Kunst auch einzufordern. Sie haben das Feld denen überlassen, die auch 50 Jahre danach keine Möglichkeit auslassen, um an die Ideen der ewig Gestrigen anzuknüpfen. Sie sind vor dem gesunden, vielleicht weil mehrheitlichen Volksempfinden zurückgeschreckt. Ich gehöre nicht zu jenen, die überheblich formulieren, daß man im Zweifel auch gegen die Massen Recht behalten muß. Ich respektiere im hohen Maße den Friedensnobelpreisträger Willi Brand, der meint, daß, wer es mit der Demokratie ernst meint, nicht schneller gehen kann, als die Mehrheit es friedlich hinnimmt. Aber Sie sind in dieser Situation nicht nur zu langsam gegangen, Sie haben nicht einmal einen kleinen Schritt in Richtung mehr demokratische Auseinandersetzung gewagt. Sie haben in dieser Situation vergessen, daß das Hauptwort der Kulturpolitik eigentlich „ermöglichen“ heißen könnte. So entstand wohl bei vielen der Eindruck, daß Sie, wenn Sie von Freiheit der Kunst sprechen, einen Freiheitsbegriff im Hinterkopf haben, der vergleichbar ist mit der

Freiheit des Vogels im Käfig zu singen. Das war leider kein Kampf um die Köpfe, sondern bestenfalls ein vordergründiger Kampf um ein paar Stimmen. Das war kein guter Dienst an der politischen Kultur dieses Landes. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist stark elitärer Zynismus!“ – Abg. Purr: „Soviel Zynik ist noch keinem gelungen innerhalb von zwei Stunden!“) Aber, und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, warten Sie ein bißchen, ich komme jetzt zu Ihnen. Aber zu verdeutlichen, daß Sie unter der hohen Kunst des Streitens die für eine Demokratie unerläßliche Kultur der Kontroverse auch wirklich das meinen, was Sie sagen, das haben Sie ja schon bei der Intendantenbestellung versäumt.

Ich nehme an, Sie haben damit gerechnet, daß das jetzt kommen wird. Da haben die verantwortlichen SPÖ-Politiker nicht widerspruchslos, ich meine eine den demokratischen Entscheidungsfindungsprozeß verhöhnende one-man-decision, wie unser alter Bundeskanzler wahrscheinlich formulieren würde, zur Kenntnis genommen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wer ist der alte Bundeskanzler?“), und schon wurden via ORF, Herr Prof. Schilcher – das waren Sie –, die machtpolitischen Zähne gefletscht. Ich darf Sie zitieren: Man werde eben das Präsidium auflösen und die Entscheidung ganz allein dem Kulturreferat des Landes zuordnen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „So wie das Ihr Freund Kreisky gemacht hat?“) Da haben Sie als Politiker, nur weil es in Ihren politischen Kram gepaßt hat, nichts dagegen unternommen, als die öffentlichen Stellungnahmen anderer Politiker als parteipolitisches Hickhack zu denunzieren versucht wurden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „So war es aber auch!“) Sie haben mit Ihrem Entpolitisierungsgerede einem Selbstentmündigungsprozeß der Politiker Vorschub geleistet. Sie sollten doch auch, vielleicht, weil es bei Ihnen auch schon lange her ist, bei Hans Kelsen nachlesen. Sie sind der Versuchung erlegen – und ich zitiere hier einen, den auch Sie gerne in Ihren politischen Schriften zitieren, ob das das „Politikum“ ist oder im „Modell Steiermark“, Christian Graf von Krockow, der meint, daß Sie der Versuchung unterlegen sind – und ich glaube, in dem Fall trifft das auf Sie zu –, sich nicht wirklich als Partei, als Teilgruppe im legitimen Interessensstreit darzustellen, sondern sich mit einem überparteilichen Alleinvertretungsanspruch wie mit einer Keule zu bewaffnen, und ich lasse den letzten Satz von Krockow weg, der nämlich noch dazugefügt hat: „um damit den Gegner niederzuschlagen“ – aber den lasse ich weg.

Daß dieses Lüftchen – vornehm formuliert – politischer Unkultur zwar nicht ganz neu, aber doch beschämend war, damit stimme ich mit Emil Breisach überein, nur, bei einer genaueren Betrachtung der Chronologie der Ereignisse ist leicht erkennbar, daß dieses Lüftchen nicht, so wie Breisach meint, von links weht, außer es legt irgendeiner Ihrer Kollegen der beteiligten ÖVP-Politiker – vielleicht Sie, Herr Professor – Wert darauf, (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es wäre übertrieben, zu warten, daß von links etwas kommt!“) als Linker eingestuft zu sein. Sie haben Ihre eigenen Forderungen – und da zitiere ich wirklich sehr gern aus einem Teil des „Modells Steiermark“ –, in einem Wettstreit der Argumente zu überzeugen oder sich überzeugen zu lassen – diesen zweiten Halbsatz

halte ich für Sie für sehr wichtig –, kraß unterlaufen. Sie müssen verdammt aufpassen, daß Ihre so berühmt gewordene „steirische Breite“ nicht plötzlich zum Synonym für „geistige Enge“ wird. (Abg. Kammlander: „Wie schaut es mit Ihrer Kulturpolitik aus?“) Es besteht ja noch Hoffnung, damit rechnen zu können, Sie haben sich – das habe ich, glaube ich, sehr deutlich herausgearbeitet – im Zuge dieser Ereignisse entlarvt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie wollen Sie den Beschluß, den Sie beeinflußt haben, kulturpolitisch mitzumischen im ‚steirischen herbst‘, wie würden Sie den von Ihrer Warte aus bezeichnen?“) Welchen Beschluß habe ich beeinflußt? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie wissen schon, daß Klauser und Gross im Präsidium sitzen!“) Mit dieser Frage können wir uns gerne auch auseinandersetzen, aber ich habe sehr deutlich formuliert, daß das Einmischen in so eine politische Auseinandersetzung (Abg. Trampusch: „Herr Professor, bei uns ist man noch lernfähig!“) demokratisch notwendig ist. Sie haben das denunziert. Sie haben gesagt – kaum hat sich ein Politiker zu Wort gemeldet, der nicht aus Ihrer Fraktion gekommen ist –: „Die Bösen, die verpolitisieren die Kultur.“ Immer, wenn sich die SPÖ einmischt, ist das eine Verpolitisierung, wenn sich die ÖVP einmischt, dann ist das eine objektive Betrachtungsweise. (Beifall bei der SPÖ.) So ist das ungefähr – oder? Zumindest meine Kollegen stimmen mir zu. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „So oft werden Sie diese Chance nicht haben, Herr Kollege!“) Ich wollte gerade sagen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich könnte dir stundenlang zuhören!“), bei diesen Fragen der Kulturpolitik ist mir natürlich die Zustimmung meiner doch über weite Strecken in diesen Fragen viel, viel fortschrittlicher ausgerichteten Kollegen weit wichtiger als Ihre Meinung; das ist ja keine Frage. Ich kann jetzt nicht auf alle Fragen eingehen. Um ein Uhr soll unterbrochen werden, und ich habe mir vorgenommen, wirklich um Punkt ein Uhr fertig zu sein. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich könnte Ihnen noch länger zuhören!“) Wirklich? Das freut mich!

Ich wollte sagen, damit Sie nicht völlig in totaler Depression in die Mittagspause entlassen werden, daß ja noch Hoffnung besteht. Ich wollte sagen, daß es noch Hoffnung gibt, damit rechnen zu können, daß dieser Rückfall in feudalstrukturähnliche Entscheidungsmuster ein einmaliger Ausrutscher bleibt. Die Hoffnung besteht, daß Sie das Wort von politischer Kultur nicht nur immer im Mund führen, sondern auch tatsächlich einen Beitrag zur Kultivierung der öffentlichen demokratischen Auseinandersetzung leisten. Daß Sie nicht nur an die Durchsetzung Ihrer Interessen denken, sondern an die Durchsetzung steirischer Interessen, das können Sie bei der Lösung der anstehenden „herbst“-Probleme beweisen; eine Forderung, bei der Sie sich nicht auf das Argument der finanziellen Mittellosigkeit ausreden können. Auch bei der ins Haus stehenden Neubestellung eines Mitgliedes des Landeskulturbirates werden Sie das nächste Mal auf dem Prüfstand stehen. Ich wünsche Ihnen und der steirischen Kulturpolitik, daß Sie diese Prüfung besser bestehen als die heuer im Herbst. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 13.04 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich unterbreche die Sitzung jetzt für eine halbe Stunde, das wäre bis 13.35 Uhr.

Der erste Redner nach der Pause ist der Herr Abgeordnete Pinegger. (Unterbrechung der Sitzung von 13.05 Uhr bis 13.37 Uhr.)

Präsident Wegart (13.37 Uhr): Hohes Haus!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger (13.38 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Franz Schubert hat in der Phase des Hungerns die größten Werke geschaffen, und man kann von ihm sagen, daß er all diese Zeiträume überlebt hat. Der Kulturredner der sozialistischen Fraktion Dr. Ficzkó hat auch in der Phase des Hungerns kulturpolitische Dogmen dargelegt, die irgendwo, und zwar bei Ihnen, meine lieben sozialistischen Kollegen, nicht unbedingtes Einverständnis gefunden haben, noch viel weniger bei uns. Und ich habe mich an die Aussage Gerd Bachers erinnert, der, auf die Festspiele bezogen, eine sogenannte kulturpolitische Nulllösung formuliert hat. Es steht mir nicht zu, geschätzte Damen und Herren, als Provinzieller über diese Kulturszene, wie sie sich in den Metropolen widerspiegelt, zu reden, sondern ich möchte schlicht und einfach jene Bereiche streifen, die einen Lokalpolitiker, der am Rande dieser Kulturszene agiert, betreffen.

Vor einem Jahr, meine Damen und Herren, genau stand ich hier an diesem Rednerpult, und wir konnten es schier nicht wahrhaben – und da meine ich die weststeirische Region –, daß es Realität wird, daß die Landesausstellung „Glas und Kohle“ im Bezirk Voitsberg über die Bühne geht. Diesem Zuspruch dieser Landesausstellung ist eine unglaubliche Pionierarbeit der sogenannten Stillen in unserem Bezirk vorausgegangen, und ich stehe nicht an, hier jene Namen zu nennen, die leider Gottes vielfach zu wenig genannt werden. Ich nenne hier neben den Betriebsräten der Glashütte von Bärnbach die Namen und Persönlichkeiten Mag. Ernst Laßnik, Ing. Martin Hithaller, Ing. Erich Bramauer. Man kann hier die Feststellung treffen, daß über dieses Zusammenwirken, fern jeder parteipolitischen Überlegung, diese unsere Region, und hier im besonderen der Bezirk Voitsberg, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist. Und ich habe Ihnen damals aus dem Innersten heraus das Relief der Steiermark in Glas überreicht. Sie haben es dahin gehend dankbar angenommen, daß Sie ausnahmslos diese unsere Landesausstellung besucht haben. Dafür möchte ich Ihnen recht, recht herzlich danken. Ich darf aber, meine Damen und Herren, sehr wohl auch erwähnen, daß Herr Landesrat Dr. Klauser in seiner Eigenschaft als Finanzreferent des Landes in seiner Budgeteinbegleitungsrede wie folgt formulierte: „Ich habe keine große Freude, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die Kosten für die baulichen Maßnahmen überzogen wurden. Ich muß Ihnen auch mitteilen, daß die sogenannte begleitende Kontrolle dort nicht griff.“ Lassen Sie mich nun ganz kurz hiezu einige Bemerkungen anstellen. Die Konzeption dieser Landesausstellung mit der Thematik Glas und Kohle war so vorgesehen, und hier darf man auch dem geistigen Lenker und Leiter, Herrn Prof. Roth, herzlichst danken, der gerade, was diese Arbeitswelt und diese Industrie

anlangt, seine ersten Erfahrungen bei der Landesausstellung in Eisenerz als Experte gefunden hat und diese Erfahrungen in diese neue Thematik Glas und Kohle eingearbeitet hat. Ich möchte ihm herzlichst danken. Die Konzeption war, daß diese Landesausstellung inmitten des Betriebes eingerichtet wird. Diese wurde leider durch eine Umweltkatastrophe, nein, besser gesagt durch eine Schneekatastrophe zerstört, als nämlich dort dieses nichtbenutzte Werksgelände infolge des damaligen abnormalen Schneefalls dem Druck der Schneemassen nicht standhielt und einbrach. Wir haben also das ähnliche Schicksal, nur haben es die Judenburger schöner mit ihrer Landesausstellung „Menschen, Münzen und Märkte“, denn die haben archäologische Entdeckungen machen dürfen. Wir haben nur Katastrophen registrieren dürfen. Damit fielen auch zusammen, und ich bin auch sicher, daß Herr Finanzreferent Dr. Klauser voll des Wissens ist über diese Geschehnisse, die ursprünglichen Baukosten von 7,5 Millionen, die präliminiert waren. So mußte nach diesem Einsturz umgeplant werden, und diese Umplanung eines sogenannten neuen Projektes hatte dann in der Form Zustimmung gefunden, daß im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung der Architekt Dipl.-Ing. Kada aus Leibnitz die Hallen für diese Ausstellung zu schaffen beauftragt wurde. Die Schätzungskosten beliefen sich auf 11 Millionen. Dieses Projekt wurde bis zur Baureife ausgearbeitet, mußte aber gestoppt werden. Das war das zweite Dilemma in diesem Vorwärtstreben. In der Zwischenzeit ging ein Besitzwechsel über die Bühne von der Stölzl AG. zu dem Privatunternehmer Dr. Krupp. So war es nicht mehr möglich, auf Grund seiner Strukturpläne in Richtung Erhaltung dieser Hütte nicht allein nicht nur museal, sondern auch weiterhin mit der Belegschaft und einem sehr neuen und interessanten Produkt, daß abermals umgeplant werden mußte und daß diese Landesausstellung aus der Mitte der Arbeitswelt herausgenommen werden mußte und an den Rand angesiedelt wurde. Dieses Projekt hat 14,5 Millionen Schilling an Baukosten erfordert. Ich darf Ihnen mitteilen, es wurde Tag und Nacht gearbeitet, und am Tage der Eröffnung in der Sporthalle waren viele Damen und Herren dieses Hohen Hauses anwesend. Diese Ausstellungshalle steht nunmehr nach dem Schluß der Ausstellung wieder zum Teil für die Produktion, aber zum größten Teil für weitere Initiativen zur Verfügung, die im Zusammenhang mit der Wirtschaft und der Kultur gegeben sind. Diese Hallen stehen uns zur Verfügung. Es ist Ihnen sicher nicht unbekannt geblieben, daß dieses Bauwerk modernster Prägung mit dem Dr.-Geramb-Preis ausgezeichnet wurde. Neben uralten Bauformen diese moderne Form des Bauens. Wir sind stolz, eine freitragende Glaswand, die einzige in Europa, zu haben. (Abg. Mag. Rader: „Sie hat nicht funktioniert.“) Sie hat funktioniert, lieber Kollege Mag. Ludwig Rader. Manche freuen sich wahnsinnig über etwas, das nicht funktioniert. Wir verkaufen uns sachlich, geschätzter Herr Kollege Ludwig Rader, das darf ich nur einblendend bemerken. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich nun eine kurze Bilanz ziehen. Das möchte ich an die Adresse des Finanzreferenten richten: Die präliminierten Einnahmen für diese Landesausstellung betrugen 5 Millionen. Die effektiven Einnahmen betrugen 10,5 Millionen Schilling. Somit ist diese Baukostenerhöhung von ungefähr 2,8 Millionen

sicher gerechtfertigt, wenn man diese von mir dargelegten Umstände mit ins Kalkül zieht. Nebenbei bemerkt, meine Damen und Herren, war es nicht einzig und allein diese Darstellung „Glas und Kohle“ in unserem Bereich, sondern darüber hinaus in unzähligen Rahmenausstellungen. Ich habe mir erlaubt, Ihnen heute nur einen kleinen Teil hier aufzulegen. Sie haben heute bereits eine Antwort, weil immer wieder die Frage gestellt wird: Wie geht es nach einer Landesausstellung weiter? Wir haben hier in dieser Zeitschrift im Oktober, als die Ausstellung noch lief, Überlegungen angestellt über diese Weiterbenützung und die sinnvolle Belegung dieser Hallen. Hier ist in dieser Erstausgabe „Glaspost“ die Antwort für das Jahr 1989. Aber wir freuen uns vor allem darüber, meine Damen und Herren, daß diese Landesausstellung für unseren Bezirk eine wirtschaftliche Belegung sondergleichen brachte. Ich freue mich, meine Damen und Herren, daß in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung, mit unserem geschätzten Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, und mit unserem damaligen Landesrat für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Heindinger und nunmehr fortsetzend mit unserer Frau Landesrätin Waltraud Klasnic das Zusammenwirken dieser beiden Referate möglich war. Herzlich Dank!

Nunmehr, meine Damen und Herren, darf ich eine kurze rechnerische Bilanz bringen, weil ich weiß, daß 308.000 Menschen diese Ausstellung besucht haben. Aus Nebenzählungen haben wir, daß die Rahmenausstellungen zusätzlich eine Besucherzahl von über 200.000 Menschen in unseren Bezirk brachten. In das Burgenmuseum Klein Kainach, in das Greisenegger Schloß, in das Museum nach Köflach, hinauf nach Lankowitz, hinunter nach Ligist, weiter dann zu mir in meinen Ort, wo das Ambrosi-Museum steht. Über 200.000 in Summe. Ungefähr eine halbe Million Menschen haben unseren Bezirk besucht. Ich habe eine sehr nüchterne Rechnung angestellt. Wenn ich hier annehme, daß mit dem Eintritt und mit den diversen Anfahrtskosten und dem Konsum jeder Besucher etwa 200 Schilling umgesetzt hat, so sind das über 100 Millionen Schilling. Und so, wie alle den Fiskus kennen – manche kennen ihn jetzt schon sehr speziell in Form der Überprüfungen –, weiß ich, daß ungefähr 50 Prozent in den Staatssäckel fallen. Das ist ja unsere Steuerprogression. So hat also der Staat hier 50 Millionen Schilling kassiert, und ich bin sehr dankbar, daß Wissenschaftsminister Tuppy, wahrscheinlich in Rückkoppelung mit Lacina, zur Erkenntnis gekommen ist, daß man, wenn man aus dem Schaffen einer Region so viel einnimmt, die Verpflichtung hat, dieser Region für das weitere Wollen etwas rückzuerstatten. Waren es ursprünglich – glaube ich – angekündigte 200.000 Schilling, so sind es nunmehr 2 Millionen Schilling, die diesem Glaskunstzentrum für die Weiterentwicklung zugute kommen.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen, die Sie uns besucht haben, einen herzlichen Dank; Ihnen allen, die Sie uns fürderhin besuchen, sage ich einen herzlichen Willkommensgruß, und ich glaube, wir freuen uns schon auf die nächste Landesausstellung, die unter großer Aufwendung des Landes Steiermark über die Bühne gebracht wird, nämlich auf die Ausstellung „Menschen, Münzen und Märkte“ in Judenburg. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich folgendes mitteilen:

Wir haben bis zur Stunde vier Stunden überzogen. Wenn wir diese vier Stunden heute und morgen nicht einbringen, bin ich veranlaßt, den Landtag für Samstag fortzusetzen. Freitag ist nicht möglich, sondern ich würde ihn für Samstag fortsetzen. Ich möchte die verehrten Damen und Herren bitten, bei ihren Redezeiten darauf gebührend Rücksicht zu nehmen, sofern Sie es verhindern wollen, daß wir Samstag fortsetzen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sponer.

Abg. Sponer (13.53 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Meine Wortmeldung geht eigentlich fast nahtlos über zu den Ausführungen des Kollegen Pinegger. Vielleicht unterscheidet uns nur eine Kleinigkeit, aber die werde ich ja dann zur Frage stellen. Grundsätzlich darf ich sagen, daß es zum Thema Landesausstellung eigentlich fast nur Positives zu berichten gibt, und das hat eigentlich begonnen mit Eisenerz, Herberstein, Riegersburg, Bärnbach im heurigen Jahr, und so hoffen wir auch Judenburg im nächsten Jahr. (Abg. Kanduth: „Admont hast du vergessen!“) Entschuldige, selbstverständlich auch!

Erfreulich ist auch, daß für das Jahr 1990 bereits die ersten Vorarbeiten begonnen haben, nämlich für Gamlitz. Und ich darf vielleicht noch ergänzend – und das tue ich wirklich gerne und mit Freude, vor allen Dingen auch deshalb, weil ja die Bezirke Voitsberg und Judenburg auch irgendwo eine Beziehung durch die natürlichen Grenzen haben und ein gewisses Naheverhältnis vorhanden ist – sagen, daß, von der Besucherzahl beginnend, es erfreulich war, daß auch die architektonische Gestaltung des Ausstellungsgebäudes sowie die Ausstellungsgestaltung selbst von allen Seiten eigentlich gelobt wurden.

Und jetzt komme ich zu dem, wo die Meinungen ein bißchen auseinandergehen, und vielleicht darf ich auch erklären, was der Herr Landesrat Dr. Klauser in seiner Budgeteinbegleitungsrede gemeint hat: Daß es nämlich darum geht, daß vor Beginn der Bauarbeiten ein Finanzierungskonzept erstellt wurde. Dieses Finanzierungskonzept hat – so meine Informationen – einen Finanzierungsrahmen in der Höhe von 14,5 Millionen Schilling gehabt, die also für diesen Bau vorgesehen waren. Und jetzt darf ich ergänzen: Auf Grund früherer Erfahrungen wurde die Bauabwicklung unter die Kontrolle der Landesbaudirektion gestellt. Bei anderen Bauvorhaben hat die Landesbaudirektion bewiesen, daß die Einhaltung eines Kostenlimits mit einer exakten begleitenden Kontrolle möglich ist. Nachdem das hier in Bärnbach nicht der Fall war, und zwar deshalb – und jetzt kommt der Unterschied –, daß eigentlich erst einige Tage nach der Schließung dieser Ausstellung in Bärnbach plötzlich und unerwartet diese Überschreitungen auftauchten. Dem Vernehmen nach beträgt also die Baukostenüberschreitung gegenüber dem ursprünglich genehmigten und finanzierten Rahmen 2,3 Millionen Schilling. Die Baudirektion, die die laufende Kontrolle vorgenommen hat, hätte bereits vor der Eröffnung der Ausstellung die

Überschreitung feststellen können und sofort entsprechende Schritte in die Wege leiten müssen. Und das ist jetzt das, wo ich auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter fragen möchte, wie es dazu gekommen ist: einerseits zur Überschreitung, und was letztendlich die Ursachen waren. Das ist mir noch nicht ganz klar, daß das nur mit dem Schneefall zu tun gehabt hat. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Ich werde das sehr genau beantworten!“) Ich weiß es nicht, darum würde ich ersuchen – (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Ich werde die ganze Wahrheit sagen!“)

Und ich sage noch einmal: Es geht eigentlich darum – und das ist das, was der Herr Landesrat Dr. Klauser auch zum Ausdruck bringen wollte –, daß eben diese Dinge in Zukunft vermieden werden sollen, weil ja andererseits bewiesen wurde und auch die Möglichkeit besteht, diese begleitende Kontrolle so durchzuführen, daß, wenn so etwas passiert – ich meine, es ist ja ein Pech gewesen, daß das dort passiert ist, genauso wie jetzt in Judenburg, erfreulicherweise einerseits für uns, aber andererseits nicht erfreulich für die oder diejenigen, der jetzt zum Zahlen kommt, eben diese archäologischen Funde, die wir in Judenburg derzeit machen.

Aber jetzt zur Landesausstellung beziehungsweise zum Ansatz in unserem Budget; da ist mir jetzt folgendes aufgefallen: Und zwar heißt es im Ansatz 38102 „Landesausstellung 1989 – Menschen, Mächte und Märkte“. Lies nach im Budget, auch in den Erläuterungen steht es drin. Ich darf sagen, unser offizieller Titel in Judenburg heißt eben, wie du es, Kollege Pinegger, gesagt hast: „Menschen, Münzen und Märkte“. Das heißt, was uns momentan unterscheidet – (Abg. Mag. Rader: „Wer sind die Mächte?“) das ist es ja –, und zwar als Judenburger und von Amts wegen, das sind also die Münzen und die Mächte. In Judenburg haben wir die Münzen, hier steht Mächte. Herr Landeshauptmann, vielleicht kann man das noch vor der Eröffnung – (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Ist schon beantwortet!“) Ist schon beantwortet. Nachdem ich auch zeigen wollte, daß ich die Unterlagen genau und gewissenhaft lese, ist mir das natürlich sofort aufgefallen, und ich darf das hier deponieren.

Meine Damen und Herren, noch ganz kurz zu Judenburg, nachdem das ja die nächste Stadt ist. Ich darf Ihnen folgendes sagen: Judenburg – viele werden es nicht wissen – ist die älteste urkundlich belegbare Handelsniederlassung in der Steiermark. Was wird in dieser Ausstellung gezeigt werden? In dieser Ausstellung wird die Geschichte des Handels, die Geschichte des Geldes und auch auf die Verkehrsentwicklung dieser Stadt und dieser Region eingegangen werden. Aber ein ganz besonderer Punkt wird es also sein, daß vor allem der Mensch, der in diesen Zeiten, die dargestellt werden, gelebt hat, im historischen Zeitraster bezüglich seines geänderten Konsumverhaltens dargestellt werden wird.

Zum anderen darf ich sagen, daß nicht nur Kreditmittel und Vorbereitungsmaßnahmen von Seiten des Landes im Jahr bereits veranschlagt und auch bereitgestellt wurden, sondern ich darf auch sagen, daß von Seiten der Bevölkerung unserer Stadt – und das ist erfreulich, das ist einerseits überraschend und zum Teil sogar unerwartet – große Initiativen in verschiedenen

Richtungen auch bereits seit mehr als einem Jahr entwickelt wurden. Somit gleichen wir uns auch mit Bärnbach beziehungsweise mit eurer Region.

Ich darf dazusagen, daß es eine Reihe oder eine große Anzahl von Arbeitskreisen gibt, die sich mit all dem beschäftigen, was die Landesausstellung nächstes Jahr betreffen wird – um nur einiges aufzuzählen: ob das einerseits die Organisation und die Abwicklung in diesen sechs Monaten sein wird, ob es die Veranstaltung selbst betrifft, ja, es geht sogar so weit, daß wir auch eigene Ausstellungsmenüs und -getränke mit unseren Gastwirten kreiert haben. Ich darf auch erfreulicherweise sagen, daß es auch ohne Unterschied zur Parteizugehörigkeit in diesen Arbeitskreisen oder überhaupt darüber hinaus eine sehr enge und konstruktive Arbeit gibt.

Ich darf noch eines sagen, das, glaube ich, auch bemerkenswert ist, und vor allen Dingen werden es ja dann die Besucher, die kommen, sehen: Und zwar hat es im Vorjahr mit einer sehr großen Färbelungsaktion unserer doch alten Häuser in Judenburg begonnen. Vereinzelt wurde begonnen, die Häuser herzurichten. Heute können wir sagen, daß fast lückenlos im Stadtgebiet diese Färbelungsaktion abgeschlossen ist, daß darüber hinaus – zum derzeitigen Leidwesen der Bewohner und auch der Gäste von Judenburg – Straßen saniert werden, was natürlich gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt. Unser Hauptplatz wird umgestaltet. Anerkennenswerterweise auf Grund der Mittel, die vom Land zur Verfügung gestellt wurden und werden, es sind aber auch viele Millionen Schilling direkt oder indirekt von Privaten und von Seiten der Stadtgemeinde in Judenburg für diese Landesausstellung eingebracht worden. Das ist positiv, und es freut mich, im gleichen Sinne wie der Herr Kollege Pinegger zu sprechen. Denn, wenn wir uns an gestern erinnern, es war leider nicht immer so positiv. Das sind Themen und Veranstaltungen, die sich wirklich positiv auswirken. So möchte ich im Namen der Judenburger und der Menschen, die in dieser Region wohnen, hoffen, daß sich im nächsten Jahr diese Landesausstellung „Menschen, Münzen und Märkte“ so positiv für diese Region auswirken möge, wie dies in der Vergangenheit in den anderen Gemeinden der Fall war. Wir hoffen und wünschen uns, daß viele Tausende Menschen nach Judenburg kommen, um diese Ausstellung zu besuchen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 14.04 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (14.05 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Dieser semantische Unterschied zwischen Münze und Macht ist kein so großer, da an sich die Münze nahe mit Macht verbunden ist. Der einzige, der das schon vergessen hat, ist an sich der steirische Landtag, der die Macht hätte vorzuschreiben, wieviel Münze die Regierung bekommt, sich aber allerdings von ihr vorschreiben läßt, was er beschließen soll. Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat uns gemahnt, daran zu denken, daß wir schon sehr spät sind. Darf ich das mit einem kleinen Geschichtel aus dem Morgenlande unterstreichen. Ich sage das nicht nur angesichts

der Mahnung des Herrn Präsidenten, sondern des gelegentlich logischerweise nicht ganz vollen Hauses. Da ist ein Prediger in einen Saal gekommen, wo nur einer gesessen ist, ein Stallknecht, und er hat gesagt: „Soll ich jetzt trotzdem predigen?“ Da sagt der Stallknecht: „Ich bin ein einfacher Mann, ich verstehe von den Dingen nichts, aber wenn ich in einen Stall komme und sehe, daß alle Pferde davongelaufen sind und nur mehr eines da ist, dann werde ich es trotzdem füttern.“ Dem Prediger gefiel dies, er stellte sich hin und predigte zwei Stunden. Er war dann ganz erleichtert und froh und fragte den jungen Mann wieder: „Wie hat dir denn meine Predigt gefallen?“ Sagte der: „Ich bin nur ein einfacher Mann, ich verstehe davon nichts, aber wenn ich in einen Stall komme und sehe, daß alle Pferde bis auf eines davongelaufen sind, dann werde ich es füttern; aber ich werde ihm nicht alles Futter geben, das für alle Pferde vorgesehen war.“ So gesehen, meine Damen und Herren, werde ich mich nur auf ein Thema beschränken in dieser Kulturdebatte. Entschuldigen Sie, daß ich mich auf Grund der Rednerliste noch einmal hineindränge in die Serie der Ausstellungssänger, die haben ja im Landtag die früheren Straßensänger abgelöst. Früher hat es Straßensänger aus allen Regionen gegeben, um zu schildern, warum ihre Straße fertiggebaut werden oder vom Land übernommen werden muß, heute haben wir schon seit ein paar Jahren die Ausstellungssänger. Da kommen die Abgeordneten aus den Regionen und schildern, warum gerade ihre Region die nächste Landesausstellung oder die übernächste, oder überübernächste bekommen soll. Das einzige, was mich an der ganzen Geschichte ein bißchen stört ist, mit welcher Selbstverständlichkeit eigentlich auch im Kapitel Kultur in den Vordergrund gerückt wird, daß es in Wahrheit nur um Fremdenverkehr und wirtschaftliche Interessen geht, und es wird sehr wenig darüber verloren, welchen kulturpolitischen Aspekt die jeweilige Ausstellung in der jeweiligen Region sagen soll. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das nicht ganz, gebe ich zu, auch du hast einen Satz zuerst dazu verloren und bist dann schrittweise auf die bereits kreierten Menüs übergegangen. Ich habe übrigens dasselbe Problem wie der Kollege Dr. Ficzkó am Vormittag. Da habe ich ihm angeblich seinen Einstieg weggenommen. Er hat mir sehr viel von der Thematik weggenommen. Daher nur einige ansatzmäßige Anmerkungen. Zum „steirischen Herbst“. Der „steirische Herbst“ hat ja, wie wir wissen, einen inhaltlichen und einen formalen Aspekt. Ich bin in meiner Generalrede mit ein paar Anmerkungen darauf schon eingegangen. Ich sage auch, um zuerst zum inhaltlichen Aspekt zu kommen, daß ich mir durchaus bewußt bin, daß in der Anfangsdiskussion um diesen „steirischen Herbst“ – und ich habe das nicht nur nachgelesen, sondern mir auch sehr breit schildern lassen, meine „Vorfahren“ in diesem Hause dieser Idee, vor allem des grenzübergreifenden kulturellen Geschehens, sehr kritisch gegenübergestanden sind und damals jene Grundtendenz der breiten Bevölkerungsschichten widergegeben haben, wie sie leider Gottes auch heute noch vorhanden ist. Ich sage dazu, daß auch angesichts dieser Tatsache, die ich kenne, es bei uns eine Entwicklung gegeben hat, daß wir Gott sei Dank jenes Maß an Freiheit haben, das es dem einzelnen ermöglicht, seine persönlichen Auffassungen zu formulieren, und ich bekenne mich zu diesem offenen

Konzept des „steirischen Herbstes“, wie er versucht wird. Unabhängig davon, daß ich mich auch dazu bekenne, daß in Wahrheit kein gewählter Politiker auf Grund seiner gewählten Position berechtigt oder befugt ist, zu urteilen, was richtig oder falsch ist. Jeder allerdings, sehr verehrte Damen und Herren, ist auf Grund seiner privaten Meinung, wie jeder andere Mensch, befugt, für sich und nur für sich und sonst für niemanden diese Kritik anzubringen oder auch das Lob anzubringen. (Abg. Kammlander: „Damit würde sich ja Ihre Kulturpolitik ad absurdum führen!“)

Die Kulturpolitik führt sich gerade deshalb nicht ad absurdum. Ich glaube nämlich, um auf diesen Einwand der Kollegin Kammlander einzugehen, die Schwierigkeiten, die wir heute haben, sind, daß an sich Kulturförderung durch den Staat übernommen wurde und die Mittel, die der Staat dafür aufwendet, von Leuten genehmigt werden, die sich einer demokratischen Wahl unterzogen haben, und daraus logischerweise manchmal der Schluß gezogen wird, daß auch die Frage der Beurteilung, was damit gefördert ist, genauso jener demokratischen, zum Teil auch basisdemokratischen Überlegung unterzogen werden sollte. Ich gebe zu, daß das ein theoretisch möglicher Ansatzpunkt ist, ich bekenne mich aber dazu, daß wir genau diesen Bereich ausschalten. Es haben zu jeder Zeit moderne künftige Fortentwicklungen nicht immer den ungeteilten Beifall der Basis bekommen, und daher müssen wir uns auch heute dazu bekennen, Kulturförderung zu akzeptieren. Ich habe das hautnah miterleben müssen anläßlich einer Kulturdebatte im Bereiche Graz vor einigen Jahren, als es um diese Nitsch-Ausstellung gegangen ist, die ich persönlich für eine Sauerei halte, aber trotzdem dafür logischerweise und konsequenterweise eintrete, daß sie stattfinden kann und stattfinden hat können. Genauso, meine Damen und Herren, bekenne ich mich dazu, daß auch jenes Maß an Provokation des „steirischen Herbstes“ stattfinden können muß, wie es zum Teil diesmal – ob geglückt oder nicht geglückt – stattgefunden hat. Ich teile hier nicht die Auffassung des Kollegen Dr. Ficzkó, daß man in dieser Diskussion zu wenig politische Stimmen gehört hat. Was kann denn bitte ein demokratisch gewählter Politiker, der die Aufgabe hat, jene Wähler zu vertreten, die ihn dorthin geschickt haben, jetzt wirklich objektiv zur Kulturdiskussion beitragen? Ich glaube, daß jedes Einmischen des politischen Bereiches auf dieser Ebene im wesentlichen nichts anderes gewesen wäre, als noch weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Manche haben einen Mittelweg versucht. Prof. Jungwirth zum Beispiel oder Helmut Strobl sagen, ich möchte zwar dem nachgeben, was meine Basis von mir möchte, aber doch nicht so ganz, weil ich ein schlechtes Gewissen habe, und dann kommt heraus eine Klangskulptur, zu der man sich ursprünglich bekannt hat und natürlich gewußt hat, was auf einen zukommt, die man nur ein bißchen kürzer und ein bißchen leiser macht. Wobei ich mich frage, ob man diese Dinge von vornherein hätte nicht überlegen können. Aber wenn sie läuft, dann ist dieses Mittelmaß ein bißchen anders halt, und ein bißchen nachgeben genau das Falscheste. Entweder dort oder da. Wenn der Kollege Dr. Ficzkó dazu nickt, sind wir an sich wieder einer Meinung. (Abg. Dr. Ficzkó: „Nur zu diesem Punkt?“) Entweder oder. Ich bin für die Nicht-einmischung, Sie sind für die Einmischung. Natürlich

müssen Politiker, die das Ohr wirklich an der Basis haben, wenn sie sich zur Provokation bekennen, auch die möglichen Folgen einer allfälligen Provokation von vornherein mit einkalkulieren.

Das, meine Damen und Herren, scheint mir in jenem Ausmaße, das sich leider Gottes als notwendig herausgestellt hat, nicht der Fall gewesen zu sein. Was mir aber besonders leid tut, ist, daß durch diese Vorfälle in Graz eine Diskussion aufgetaucht ist, mit der, bitte herzlich – und wahrscheinlich auch alle anderen in meinem Alter –, ich ganz einfach nichts anfangen kann. Ich habe da gestern mit der Post diese Zeitung des „steirischen herbstes“ bekommen, die auf der Titelseite die wesentliche Frage klären wollte, ob Graz eine Nazistadt ist. Also, bitte, erstens haben eh alle Gott sei Dank „nein“ gesagt, und zweitens weiß ich nicht, was diese Frage soll. Weil irgendein grenzdebiler Narr der Meinung war, auch einer Provokation folgen zu müssen und hier dieses sogenannte Mahnmal in die Luft zu sprengen, anzuzünden – was immer er sich da vorgestellt hat –, kann man doch um Himmels willen nicht darüber diskutieren, ob das einen ideologischen Background hat, meine Damen und Herren, und noch dazu einen, der so ewig her ist, wie man sich nur vorstellen kann.

Meine Damen und Herren, das ist ein ganz einfacher, nüchterner, krimineller Akt und soll als solcher behandelt werden, und nicht weniger! (Abg. Kammlander: „Das ist eine Vereinfachung!“) Das ist keine Vereinfachung, sondern ich glaube eher, Frau Kollegin Kammlander, daß man in diese idiotische, verbrecherische Vorgangsweise Dinge hineindiskutiert hat, die in Wahrheit nicht gegeben sind. Ich bezweifle überhaupt nicht, daß es natürlich auch Menschen gegeben hat, die, für mich unverständlicherweise, diese Vorgangsweise begrüßt haben, die sagen: „Gott sei Dank ist dieses Ding endlich in die Luft gesprengt worden.“ Bitte schön, die soll's geben; mit denen habe ich nichts zu tun, denen kann ich nicht folgen, aber die gibt es. Ich bin der Meinung, daß sie das genauso äußern sollen dürfen. Auch das gehört zu meinem Bild an Freiheit und an Offenherzigkeit. Nur, bitte schön, daraus eine Grundsatzdiskussion über die Nazistadt Graz zu machen, halte ich ganz einfach für sinnlos, überdreht und überhaupt auch für den „steirischen herbst“ nicht nützlich.

Meine Damen und Herren, und damit komme ich zum formalen Aspekt: Ich habe schon während meiner gestrigen Generalrede angedeutet, daß man jedenfalls mit dieser versuchten Kür eines neuen Intendanten, ausgerechnet zum Zeitpunkt des Laufens des „steirischen herbstes“, und mit dieser Vorgangsweise dem „steirischen herbst“ ganz sicher keinen guten Dienst geleistet hat. Ich bin ja nicht im Präsidium des „steirischen herbstes“, aber ich habe mir schildern lassen, daß die Geschichte eigentlich so abgelaufen ist, daß es eine Ausschreibung gegeben hat, daß weitere Herren, die sich bei der Ausschreibung nicht beworben haben, zusätzlich extra noch eingeladen worden sind, sich an dieser Ausschreibung zu beteiligen, daß es dann ein sehr ausführliches Hearing mit 14 Kandidaten gegeben hat – dann hätte man annehmen können, jetzt zieht sich das Präsidium des „steirischen herbstes“ zurück und überlegt, wer aus dem Präsidium als Bester herausgekommen ist – und daß dann urplötzlich der

Präsident des „steirischen herbstes“ einen 15. Kandidaten quasi wie das Kaninchen aus dem Hut gezogen hat und gesagt hat: „Das ist genau die richtige Vorgangsweise.“ Ich will jetzt weder beurteilen, ob der geplante Intendant Haberl das schafft oder nicht schafft, weil ich dazu ganz einfach persönlich nicht kompetent bin, aber, meine Damen und Herren: Was hat man denn mit dieser Vorgangsweise jetzt erreicht? Man hat erreicht, daß auf der einen Seite der Bewerber Kriesche, der sich ja bitte auch nicht freiwillig beworben hat, sondern eingeladen worden ist, einen politischen Stempel bekommen hat, den er wirklich nicht verdient, und auf der anderen Seite der nunmehr quasi in Diskussion stehende und befristet bestellte Intendant Haberl auch einen politischen Stempel bekommen hat, von dem ich einstweilen davon ausgehe, daß er ihn auch nicht verdient. Meine Damen und Herren, und was haben wir davon? Daß ich vor zwei oder drei Tagen zufällig um sieben Uhr abends einen Fernsehbeitrag gesehen habe, wo natürlich in aller Welt und als Kuriosum geschildert wird, daß wir jetzt vor der Situation stehen, daß möglicherweise ein Jahr, ein paar Monate oder ein halbes Jahr drei Intendanten amtieren. Einer, der noch da ist, aber schon wieder beim Standort in Wien, aber noch seine Funktion hat, ein zweiter, der interimistisch für ein Jahr bestellt worden ist und auch was tut, und möglicherweise nach einer Ausschreibung noch ein dritter, der dann tatsächlich Intendant werden wird. Meine Damen und Herren, das ist ein Ringelspiel rund um den „steirischen herbst“, das ihm ganz sicher nicht guttun kann. Und was ist herausgekommen? Herausgekommen ist jetzt, daß die große, übergreifende Idee des „steirischen herbstes“ auf das Niveau einer ganz kleinlichen, billigen personal- und parteipolitischen Diskussion heruntergesunken ist. Und da kann man den Ausweg wählen zu sagen: „Bitte schön, dann tun wir halt alle Politiker aus diesen Überlegungen heraus – sofort.“ Sie wissen, daß ich der Meinung bin, daß auch in den Krankenanstalten – Frau Präsident, Sie sind mir nicht ungehalten – und wo immer es um wirtschaftliche oder sonstige sachbezogene Dinge geht, politische Mandatare herausgehen sollen, weil sie ganz einfach eine ganz andere Aufgabenstellung haben durch ihr gewähltes Mandat, als dort sachpolitische Entscheidungen zu treffen. Gut, ist in Ordnung, da bin ich durchaus der Meinung, man kann alle politischen Mandatare aus dem Präsidium des „steirischen herbstes“ herausholen. Aber nur, bitte, das, was der Herr Kollege Dr. Schilcher uns als Entpolitisierung vorgeschlagen hat, was dann in den Resolutionsanträgen ja Gott sei Dank eh nicht zum Tragen gekommen ist, das ist wohl die schiefste Art, die Problematik zu lösen. Nämlich zu sagen, es sollen alle politischen Mandatare aus dem Präsidium des „steirischen herbstes“ herausgehen, außer einem, nämlich dem Herrn Prof. Jungwirth, weil er ja kein Politiker ist, sondern ein Nurfachmann. Meine Damen und Herren, so kann es ganz sicher auch nicht gehen. Und wenn der Herr Prof. Dr. Schilcher gemeint hat – und wir haben dem ja auch bei den Resolutionsanträgen zugestimmt –, man sollte hier eine Entpolitisierung vornehmen, dann, bitte, es war nicht unsere Vorgangsweise, die dazu geführt hat, daß die Öffentlichkeit sich gefragt hat, ob das nicht wirklich eine parteipolitische Diskussion ist und keine sachpolitische. Wenn er meint, es soll wirklich entpolitiert

werden, dann auf allen Ebenen, dann gilt selbstverständlich auch der zuständige Landesrat als politischer Mandatar, wie er ja heute, bitte, wortgewaltig schon bei der Diskussion um die Schule selbstverständlich unter Beweis gestellt hat, daß er ein sehr gefuchster, sehr gediegener und auch sehr auf Taktik bedachter Politiker ist – selbstverständlich. Dann auch er heraus, dann völlige Entpolitisierung, und wir machen ein „steirisches-herbst“-Präsidium, von dem man hofft, daß es dann nur aus Fachleuten besteht, meine Damen und Herren.

Und da muß ich auch dem Kollegen Dr. Ficzkó recht geben: So kann es nicht gehen, daß man sagt: Bitte, wenn jemand, der nicht der Regierungspartei, die das Ressort verwaltet, angehört, etwas sagt, dann ist das übel, parteipolitisch und grauslich, wenn allerdings jemand etwas sagt, der zufällig jener Regierungspartei angehört, dann ist das quasi das Brevier, nach dem sich alle zu richten haben.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir gerade unter diesem neuen Aspekt, daß auch Bewegungen, die in der Vergangenheit diesem weltoffenen Konzept des „steirischen Herbstes“ kritisch gegenübergestanden haben wie wir, gerade unter dem Aspekt, daß wir uns nunmehr insofern entwickelt haben, daß wir uns dazu zu Recht bekennen können, daß genau in dieser Phase der „Herbst“ nicht wieder in Parteipolitik abgeleitet, sondern wirklich jenes offene Konzept bleibt, das er einmal war. (Beifall bei der FPÖ. – 14.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (14.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte vom „steirischen Herbst“ wegkommen und zu einer anderen kulturellen Initiative. Am 11. Juni 1988 wurde in Sankt Ruprecht bei Murau das erste steirische Holzmuseum eröffnet. Das gibt mir die Gelegenheit, über diese so positive Initiative, deren Idee bereits 1983 geboren wurde, zu sprechen. Diese Idee, die durch den Initiator, Herrn Dipl.-Ing. Johann Edler, sehr zielstrebig realisiert wurde, hat dem Bezirk Murau die Chance gebracht, sich weit über die Grenzen unseres Bundeslandes als Holzbezirk darzustellen. So konnten bereits in den ersten Monaten über 13.000 Besucher dieses einzigartige Museum besuchen und dadurch auch die Region kennenlernen, die sich auch als walddreichster Bezirk der Steiermark präsentiert.

Schlagworte wie „am Anfang war das Holz“ oder „Holz ist Leben“ und „Holz hat Zukunft“ erhalten in diesem Museum wieder diesen Stellenwert, den der Rohstoff Holz ursprünglich hatte.

An dieser Stelle möchte ich allen voran dem Initiator, Herrn Dipl.-Ing. Edler, und vor allem auch dem Land Steiermark mit Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth recht herzlich danken, aber auch den Bürgermeisterinnen und allen, die durch ihre finanziellen Zuwendungen, Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Gratisarbeiten – und nicht zuletzt auch den Firmen und Baumeistern – dazu beitrugen, daß diese Idee auch finanziert und realisiert werden konnte.

Mehr als 5 Millionen Schilling wurden in der Zwischenzeit in dieses steirische Holzmuseum investiert.

Meine Damen und Herren, wenn Walter Heinzinger in seinem Buch „Die Chance Holz“ vom „anderen Weg“ spricht, so wollen wir im Bezirk Murau diesen „anderen Weg“ versuchen zu gehen. So wollen wir durch die Errichtung einer Holzstraße die traditionellen Holzbauwerke und die Kultur dem Besucher näherbringen. Wir wollen gemeinsam mit den kreativen Menschen unseres Bezirkes die Kunst, die so reichhaltig vorhanden ist, dem Besucher vermitteln, und wir wollen die Erzeugung von intelligenten Produkten – um ein neues Schlagwort zu gebrauchen – verstärkt ausbauen. Wir möchten unsere Produkte vor allem als steirische und regionale Holzkultur anbieten. Wir möchten aber darüber hinaus die Facharbeiter, die man so dringend braucht, in unserer Region ausbilden und letztlich auch die Landesausstellung „Leben mit Holz, Bauen mit Holz“ durchführen. Es gibt noch eine Fülle von Ideen, die durch die Errichtung des Steirischen Holzmuseums hervorgerufen wurden und wo wir glauben, daß diese „Chance Holz“ von uns wahrgenommen werden muß. Es gibt uns die Möglichkeit, die Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Um aber diese Ideen zu realisieren, brauchen wir die Mithilfe des Landes und des Bundes.

Ich schlage daher vor, daß ein Zukunftskonzept „Holz“ in der Steiermark entwickelt wird und damit eine echte neue Chance entsteht, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Hier könnte der Rohstoff Holz die Probleme in der Obersteiermark lindern. Es wäre Wertschöpfung mit neuen Qualitäten, denn wir können nicht auf Dauer das „Steirische Holz“ billig exportieren und teure Möbel importieren. Durch eine Initiative des Bundes und des Landes könnten neue Formen und neue Designs Zukunft haben. Dies zeigen auch verschiedene Initiativen, wie zum Beispiel „Das Holznest“. Für solche Initiativen würde sich vor allem auch der Bezirk Murau anbieten, er könnte „Holzbezirk“ werden. Wir im Bezirk Murau befinden uns schon seit längerem auf dem „Holzweg“. Ich hoffe nur, daß die Bedeutung dieses Wortes die Initiativen fortsetzt, die das „Steirische Holzmuseum“ mit seiner Errichtung aufgezeigt hat. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren meinte einmal, „Holz und Mensch verstehen einander“, und er meinte damit, daß ihm mit diesem Satz klar wurde, daß dieses Einander-Verstehen ständiges Forschen und Weitergeben von erworbenem Wissen um Holz voraussetzt. Um diese Harmonie wird es zukünftig gehen! Denn Holz ist Umwelt, Natur, Leben und Zukunft und daher eine Lebensphilosophie. Wir sollten daher dieser Herausforderung verstärktes Augenmerk schenken und damit im Bezirk Murau die „Chance Holz“ wahrnehmen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (14.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Die Gruppe Kunst, Kultur und Kultus ist für mich als Kulturreferent einer Stadt selbstverständlich ganz besonders interessant. Interessant vor allem deswegen, weil ich seit dem Jahre 1977 als der zuständige Stadtrat für Kultur in Leoben die Möglichkeit habe, mit Unter-

stützung des Gemeinderates mit meinen engsten Mitarbeitern jährlich ein umfangreiches Kulturprogramm in unserer Stadt zu erstellen. Ich darf Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, berichten, daß wir allein in der Stadt Leoben von der Gemeinde aus 101 kulturelle Veranstaltungen durchführen. Ich möchte in dem Zusammenhang gleich sagen, daß auch alle übrigen Kulturinstitutionen und Vereine insgesamt 150 Veranstaltungen vorbereiten, so daß in unserer Bergstadt jährlich rund 250 kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Das kulturelle Angebot beinhaltet das Konzertangebot, das Angebot des Stadttheaters Leoben, die Sonderausstellungen, die Vortrags- und Führungsreihe und so weiter. So sieht man, daß man sich wirklich bemüht, in einer Stadt die Bedürfnisse der Bevölkerung in kultureller Hinsicht größtmöglich abzudecken. Wir möchten ganz einfach unseren Mitbürgern ein kulturelles Angebot bieten, das im wesentlichen darauf abzielt, den Lebensraum der Menschen in unserer Bergstadt zu einer Heimstätte zu machen. Ich möchte hier nicht groß mit Fremdwörtern herumwerfen, ich möchte diese Definition ganz klar und einfach in den Raum stellen.

Ich weiß, daß in vielen Orten, Städten, Märkten unserer steirischen Heimat von Kulturschaffenden ehrenamtlich in der Freizeit ganz Großartiges oft unter schwierigsten Bedingungen geleistet wird. Ich glaube, wir müßten im Hohen Haus an die vielen denken, die jahraus kulturell tätig sind, mit viel Einfühlungsvermögen und Einsatz kulturelle Situationen schaffen, die den Menschen Freude bereiten. Ich glaube aber, daß dieses Dankeschön zu wenig ist, wenn wir uns nicht auch im gleichen Ausmaß bemühen, die vielen Kunst- und Kulturträger und Kulturreferate auch entsprechend zu fördern. Wir alle wissen, daß sich die steirischen Gemeinden sehr schwer bei der Finanzierung der Durchführung ihrer kulturellen Anliegen tun. Wir anerkennen aber – wir sind ja täglich Zeitungsleser –, wieviel in der kulturellen Landschaft trotz der geringen Mittel in der ganzen Steiermark geschieht. Und in diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, ob im Rahmen der Budgetgruppe Kunst, Kultur und Kultus nicht noch mehr Möglichkeiten gefunden werden, diese wichtige Tätigkeit auch außerhalb von Graz ganz besonders noch zu fördern.

Ich bekenne mich zum „steirischen herbst“, und ich bekenne mich zur „Styriarte“. Ich bin aber der Ansicht, daß der „steirische herbst“ nicht nur ein Grazer, sondern auch wirklich ein „steirischer herbst“ sein soll.

Sie haben, Herr Landeshauptmann, heute bei der Budgetgruppe 2 schon vom Bundesjugendsingen gesprochen. Gerade das Bundesjugendsingen ist ein Beispiel, daß hier Veranstaltungen nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern in allen Städten oder Orten unseres Landes stattfinden und dadurch eine ganz große kulturelle Breite gegeben ist. Wenn ich den „steirischen herbst“ betrachte, da muß ich unterstreichen, daß eigentlich außer der Mürztaler Werkstatt und dem Deutschlandsberger Jugendmusikfest, wo Großartiges geleistet wird, nur ein Anfang gemacht wurde. Ich erinnere mich noch, Herr Landeshauptmann, wie wir einmal drüben im Rittersaal gesessen sind, die Kulturreferenten der Steiermark, und besprochen haben, welche Möglichkeiten sich hier bieten in allen Orten und Städten, den „steirischen herbst“ in

Veranstaltungen zu präsentieren, daß damals sehr gute Vorschläge gekommen sind, und ich würde weiterhin vorschlagen, daß wir auch zukünftig diese jährlichen Besprechungen, die bis jetzt nur einmal stattgefunden haben, durchführen, damit das wirklich ein „steirischer herbst“ wird.

Der Herr Finanzreferent Landesrat Dr. Klauser sagte in seiner Budgetrede, ich zitiere – „das, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, verlangt Nachdenken über unsere politische Kultur.“ Ich glaube, daß sich dieses Nachdenken vor allem auch darauf beziehen muß, wie wir gerade die schon bestehenden kulturellen Aktivitäten in allen Orten unserer Heimat noch mehr fördern können. Ich glaube, daß damit auch eine wesentliche Lücke in unserem Kulturleben geschlossen werden würde.

Nun gestatten Sie mir auch, daß ich zum Museum der Stadt Leoben und der Förderung durch das Land Steiermark einiges sage. Sie wissen, wir haben das zweitgrößte Museum außerhalb der Steiermark. In 24 Sälen werden die einzelnen Exponate präsentiert, und ich darf Ihnen sagen, daß unsere Stadt allein fast 2 Millionen Schilling für dieses Museum aufwendet. Alle, die in der Gemeindepolitik tätig sind und als Bürger in einer Gemeinde wohnen, wissen, wie wichtig gerade das Museum ist im Hinblick auf Sammeln, Forschen, Ausstellen und im Hinblick auf die Jugendförderung, daß hier auch Jugendförderungen im Rahmen des lebendigen Museums stattfinden.

Ich bekenne mich dazu, daß im Rahmen der Sanierung von Museen die Mittel, die vorgesehen sind, im Rahmen der Generalsanierung, der Neuorientierung des Gesamtverbandes Landesmuseum verwendet werden. Ich möchte aber gleichzeitig und mit Nachdruck sagen, daß wir bei der Sanierung von Museen auch in allen steirischen Orten, sofern sie bestehen, und in den Bezirksstädten Rücksicht nehmen müssen, weil hier eine wesentliche Unterdotierung vorhanden ist und wir alle, die Museen erhalten müssen, wissen, daß gerade hier größte Investitionen notwendig sind und daß hier dauernd echte Aufwendungen entstehen, die die Gemeinden allein nicht mehr tragen können.

Und hier die Bitte auch bei der Dotierung, vielleicht, wenn es möglich ist, dem unbedingt Rechnung zu tragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend gestatten Sie mir noch darauf hinzuweisen, daß wir auch ein Stadttheater in Leoben haben. Es wird im Jahre 1990 200 Jahre jung sein; es ist das älteste bespielte Theater in Österreich, und ich darf sagen, daß der Besuch großartig ist. Wir haben eine Auslastung von 95,18 Prozent. Ich möchte hier dem Kollegen Dr. Pfohl recht geben, wenn er gesagt hat: Öffentliche Kultur muß auch öffentliche Anerkennung finden.“ Hier sehen Sie also, daß durch die Besucherzahlen von 95,18 Prozent diesem Wunsch sicher Rechnung getragen wird. Und wenn ich so nachgerechnet habe, daß seit dem Jahre 1964 unser Stadttheater 356.191 Besucher besucht haben, so sehen Sie, daß auch außerhalb der Landeshauptstadt ein Theater wirklich ein Kulturträger ist, der sicher einer Förderung würdig ist. Und ich würde bitten, gerade dieses Jubiläum in den nächsten Budgets auch zu berücksichtigen, damit auch hier vom Land aus eine Anerkennung in dieser Richtung gezeigt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, die hohen Subventionen durch das Land Steiermark, glaube ich, für die beiden Grazer Häuser – ich meine hier das Schauspielhaus und das Opernhaus – sind wirklich gerechtfertigt. Nur, in letzter Zeit haben mich meine Mitbürger gebeten, eine Bitte vorzutragen. Es ist so, daß das Schauspielhaus wirklich seinen Verpflichtungen nachkommt, vom Opernhaus aber in letzter Zeit keinerlei Produktionen angeboten werden, und wir sind der Ansicht, wenn schon so hohe Subventionen gegeben werden, daß zumindest Produktionen gestaltet werden müssen, die auch in den Bezirksstädten oder in Orten außerhalb von Graz sicher auch präsentiert werden können. Ich glaube, das ist eine Forderung, die wir hier im Haus unbedingt aufstellen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch einmal hinzuweisen, daß es für mich in Kulturfragen den Begriff „Provinz“ nicht gibt. Ich ärgere mich immer wieder, wenn so großsprecherisch immer von „Provinz“ in der Kultur gesprochen wird. Kultur findet überall statt, wo sie eben stattfindet, und es gibt für mich keine „Provinz“ in der Kultur. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Schluß: Als Kulturreferent unserer Stadt möchte ich abschließend der Steiermärkischen Landesregierung für die bisherige Förderung danken, möchte aber trotzdem sagen, in Zukunft mehr darauf zu achten, daß die kulturellen Bestrebungen in allen Orten, Märkten und Städten unserer Heimat noch sichtbarer als bisher gefördert werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 14.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold (14.35 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann ruhig dort weiterreden, wo mein Vorredner aufgehört hat, weil ich mich mit ihm in einer Gesellschaft befinde, indem ich auch sage, daß der ländliche Raum mit seinen Bezirksstädten, seinen Gemeinden und Dörfern reich an verschiedensten Kulturgütern ist. Von den Pfarrkirchen und den Ortskapellen über Tausende Marterln und Denkmäler bis hin zu den Heimatmuseen spannt sich ein breiter Bogen der ländlichen Kulturgeschichte, die Zeugnis gibt von Gottesverehrung, die aber auch Zeugnis gibt von Menschenfreud und Menschenleid, aber auch von Heimatgesinnung, Heimatpflege und veredelter Geistesgesinnung vieler Menschen im ländlichen Raum, wie es im „Brockhaus“ umschrieben ist.

Alle diese Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Mitbetroffene und Mitgestaltende in vielen Bereichen unserer Heimat. Alle diese kulturellen Werte müssen gepflegt, erhalten und erneuert werden. Für den ländlichen Raum gilt es also, das Dorf neu zu entdecken beziehungsweise zu erneuern, kurzum Dorferneuerung mit den betroffenen Menschen zu betreiben, wie es schon im Vorjahr einmal eine Zeitung im ländlichen Raum geschrieben hat.

Ich hole etwas weiter aus: Die Agrarminister der „ARGE Alpen-Adria“ trafen sich im Vorjahr in Verona und stellten übereinstimmend fest, daß die Dorferneuerung ein mitteleuropäisches Anliegen sei. „Die Wiedergewinnung und Erhaltung ländlicher Siedlungen sind

eine Frage des Einkommens der ganzen ländlichen Bevölkerung,“ heißt es in einer Feststellung bei der Tagung in Verona. In Bayern zum Beispiel bekennt man sich schon lange dazu, daß die Dörfer vor den Städten waren, und daß die Städte vorher Dörfer waren.

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen die Vorstellungen bei der Ortserneuerung über den kulturellen Rahmen etwas hinaus – so scheint es jedenfalls –, denn in jeder Gemeinde – auch in der kleinsten – muß Wohnbaupolitik auch Familienpolitik sein oder auch umgekehrt. Es stellt sich die Frage, ob nicht eine gute Wohnbau- und Familienpolitik auch Kulturpolitik ist. Ich meine es so. Man wird zu dieser Erkenntnis kommen, wenn man über die Zusammenhänge nachdenkt und mit der Aktion „Ortsidee“ beginnt. Aus der Ortsidee oder den Ortsideen kann die Ortserneuerung entstehen.

Auf Initiative des jetzigen Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Riegler wurde schon 1985 mit neun steirischen Gemeinden als Testgemeinden die Ortserneuerung begonnen. Die Ergebnisse waren so interessant, daß die Aktion durch Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller fortgesetzt wurde und heute bereits 40 steirische Gemeinden umfaßt. Dipl.-Ing. Dieter Schöller vom Steirischen Volksbildungswerk ist mit der Einbringung seiner Ortsideen ein versierter Ratgeber gerade für diese Gemeinden.

Der Europarat, meine sehr verehrten Anwesenden, mit seinen 21 Mitgliedsstaaten veranstaltete 1987 und 1988 eine „Kampagne für den ländlichen Raum“, kurz „Landkampagne“ genannt. Der Vorsitzende des österreichischen Nationalkomitees für diese Kampagne ist Nationalratsabgeordneter Dr. Sixtus Lanner. Mit ihm haben wir einen guten Anwalt unserer Sache im Europarat.

Der Allgemeinheit ist es wahrscheinlich nicht allzu bekannt, daß es im Rahmen der europäischen Landkampagne 132 eingereichte Demonstrationsprojekte gab und von den 13 herausragendsten Projekten das Pilotprojekt „Natur- und kulturkundlicher Speicher Halbenrain“ die höchste Wertung erhielt.

Wesentliche Elemente der Kampagne, wie Naturschutz, Kulturförderung, Schutz des baulichen Erbes, Geschichtsbewußtsein, Verbindung von Mensch, Landwirtschaft und Umwelt sowie Bildung und Ausbildung von jungen Menschen, waren für diese Auszeichnung ausschlaggebend.

Die Patronanz über die Aktion „Ortserneuerung in der Steiermark“ hat Landeshauptmann Dr. Josef Krainer inne.

Professor Max Mayr als Präsident des Städteforums hat eine wichtige Verbindungsfunktion Stadt–Land übernommen. Also, möchte ich feststellen, sind europäisch, national und regional die besten Ansätze für die Ortserneuerung gegeben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch ganz offen ein Wort des Geschäftsführers der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik, Dipl.-Kfm. Ernst Scheiber, zitieren, der zur Ortserneuerung wörtlich folgendes sagte: „Wenn das Dorf und die Stadt Chancen zum Überleben haben sollen, muß es gelingen, den Zeitgeist zu korrigieren. Die Dorferneuerung ist ein Ansatz zur Änderung die-

ses Zeitgeistes. In diesem Sinn müssen wir ankämpfen gegen die Urbanisierung und Entkernung des Dorfes, gegen die überwiegende Dominanz der Ökonomie über die Ökologie und gegen den Vorrang des Technisch-Funktionalen vor dem Schönen.“ Sicherlich ein offener Ausspruch, eine Warnung und eine Richtungsweisung zugleich, meine ich.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich wollte also in dieser Kulturdebatte kurz über den ländlichen Raum und seine kulturelle Bedeutung reden. Ich wollte von den guten Geistern reden, die da tätig sind in der Ortsbildpflege, in der Denkmalpflege, in den Heimatmuseen – wie es schon Vorredner vor mir getan haben –, im Verein für Ortsbildschutz. Dieser Verein besteht übrigens seit elf Jahren und hat wertvolle Arbeit für den Ortsbildschutz geleistet. 48 Schutzgebiete sind bisher rechtskräftig geworden. Ich wollte weiters von 14.000 Blasmusikern berichten und reden und von ebensovielen Musikschülern in den Volksmusikschulen. Ich darf dankend erwähnen, daß diese Förderung um 9 Millionen Schilling für 1989 angehoben wurde. Ich wollte berichten von 8000 Sängerinnen und Sängern in den Gesangsvereinen und vielen kleinen Musikgruppen, welche die Kultur und das Kulturgesehen im ländlichen Raum beleben, mitgestalten, ohne daß man presseträchtige Aktionen setzen muß. Nicht zu vergessen die vielen Laienspieler ebenfalls in den Laienspielgruppen in den ländlichen Räumen. Alle diese großen und kleinen Künstler, wie man sie nennen kann, sind Menschen, die Heimat gestalten, Heimat ausstrahlen und für sich selbst keine besonderen Ansprüche haben und mit ihrer idealistischen Arbeit zufriedene Vorbilder sind. Wenn es schon im Landesvoranschlag nicht im gleichen Maße möglich ist, das finanziell zu fördern – für das, was möglich war und was möglich ist, möchte ich sehr herzlich danken. So soll man all den Menschen wenigstens mit gesprochenem und geschriebenem Wort danken. Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.43 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Herrmann (14.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich melde mich zur Gruppe 3 zum Ansatz Förderungen für die Musikkapellen zu Wort, da ich der Meinung bin, daß dieser Ansatz zu gering veranschlagt ist. Wenn man weiß, wie hoch die Anschaffungskosten für Notenankauf, Instrumentenkauf, ganz zu schweigen von einem Trachtenankauf sind, je nach Stärke bis zu 500.000 Schilling, so ist eine veranschlagte Summe von 1.513.000 Schilling für zirka 396 Musikkapellen zu wenig. Es ist nicht meine Art zu sagen, wir wollen das, und nehmt denen das weg. Doch auf Grund der finanziellen Lage des Landes wird sicher ein interner Ausgleich gefordert. Ich weiß, ich werde nicht den Beifall der Stadtpolitiker ernten, aber ich glaube, es müßte ein interner Ausgleich von der „Styriarte“ oder vom „steirischen herbst“ gefordert werden. Es ist wirklich nicht einzusehen, daß die Musikkapellen 1,5 Millionen Schilling bekommen, die „Styriarte“ 6 Millionen Schilling oder der „steirische herbst“ 8 Millionen Schilling. Die Blasmusikkapellen sind in

unseren Landgemeinden die Kulturträger Nummer eins. Die Musiker dürfen doch nicht dafür bestraft werden, daß sie in der Bevölkerung beliebt sind, und wenn sie um Spenden anfragen, sollen sie diese auch gerne erhalten. Ich bin der Meinung, hier gehört ein gerechter Ausgleich her, und jene Gruppen, die die „Styriarte“ oder den „steirischen herbst“ besuchen wollen, sollen demgemäß einen angemessenen Preis bezahlen. Unsere Künstler, unsere Musiker und jene von den Brauchtumsgruppen investieren nicht nur sehr viel Freizeit, sondern auch sehr viel eigenes Geld, und ich glaube, das Land sollte diese Leistungen durch die zuerkannten Mittel anerkennen. Zu diesem Zwecke haben wir einen Antrag und auch einen Resolutionsantrag gestellt. Ich darf mich dafür bedanken, daß hier auch die ÖVP und die FPÖ mitgegangen sind. Ich möchte aber appellieren: Es soll eine kräftige Erhöhung ausfallen, und nicht nur eine Alibihandlung sein!

Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Ich bin nun ein Jahr im Landtag und höre die schönen Reden. Machen wir zu den Blasmusikertreffen nicht nur schöne Sonntagsreden, sondern bringen wir auch etwas in Bewegung. Auch einen Appell an die Regierung, Landeshauptleute und die Kollegen: Ich möchte eure Gesichter sehen, wenn ihr draußen eine Ortschaft besucht und dort statt mit zünftiger Marschmusik mit Affengekreische empfangen werden würdet. Daher nochmals an alle: Anerkennen wir die Leistungen unserer Musik- und Brauchtumsgruppen, und erhöhen wir ihre Mittel.

Gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur gestrigen Rede des Herrn Abgeordneten Schützenhöfer. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß Politiker seines Schlages, bevor sie Politiker oder Abgeordnete werden, eine Schauspielschule besuchen. (Beifall bei der SPÖ.) Denn wie er gestern im Brustton der Überzeugung Unwahrheiten gesagt oder einfach vergessen hat, ohne rot zu werden, das muß ein Schauspieler sein! Ich bin der Meinung, daß er sicher nicht gelogen hat, denn ein sogenannter christlicher Gewerkschafter darf ja nicht lügen! Wenn er aber nicht gelogen hat, dann muß er vergessen haben, wie es in unserem Bezirk draußen aussieht. Wenn er es vergessen hat, dann möchte ich ihm Beispiele von unserem Bezirk sagen. Nummer eins: die Bezirkshauptmannschaft Hartberg, die Einstellungen. Der letzte Sozialist, der in der Bezirkshauptmannschaft gearbeitet hat, ist 70 Jahre. (Abg. Kanduth: „Wer ist das?“) Ich hoffe, daß nach dem neuen Personaleinstellungsgesetz bald auch eine Sozialistin oder ein Sozialist eingestellt wird. (Präsident: „Herr Kollege Herrmann, Sie müssen zur Sache sprechen!“) Herr Präsident, ich bin gestern nicht mehr darangekommen, ich möchte es heute tun. Darf ich fortfahren? (Präsident: „Dann hätten Sie sich zu Wort melden müssen!“ – Abg. Grillitsch: „Du hast ein Kapitel verschlafen! Das ist schon vorbei!“) Ich freue mich auf das neue Personaleinstellungsgesetz und bin sehr gespannt, wann die erste Sozialistin oder der erste Sozialist in der Bezirkshauptmannschaft eingestellt wird. Denn wie hat Schützenhöfer gesagt? Das Parteibuch darf nicht zum Nachteil gereichen. Das gleiche ist im Landeskrankenhaus Hartberg. Weil er gesagt hat, in der Obersteiermark werden Kandidaturen abgewürgt. Auch hier wurde eine unabhängige Liste abgewürgt. Das gleiche ist bei der Triumph. Das wollt ihr

nicht gerne hören. Auch wir haben kleine Erfolge. Denn auch die Arbeitnehmer des Bezirkes sehen, daß wir das ganze Jahr dort sind und der ÖAAB nur alle vier Jahre Mandate absammeln kommt. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 14.49 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (14.50 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Keine Angst, ich bin kein Arbeiterkammerangestellter, oder sei es die Gewerkschaft, deshalb werde ich es mir nicht erlauben, daß ich das Thema Kultur in eine so polemische Phase hineinbringe. Ich glaube, es ist heute sehr sachlich zur Kultur gesprochen worden, und die Kultur in unserem Lande verlangt eine Sachlichkeit und sie verdient sie bitte auch. Ich möchte bei der Gelegenheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, einen herzlichen Dank der Steiermärkischen Landesregierung sagen, und allen voran dem Verantwortlichen für dieses Referat, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, für die Pflege dieser Kultur im Lande und auch für die Ansätze, für die er budgetmäßig vorgesorgt hat, im vorigen Budget und im heurigen Budget, für die kommende Landesausstellung „Münzen, Menschen und Märkte“. Herr Kollege, wenn Sie sich die Zeit nehmen und vielleicht diese Landesausstellung besuchen in einer Stadt, die die älteste Tradition, was Handwerk und Handeln anlangt, hat, dann werden Sie dort auch die Kulturpflege näher kennenlernen, wie sie sich im Lande Steiermark vollzieht. Ich glaube, man muß die Kultur mit der gesamten Wirtschaft sehen. Wir haben auch diese Landesausstellung – der Herr Abgeordnete Sponer hat schon positiv darauf hingewiesen – in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung vorbereitet, wo alle mittun. Und wenn es anfangs auch Schwierigkeiten gegeben hat, so ist letztlich die Gemeinsamkeit doch zustandeg gekommen, weil man auch einen entsprechenden Menschen eingebaut hat, der von Organisation etwas versteht und der weiß, daß solche Dinge, was Kultur anlangt, über die parteipolitischen Grenzen hinweg organisiert werden müssen. Die Landesausstellung ist bestens vorbereitet mit 30 Begleitveranstaltungen, und es werden die vom Land immer geförderten Vereine, seien es Sänger, seien es Musikkapellen, auch dort zum Ausdruck bringen, wie sie vom Land Steiermark immer unterstützt werden.

In dem Sinn lade ich Sie herzlich ein, diese Landesausstellung in Judenburg auch zu besuchen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig.

Abg. Zellnig (14.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte zum Herrn Abgeordneten Neuhold, der sehr vieles von dem gesagt hat, in bezug von Dorferneuerung, noch einige Ergänzungen anbringen.

In den letzten 40 Jahren hat sich im ländlichen Raum ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Die Bedeutung

der Landwirtschaft ging zurück, die weitaus überwiegende Mehrheit aller Beschäftigten im ländlichen Raum, insbesondere im Dorf, gehört nicht mehr der Landwirtschaft an, sondern sind im Dienstleistungssektor, im klein- und mittelbetrieblichen Bereich, im strukturierten Gewerbebereich tätig. Das typisch bäuerliche Dorf ist kaum mehr zu finden. Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende und ihre Arbeitsstätten prägen heute das Bild des ländlichen Raumes. Der Strukturwandel im ländlichen Raum führte zum Funktionswandel des Dorfes. Das Dorf erfüllt nur mehr Teilbereiche seiner früheren Funktion. Im Dienstleistungsbereich haben die Dörfer Einrichtungen wie Schulen, Sicherheitsdienststellen, Verwaltungseinrichtungen an höhere, zentrale Orte abgeben müssen. Die Wirtschafts- und Versorgungsbereiche haben sich im ländlichen Raum unterschiedlich entwickelt. Im Osten Österreichs ist eine zum Teil starke Abnahme, im Westen konnten Arbeitsplätze und auch kulturelle Einrichtungen im Dienstleistungsbereich zusätzlich geschaffen werden. In der Steiermark haben wir auch ein Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen. Die Dorferneuerung, verstanden als umfassende Verbesserung der Bausubstanz ländlicher Siedlungen, hat viele wirtschaftliche Effekte, von denen die Beschäftigungseffekte am unmittelbarsten und auch am wahrscheinlichsten sind. Dorferneuerung, so verstanden, würde auch zur Belebung lokaler Wirtschaftskreisläufe führen und zur Steigerung lokaler Wertschöpfung beitragen. Die längst überholte ideologische soziale Organisationsform kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß das bäuerliche Dorf, der bäuerliche Familienbetrieb als das Grundmuster menschlichen Zusammenlebens angesehen wird, wobei die Selbstverwirklichung, die Einheit mit der Natur, die Überschaubarkeit des Lebensraumes, die Autonomie der Lebensführung in der Wärme nachbarschaftlicher Gemeinschaft, kurz gesagt ein autonomes, konfliktfreies, liebliches, befriedigendes Leben, durch das Dorf garantiert sei. Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Dorf gibt es nicht, dieses Dorf hat es auch nie gegeben. Alle, die das Dorf in der Diskussion über die Dorferneuerung so darstellen, schaden den Menschen, die im Dorf leben. Sie enttäuschen aber auch jene, die ins Dorf gehen wollen, indem ihnen Erwartungen vorgegaukelt werden, die es nicht gibt.

Ich glaube, der ländliche Raum, das Dorf, die Dorferneuerung brauchen eine umfassende Demokratisierung, eine Durchflutung aller Lebensbereiche mit dem Prinzip der sozialen Demokratie. Diese kann nur von den Menschen am Land und von den Bauern im bäuerlichen Bereich selbst getragen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen eine Dorferneuerung; sie wird aber nur möglich sein, wenn die herrschenden Institutionen geändert werden. Aus diesem Grund müssen Parallelstrukturen geschaffen werden. Ansätze für solche Strukturen gibt es in Österreich, aber auch in der Steiermark – wir brauchen sie nur zu fördern. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.57 Uhr.)

Präsident Zdarsky (14.57 Uhr): Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (14.58 Uhr): Zur Kultur möchte ich das auffangen, was der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl gesagt hat, ich möchte dem voll beipflichten: Im Joanneum sind wertvollste Kulturgüter, und ich sehe daher nicht ein, daß dort wirklich offensichtlich und vorsätzlich mit dem Feuer gespielt wird – im wahrsten Sinne des Wortes. Kulturell gesehen ist der Innenhof des Joanneums wert, kulturell erhalten zu werden, erhalten zu bleiben und jenen Leuten – nicht nur den Grazern –, die kulturelle Sehenswürdigkeiten in Graz suchen, frei zugänglich zu sein. Dieser Hof des Joanneums ist verparkt (Abg. Dr. Pfohl: „Soll wieder hergestellt werden!“), verbarrikadiert mit Beamtenautos – ich habe Fotos davon, es ist eine kulturelle Schande, solche Stätten der Kultur dem Individual-Beamten-Kfz-Verkehr preiszugeben. Die Leute, die dort arbeiten, werden auch auf ihrem Arbeitsplatz behindert, und diese ganzen Stickoxide, die dort im Innenhof aufsteigen, sind in der Lage, durch Übergang von NOX in schwefelige und salpetrige Säure, vor allem beim Kfz-Verkehr, die Fassaden mit einem gewissen Vorsatz zu schädigen. Wir müssen auch schauen, daß wir diese kulturellen Güter erhalten, Herr Abgeordneter Dr. Pfohl, und da hilft an und für sich jetzt keine Zwischenrede. Sie haben vielleicht mit Feuergefahr etwas anderes gemeint. Ich meine aber, wenn dort einmal ein Pkw zu brennen anfängt, ist das auch nicht angenehm.

Das gleiche gilt für die kulturelle Sehenswürdigkeit, der Innenhof des Palais Attems: verbarrikadiert mit Beamtenautos. Das ist nicht notwendig! Sie können hingehen, Sie können jetzt einmal einen Abstecher machen – Sie sind in fünf Minuten dort –, oder am besten ist es in der Früh, wenn Sie das machen, wenn die Leute kommen – auch im Joanneum. Hier sollte man auch kulturell dafür Sorge tragen, daß unsere Stadt und ihre kulturellen Sehenswürdigkeiten erhalten bleiben. Das ganze mit dem großen Landhaushof hat ja eingeschlagen, und ich möchte auch die Anregung machen: Auch der kleine Landhaushof – auch wenn es nur „klein“ heißt, ist es doch Schönheit im kleinen – sollte auch möglichst frei bleiben. Es ist wirklich nicht notwendig, daß man heute, wenn man vom Privilegienabbau redet, nicht die Möglichkeit hat – als einzige ist nur mehr die Frau Landesrat Klasnic da (Abg. Dr. Pfohl: „Auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth!“), der Herr Landeshauptmann Jungwirth ist da, aber ich glaube, er residiert nicht so oft da herunter, er ist mehr oben –, daß jeder Politiker einfach aus Gewohnheit in den kleinen Landhaushof fährt. Es gibt genug Aufwandsentschädigung, es gibt genug – (Abg. Weilharter: „Auch die Frau Abgeordnete Kammlander!“) Über die Frau Kammlander rede ich gar nicht; sie ist einmal hineingefahren, und das habe ich ihr abgewöhnt. Sie ist nicht mehr drin gewesen; dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Aber tagtäglich wird dieser kleine Landhaushof als kulturelle Sehenswürdigkeit hier mißbraucht, und ich glaube, es gibt einen Vorschlag – ich bin immer für konstruktive Vorschläge: Wir haben da drüben am ehemaligen Fischplatz die Tiefgarage – ich weiß nicht, wie er heute heißt; Entschuldigung, es fällt mir momentan nicht ein (Landesrat Klasnic: „Andreas-Hofer-Platz!“), also am Andreas-Hofer-Platz – die Frau Landesrat hilft mir –, oder die Tiefgarage der Steiermärkischen Sparkasse. Wenn man schon Banken ver-

politisiert, mit Geldern, mit Zinsenzuschüssen des Landes, und eine Wirtschaftsmilliarde macht, dann sollte man sich einmal mit den Herren Direktoren zusammensetzen, und vielleicht finden wir ein paar Platzerl für unsere Landesräte in der Tiefgarage. (Abg. Dr. Lopatka: „Wohin fährst du denn?“) Ich glaube, das ist möglich, nachdem ja auch die Angestellten der Sparkasse dort ihre Privattiefgaragenplätze haben. Das ist eine Anregung an die Herren Landesräte. Die Politiker sagen, die Leute unten an der Basis müssen mittun, aber es müssen auch die sogenannten Politiker von oben herab mit gutem Beispiel vorangehen, und ich bin überzeugt, Frau Landesrätin, daß Sie das an Ihre Kollegen da in der Runde weitergeben werden und daß uns auch der kleine Landhaushof – schauen Sie bitte hinunter: der Brunnen, die Fassade, das ist alles Kulturgut – erhalten bleibt. Ich bin überzeugt, durch Ihre guten Kontakte zur Steiermärkischen Sparkasse werden Sie es, wenn Sie wollen, schaffen. Danke. (15.02 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem und vorläufig letztem Debattenredner zu dieser Gruppe erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Hirschmann das Wort.

Abg. Dr. Hirschmann (15.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann das relativ kurz machen. Ich möchte nur einige Anmerkungen zum Kollegen Dr. Ficzeko sagen, darf aber zuerst einmal auf Herrn Mag. Rader Bezug nehmen. Wenn auch er sich zum „steirischen Herbst“ bekennt, und ich habe das registriert, dann sind weitere Bekenntnisse nicht mehr erforderlich, ganz im Gegenteil, da muß man schon wieder nachzudenken beginnen.

Jetzt zum Kollegen Dr. Ficzeko: Respekt vor deiner wohlformulierten und auch wohlklingenden Kulturdeskription des Landes und deiner persönlichen Auffassung, aber du erlaubst, daß man doch einige Dinge hinterfragt. Du gehörst zu jener Restspezies von sogenannten echten Linken – auch das respektiere und schätze ich persönlich sogar sehr –, und die wissen, was kulturelle Hegemonie bedeutet, und wissen auch, was der Verlust derselben bedeutet, und das scheint mir eines deiner Hauptprobleme zu sein im Zusammenhang auch mit deiner Einschaltung in die sogenannte steirische Kulturdebatte der letzten Wochen. Etwas kurz formuliert: Dein Unbehagen an der Kultur manifestiert sich am Begriff „mitmischen“. Du bist mir nicht böse, ich habe das genau registriert. Die Kollegen von deiner Fraktion haben das einzige Mal applaudiert, wie eben dieser Begriff von dir von diesem Pult aus erwähnt wurde. Du bist mir auch nicht böse, wenn ich sage, das ist – um mit deinen Worten zu sprechen – ein reduziertes Kunstverständnis aus unserer Sicht und ist aus unserer Sicht geistige Enge und ganz sicherlich nicht das, was wir, gar nicht wir allein, sondern du hast auch den Herrn Präsidenten Dr. Koren zitiert und auch andere aus diesem Land, hier aufgebaut haben und worum uns viele in der Republik Österreich beneiden, das, was wir Kulturpolitik der steirischen Breite nennen. Du bist mir auch nicht böse, wenn ich sage, wir stellen und jeder inhaltlichen Diskussion über Kunst und Kultur in diesem Land, und wir scheuen keinen Vergleich mit der Kulturpolitik in

jenen Ländern der Republik, wo Sozialisten die Mehrheit haben, nicht mit Wien, nicht mit Burgenland und schon gar nicht mit Kärnten. Ich habe da überall genug Bekannte, und wir kennen uns dort sehr gut aus, wie dort Kulturpolitik gemacht wird. Das, meine Damen und Herren, ist nicht Auffassung von Kulturpolitik in diesem Land, jedenfalls solange wir hier die Verantwortung tragen. Ich darf dich noch an eine Geschichte erinnern, du wirst es vielleicht nicht wissen: Kollegen deiner Fraktion in der oberösterreichischen SPÖ haben – ich glaube, es war der Landtagswahlkampf 1985 – gemeint – sie sind damit in die Öffentlichkeit gegangen –, sie wünschten sich eine Kulturpolitik, wie sie in der Steiermark von der steirischen ÖVP betrieben wird. Ich möchte auch ganz offen sagen, natürlich ist vieles in Bewegung geraten in den letzten Monaten, in den letzten Jahren, worüber sich zu diskutieren lohnt. Aber wenn wir sagen, Entpolitisierung in vielen Bereichen, und da meinen wir nicht nur die Kultur, dann mußt du uns glauben, wir meinen das ernst, und ich möchte nicht polemisch oder ironisch argumentieren, wenn ich sage, das ist für einen echten Linken immer schwierig, denn für den ist alles Politik, und deswegen kann es für den Entpolitisierung gar nicht geben. Das ist dein Problem. (Abg. Kammlander: „Herr Dr. Hirschmann, was ist Entpolitisierung?“) Das ist so. Das ist der Unterschied zu uns. Wir haben hier eine andere Gesellschaftsauffassung, bekennen uns aber zum Prinzip, daß die letzte Verantwortung in diesem politischen Bereich natürlich dort liegt, wo sie auch vom Wähler hinlegitimiert wurde. Wenn Herr Prof. Dr. Schilcher meint, wir könnten hier auch einen Akt der Entpolitisierung setzen, dann ist das nur zu unterstreichen. Denn, sei mir nicht böse, man hat schon sehr den Eindruck, daß mangels inhaltlicher Konzeptionen versucht wird, in verschiedenen Gremien, wo wir aus guten Gründen seinerzeit überlegt haben, die auch für alle politischen Parteien in diesem Land zu öffnen, Obstruktionspolitik betrieben wird. Wo einfach gesagt wird, da darf es nicht weitergehen, da muß jetzt einmal ein Riegel vorgeschoben werden. Sie entschuldigen, das ist unser Empfinden, und wenn sich dieses bei uns verstärkt, dann werden wir eben aus unserer Verantwortung heraus bereit sein, hier Maßnahmen zu setzen.

Ein letzter Punkt, weil Sie auch die Klangskulpturen angesprochen haben und ähnliches an Veranstaltungen im Rahmen des „steirischen Herbstes“: Es wäre eine lohnende Diskussion über vieles in diesem Zusammenhang. Aber hier muß ich schon eines sagen: Hier gibt es eine Bringschuld (Abg. Dr. Ficzk: „Ich war dort!“) von Handelnden dort, und ich habe auch deine Stimme zu wenig gehört, wenngleich ich hier ausnahmsweise der Meinung des Herrn Mag. Rader bin, allzuviel sollten Politiker in manchen Situationen nicht reden. Denn gerade im Zusammenhang mit dem, was wir uns in diesem Jahr vorgenommen haben, und ich meine das sehr ernst, wäre ein Schweigen in Trauer und in Nachdenklichkeit oft besser gewesen, als so manche wortreiche Erklärung. Ich möchte mit einem Zitat zum Thema Kunst im öffentlichen Raum schließen, und ich sage zum Schluß, von wem es ist. Du schätzt diesen Herrn zumindest ebenso sehr wie ich, nehme ich an. Ich zitiere wörtlich: „Diejenigen, die den Schutz der Freiheit der Kunst so extensiv interpretieren, daß damit der Künstler und sein Schaffen sakro-

sant und unantastbar werden, erblicken vielfach schon in jeder Kritik an Kunstwerken und Äußerungen, die wirkliche oder angebliche Künstler von sich geben, eine Verletzung der Freiheit der Kunst. Viele Künstler und ihre selbsternannten Beschützer sind häufig hart im Austeilen von Schlägen und Verbalinjuriën, aber empfindlich und wehleidig im Nehmen“. Das Zitat stammt von dem dir, nehme ich an, sehr geschätzten Norbert Leser. (Beifall bei der ÖVP. – 15.09 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Das Schlußwort zu dieser Gruppe hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (15.10 Uhr): Frau Präsident, meine geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir einen Einmischungsversuch in mein eigenes Referat, um die Gedanken des Herrn Dr. Ficzk weiterzuspinnen. Er hat von den Einmischungsversuchen der ÖVP in die Kulturpolitik gesprochen. Ich muß also annehmen, daß das ein Versuch ist, mich in meine eigenen Agenden einzumischen, und mit Ihrer gnädigen Bewilligung werde ich diesen Versuch unternehmen. Ich habe während Ihrer Ausführungen ein bißchen nachgedacht, was der Unterschied zwischen uns beiden ist, denn ich habe auch in jüngeren Jahren sehr viel zusammengelesen, wie Sie auch, und vieles davon geglaubt, manches zu Recht, das ist sehr richtig. Ich habe nur dann eines Tages bemerkt, daß ich ganz schön weit neben dem Leben stehe, daß das Leben sich anderswo abspielt und daß man in der Politik in erster Linie die Leute gern haben und sich sehr um ihre Sorgen und ihre Probleme kümmern muß, daß man sich aber nie einbilden darf, daß man allein den Stein der Weisen gefressen hat. Auf diese Linie habe ich mich zubewegt, und bei dieser Linie bleibe ich auch, und ich glaube, der Hauptunterschied ist in einem Satz leicht gesagt, und das wäre auch die Antwort auf das Referat: Ich bin gegen jede Diktatur, auch gegen die pädagogische. Meine Deklarationen mache ich, wann ich will. Ich halte nichts von den täglichen Sprechdurchfällen mancher Leute, und ich habe einige Deklarationen sehr klar und deutlich über das Problem 1938 bis 1988 in diesem Jahr von mir gegeben. Wer sie hören wollte, der konnte sie hören, wer sie nicht hören will, wird sie nie hören.

Ein paar Worte noch zu unserer Landesausstellung in Bärnbach – wir haben darüber schon einiges gehört –: Es war ein großartiger Erfolg; phantastisch, daß zu diesem Thema 308.000 Menschen in eine Industriezone pilgern. Das ist Anlaß zu großer Freude.

Die Frage der Finanzen ist leicht beantwortet; der Herr Kollege Pinegger hat es schon getan. Ich wiederhole, daß die Baukosten insgesamt um 2,3 Millionen Schilling überschritten worden sind – das hat auch der Herr Landesfinanzreferent bekanntgegeben. Leider war er nicht so fair, den zweiten Teil der Wahrheit dazuzusagen, nämlich daß zugleich die präliminierten Einnahmen dieser Ausstellung um über 6 Millionen Schilling überschritten worden sind. Das heißt, daß die Mehreinnahmen wesentlich höher waren als die Mehrausgaben, und es wäre fair gewesen, wenn man überhaupt dieses Thema anzieht, die ganze Wahrheit

zu sagen, notabene, wo in vergangenen Jahren gerade im Finanzreferat phantastische Überziehungen passiert sind, von denen ich nie gesprochen habe, weil ich mich nicht in fremde Referate einmische. Aber wenn ich eines Tages dazu gezwungen werde, dann tue ich es eben: Mit den phantastischen Überziehungen in Loipersdorf, in Bad Aussee, am Loser und in der Stempfergasse, die in die Hunderte Millionen gegangen sind und an denen das Finanzreferat führend beteiligt war, hätten wir zehn Landesausstellungen finanzieren können und noch ein paar „steirische herbste“ darauf. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist die ganze Wahrheit. (Abg. Rainer: „Die besondere Form der Dünnhäutigkeit!“)

Die Schwierigkeiten in Bärnbach waren groß, denn wir konnten nicht vorhersehen, daß eine Halle unter dem Schnee einbricht, wir konnten nicht vorhersehen, daß eine Fabrik von der CA an einen anderen Unternehmer verkauft wird, wir konnten nicht vorhersehen, daß unter dem vorgesehenen Fundament der neuen Halle irgendeine alte Grube aus einer alten Zeit – vielleicht im 19. Jahrhundert – war, so daß wiederum umgeplant werden mußte. Dadurch sind alle in Zeitdruck gekommen: die Architekten, die Planer, die Ausführenden, die Arbeiter, die Handwerker. Sie haben geschuftet und gearbeitet, sie haben Tag- und Nachtschichten eingesetzt, sie haben Überstunden gemacht, damit wir rechtzeitig fertig werden. Das, meine Damen und Herren, war der Grund, und ich glaube, die Investition hat sich gelohnt. Ich glaube, die Investition hat sich für die Weststeiermark gelohnt! Das zum Thema „Bärnbach“ und „Landesausstellung“, und wir freuen uns natürlich auf Judenburg. Ich freue mich sehr über die Berichte der Herren Abgeordneten Grillitsch und Sponer, daß hier also an Ort und Stelle diese Initiative so gut aufgenommen wird, denn wir wollen ja keine Beglückter sein. Wir stellen was hin, wir kommen mit Ideen – in Ordnung –, aber wir wollen vor allem, daß die Leute selber aufgeweckt werden und selber etwas anpacken, optimistisch werden und etwas tun, in die Hand nehmen. Das ist in der Weststeiermark passiert, das war schon in Riegersburg der Fall, und das passiert offenbar ganz stark in Judenburg und in der Region Judenburg. Wir freuen uns darüber, und wir freuen uns auf diese Ausstellung, auf die Menschen, auf die Münzen, auf die Märkte in Judenburg. Die Eröffnung findet am 29. April 1989 statt; alle sind schon heute dazu herzlich eingeladen.

Nun ein paar Worte zum „steirischen herbst“ – zuerst einmal zur Sache: Ich glaube, man darf sagen, daß der „steirische herbst“ 1988 wiederum sehr spannend und erfolgreich verlaufen ist. Er hat starke Diskussionen angeregt, und das war gut so. Nicht immer waren die Formen glücklich, aber die Diskussionen waren wichtig, und wir stehen dazu. Provokationen sind nie kalkulierbar, Herr Abgeordneter Mag. Rader; da machen Sie sich völlig falsche Hoffnungen. Das ist ja eine der Charakteristiken des „steirischen herbstes“ immer wiederum gewesen, daß er etwas Neues oder völlig Unbekanntes eingeladen hat, hat machen lassen und damit riskiert hat. Im nachhinein ist jeder viel gescheiter, aber im voraus ist es nicht zu prognostizieren, was passiert und wie es über die Bühne gehen wird. Diese Risiken sind nicht kalkulierbar, und sie sollen es auch nicht sein – auch in Zukunft nicht!

Wir haben im Inland und im Ausland ein großes Echo gehabt. Man könnte wiederum eine Vielzahl von Medienberichterstattungen aufzählen. Ich selber habe bei einer Pressekonferenz in München gesehen, wie groß nicht nur das Interesse der Journalisten draußen war, sondern wie gut die über den „steirischen herbst“ informiert waren und wie differenziert sie auch geurteilt haben – pro und kontra. Es war äußerst eindrucksvoll.

Die Finanzen des „steirischen herbstes“ sind in Ordnung, sie sind seit 20 Jahren in Ordnung, und die Organisation ist auch in Ordnung. Ein schlagkräftiges Team, das oft unter größten Schwierigkeiten, unter größten Zaubereien den „steirischen herbst“ realisiert. Diskussionen um den „steirischen herbst“ sind wir seit jeher gewohnt, und wir schätzen sie auch. Wir schätzen natürlich am meisten die Diskussionen mit jenen, die wirklich über den „herbst“ informiert sind – auch wenn sie Gegner sind, na klar, aber das ist wirklich aufregend. Da gibt es die Auseinandersetzung, die geistige Auseinandersetzung, um die unser Bundesland tatsächlich oft von außen beneidet wird. Das stimmt, was Dr. Hirschmann gesagt hat.

Es hat immer prinzipielle Gegner gegeben, mit denen hat es auch die Auseinandersetzung gegeben. Es waren Gegner von außen, die den „steirischen herbst“ am liebsten abgeschafft hätten, weil er ihnen überhaupt nicht gepaßt hat und weil sie geglaubt haben, das Abendland gehe mit dem „steirischen herbst“ zugrunde. Die Situation hat sich insofern gedreht, als es jetzt nach dieser äußeren Opposition eine innere Opposition im „steirischen herbst“ gibt, daß von innen her gegen den „herbst“ Politik gemacht wird, und die ganzen Vorgänge rund um die Intendantenbestellung gehen darauf zurück. Ich möchte für mich in Anspruch nehmen, daß ich – wie immer – versucht habe, zu den politischen Partnern fair zu sein. Ich habe sie rechtzeitig vor der ganz entscheidenden ersten Sitzung über die Bestellung des Intendanten informiert – auch Ihre Frau Kollegin Frick und auch die Herren Landesrat Dr. Klauser und Bürgermeister Stingl –, eine Woche, damit sie Zeit haben zu überlegen, mit der Bitte, mir zu sagen, wie ihre Meinung ist – vor dieser Sitzung –, damit wir eben nicht in eine Situation kommen, die so aussieht, daß der eine den A, der andere den B haben will, der eine ist dann der Schwarze, der andere der Rote – das ist ein Wahnsinn, haben wir im „steirischen herbst“ nie gehabt und nie gewollt und nie so verfolgt, aber es ist eben nicht so gelaufen. Es wurde das Angebot nicht angenommen. Ich habe keine Antwort bekommen, und erst in der offenen Sitzung wurde mir plötzlich ein anderer Kandidat serviert, und zwar ein sehr schätzenswerter Künstler, der heute schon genannt worden ist und der sehr darunter gelitten hat und noch leidet, daß er in dieser öffentlichen Diskussion mißbraucht worden ist. Denn die sozialistische Fraktion hatte mit ihm vorher nicht Kontakt aufgenommen und mit ihm nicht gesprochen. Er hat es erst aus der Zeitung erfahren, und ein führendes Mitglied der SPÖ-Fraktion im Präsidium des „steirischen herbstes“ hat ihm auf die Frage: „Wie ist das eigentlich zu verstehen, daß ich nominiert worden bin?“ geantwortet: „Lieber Herr, Sie waren nur Spielmaterial.“ Sie waren nur Spielmaterial, meine Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Das werden wir überprüfen.“)

fen! Sagen Sie, wer das war!") Das hat der Herr Landesrat Dr. Klauser zum Herrn Kriesche gesagt. Überprüfen Sie das. „Sie waren nur Spielmaterial“, und das ist die Situation, in die wir geraten sind. Das heißt, daß für einige Leute der „steirische herbst“ nur mehr Spielmaterial geworden ist. Es geht nicht mehr um eine Sache, sondern nur mehr um ein Spielmaterial. (Abg. Mag. Rader: „Es haben sich alle zuviel gespielt!“) Sie machen es sich sehr leicht. Ich bin 18 Jahre dabei. Ich glaube, ich darf behaupten, daß ich nicht mit dem „steirischen herbst“ auf so jämmerliche Weise gespielt habe. Aber es gibt Leute, die es nicht aushalten, daß wir eine offene Kulturpolitik haben. Das ist der wahre Grund. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Situation, ganz einfach geschildert. Der „steirische herbst“ 1989 ist programmiert. Vujica hat das Programm im Mai des vergangenen Jahres vorgelegt, und es ist gebilligt worden, wie es sich gehört. Wenn er nach Wien gehen sollte, wie er es will, mit Februar 1989, wird er zu garantieren haben, daß die Vorbereitung und Durchführung weiter läuft mit dem Team, das ja vorhanden ist. Wenn das glaubwürdig versichert wird, dann kann man über diese frühzeitige Lösung des Vertrages sprechen. Das wird sich in allernächster Zeit zeigen. Für das Jahr 1990 habe ich im Auftrag des Präsidiums den Herrn Horst Gerhard Haberl mit der Planung und Durchführung des „steirischen herbstes“ betraut. Ein hochqualifizierter Mann mit reichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Moderne, der in der Vergangenheit mehrere wichtige Beiträge zu „steirischen herbsten“ organisiert hat. Es war leider nicht möglich, über seine Qualifikation in dieser ganzen Intendantendiskussion zu sprechen, denn die steht wirklich außer Zweifel.

Mir ist niemand Ernstzunehmender bekannt, der gesagt hätte, der ist unfähig, der schafft das nicht, den können wir nicht brauchen. Er ist ein Mann, der aus Graz, aus der Steiermark kommt, was in meinen Augen ein bestimmter Vorteil ist. Ich glaube nicht, daß es gut wäre, irgend jemanden einzufliegen aus der Ferne, der uns dann vielleicht ein Festival organisiert, das er genauso gut in Frankfurt, München oder Duisburg auf die Beine stellen könnte. Es sollen schon nach wie vor die schöpferischen Kräfte des Landes hier angesprochen und zusammengefaßt werden. Das ist eine der Grundsäulen des „steirischen herbstes“. Dazu kommt natürlich der internationale Anspruch und das Kontrastprogramm. Dazu stehen wir auch in Zukunft. Ich bin davon überzeugt, daß er 1990 sehr gut vorbereitet wird. Er wird in einiger Zeit darüber zu berichten haben. Wir wären nur schlecht beraten, wenn wir nicht in sehr naher Zukunft uns über die weitere Folge entschieden. Es ist klar, daß man auch über 1991, 1992 sehr schnell zu Entscheidungen kommen muß. Denn ein Fleckerlteppich darf der „steirische herbst“ nicht werden. Ich hätte mir also einen anderen Beitrag erhofft. Einen Beitrag von Ihrer Fraktion, einen kritischen Beitrag, aber einen Beitrag, der ein bißchen stolz gewesen wäre auf diesen „steirischen herbst“, der 20 Jahre so viel Bewegung und so viel Echo im In- und im Ausland gebracht hat, der Maßstäbe gesetzt hat, denen andere nachfolgen. Wenn Sie ein bißchen die Szene beobachtet haben, haben Sie gesehen, daß gerade jetzt unter dem Titel „Wien modern“ eine Art Musikprotokoll in Wien über die Bühne gegangen ist.

Das haben wir längst hinter uns. Dort wurden als moderne Komponisten Ligeti aufgeführt und Haubstock-Ramati und Cerha und Berlioz und Nono. Das ist für uns längst eine Selbstverständlichkeit. Die sind im Musikprotokoll des „steirischen herbstes“ Klassiker. In der Bundeshauptstadt werden sie unter dem Titel „Wien modern“ gespielt. Das ist keine abschätzige Bemerkung gegenüber Wien, aber es ist eine stolze Bemerkung gegenüber Graz und der Steiermark. Ich glaube darüber sollte man sich mitfreuen können, wenn man das kann, aber das ist für einige wenige das Hauptproblem geworden, um das sie nicht mehr herumkommen. Ich erinnere mich an manche Diskussionen hier in heißen Jahren des „steirischen herbstes“, wo auch eine Abgeordnete der sozialistischen Fraktion durchaus distanziert und ohne jede Umarmung Stellung bezogen hat, aber diesen „herbst“ mitgetragen hat, die Frau Abgeordnete Hartwig, in Diskussionsbeiträgen von hoher Qualität. Das würden wir uns wieder wünschen, wenn wir diesen „herbst“ zusammen weitertragen. Ich biete die Zusammenarbeit an. Denn wir glauben an diesen „steirischen herbst“. Er muß leben, er soll leben! Ich habe schon gesagt, ohne uns würde er nicht existieren, ohne Dr. Hanns Koren in erster Linie, ohne das Land Steiermark, ohne das Kulturreferat des Landes Steiermark. Wir werden ihn weitertragen, das verspreche ich Ihnen. Wir stehen zum „steirischen herbst“. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrammel: „Die leben im steirischen Winter!“ – Abg. Trampusch: „Nach dem Winter kommt der Frühling!“)

Ich sage zusammenfassend, um wirklich auch abzukürzen: Wir werden weiter kräftige Schritte in der Kulturpolitik setzen. Wir stehen zu der Sommerakademie, die zum ersten Mal im heurigen Jahr versucht worden ist. Ein gelungener Versuch. Wir stehen zur „Styriarte“, die sehr große Erfolge zu verzeichnen hat. Man sollte auch ein bißchen – Herr Dr. Ficzkó – ein Klischee überdenken, das so herumgeistert und auch hinterfragt werden muß, nämlich das berühmte Klischee von der reproduzierenden Kunst. Fragen Sie einmal so einen jungen Musiker, Sänger, Schauspieler, wie er dazu steht, wenn man ihn als Reproduzierenden bezeichnet und damit zugleich meint, er wäre ein Zweitklassiger. (Abg. Dr. Ficzkó: „Das ist eine Unterstellung! Ich habe nur vom Verhältnis gesprochen, über das man reden muß. Das ist ein Unterschied!“) In Ordnung, nehme ich zur Kenntnis. Dazu muß man allerdings sagen, eines der Hauptprobleme in diesem Zusammenhang ist das Theater. Ich zitiere nur diesen größten Posten. Das Theater ist heutzutage ungeheuer aufwendig geworden, und zwar nicht wegen der Bühnenaufwände, da gibt es Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Das ist nicht der Fall. Die Schauspieler bei uns in Graz sind leider noch immer sehr schlecht bezahlt. Der ganze Apparat rundherum, Bühne, Technik und, und, und, verschlingt große Summen. Das ist ein Problem, das man nicht wegdiskutieren kann. Wenn man das Theater haben will, muß man dazu stehen, oder sonst muß man es zusperren. Es gibt keine Lösung dazwischen. Aber, bitte, vergessen wir eines nicht – und das ist eigentlich der springende Punkt, das wäre mein springender Punkt –: Nach einer genauen Rechnung macht die Gruppe 3, über die wir jetzt gesprochen haben, im ordentlichen Haushalt des Landes 1,74 Prozent aus. In 1,74 Prozent steckt so viel

Sprengkraft; das ist etwas Positives. Auf der anderen Seite geht es um einen Bruchteil des Budgets. Man ist also besser beraten, wenn man jetzt nicht die Produzierenden gegenüber den Reproduzierenden ausspielt, sondern die ganze Kunst, die ganze Kultur in einem nimmt und sagt: „Geht nicht ein Prozent mehr?“, dann haben wir keine Probleme mehr mit vielen Produzierenden, auch mit den Blaskapellen – ich stehe auch zu den Wortmeldungen zugunsten der Blaskapellen, das ist richtig; sie leisten sehr viel und müssen mehr kriegen; dafür müssen wir sorgen, ich gehe damit konform, das ist richtig. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Ich hoffe nur, daß wir das so schaffen, daß wir nicht anderswo bei diesen 1,74 Prozent etwas wegnehmen müssen, sondern daß wir auf die restlichen 98,26 Prozent hinübergreifen können, und mit ein paar Zehnteln von dort schaffen wir das schon, schaffen wir auch vieles, was draußen in den Bezirken geschieht, was zum Teil zitiert worden ist, das ich mit allem Respekt auch zitieren möchte vom Schladminger Musiksommer zu den Feldbacher Festspielen, bis Neuberg und so weiter. Eine Unzahl von Aktivitäten, die mit großen Eigenleistungen der Gemeinden und der Vereine leben, die privat so viel aufbringen und von uns oft nicht sehr gut behandelt werden. Ich gebe das voll zu und bin für jede Verbesserung in dieser Hinsicht zu haben und hoffe, daß wir das mit dem nächsten Budget endgültig schaffen werden.

Nun also, meine Damen und Herren, einen großen Dank allen, die in der Kultur im ganzen Land tätig sind, auf welchen Feldern auch immer, und meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 6, in meinem Büro, in allen untergeordneten oder beigeordneten Stellen, die wir zu verwalten haben, im Landesausstellungsbüro und so weiter natürlich auch. Eine sehr große Phalanx von Mitarbeitern und Schaffenden ist hier zu verzeichnen. Allen denen einen herzlichen Dank, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 15.34 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Pfohl: Ich bitte um Annahme dieser Gruppe.

Präsident Zdarsky: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 3 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Meyer (15.35 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 4 umfaßt die allgemeine öffentliche Wohlfahrt und die Wohnbauförderung mit Einnahmen in der Höhe von 4.481,189.000 Schilling und Ausgaben von 5.730,684.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit diesem Kapitel eingehend befaßt und ersucht den Steiermärkischen Landtag, dieser Budgetgruppe zuzustimmen. (15.36 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer (15.37 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Sozialpolitik hat mehrere Schwerpunkte, wie wir wissen. Einerseits geht es ja darum, finanzielle Hilfe für Menschen zu geben, die nicht durch das Netz der Sozialleistungen aufgefangen werden. Meist betrifft dies ältere Menschen, Arbeitslose, Kranke. Einer der Schwerpunkte besteht in der Behindertenhilfe, die gerade in den letzten Jahren eine enorme Ausweitung erfuhr. Und unsere Gesellschaft schiebt ja heute Gott sei Dank die Behinderten zum größten Teil nicht mehr ab, sondern es wird alles versucht, um sie in die Gesellschaft zu integrieren. Das ist ein sehr mühsamer Prozeß, weil es ja die verschiedensten Behinderungen gibt und Probleme, die damit zusammenhängen, auch auf verschiedene Arten gelöst werden müssen. Hier steht viel weniger die finanzielle Hilfe, sondern die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung, die Bereitstellung von Therapien, Bereitstellung von geschützten Arbeitsplätzen und geschützten Werkstätten und Wohnheimen sowie die Hilfe im täglichen Leben, wie zum Beispiel durch Beseitigung von baulichen Barrieren, beziehungsweise behindertengerechtes Bauen im Vordergrund. Die Steiermark kann, gerade was die Behindertenhilfe betrifft, sicher ein Vorbild für andere Bundesländer sein. Es wurden Schwerpunkte in der Behindertenhilfe gesetzt, die wirklich dazu angetan sind, das Leben behinderter Menschen zu erleichtern. So ist es wichtig, daß eine ausreichende Wohnversorgung für Behinderte gegeben ist, wenn die Eltern verstorben sind. Deshalb ist es notwendig, durch den Bau von Wohnheimen, durch die Errichtung von Wohngemeinschaften, aber auch durch behindertengerechtes Bauen Hilfestellung zu leisten.

Persönlich würde ich mir wünschen, daß schon beim Bau von Wohnungen die Türbreiten so konzipiert würden, daß jederzeit ein Rollstuhlfahrer durch diese Türen kommen könnte. Aus Erfahrung weiß ich, daß der Umbau einer normalen Wohnung in eine behindertengerechte Wohnung sehr, sehr teuer kommt, und es ist eigentlich gar nicht einzusehen, daß man nicht von Haus aus gewisse Dinge, wie eben diese Türbreiten, so plant, daß man nichts mehr umbauen muß, wenn jemand behindert wird, und behindert kann morgen schon jeder sein, der heute noch gesund ist.

Ein wichtiges Projekt in der Behindertenhilfe stellt die geschützte Werkstätte dar, und wir im Bezirk Bruck an der Mur freuen uns natürlich darüber, daß es in Kapfenberg-Diömlach eine solche geschützte Werkstätte gibt. Wir würden jedoch dringendst die schon vor einigen Jahren versprochene zweite Ausbaustufe brauchen. Viele behinderte junge Menschen warten schon lange auf einen Arbeitsplatz in dieser geschützten

Werkstätte. So ersuche ich Herrn Landesrat Tschernitz, alles daranzusetzen, um diese zweite Ausbaustufe, die schon für das Jahr 1987 vorgesehen war, doch zu erreichen.

Nun zu einem weiteren Punkt der Behindertenhilfe: Schon lange hat man erkannt, daß bei behinderten Kindern die Förderung so früh als möglich einsetzen muß. Auf Grund von Berechnungen an Hand internationaler Statistiken und Erfahrungswerten sind 1,5 Prozent der Kinder im Alter von null bis sechs Jahren behindert. In der Steiermark sind das demnach zirka 1100 Kinder in diesem Alter.

Der Verein „Frühförderung behinderter und behinderungsbedrohter Kinder“ hat sich die Aufgabe gestellt, Voraussetzungen zu schaffen, die eine frühzeitige Förderung dieser Kinder möglich macht. Hier wird besonders die mobile Frühförderung eine große Rolle spielen müssen. Diese mobile Frühförderung, die natürlich speziell ausgebildetes Personal verlangt und braucht, soll die Eltern von behinderten und behinderungsbedrohten Kindern unterstützen und den betroffenen Familien die Bewältigung dieser Situation, nämlich ein behindertes Kind zu haben, erleichtern. Die Eltern sollen aktiv bei der Fördertätigkeit ihres Kindes mitarbeiten.

Die Erziehungsberatung ist weiters eine sehr wichtige Komponente der Frühförderung, und die mobile Frühförderung macht es möglich, diese in der vertrauten Umgebung durchzuführen, und soll so früh wie nur möglich einsetzen, da gerade in den so wichtigen ersten Lebensjahren Grundhaltungen und Einstellungen aufgebaut und vermittelt werden. Durch das frühzeitige Erkennen von Behinderungen und eine dementsprechend früh einsetzende Förderung des behinderten Kindes ist es möglich, negative Entwicklungen weitgehend hintanzuhalten und Beeinträchtigungen, die als Folge dieser Behinderung auftreten, zu vermeiden. Wir sehen also, daß sich sehr viele Menschen darüber Gedanken machen, die Behindertenhilfe noch besser, noch effizienter zu gestalten.

Aber neben all diesen Förderungsmaßnahmen ist es notwendig, die behinderten Kinder nicht von den gesunden Kindern fernzuhalten, sondern sie, wo immer es möglich ist, auch in den Kindergärten, in den Schulen, zu integrieren.

Abschließend darf ich feststellen, daß die behinderten Mitbürger gerechte Chancen zur aktiven Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen bekommen müssen und daß bestehende Vorurteile und Unsicherheiten zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen abgebaut werden müssen. Dieser Prozeß muß bereits im Kindergarten beginnen. Durch Aufklärung, durch Information und Erziehung werden wir unser Ziel erreichen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.42 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (15.43 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Den Ausführungen zum Behindertenbereich meiner Vorrednerin ist nichts hinzuzufügen, da hat sie sehr recht. Es gibt aber auch im Budgetkapitel 4 andere Bereiche, wo man leider nicht allein ein Loblied singen

kann und schon Zustände aufzeigen muß, wo man sich fragen muß, ob sich das Land das in Zukunft wird leisten können. Während in den meisten Budgetkapiteln, zumindest ansatzweise, versucht wird, neue Wege zu gehen, um das Budget den neuen Gegebenheiten anzupassen, fehlen mir im Kapitel 4, Soziale Wohlfahrt, diese mutigen Schritte. Eigentlich ist das Gegenteil der Fall. Es geht im Trott 25jähriger Gruberscher Sozialpolitik weiter. (Abg. Erhart: „War das etwas Schlechtes?“) In manchen Bereichen hätte es zu Änderungen kommen müssen. Warten Sie ab, Herr Abgeordneter Erhart. Am Ende können Sie dann beurteilen, ob alles so gut war. Ich stelle das in Frage, ob es gescheit ist, in 25 Jahren in manchen Bereichen keine Neuerungen einzuführen. Ich weiß schon, daß Sie eine Vorliebe haben, an gewissen Strukturen festzuhalten, ein Musterbeispiel war auch die Generalrede. (Abg. Erhart: „Es geht um die Person von Landesrat Gruber!“)

Ich gehe jetzt über zur Person von Landesrat Tschernitz. Aber ich möchte klarstellen, daß Landesrat Tschernitz noch nicht die Hauptverantwortung für das hat, was an Zahlen in diesem Budget festgeschrieben ist. Da sind Zahlen drinnen, die wir uns in Zukunft nicht leisten werden können, Abgeordneter Gennaro. (Abg. Gennaro: „Jugend ist eine Krankheit, die von Tag zu Tag besser wird!“) Bei dir ist die Krankheit schon lange vorbei, Kollege Gennaro! Ich fordere keine Erhöhung des Sozialbudgets. Schließlich nähern wir uns langsam der 2-Milliarden-Schilling-Grenze. Was ich aber fordere, das sind Umschichtungen innerhalb des Kapitels und die stärkere Miteinbeziehung von Privatinitiativen und Selbsthilfeorganisationen, wie die Lebenshilfe Steiermark. Jetzt lassen Sie mich drei Beispiele nennen, und dann, Herr Kollege Erhart und Herr Kollege Schrittwieser und Gennaro, urteilen Sie. (Abg. Erhart: „Es geht mir nicht darum, daß Sie Kritik an der Sozialpolitik üben!“) Ich habe nie von Fehlern von ihm gesprochen. Ich wiederhole mich: Ich habe gesagt, es geht im Trott 25jähriger Gruberscher Sozialpolitik weiter. Ist das schlecht? (Abg. Erhart: „Das klingt irgendwie negativ!“) Wenn Sie so sensibel sind, dann werden die Wege von Landesrat Gruber weiter beschritten. Sind Sie jetzt eher zufrieden?

Ein Beispiel: 1950 ist man zu folgender Regelung gekommen, die folgendes nach sich zieht: Der Beitrag für den Kriegsoferversverband steigt im Jahr 1989 von 3,4 Millionen Schilling auf 4,7 Millionen Schilling, obwohl die Kriegsoferväter zurückgehen. In den letzten Jahren hat Österreich Gott sei Dank keinen Krieg gehabt und keine neuen Kriegsoferväter zu beklagen. Trotzdem bekommt der Kriegsoferversverband von der Rechtsabteilung 9 – für die Rechtsabteilung 9 ist jetzt der Herr Landesrat Tschernitz zuständig – um eine Million Schilling mehr. Die Ursache des Millionengewinns liegt nicht bei zusätzlichen Kriegsopfervätern, sondern bei einer Regelung aus dem Jahr 1950, die meines Erachtens 1988 keine Berechtigung mehr hat. Auf Grund des Kriegsoferväterfürsorgezuschlagsgesetzes vom 20. Juli 1950 wird zur Bedeckung der Ausgaben des Landes für die Unterstützung von Kriegsopfervätern dem Kriegsoferversverband direkt ein zehnprozentiger Zuschlag von der Lustbarkeitsabgabe gegeben, unabhängig von der Zahl der noch lebenden Kriegsoferväter. Ist das sinnvoll, frage ich Sie. (Abg. Schrittwieser: „Eine

Frage: Hast du schon einen Antrag eingebracht, daß man das ändern soll?") Ich stelle es heute fest, weil man auch vom zuständigen Landesrat erwartet, daß es ohne Anträge schneller gehen könnte. Schließlich hat er dafür die Hauptverantwortung, und ich habe Anträge im März zum nächsten Punkt eingebracht. Bis heute habe ich nur einen schönen Brief vom Landesrat Gruber bekommen und sonst nichts. (Abg. Gennaro: „Das ist wenigstens etwas!“) Ich komme dann noch zu meinen Anträgen. Ich rede jetzt zum Sozialressort, und ich freue mich, daß Sie auch manchmal das Schicksal haben. Hilfe für die Kriegsoffer, ja, damit mich niemand falsch versteht, aber mit Maß und Ziel und unabhängig von der Lustbarkeitsabgabe, wenn es in Zukunft geht. Ein zweites Beispiel: Die Landesaltenpflegeheime sind viel teurer als Altenpflegeheime der Sozialhilfverbände oder von Privatinstitutionen. Ja, ich kann sogar ein Beispiel nennen, wo ein Landesaltenpflegeheim doppelt so teuer ist wie ein anderes Altenheim. Mehr denn je wird uns in Zukunft die Versorgung alter Menschen beschäftigen. Das wissen wir, das ist nichts Neues. Die Zahl der Alten wird zunehmen, die der Jungen, die sich für die Alten zuständig fühlen, abnehmen. Die Kinderarmut wird sich auch hier rächen. In den vorhandenen Altersheimen werden wir sicher nicht alle alleinstehenden Alten aufnehmen können. Wir werden uns daher überlegen müssen, wohin mit den alten Menschen, die kein Zuhause haben, und in diesem Zusammenhang die Frage stellen müssen, ob es sinnvoll ist, daß das Land zusätzliche Altenpflegeheime errichtet oder ob es nicht sinnvoller wäre, hier zu einer anderen Konstruktion zu kommen, da die Altenpflegeheime, die außerhalb des Landes bestehen, kostengünstiger sind. Ein Vergleich dazu: Im Bezirksamtsheim des Sozialverbandes Hartberg liegt der Tagsatz zwischen 190 und 270 Schilling. Die tatsächlichen Kosten pro Person pro Tag liegen bei 298 Schilling. Die Anzahl der schweren Pflegefälle ist in Hartberg gleich hoch wie in den Landesaltenpflegeheimen. In Landesaltenpflegeheimen liegt der Tagsatz jedoch zwischen 390 und 480 Schilling, also um rund 200 Schilling höher. (Abg. Erhart: „Wieso ist das um soviel teurer?“) Das werde ich sofort erklären, Sie müssen nur ein bißchen Geduld haben. Die tatsächlichen Kosten pro Person pro Tag liegen laut den Zahlen des Landesvoranschlags zum Beispiel im Landesaltenpflegeheim Knittelfeld – Kollege Erhart, soweit ich weiß, kommen Sie von dort her – bei 597 Schilling. In Hartberg bei 298 Schilling. In diesem Fall sind die Kosten doppelt so hoch. Ich weiß schon, dieser Fall ist ein Sonderfall, weil das Heim nicht ganz belegt und im Umbau ist. (Abg. Erhart: „Das Heim ist schon längst umgebaut! Sie haben alte Unterlagen!“) So steht es im Landesvoranschlag drinnen. Wenn es umgebaut ist, umso ärger. Da hätte ich noch Verständnis gehabt, weil es nicht voll belegt ist. (Abg. Erhart: „Sind Sie der Meinung, daß das Geld beim Fenster hinausgeschmissen wird?“) Sind Sie geduldig! Ich sage nicht, beim Fenster hinausgeschmissen, nur kostengünstiger geführt. Lassen Sie mich weiter fortfahren, warum das der Fall ist. Auch in den anderen Heimen ist es so, daß die Kosten pro Person pro Tag bei 500 Schilling liegen. Im Bezirksamtsheim Hartberg vom Sozialhilfverband liegen sie bei 298 Schilling. Warum ist das so, fragen Sie. Das kann ich Ihnen sagen. Weil in den Heimen der Sozialhilfverbände

viel sparsamer umgegangen wird. Nur ein Beispiel: Bei uns ist es so, daß ein Arzt mit Werkvertrag zur Verfügung steht. In anderen Heimen ist es so, daß ein Arzt ausschließlich für das Landesaltenpflegeheim zur Verfügung steht. (Abg. Erhart: „Das stimmt nicht! In Knittelfeld ist das ein praktizierender praktischer Arzt, der ein paar Stunden tätig ist. Das ist eine theoretische Feststellung von Ihnen, ich aber weiß das aus der Praxis!“) Ich rede aber jetzt nicht nur von Knittelfeld! Darf ich es Ihnen ganz kurz sagen? Schauen Sie sich im Landesvoranschlag die Kosten an und die Begründung. Für die Heime sind mehr als 160 Millionen Schilling veranschlagt. Kollege Erhart, Ihr Heim ist laut Voranschlag das teuerste! Schauen Sie sich die Zahlen an! Noch einmal: Pro Person – rechnen Sie das durch – pro Tag auf Grund des Durchschnittsbelages laut dem Landesvoranschlag, den Sie am Tisch liegen haben, kommen Sie auf eine Summe von 597 Schilling. (Abg. Schrittwieser: „Du mußt erklären, warum der Tagessatz höher ist – weil dort eine bessere medizinische Behandlung mit besserer Ausstattung durchgeführt wird!“) Wollen Sie damit sagen, daß die Heime, die von Sozialverbänden geführt werden, schlechter sind? (Abg. Erhart: „Unterwassertherapien, Friseur und so weiter! Der Rechnungshof hat das alles schon angeschaut. Da kann man das nicht so hinstellen, daß es da gut und dort schlecht ist!“) Nein, schauen Sie, ich sehe das nicht so einseitig. Wissen Sie, worum es mir geht? Wir werden in Zukunft viel mehr alte Personen haben, die in so ein Heim müssen. Und da müssen wir uns fragen: Welche Form der Unterbringung ist die sinnvollste im Sinne dieser alten Personen? Wir werden es uns nicht leisten können, 160 Millionen Schilling jetzt für vier Heime auszugeben, weil wir nachher nicht vier Heime brauchen, sondern fünf, sechs, sieben, acht. (Abg. Erhart: „Ich bin Ihrer Meinung, die gehören alle gefördert! Aber nicht sagen, das sind die guten und das die schlechten Heime!“) Es geht darum, welche Form der Führung der Heime die sinnvollste ist. Genauso wie bei den Krankenhäusern, so geht es auch in diesem Bereich darum, ob es nicht sinnvoller ist, wenn Sozialhilfverbände diese Heime führen. (Abg. Gennaro: „Darüber werden wir noch diskutieren!“) Weil sie kostengünstiger sind. Ich habe mich erkundigt, was die Altenheime bei den Sozialhilfverbänden kosten, und habe mir angeschaut, was im Voranschlag bei den Heimen ist, die das Land führt. Bitte, schauen Sie selbst die Zahlen an, reden Sie mit den alten Leuten. (Abg. Sponer: „Herr Kollege, wissen Sie überhaupt, wovon Sie sprechen?“) Das glaube ich schon. Darf ich Ihnen sagen, warum? Ich mache die Geschäftsführung von so einem Altenheim und bin sehr oft in so einem Altenheim. Letzte Woche hat es eine Versammlung gegeben, wo von allen Heimen Vertreter dabei waren – Bedienstete –, und selbstverständlich habe ich mich erkundigt. (Abg. Sponer: „Wissen Sie überhaupt, welche Heime es gibt?“) Alles weiß ich nicht, nein! (Abg. Sponer: „Was ist mit den Altenheimen, die Gemeinden führen oder private Institutionen, Heime, die von den Verbänden geführt werden? Da haben wir schon drei bis vier verschiedene Typen!“) Ja, das meine ich ja, daß die Kosten günstiger sind. Schauen Sie, es war lange sakrosankt, daß die Krankenhäuser vom Land geführt werden müssen – lange. Jetzt haben wir eine andere Konstruktion gefunden, die sich als besser erweist, und da stelle ich die

Frage, ob man nicht darüber nachdenken sollte, nachdem wir in Zukunft viel mehr Betroffene haben werden, die in Altersheime müssen, ob es gescheiter ist.

Aber lassen Sie mich noch ein drittes Beispiel nennen, vielleicht sind Sie da auch so beharrlich. Einer Pflegemutter zahlen wir im Jahr derzeit um 10.000 Schilling mehr, als uns ein Jugendlicher in einem Landesjugendheim im Monat kostet. 1000 Schilling – lesen Sie im Voranschlag nach – macht bereits die tägliche Pflegegebühr für einen Platz in einem Jugendheim aus, also 365.000 Schilling im Jahr. Wissen Sie, wieviel Geld wir für vorbeugende Erziehungsfürsorge im Voranschlag haben für das gesamte Land? 277.000 Schilling. Ein Zögling in einem Jugendheim ist uns mehr wert als die gesamte Frühförderung im Rahmen der Jugendwohlfahrt. Da haben wir großartige 200.000 Schilling im Voranschlag.

Wir haben also Jugendliche in den Jugendheimen, die nie – (Abg. Sponer: „Mit diesem Argument können Sie das nicht wegwischen, was Sie früher von den Altenpflegeheimen gesagt haben!“) Noch einmal: Auch die Altenpflegeheime sind im Vergleich – und das wiederhole ich – zu den privat geführten – (Abg. Trampusch: „Da sind Sie in einem Wirbel drinnen!“) Nein, ich bin in keinem Wirbel drinnen. Nein, nein. Ich sage noch einmal: Das ist ein weiteres Beispiel, wo vom Land Großheime geführt werden. (Abg. Trampusch: „Sie müssen das analysieren!“) Ich analysiere jetzt, ich versuche fortzufahren. Schauen Sie, ich wiederhole noch einmal: Ein Jugendlicher in einem Jugendheim kostet pro Tag 1000 Schilling. Eine Pflegemutter bekommt für einen gesamten Monat, wenn das Kind unter 12 Jahren ist, 2870 Schilling, ist das Kind über 12 Jahre, 3270 Schilling, also in einem Monat. Ein Jugendlicher in einem Jugendheim kostet uns 30.000 Schilling. Und dann gibt es Fälle, wo Jugendliche in ein Jugendheim kommen, damit man so ein millionenteures Heim füllt, die nur einen Lehrplatz suchen. Ich kenne solche Fälle zur Genüge.

Dort kassiert man nicht 1000 Schilling – Sie haben recht –, denn dort kassiert man nur 660 Schilling Tagsatz. Eine monatliche Lehrplatzförderung für die Jugendheime von 19.800 Schilling, also beinahe 20.000 Schilling. (Abg. Gennaro: „Du kennst dich bei den Dingen nicht aus! Du kannst doch nicht Äpfel mit Birnen mischen!“) Nein, das hat mit Äpfeln und Birnen nichts zu tun! Schau, Kollege Gennaro, in dem Fall geht es darum, daß Jugendliche in Heimen einen Lehrplatz finden, die auf Grund ihrer sonstigen Persönlichkeitsstruktur, einer persönlichen Situation, nicht in ein derartiges Heim gehören. Es gibt zwar einen Erlaß seitens der Landesregierung, nur wird dieser entsprechend ausgelegt, damit auch solche Jugendliche unterkommen, und dann haben wir Förderungen von 19.800 Schilling.

Mir geht es jetzt darum – und da habe ich sehr wohl einen Antrag eingebracht, Kollege Schrittwieser, und zwar schon im März. Ich habe einen Brief von Herrn Landesrat Gruber bekommen, daß er selbstverständlich dem Antrag nachgehen wird, weil ich ihm auch nach dem Antrag geschrieben habe. Nur, bis heute habe ich überhaupt noch nichts gemerkt. (Abg. Schrittwieser: „Wir bekommen nicht alle Anträge!“) Ich bin nicht für alle Anträge von euch zuständig, aber Herr Landesrat Gruber war für den Antrag von mir zustän-

dig. Daher geht es mir darum – und das möchte ich zusammenfassen, um nicht falsch verstanden zu werden –: Es hat keinen Sinn, an Strukturen festzuhalten, die in den fünfziger, sechziger Jahren richtig waren, an Konstruktionen festzuhalten, die irrsinnig teuer sind und wo man sich fragen muß – und die Fragen tun Ihnen schon weh –, ob es nicht andere Konstruktionen im sozialen Bereich gäbe, die kostengünstiger wären, auch bei den Altenpflegeheimen.

Und meine konkrete Frage – und ich komme jetzt schon zum Schluß – ist ja: Herr Landesrat, wie sehen Sie das in Zukunft, weil das eine der Hauptsorgen im sozialen Bereich sein wird? Wie wollen Sie für die vielen alten Personen, für die sich dann niemand zuständig fühlt, in Zukunft die Wohnversorgung sicherstellen? Setzen Sie weiter auf landeseigene Altenheime, werden Sie Anreize für die Sozialhilfverbände beziehungsweise für die Gemeinden bieten, daß diese die Heime errichten, und werden Sie auch versuchen, verstärkt mit privaten Sozialhilfeträgern hier zu arbeiten? Darum geht es mir, weil die Privaten in diesem Bereich – vielleicht bieten sie nicht all das, aber warum sollen dann nur einige Hundert in der Steiermark in den Genuß von dem kommen, was dann einige wenige Landesaltenheime bieten können, während die anderen auf Grund mangelnder Förderung eben das nicht bieten können. Auch hier muß es im Altenbereich, gerade bei diesen hilflosen Personen, Gerechtigkeit geben. Wenn ich „hilflos“ sage, dann stimmt das sehr wohl, denn, wenn ich nur an unser Altenheim im Bezirk Hartberg denke: Jeder dritte stirbt dort innerhalb eines Jahres, nicht, weil das Heim so schlecht ist, sondern weil eben die Personen in einem entsprechend schlechten Zustand in das Heim kommen. 70 sind dort von 160 pflegebedürftig. Mir geht es darum, ob Sie an dem festhalten wollen, was sicherlich gut gewesen sein mag, aber langsam unfinanzierbar wird, im Bereich der Altenheime und genauso im Bereich der Jugendwohlfahrt, oder ob Sie hier neue Schritte gehen wollen. Darauf hätte ich gerne in Ihrer Stellungnahme, Herr Landesrat, eine Antwort. (Beifall bei der ÖVP. – 16.00 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Kollege Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart (16.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Der Herr Kollege Dr. Lopatka hat – und ich bin überzeugt von seinem Engagement, das er an den Tag gelegt hat – sich besonders der Frage angenommen – und so habe ich es verstanden –, ob Landesaltenpflegeheime eigentlich noch sinnvoll sind, wenn Heime zum Beispiel der Privaten, sprich Sozialhilfverband in der Oststeiermark, Hartberg, so viel kostengünstiger sind. Ich habe ja schon in den Zwischenrufen hier gemeint, daß man diesen Vergleich nicht einfach so theoretisch aus Budgetzahlen herausnehmen darf, weil ich davon überzeugt bin, daß das, was in den vier Landespflegeheimen in der Steiermark, und zwar in Knittelfeld, in Mautern, in Kindberg und in Radkersburg, passiert, wirklich Leistungen an den alten Menschen sind, die eben, und zwar unter strenger Kontrolle stehen. Der Landesrechnungshof schaut sich hier ganz genau die Gebarungen an. Es wird hier genauso alles

überprüft, wie bei allen anderen Einrichtungen des Landes, eben auf Grund dieser Pflegeleistungen an den alten Menschen, die diese Kosten verursachen. Ich glaube, es ist eine Milchmädchenrechnung, daß man hier Pflegeheim mit Pflegeheim vergleicht. Ich kann sagen, und das weiß ich aus meinem direkten Bereich, die Kosten des Altersheimes in der Stadtgemeinde Knittelfeld sind wesentlich geringer, weil auch niemals diese Aufwendungen da sind, weil es sich nicht um ein Pflegeheim für schwerst pflegebedürftige Menschen mit all diesen Einrichtungen handelt. Ich habe das auch in meinem Zwischenruf gesagt, in einem Altersheim einer Gemeinde gibt es keine Unterwassertherapie, gibt es diese und jene Einrichtungen nicht, es gibt nicht diese Geräte für einen Menschen, der nur mehr liegend in ein Bad transportiert werden kann. Alle diese Dinge gibt es nicht. Wenn Sie behaupten, wir haben dort einen Anstaltsarzt und dort haben wir keinen, sondern einen Werkvertrag, dann bitte ich Sie wirklich, daß Sie hier genau recherchieren. Ich habe das Beispiel genannt, daß eines der größten Landesaltenpflegeheime, nämlich Knittelfeld, nur einen Anstaltsarzt hat, der gleichzeitig als praktischer Arzt ordiniert. (Abg. Dr. Lopatka: „Mir geht es darum, daß möglichst viele gleich und gerecht behandelt werden!“) Da bin ich durchaus auf Ihrer Welle. Das Grundproblem, daß Sie ansprechen, daß es immer mehr alte Menschen, mehr Pflegefälle werden, sehen wir auf uns zukommen. Wir haben Maßnahmen zu treffen. Das soll wirklich kein Parteienstreit werden, wir werden beides brauchen, die privaten und die anderen. (Abg. Dr. Lopatka: „Bisher sind keine Maßnahmen getroffen worden! Wo sind die neuen Ansätze und die neuen Vorschläge?“)

Herr Kollege, wenn Sie es sich so einfach machen und sagen, die bisherige Grubersche Sozialpolitik da und da uns so weiter, dann wissen Sie wohl, daß Sie hier einem Mann sehr unrecht tun, einem sehr verdienten Mann, der erst vor kurzem aus der Landesregierung ausgeschieden ist, der hier auch mit Ihrem Applaus bedankt wurde für die vielen Jahrzehnte, die er als vorbildlicher Sozialreferent für dieses Land gewirkt hat, nämlich Josef Gruber. Das kann einfach nicht sein, und ich habe auch von Ihrer Seite her keinen besonderen Beifall für Ihre Äußerungen gesehen, ich glaube, daß Sie es nicht so gemeint haben und die Verdienste des langjährigen Soziallandesrates nicht in Frage stellen wollten. Das tut man einfach nicht – ich will Sie nicht schulmeistern –, daß man sagt, die Grubersche Sozialpolitik hat bisher keine neuen Ansätze gebracht und so weiter, und jetzt fragen wir den neuen Soziallandesrat. Sollten Sie mißverstanden worden sein und jetzt meiner Meinung sein, dann haben Sie es wahrscheinlich nicht so gemeint. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben mir wieder nichts Neues gesagt!“) Setzen Sie sich einmal mit den Konzepten, die hier aufliegen, auseinander. (Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist der neue Ansatz, wo gibt es neue Vorschläge?“) Reden Sie einmal mit dem Büro Tschernitz, Sie werden es schriftlich bekommen, was alles geschehen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Im Landtag ist der Gesundheits- und Sozialplan vorgelegt worden – nichts Neues!“) Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas, Herr Kollege: Viele dieser Häuser, die wir als Land – interessanterweise regen Sie sich über Landeseinrichtungen so auf, das kann ich überhaupt nicht verstehen – gehabt haben,

waren jahrelang in einem Zustand, daß sie den Titel „Siechenhaus“, wie er früher üblich war, eigentlich sehr wohl verdient haben. Was unter der sogenannten „Gruberschen Sozialpolitik“ inzwischen passiert ist – aus diesen ehemaligen Siechenhäusern sind Hotels für alte Leute geworden. Das schauen Sie sich draußen in der Praxis an, und nicht nur die Zahlen herausklauben und herumtheoretisieren und sagen, da ist nichts Neues geschehen. Das war das Vordringlichste, daß wir aus den Massenzimmern, wo zehn und zwölf in ein Zimmer gelegt wurden, echte Pflegeanstalten daraus gemacht haben. Das ist hier passiert, und all Ihre Vorgänger haben dem zugestimmt, und wir haben sehr sinnreich viele Millionen Schilling des Landes dafür verwendet, aus diesen Einrichtungen mit einer Negativbesetzung etwas Positives zu machen, wo man gesagt hat, hoffentlich lande ich nicht eines Tages im Siechenhaus, daß die sich heute anstrengen müssen, heute überhaupt hineinzukommen. Wissen Sie überhaupt, wie die Warteliste aussieht? Der Antrag von mir und meinen Kollegen liegt ja jetzt bei der Budgetdebatte auf. Lesen Sie es nach, dort sind die Zahlen drinnen. Dort steht drinnen, daß zum Beispiel in Knittelfeld an die 50 Personen ein Jahr lang warten müssen, um in dieses Heim hineinzukommen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das habe ich ja gemeint!“) In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, daß wir noch viele Nebeneinrichtungen brauchen. Es soll in dieser Frage überhaupt unser Hauptanliegen sein, daß wir mit der mobilen Pflege beginnen. Das ist das billigste. Aber das hat ja alles seine Grenzen.

Ein schwerer Pflegefall, zum Beispiel eine 85jährige wohlverdiente Mutter, die jetzt im Krankenhaus als Pflegefall ein sündteures Akutbett besetzt, daß die, wenn sie jetzt keine Angehörigen hat oder, was bei diesem hohen Alter ohne weiteres möglich ist, selbst schon 60jährige Kinder hat, die auch krank sind und sie nicht mehr pflegen können, daß so ein Mensch es doch nicht verdient, daß jetzt, weil er ein reiner Pflegefall geworden ist und weil der Mensch im Krankenhaus nicht mehr bleiben kann, zu Hause niemand auf ihn schaut, daß wir froh sein müssen, daß wir heute ein Pflegeheim anbieten können, wo solche Menschen behandelt werden. Wir wissen, daß es eigentlich unmenschlich ist, daß hier Anträge so lange liegenbleiben müssen, weil die Nachfrage so groß ist, bis man überhaupt hinein kann. Es ist überhaupt die Frage, die wir uns zu stellen haben. Die Hochkonjunkturen haben sich nämlich von den primitiven Gesellschaften eben dadurch unterschieden, wie sie mit den alten Menschen umgingen. Die Rituale der Altenverehrung haben sich zum Beispiel bei den Chinesen Tausende Jahre nachweisen lassen, und wir haben im Gegensatz dazu bei den nomadischen Völkern gesehen, daß das eine wirtschaftliche Frage war, je nach ökonomischer Funktionstüchtigkeit, wie man mit den alten Menschen umgegangen ist. Jetzt, Hand aufs Herz, wir erinnern uns sehr wohl, es liegt vielleicht 100 Jahre zurück, daß eine ganz andere Entwicklung bei der unsrigen Hochkultur eingesetzt hat, wie wir mit den alten Menschen umgehen. Wir erinnern uns, ob das im ländlichen Bereich war, der sogenannte Einleger von früher bei den Bauern draußen, oder wenn wir an das Industrieproletariat in der Zeit des Frühkapitalismus denken, wie die elendiglich zugrunde gehen mußten. Das alles ist eine geschichtliche Entwicklung der letzten 100

Jahre. Wir wissen ganz klar, daß wir, um uns selbst ein gutes Zeugnis ausstellen zu können, noch viel, viel mehr für diese alten Menschen tun müssen, als was wir bisher schon getan haben. Es ist ganz klar – das haben Sie, Herr Kollege, angeschnitten –, daß die Lebenserwartung ja eigentlich gewaltige Bände in Richtung der Entwicklung spricht. Wenn wir denken, daß 1880 ein Neugeborener eine durchschnittliche Lebenserwartung von 35 Jahren hatte, 1910 eine von 47 Jahren und 1982, also 100 Jahre von der erstgenannten Zahl später, werden Frauen bereits 82 Jahre alt. Das hat sich schon wieder geändert: Frauen 76,8 Jahre alt und Männer 70,2. Das ist eine Folge der verbesserten Lebensbedingungen, der verbesserten Arbeitsbedingungen, der veränderten Ernährungsbedingungen, des steigenden Lebensstandards, wo Sie ja auch als Wirtschaftslandesrätin ein bißchen zuständig sind. Und ich merke aus Ihrem Engagement, weil Sie früher immer Sozialsprecherin waren, wie sehr Sie da bei diesen Dingen mitleben, Frau Landesrat. Das ist außerdem eine Folge der besseren Gesundheitsvorsorge, des Fortschrittes der Wissenschaft schließlich und endlich, und das alles hat die Lebensspanne der Menschen in einem Jahrhundert verdoppelt. Diese Zunahme der Hochbetagten wird laut österreichischer Bevölkerungsstatistik bei den über Siebzigjährigen von derzeit – und jetzt hören Sie auf diese Zahl – 768.000 Menschen auf eine Million ansteigen. Damit wird der Anteil dieser Altersgruppe in der gesamten Bevölkerungszahl weiterhin zunehmen. Diese Prognose erfordert daher, wollen wir eine gute Sozialpolitik machen und wollen wir die gute Sozialpolitik zum Beispiel im Lande Steiermark unter einem Landesrat Gruber fortsetzen – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Landesrat Tschernitz!“) Herr Kollege, bei Ihnen ist mir bisher aufgefallen, daß Sie immer ganz genau zuhören, aber jetzt haben Sie nur mit dem halben Ohr hingehört – die gute Politik eines Gruber werden wir mit dem Kollegen Tschernitz fortsetzen und werden Vorsorge für die ältere Generation treffen.

Und natürlich – jetzt ist der Herr Kollege Dr. Lopatka nicht mehr da, vielleicht ist er noch im Hause (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin da!“), er ist hinter mir; nachdem ich hinten keine Augen habe, kann ich ihn nicht sehen. (Abg. Gennaro: „Er schießt von hinten!“) Nein, nein, der schießt von hinten nicht, da bin ich sicher. Er ist bereits wieder am Weg nach vorne.

Herr Kollege, natürlich wollen wir die mobile und ambulante Betreuung der Menschen, die muß im Vordergrund stehen – da bleiben wir dabei, da sind wir einer Meinung. Das darf aber nicht, bitte, zu dem falschen Schluß führen, daß wir damit auskommen werden. Das kann nicht gehen. Wir werden also die stationäre Behandlung auch in Zukunft brauchen, und zwar in Gemeindealtenheimen, in städtischen Altenheimen, in Sozialhilfeheimen und in den Landesaltenpflegeheimen. Wir werden sie brauchen. (Abg. Dr. Lopatka: „Sind kleine Einheiten nicht besser?“) Herr Kollege, ich schätze Sie als einen jungen Sozialsprecher. Darum wundert es mich, daß bei Ihnen in dieser Frage der Rechenstift so wichtig ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Nicht der Rechenstift!“) Doch, der Rechenstift. Sie kommen damit, indem Sie sagen: Soviel Schilling kostet es dort und soviel kostet es da. (Abg. Dr. Lopatka: „Je kleiner eine Einheit, umso wohler fühlen sich die Menschen!“)

Das sind recht interessante Betrachtungen, da habe ich gar nichts dagegen. Und diese Frage der Kleinheit und so weiter und „little is beautiful“ und diese schönen Sprüche sind alle recht und schön. Ich bin auch dafür, ich bin genauso dafür bei den Krankenhäusern, daß die nicht unbedingt in lauter Großkrankenhäuser umgewandelt werden, und daher bin ich auch dafür, daß wir das alles ein bißchen verlagern – über das alles können wir reden –, nur, wir haben bestehende Einrichtungen, gut geführte Einrichtungen, Einrichtungen, die so sehr begehrt sind, daß sich dort Menschen anstellen. Ich finde das gar nicht richtig, daß das überhaupt notwendig ist, und daher haben wir diese Dinge ein bißchen differenziert zu betrachten.

Die Zahlen habe ich Ihnen ja schon genannt. In Bad Radkersburg zum Beispiel gibt es fünf Vorgemerkte im Laufe einer fünfjährigen statistischen Überprüfung – im Durchschnitt natürlich –, und die warten eine Woche –, in Kindberg sind es bereits 20, die bereits vier Monate warten, daß sie einen Heimplatz kriegen, in Mautern sind es 30, die sechs Monate warten, und im Knittelfelder Heim sind es an die 50, die bereits ein Jahr warten. Daraus ist zu ersehen, daß hier in diesem Einzugsgebiet ein übergroßer Bedarf ist, und das war auch der Grund, daß Abgeordnete der sozialistischen Fraktion in den Landtag einen Antrag eingebracht haben, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, das Erforderliche für die Errichtung eines Zubaues am Landespflegeheim Knittelfeld zur Deckung des übergroßen Bedarfes zu veranlassen. Denn all diese theoretischen Überlegungen sind wunderschön, nur, eine Tatsache ist es – und ich bitte Sie, das ist in meinen Augen menschenunwürdig –, daß dort 50 Leute ein Jahr lang warten müssen. Daß viele vorher versterben, das kann ich mit Zahlen nachweisen, bevor ihr Antrag überhaupt erledigt wird. Erst heute habe ich mich erkundigt: Wieder ist jemand vorher bereits verstorben, nachdem er so viele Monate lang auf einen Heimplatz gewartet hat. Bevor dieser Fall überhaupt erledigt werden konnte, ist die betreffende Dame verstorben. Ich glaube, das ist ja wohl der Gipfelpunkt, daß Leute um einen Pflegeplatz ansuchen und es gar nicht einmal schaffen, da hineinzukommen. Dafür, glaube ich, werden wir neben den vielen anderen, sicherlich notwendigen Ausgaben des Landes auch noch Geld haben, daß wir ein Pflegeheim dementsprechend erweitern können, daß dort Menschen Platz haben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich meinen Beitrag zur Gruppe 4 gesagt haben, möchte noch einmal abschließend bemerken: Der alte Mensch – und das ist eine Frage, wie wir kulturell diese Frage für uns gestellt sehen – muß uns so viel wert sein, daß wir das alles tun, um ihm helfen zu können, vor allem müssen wir ihn die letzten Jahre seines Lebens der Ehre des Menschen gebührend dementsprechend behandeln, und da darf uns kein Preis zu hoch sein. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 16.17 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (16.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ich auch aus dem Bezirk Knittelfeld komme, möchte ich zu unserem Landesalten- und

-pflegeheim sagen, daß ich mich voll dazu bekenne. Es ist ein sehr gut geführtes Heim, es ist ein Heim, in dem wirklich pflegebedürftigste Menschen ihren Lebensabend abschließen können, wo das Pflegepersonal intensivst arbeitet und wo besonders schöne Zeugnisse gerade für diese Menschen, die die alten Menschen pflegen, ausgesprochen werden. Ich bin froh, daß es dieses Heim gibt, und jetzt komme ich aber zum Unterschied, den ich hier vertreten möchte: Wir müssen aber differenzieren: Es gibt sehr schwer kranke, bettlägerige und pflegebedürftige Menschen, und es gibt Menschen, die auch schon betagt sind, aber noch eine gewisse Selbständigkeit haben. Diese müßten noch nicht in ein Landesalten- und -pflegeheim eingewiesen werden. Es sollte eine Strukturierung geben! Der, der noch selbst aktiv sein kann, sollte seine Aktivität beweisen und unter Beweis stellen können. Er möchte letztlich ja auch selber noch aktiv sein können, und der andere, der den Pflegeaufwand braucht, soll den Pflegeaufwand auch wirklich bekommen. Zu dieser Frage der Landesalten- und -pflegeheime habe ich bereits im Frühjahr einen Antrag eingebracht, es möge insgesamt flächendeckend für die Steiermark hier eine Studie gemacht werden, wie es ausschaut, was in Zukunft gebraucht wird. Und nur darauf kann man vom Land agieren und entsprechende Aktivitäten setzen. Das ist vielleicht überhaupt der Unterschied, und ich meine, den dürften wir nicht herausfallen lassen, und das ist heute vormittag bei Schule und Bildung schon angesprochen worden. Weil Herr Kollege Gennaro die landwirtschaftlichen Fachschulen und Berufsschulen angesprochen hat: Hier haben wir ein Ausbildungssystem, hier wird ein junger Mensch qualifiziert, um in den Beruf, in das Leben einzutreten, und Frau Landesrat Klasnic hat das von den Landesberufsschulen ebenfalls gesagt. So haben wir also hier einen nicht ganz vergleichbaren Bereich.

Ich habe mich heute mit dem Kapitel „Soziales“ auseinandergesetzt. Wenn wir einen Budgetbetrag von rund 1,9 Milliarden Schilling als Jahresvoranschlag haben, so müssen wir doch auch auf die private Initiative zurückgehen, denn der soziale Bereich wird ständig teurer werden und es wird eine Zeit geben, wo es vom Land nicht mehr verkraftbar ist, all diese sozialen Bereiche voll abzudecken. Und ich bin hier mit dem Wissen angetreten und mit der Gewißheit da, daß eine gut funktionierende Familie der beste Problemlöser für den Staat sein kann. Gerade die Familie hat sich aber in der letzten Zeit enorm gewandelt. Ich meine, es gibt keine Norm, um eine funktionierende Familie darzustellen und zu charakterisieren. Es gibt vielmehr so viele Möglichkeiten der Lebensgestaltung und des Zusammenlebens innerhalb der Familien, wie es Familien und Teilfamilien gibt. Ich meine auch, wir sollten deshalb nicht alte Sitten völlig kritiklos über Bord werfen, sondern wir sollten vielmehr diesen Bereich „Familie“ neu bewerten und überdenken und vielleicht progressiv weiterführen und den Teilfamilien, den Mehrkindfamilien, den gescheiterten Familien und den Familien mit Behinderten eine ganz besondere Hilfe von der Gesellschaft anbieten.

In der Statistik wird ausgesagt, daß rund 90 Prozent der jungen Leute sich für die Familien entscheiden wollen, und gleichzeitig wird nachgewiesen, daß etwa ein Drittel dieser jungen Familien sich wieder trennt.

Was passiert nun in diesen funktionierenden Familien, was ist das Besondere daran? Es geht dort um die Persönlichkeitsentfaltung. Männer entwickeln sich zu Partnern und zu Vätern – und Frauen können sich zu Partnerinnen und zu Müttern entwickeln. In dieser Entwicklung ist der soziale, der musische und der organisatorische Bereich des Menschen mit eingeschlossen. Wir reden dann von humaner Umwelt, wenn eben diese Aspekte zum Tragen kommen. Der einzelne, vor allem auch das Kind lernen durch das Zusammenleben, durch das selbstverständliche Vorleben und Vorbild der Eltern diese Funktionen zu übernehmen. Allen die in den Familien leben und bereit sind, Familien zu gründen, wissen aber auch, oder es müßte ihnen zumindest klar sein, daß der Partner und das Kind nie Besitz sein können und daß der Partner trotz der großen Vertrautheit letztlich ein Fremder bleibt, daraus ergibt sich naturgemäß eine Konfliktsituation. Um diese Konfliktsituationen lösen zu können, sollen die jungen Menschen, die Partner, befähigt werden, sich selber anzunehmen, ihre Qualitäten kennenzulernen, aber auch ihre Schwächen zu erleben, und vor allem jungen Leuten sei es gesagt, sich nicht wie ein Klumpen an den Fuß des Partners zu hängen. Denn dann können sich nicht Selbstvertrauen und Partnerschaft entwickeln.

Ein zynisches Wort zur Familie möchte ich auch noch sagen. Die Familie ist der Kampfplatz oder die Arena der Leidenschaften. Hier haben wir auch die Vielschichtigkeit der sozialen Situation der Familie angesprochen. Jedes Familienproblem ist letztendlich auch ein Problem ganz im speziellen der Frau. Die Entscheidung zu Kind und zu Beruf ist eine eminent persönliche Entscheidung. Für Eltern ist es fast nicht möglich, mit drei und mehr Kindern in einem entsprechenden Lebensstandard zu leben, wenn es nur einen Verdienner gibt. Hier bitte ich, vor allem die Männer zuzuhören: Das gewertete Pro-Kopf-Einkommen setzt sich so zusammen, daß der erste unterhaltspflichtige Erwachsene klarerweise mit dem Faktor 1,0 besetzt ist. Der zweite unterhaltspflichtige Erwachsene mit dem Faktor 0,8 und jedes Kind nur mehr mit dem Faktor 0,4. Das heißt also, daß zum Beispiel eine fünfköpfige Familie, wenn man 5000 Schilling Monatsbedarf berechnet, mit mindestens 15.000 Schilling auskommen muß. Ich stelle hier gegenüber: Die Semmel kostet für jedes Familienmitglied einen Preis, egal, ob die Pro-Kopf-Wertung mit 1,0 oder mit 0,8 oder gar mit 0,4 ausgewiesen ist. Hier ist die Problematik für die Mehrkindermilie zu sehen. So ist es zum Beispiel ein Problem für einen Alleinverdiener mit einer größeren Familie, wenn täglich pro Familienmitglied auch nur ein Fruchtojoghurt konsumiert wird. Das ist in einer fünfköpfigen Familie bei einem Einkommen von 15.000 Schilling bereits ein Problem. Die nächste Situation, die hier unbedingt angesprochen werden soll, ist, wie versorgen wir unsere Kinder vor allem dann, wenn die Frau ihren Beruf aufgibt. Sie gibt damit auch ihre Unfall- und Pensionsversicherung auf. Sie hat im Grunde genommen dafür, daß sie Kindern das Leben schenkt, diese Kinder betreut und erzieht, und für Frauen und Männer, die nicht aus dem Berufsleben ausscheiden, ihren Arbeitsplatz frei macht, keinerlei Rechtsanspruch und keinerlei Altersversorgung. Auch hier müssen wir uns Gedanken machen, wie wir diesen Frauen und in Zukunft vielleicht diesen Männern die

Chance geben, auch sozialrechtlich abgedeckt zu werden.

Ich komme wieder zurück auf den sozialen Aspekt, der vorhin angesprochen wurde. Wenn eine Frau zu Hause ist und die Kinder entsprechend größer und selbständiger werden oder auch wenn sie noch klein sind, kann sich unter Umständen eine Mutter, die berufstätig sein muß, als Tagesmutter zur Verfügung stellen oder Lernhilfe in Form von Nachbarschaftshilfe für Kinder geben oder Hausdienste oder auch nur Einkaufs- und Botendienste im Rahmen der Nachbarschaftshilfe anbieten. Von Oma- und Opadiensten, die unseren Familien zu Hilfe kommen, möchte ich gar nicht im besonderen reden, sie sind schon etabliert. Die „gelben Tanten“ zur Betreuung kranker Kinder, deren Mütter nicht ins Krankenhaus kommen können, sind da, Besuchsdienste für alte Menschen. Heute wurde schon mehrfach von Altenbetreuung und Hauskrankenpflege gesprochen. Die mobile Frühförderung in der Behindertenhilfe wurde angesprochen und die Pflegemütter. In all diesen privaten Aktivitäten wird der HelferIn öffentlich einigermaßen Anerkennung zuteil und dem Hilfesuchenden in seinem Umfeld, in seiner gewohnten Umgebung, in seiner Heimat, in seinem Haus geholfen. Dies müßte uns ein ganz verstärktes Anliegen sein, in Zukunft die Kernfamilie zu stärken und auch den Hilfesuchenden mehr durch Privatinitiativen zu helfen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.29 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer (16.30 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bei der Generaldebatte hat unser Generalredner, der Herr Kollege Rainer, eingangs auf 100 Jahre Sozialdemokratie in diesem Lande hingewiesen. Ich glaube, daß auch ein Hinweis gerade zu dieser Budgetgruppe, aber vor allen Dingen zu den Problemen, die in dieser Budgetgruppe behandelt werden, ebenfalls notwendig ist, und zwar deshalb, da der Beginn der Sozialdemokratie doch schon 100 Jahre zurückliegt und somit sehr weit weg von der Tagespolitik ist. Damit möchte ich beginnen und sagen, daß es unbestritten ist, daß es die Sozialdemokraten in den letzten 100 Jahren waren, die auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung für alle Menschen in diesem Lande vieles erreicht haben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Aber nicht nur!“) Ich habe gesagt, nicht nur, sondern für viele Menschen dieses Landes. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich sage das nur zur Vorsicht!“) Ich weiß, Kollege Dr. Eichinger, das ist immer ein Reizmittel für dich, aber das haben wir ja schon einige Male hier auch durchexerziert. Es wurde schon gesagt, aber es liegt mir daran, es nochmals zu wiederholen, daß etwa das Durchschnittsalter der Menschen vor etwa 100 Jahren zwischen 34 und 36 Jahren war. Es war daher eine sehr wichtige Forderung der Sozialdemokraten damals und vor allen Dingen auch der Gewerkschaften, Einrichtungen wie Krankenkassen, Pensionsversicherungen oder Anstalten wie Krankenhäuser, Kur- und Erholungsheime für die Arbeitenden zu schaffen, damit das Lebensalter länger wird.

Heute, meine Damen und Herren, haben wir all diese Einrichtungen und diese gesetzlichen Bestimmungen fix verankert und können feststellen, daß sich in der Bevölkerung das demographische Gewicht langsam von den jüngeren zu den älteren Menschen verschiebt. Während heute etwa 20 Prozent der inländischen Bevölkerung älter als 60 Jahre sind, wird es in 40 Jahren voraussichtlich ein Drittel sein.

Das durchschnittliche Lebensalter liegt also derzeit – auch das wurde schon gesagt, ich wiederhole es – bei den Männern bei etwa 71,5 Jahren und bei den Frauen bei 78 Jahren. Im Jahre 2000 – und das ist nicht mehr so weit – liegt die prognostizierte Lebenserwartung bei den Männern bei 73 Jahren und bei den Frauen bei 79,5 Jahren.

1986 waren 250.000 Menschen älter als 80 Jahre in diesem Lande Österreich, und im Jahre 2015 werden es etwa 330.000 Menschen sein, die älter als 80 Jahre sind.

Ebenfalls von heute aus gesehen sind es mehr als 330.000 Österreicher, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, und davon sind es wieder 75.000, die ständig Pflege brauchen.

Laut einer Studie des Statistischen Zentralamtes benötigt derzeit mehr als ein Drittel aller Österreicher über 60 Jahre Hilfe bei der Führung ihres Haushaltes. Aus der Studie geht weiters hervor, daß vorläufig noch Verwandte, eventuell Bekannte und Nachbarn die hilfsbedürftigen älteren Menschen unterstützen. Aber eines steht leider auch klar und deutlich fest, daß durch die geänderten Lebens- und Wohnbedingungen diese Form der Unterstützung im Abnehmen ist. Dazu kommt, daß die Zahl der älteren Menschen und die Fälle der Pflegebedürftigkeit leider im Steigen sind. Unter „leider“ habe ich natürlich nur die Pflegebedürftigkeit gemeint.

Auf Grund dieser Entwicklung, Hohes Haus und meine Damen und Herren, verdienen folgende Problemfelder und Themen unsere Aufmerksamkeit – und wenn ich sage „unsere Aufmerksamkeit“, dann meine ich die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften –, denn es wird, ob wir wollen oder nicht, eine Fülle von Fragen, aber auch eine Fülle von Problemen auf uns zukommen, die es heißt zu bewältigen. Und, meine Damen und Herren, eines der wichtigsten Problemfelder, die diesen Bereich betreffen, wird in Zukunft sein – ich möchte sagen, es hat bereits begonnen –: das ist die Altenbetreuung, das ist die Altenpflege, das ist weiters die Schaffung menschengerechter Infrastruktur für hilfsbedürftige ältere Menschen und – ein ganz wichtiges Problem – die Finanzierung dieser Aufgaben und Einrichtungen.

Meine Damen und Herren! In Zukunft werden besonders soziale Dienste eine besondere Bedeutung und auch einen besonderen Stellenwert einnehmen, und zwar besonders die privaten Pflegeorganisationen. Denn eines wissen wir schon lange – und das hat vor allen Dingen des öfteren in diesem Hause anläßlich der Debatte zu dieser Budgetgruppe auch der Herr Landesrat Gruber immer wieder ausgesprochen –, daß es nämlich unmöglich wäre, all die Aufgaben, die notwendig sind, von seiten der öffentlichen Hand zu erfüllen, gäbe es nicht Gott sei Dank diese privaten

Wohlfahrtseinrichtungen, die uns zur Verfügung stehen und mithelfen, diese Probleme zu lösen. Das heißt aber, daß der Staat, die Gesellschaft, die Gemeinden und auch die Sozialversicherungsträger in Zukunft vor große Aufgaben gestellt werden.

Meine Damen und Herren, mehr als 100.000 Menschen in Österreich möchten gerne eine mobile Hilfe in Anspruch nehmen, das heißt Einkaufs- und Reinigungsdienste. Für alle ist das nicht möglich, weil eben die Voraussetzungen fehlen. Mehr als 30.000 Menschen in diesem Lande Österreich hätten gerne einen Platz in einem Altenheim. Es ist leider nicht möglich, diese Menschen mit solchen Plätzen zu versorgen, weil die notwendigen Einrichtungen nicht zur Verfügung stehen. Und, meine Damen und Herren, auch in das Gesundheitswesen übergreifend ist festzustellen, daß etwa zwischen 10 und 20 Prozent der Krankenhausbetten derzeit von hilflosen und chronisch Kranken belegt werden. Gegen die Kosten und Folgeprobleme eingetretener Hilflosigkeit bedarf es daher einer sozialstaatlichen Absicherung. Damit meine ich, daß zum Beispiel Pflege und eigener Wohnbereich nicht bedeuten darf, daß der Staat und das Land aus seiner Verpflichtung, für öffentliche Pflegeheime zu sorgen, entlassen werden kann. Die zukünftige Gesundheits- und Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene stellt für uns daher eine enorme Herausforderung dar, um die auf uns zukommenden Probleme lösen zu können. Wir brauchen daher die Voraussetzungen in zweierlei Hinsicht: zum ersten in finanzieller und zum zweiten in organisatorischer Hinsicht. Um die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, meine Damen und Herren, haben die sozialistischen Abgeordneten kürzlich in dieses Hohe Haus einen Antrag auf Einführung einer Pflegeversicherung eingebracht. Erfreulicherweise laufen auch auf Bundesebene derzeit Vorbereitungen auf Einführung einer solchen Versicherung. Erfreulich ist es, wieder die Steiermark betreffend, daß eigentlich kurz nach dem Einbringen unseres Antrages hier im Hohen Haus die Initiative vom Herrn Landesrat Tschernitz wahrgenommen wurde, daß nämlich die Rechtsabteilung 9 bereits an einem Entwurf oder einem Modell für ein solches Pflegehilfegesetz arbeitet. Es ist wahrscheinlich – und das haben die letzten Verhandlungen voriger Woche auf Bundesebene ergeben, wo alle maßgeblichen Vertreter auch der Länder vertreten waren –, daß der Bund mit den Ländern und wahrscheinlich auch mit Sozialversicherungsträgern eine gemeinsame Finanzierung finden wird. Aber eines ist, glaube ich, auch abzeichnend, daß das leider nicht in der Schnelligkeit gehen wird, wie wir uns das gerne wünschen würden beziehungsweise wie wir das benötigen würden. Daher darf ich noch einmal unseren eingebrachten Antrag zitieren und vor allen Dingen Sie alle, meine Damen und Herren Abgeordnetenkollegen dieses Hauses, jetzt schon bitten und an Sie das Ansuchen richten, wenn die Vorlage in das Hohe Haus kommt, daß Sie das entsprechend unterstützen und somit mithelfen, das Genannte zu lösen. Um eine gute organisatorische Durchführung zu haben, wäre es zweckmäßig, die bereits vorhandenen Einrichtungen in diesem Lande, wie das Rote Kreuz, wie die Caritas, die Volkshilfe und die vielen privaten Wohlfahrtseinrichtungen, mit der Durchführung der Hauskrankenpflege und der sozialen und mobilen Dienste zu betrauen.

Es war aber, glaube ich, auch notwendig, und das hat sich auch in einer Diskussion klar herausgestellt, daß wir auf Landesebene ehest die Kompetenzen abklären, die einerseits den medizinischen und andererseits den Pflegebereich betreffen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, auf Grund der Wichtigkeit dieser Situation und der sich abzeichnenden Entwicklung, daß wir vielleicht schon im nächsten Jahr erste Anzeichen beziehungsweise Initiativen und Erfolge für diesen Problembereich verzeichnen werden können.

Ich möchte noch zum Abschluß sagen: Das von mir vorgeschlagene soll letztendlich auch, was die Organisation betrifft, darin münden, daß nicht neue Organisationen wieder ins Leben gerufen werden, sondern daß die bestehenden koordiniert werden. Wenn uns das gemeinsam gelingt, dann bin ich überzeugt, daß wir wirklich einen Schritt vorwärts in diese Richtung machen werden. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.42 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (16.43 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

In Anbetracht des so wahnsinnig spannenden Verlaufes dieser Debatte beschränke ich mich darauf, mitzuteilen, daß wir dieser Gruppe trotzdem unsere Zustimmung geben werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

Abg. Minder (16.44 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Im Bereich der Jugendwohlfahrt hoffen wir auf die baldige, längst fällige Verabschiedung des Jugendwohlfahrtsgrundsatzgesetzes durch den Nationalrat, um in der Folge möglichst rasch das Ausführungsgesetz auf Landesebene erreichen zu können, wobei festgestellt werden kann, daß auch bereits heuer eingesetzte Arbeitskreise mit notwendigen Vorarbeiten beschäftigt sind. Ich habe hier an dieser Stelle vor vier Wochen meiner Freude Ausdruck gegeben, daß intensiv an Modellen für einen Anwalt des Kindes in der Steiermark gearbeitet wird. Ich begrüße nun ein vorliegendes Konzept des Landes, betreffend einen Kinderbeauftragten für das Land Steiermark. In den Aufgabenbereich des oder der Kinderbeauftragten soll die Wahrung der Interessen des Kindes im privaten und öffentlichen Bereich gehören, ebenso die Feststellung der Einflüsse gesellschaftlicher Entwicklungen auf die Lebensbedingungen der Kinder sowie die Überprüfung eingebrachter Gesetzesvorlagen auf ihre Konsequenzen für die Situation der Kinder. Verschiedene Institutionen, die in der Kinderschutzarbeit aktiv tätig sind, sollen unterstützt werden, und der Kinderbeauftragte soll für sie, für die Kinder und Eltern Ansprechpartner sein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, wie Tätigkeitsbericht, Vorträge, Medienberichterstattung, Radio-, Fernsehauftritte, könnte es zu einer Stärkung des öffentlichen Bewußtseins für die Belange der Kinder kommen. Kontrolle und Aktivwerden wären vor allem auf dem Gebiet der Jugendhilfe und des Jugend-

schutzes nötig: bei Gewalt gegen Kinder, bei sexuellen Mißhandlungen, bei Suchtgift- und Alkoholproblemen, bei Medikamentenmißbrauch, bei Gefährdung durch den Umgang mit Spielautomaten und anderem mehr. Ebenso wichtig erscheint ein Befassen mit Erziehungsfragen im Bereich der Kindergärten und der Schulen, der kindgemäßen Krankenhausversorgung, die Mitsprache in der Wohnungs-, Umwelt- und Verkehrspolitik und die Einflußnahme auf die Gestaltung von Fernsehsendungen und das Setzen von Initiativen auf dem kulturellen Sektor in der Stadt und auf dem Lande. In die Kompetenzen des Kinderbeauftragten würde auch die Erarbeitung entsprechender Gesetzesvorlagen fallen, und er müßte Gelegenheit haben, in allen Belangen, die die Interessen der Kinder betreffen, angehört zu werden. Ein Anwalt des Kindes, der Unterstützung und Hilfestellung in Einzelfällen gewährt, der in Scheidungsverfahren das Wohl des Kindes zu wahren hat und als Rechtsanwalt dem Kind zur Parteistellung bei Gerichtsverfahren verhilft, wäre eine notwendige Ergänzung, würde aber in die Kompetenz des Bundes fallen. Wie wichtig eine solche Institution wäre, gerade davon konnte ich mich in letzter Zeit in Graz hautnah überzeugen, wo nahezu an Brutalität grenzende Entscheidungen durch Gutachten von Sachverständigen und durch Richter getroffen wurden. Als weitere Maßnahme einer Prophylaxe in der Jugendwohlfahrt kann, neben der Erziehungsberatung, die Einführung der mobilen Frühförderung für entwicklungsgestörte, verhaltensauffällige Kinder angesehen werden, für die erstmals im Voranschlag 1989 ein entsprechender Betrag für die Durchführung eines Pilotprojektes in einigen Bezirken der Steiermark vorgesehen ist. Als letztes möchte ich auf den bereits hier in den Landtag eingebrachten Antrag auf Gewährung eines Familienzuschusses des Landes hinweisen, der auch ein Beitrag sein könnte, finanzielle Not im Bereich der Familie, die oftmals Mitursache einer Krisensituation ist, zu lindern. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.49 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel (16.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte in aller Kürze zu einem sehr wesentlichen Teil Stellung nehmen, und zwar zur 13. Novelle des Bauernversicherungsgesetzes, wo die Teilung der Bauernpensionen und damit die Ausbezahlung eines Pensionsanteiles für die Bäuerin erwirkt werden konnte. Damit wird der erste Schritt für die Bäuerinnenpension im kommenden Jahr 1989 gesetzt, und wenn ich unterstützt durch meine Kollegen seit vielen Jahren hiezu Anträge stellen durfte, freue ich mich, daß es zur Verwirklichung kommen konnte und unser Minister Riegler hier Akzente gesetzt hat, daß schon mit Jänner des kommenden Jahres diese Bäuerinnenpension mit dem ersten Schritt verwirklicht werden kann. (Abg. Zellnig: „Was hat der Herr Minister wirklich geleistet? Kannst du mir das jetzt sagen? Bitte das nicht so in den Raum zu stellen!“) Es würde jetzt viel zu weit führen, aber ich darf eines sagen, daß im Konzept des Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Riegler seinerzeit schon

als Agrarsprecher er immer wieder darauf hingewiesen hat und damit jetzt verwirklicht werden konnte. Lieber Kollege Zellnig, ich bin sehr froh, daß es zum einstimmigen Beschluß im Nationalrat gekommen ist, daß sich die Präsidentenkonferenz mit allen Parteienvertretern einigen konnte und damit auch der Sozialminister den Antrag gestellt hat, damit über alle Parteien und Interessenvertretungen hinweg gemeinsam diese Bäuerinnenpension angestrebt und auch verwirklicht wurde. Der Zeitpunkt, daß es doch noch mit Jänner des kommenden Jahres verwirklicht werden konnte, ist dem Minister Riegler zu danken. Wenn die Pensionsreform sich längst zu einer tickenden Bombe herausgestellt hat und wir durch Beiträge in der Öffentlichkeit die Menschen verunsichern, sollte man in aller Kürze eines sagen: Ein Ausgleich ist sicher notwendig, und zwar ein Ausgleich für jene, die zu den Kleinpensionsbeziehern gehören, daß hier eben ein Ausgleich geschaffen wird und die kleinen Pensionen aufgestockt werden. Es soll niemandem etwas genommen werden – selbstverständlich nicht –, aber es kann sicher dort und da ein Ausgleich gefunden werden. Wenn wir zur Zeit von unserem Einkommen etwa 23 Prozent für die Pensionsversicherung – insgesamt aller Pensionsversicherungen – bezahlen und hier ein beachtlicher Staatszuschuß von derzeit schon mehr als 115 Milliarden Schilling pro Jahr geleistet werden muß, wird das keine leichte Aufgabe sein. Wollen wir hoffen, daß gemeinsame Wege gefunden werden können, daß vor allem die Pensionisten nicht noch mehr verunsichert werden und daß aber doch für die kleinen Pensionsempfänger in Zukunft Akzente gesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl. Wir freuen uns, daß sie heute im Haus das erste Mal spricht. Ich bitte um besondere Aufmerksamkeit.

Abg. Schoiswohl (16.54 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Wunsch nach sozialer Sicherheit gehört zu den wichtigsten Grundanliegen der Menschen in unserer Gesellschaft. Im Aufbau des Gesamtbereiches der sozialen Sicherheit haben die vom Land Steiermark und den Gemeinden in Gestalt von Sozialhilfeverbänden gewährte Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt eine spezifische Bedeutung: Dank einer beispielhaften Sozialpolitik haben wir in der Steiermark ein dicht gespanntes soziales Netz.

Die Behindertenhilfe, welche von der Grundlage eines guten Behindertengesetzes getragen wird, hat in der Sozialpolitik des Landes Steiermark einen bedeutenden Stellenwert, und es ist heute ein Standard erreicht, der sicher als sehr gut zu bezeichnen ist. Maßgebend dafür waren einerseits die Schaffung und laufende Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für entsprechende Hilfs- und Betreuungsmöglichkeiten, andererseits eine Betreuung unserer behinderten Mitmenschen in den entsprechenden Einrichtungen, die sich an deren Bedürfnissen orientieren. Die öffentliche Hand kann den vielfältigen Anforderungen im sozialen Bereich allein nicht gerecht werden. Sie braucht dazu die privaten Wohlfahrtsorganisationen, denn dadurch kann noch mehr für kranke und hilfsbedürftige Mitmenschen erreicht und getan werden.